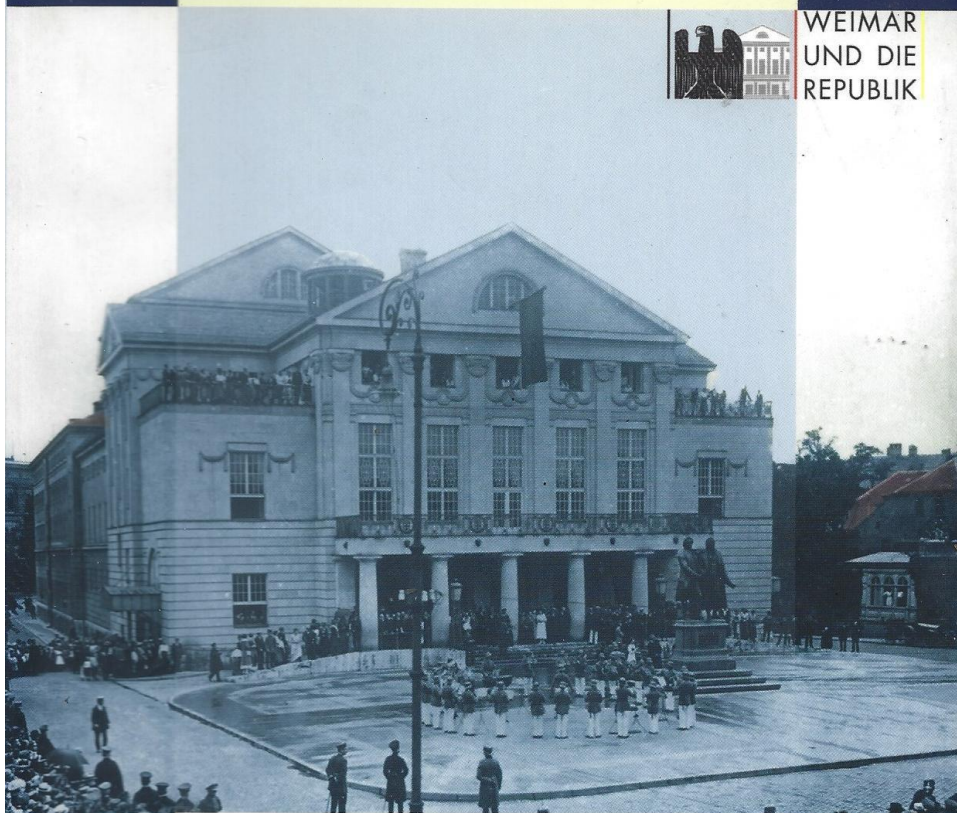


Michael Schultheiß / Julia Roßberg (Hg.)



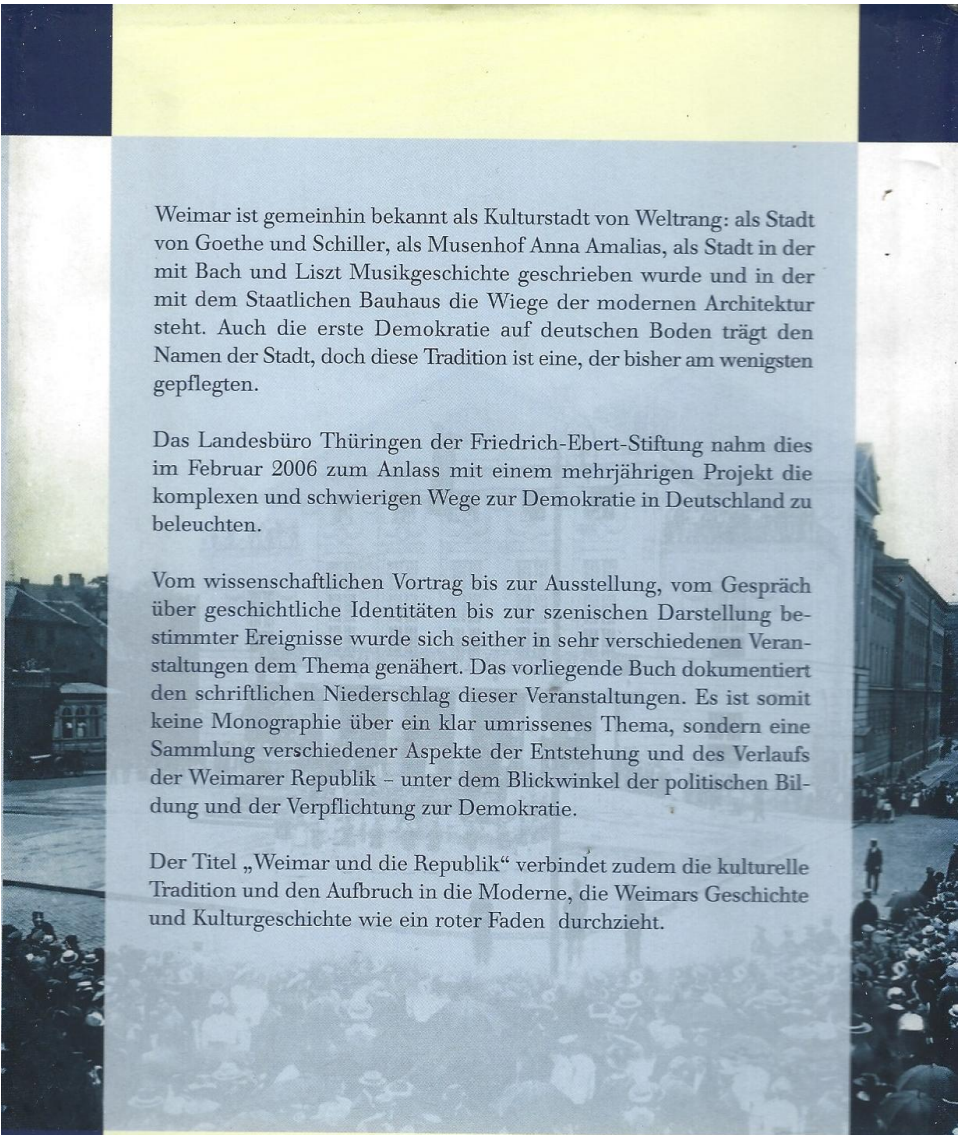
WEIMAR
UND DIE
REPUBLIK



Weimar und die Republik

Geburtsstunde eines
demokratischen Deutschlands





Weimar ist gemeinhin bekannt als Kulturstadt von Weltrang: als Stadt von Goethe und Schiller, als Musenhof Anna Amalias, als Stadt in der mit Bach und Liszt Musikgeschichte geschrieben wurde und in der mit dem Staatlichen Bauhaus die Wiege der modernen Architektur steht. Auch die erste Demokratie auf deutschen Boden trägt den Namen der Stadt, doch diese Tradition ist eine, der bisher am wenigsten gepflegt.

Das Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung nahm dies im Februar 2006 zum Anlass mit einem mehrjährigen Projekt die komplexen und schwierigen Wege zur Demokratie in Deutschland zu beleuchten.

Vom wissenschaftlichen Vortrag bis zur Ausstellung, vom Gespräch über geschichtliche Identitäten bis zur szenischen Darstellung bestimmter Ereignisse wurde sich seither in sehr verschiedenen Veranstaltungen dem Thema genähert. Das vorliegende Buch dokumentiert den schriftlichen Niederschlag dieser Veranstaltungen. Es ist somit keine Monographie über ein klar umrissenes Thema, sondern eine Sammlung verschiedener Aspekte der Entstehung und des Verlaufs der Weimarer Republik – unter dem Blickwinkel der politischen Bildung und der Verpflichtung zur Demokratie.

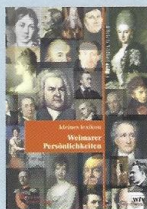
Der Titel „Weimar und die Republik“ verbindet zudem die kulturelle Tradition und den Aufbruch in die Moderne, die Weimars Geschichte und Kulturgeschichte wie ein roter Faden durchzieht.

„Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen.“

Friedrich Ebert, Reichspräsident

ISBN 978-3-839964-45-2 19,90 €





kleines lexikon Weimarer Persönlichkeiten

Ulrich Völkel (Hg.)
engl. Broschur

Format: 15 x 21 cm
ISBN 978-3-939964-07-7

Die Annalen Weimars verzeichnen unendlich viele Namen berühmter, aber auch berühmterer Personen, die hier geboren wurden oder die es irgendwann einmal hierher gezogen hat und die hier ihre Spuren hinterlassen haben. Es waren Politiker, Wissenschaftler und Künstler, die die Entwicklung der Stadt beeinflussten, prägten und den Ruf Weimars über die Ländergrenzen hinaus getragen haben.

Aus einer Vielzahl möglicher Personenbiografien stellt das **kleine lexikon Weimarer Persönlichkeiten** annähernd 300 Personen in prägnanter Weise dar. Reich bebilderte Artikel decken bekannte und auch bisher weniger bekannte Aspekte in deren Leben und Wirken auf, machen neugierig und wecken die Lust, mehr über die betreffende Person erfahren zu wollen.

Ulrich Völkel ist als Schriftsteller, Lektor und Herausgeber tätig. Für den Weimarer Taschenbuch Verlag hat er bereits den Band **Hoffmann von Fallersleben – Gedichte und Lieder** (2008) herausgegeben.



Michael Schultheiß, geboren 1948 in Gräfenenthal/Thüringen, nach Flucht der Eltern aufgewachsen in der Bundesrepublik. Studium der Soziologie und Volkswirtschaft in Köln, Abschluss als Diplom-Volkswirt 1974. Seit 1975 beschäftigt bei der Friedrich-Ebert-Stiftung,

zunächst als Dozent in der politischen Bildung, seit 1985 auch Vertretungen der FES im Ausland (Kenia und Sambia), 1991-95 Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Südafrika. Seit 2005 Leiter des Landesbüros Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung. In der politischen Bildung besonders Beschäftigung mit Themen der Geschichte und der politischen Theorie, weiterhin Entwicklungspolitik, interkulturelle Kommunikation und internationale Politik. Verheiratet mit einer Afrikanerin, drei Kinder.



Julia Roßberg, M.A., geb. 1982 in Jena, lebt seit 2008 in Weimar. Studium der Politikwissenschaft, Neueren Geschichte und Interkulturellen Wirtschaftskommunikation an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und an der Högskolan Dalarna (Schweden).

Magisterarbeit mit dem Titel „Der 'geteilte' Schiller. Die Schillerfeiern 1955 und 1959 in beiden deutschen Staaten“. Seit 2005 freie Mitarbeiterin im Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zur Zeit Redakteurin in der Weimarer Verlagsgesellschaft.

Wir bedanken uns bei

den Autoren für die interessanten Texte und Dokumente,

Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen,

Archiv der Sozialen Demokratie der
Friedrich-Ebert-Stiftung,

Stadtarchiv Weimar,

Stadtmuseum Weimar und

Hans-Jürgen Schneider

für die Bereitstellung des Bildmaterials

sowie

der Thüringischen Landeszeitung
für die freundliche Unterstützung

W – Weimarer Verlagsgesellschaft Ltd.

Michael Schultheiss / Julia Rossberg (Hg.)

Weimar und die Republik

Geburtsstunde eines demokratischen Deutschlands

mit Beiträgen von:

Bernd Buchner
Henrik Hilbig
Etienne François
Stefan Gerber
Gert Krumeich
Hans Mommsen
Walter Mühlhausen
Wilhelm Ribhegge
Julia Rossberg
Michael Schultheiss
Christian Welzbacher



Michael Schultheiss / Julia Rossberg (Hg.)

Weimar und die Republik
Geburtsstunde eines demokratischen Deutschlands

ISBN: 978-3-939964-45-2

Alle Rechte, auch die der Übersetzung,
Vervielfältigung und Verbreitung
(ganz oder teilweise) für alle Länder vorbehalten.

© 2009 WV – Weimarer Verlagsgesellschaft Ltd.

WV
Weimarer Verlagsgesellschaft
Eduard-Rosenthal-Str. 30, 99423 Weimar
Tel.: +49 (0) 3643 49339 10
Fax: +49 (0) 3643 49339 19
info@verlag-weimar.de
www.verlag-weimar.de

Umschlaggestaltung: acdesign / Anja Carrà, Weimar
Layout und Satz: Melanie Liebberger, Weimar

Redaktion und Koordination: Julia Rossberg, Weimar

Dieser Titel ist in «Walbaum» gesetzt als Reminiszenz an den bedeutenden Weimarer Drucker und Schriftsetzer Justus Walbaum.

Die Umschlaggestaltung entstand unter Nutzung einer historischen Postkarte aus dem Jahr 1919.

Gedruckt in der Gutenberg Druckerei Weimar / Thüringen

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Inhalt

Vorwort 9

Stefan Gerber 15

Weimar und die Nationalversammlung. Die Stadt Weimar und die Begründung der ersten Deutschen Demokratie.

Wilhelm Ribhegge 39

Die Weimarer Nationalversammlung 1919 als Ort der Erinnerung.

Walter Mühlhausen 71

Verpasste Chancen und verhinderte Katastrophen. Friedrich Ebert und die Grundsteinlegung der Weimarer Republik.

Hans Mommsen 105

Ist die Weimarer Republik an Fehlkonstruktionen der Reichsverfassung gescheitert?

Chancen und Scheitern der ersten deutschen Republik.

Stefan Gerber 125

Aus «Versailles» 1919 lernen?

Etienne François / Gerd Krumeich 137

Der Vertrag von Versailles und die deutsch-französischen Beziehungen. Ein Gespräch zu den Lehren aus der Vergangenheit.

Bernd Buchner 161

Politische Symbolik in der Weimarer Republik – wo bleibt die demokratische Tradition?

Henrik Hilbig 173

Das Reichsehnenmal bei Bad Berka – Ein Denkmalprojekt der Weimarer Republik?

Christian Welzbacher 193

Die Republik als Kunstwerk. Der Reichskunstwart und die staatliche Kulturpolitik der Weimarer Republik.

Autoren 215

Personenregister 221

Stadtrundgang 225

Vorwort

Dieses Buch ist der vorläufige Niederschlag des politischen Bildungs-Projektes «Weimar und die Republik», welches das Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung 2006 in Weimar begann. 2009 erreicht das Projekt mit dem 90. Jubiläum der Nationalversammlung einen gewissen Höhepunkt und soll auch danach weitergeführt werden. Entsprechend möchte ich in dieser Vorrede erklären, wie das Projekt zustande kam und was es erreichen möchte. Diese Darstellung wird möglicherweise an manchen Stellen etwas subjektiv sein, schliesslich habe ich ein wenig Herzblut und Überzeugung hineingelegt.

Im Jahr 2005 habe ich das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung übernommen. Wenn man mit regionaler Zuständigkeit für Thüringen im Bereich Bildung und Kultur arbeitet, dann wird man sehr schnell auf die besondere Rolle Weimars aufmerksam. Mein Bereich ist vor allem die politische Bildung, und da denkt man natürlich zuerst daran, dass die Stadt Weimar dem ersten demokratischen Staat in Deutschland den Namen gegeben hat; und dass beim Konstituieren dieses Staates durch die Nationalversammlung im Deutschen Nationaltheater 1919 der Namensgeber der Friedrich-Ebert-Stiftung eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat.

Doch als ich mich etwas näher mit Weimar vertraut machte, merkte ich, dass dieser Teil der Geschichte der Stadt bei ihrer Selbstdefinition so gut wie keine Rolle spielte. Zu dieser Zeit war das Stadtmuseum geschlossen und so gab es in der Stadt nur einen Punkt, wo der Tourist, der sich fragte, was diese Stadt mit der «Weimarer Republik» zu tun hat, einen Anhaltspunkt fand: Die von Walter Gropius gestaltete Bronzetafel an der Front des Nationaltheaters. Wenn man mit Weimarern sprach, hatte man gelegentlich den Eindruck, diese Tradition sei ihnen eher peinlich. Oder anders: Buchenwald hat man inzwischen in die Tradition eingefügt und damit ihre Dialektik anerkannt – damit sollte es mit der Politik aber auch genug sein.

Dies ist aber nicht nur in Weimar so. Die Weimarer Republik geniesst keinen guten Ruf. Ist dieses ein immer noch andauernder Erfolg Hitlers, der mit raffinierter Geschichtspolitik sich Symbole aneignete? Den 9. November der Revolution von 1918 hatte er genau fünf Jahre später mit seinem Putschversuch, seinem «Marsch auf die Feldherrenhalle» in München be-

setzt. Das Deutsche Nationaltheater hatte er umgewertet, indem er 1926 den ersten Reichsparteitag der NSDAP nach ihrem Verbot dort abhielt. Dass er es besonders auf Weimar abgesehen hatte, zeigt und erzählt jeder Stadtführer in Weimar.

Nein, es wäre falsch und ungerecht, den Weimarern oder anderen Bürgern zu unterstellen, sie seien immer noch auf dem Leim dieses Rattenfängers, und es geht natürlich auch nicht nur um Symbole. Ein anderer Eindruck verstärkte sich bei vielen Gesprächen und den Diskussionen in den Veranstaltungen: Man sah keinen Anlass, die Weimarer Republik als eine Errungenschaft hinzustellen oder gar zu feiern. Das Image der Protagonisten der Nationalversammlung als Arbeiterverräter oder als Führer des Dolchstoßes in den Rücken des Deutschen Heeres wirkt kräftig nach: Mindestens könne etwas, was so schlecht endete wie die WR selbst nichts Gutes sein. Die Nationalversammlung habe nur in Weimar stattgefunden, weil die Herren Politiker Angst hatten, sich in Berlin dem Volk zu stellen. Die hier produzierte Verfassung sei am bösen Ende schuld und in dieser Republik sei das Scheitern von Anfang an angelegt gewesen. – Niemand hat das so gesagt, aber mir schien es durchzuklingen. Und es ärgerte mich sehr, weil ich es für eine Fehleinschätzung der Geschichte hielt – nicht nur, weil



Vortrag von Dr. Walter Mühlhausen über Friedrich Ebert im Stadtmuseum Weimar 2007.

ich den Namenspatron meines Arbeitgebers verteidigen musste. Mir scheint es unbestreitbar, dass die Männer um Friedrich Ebert – dazu gehörten auch die unabhängigen Sozialdemokraten, aber leider kaum Frauen – die Hungersnot und den Bürgerkrieg verhinderten, welche Russland so fürchterlich heimsuchten. Und der Staat, der dort errichtet wurde, den wollten auch nur eine verschwindende Minderheit der aufständischen deutschen Arbeiter und Soldaten. Die Revolution 1918/19 war nicht gescheitert, denn sie brachte erstmals in Deutschland breite demokratische und soziale Rechte, die heute selbstverständlich sind – vom Achtstundentag bis zum gleichen Wahlrecht für alle, auch für Frauen. Dass die in Weimar geschriebene Verfassung für das Scheitern der Republik ursächlich war und erlaubte, dass Hitler «legal» an die Macht kam, hat die Wissenschaft längst widerlegt (siehe Hans Mommsen in diesem Buch). Keiner bezweifelt, dass auch Fehler gemacht wurden, dass man tatsächlich auch stabilere Fundamente für das neue Staatswesen hätte errichten können. Aber die Zeit war knapp, bewaffnete Anti-Demokraten links und rechts warteten auf ihre Chance, Wirtschaft und «normales» Nachkriegsleben mussten wieder in Gang gebracht werden – und natürlich war die Sozialdemokratie auf die Macht nicht vorbereitet, weder Konzepte noch Erfahrungen halfen ihr bei der Staatsbildung. Doch war es ein ehrliches und redliches Bemühen, das, wie Walter Mühlhausen es sagt, zwar Chancen verpasste, aber auch Katastrophen verhinderte.

Was bedeutet das für die politische Bildung? Wir haben zu wenige Traditionen der Demokratie in Deutschland, als dass wir auf diese eine verzichten könnten. Es geht nicht darum, die Männer und wenigen Frauen von 1918/19 zu feiern, aber sie und das Erreichte zu würdigen und dabei – was könnte sich beim Betrachten der Weimarer Republik klarer zeigen? Den mühsamen und ständig neu zu erkämpfenden Weg der Demokratie in Deutschland deutlich zu machen. Und das bot sich gerade in Weimar an, wo man den historischen Ort hatte und wo das Defizit gerade bei dieser Tradition deutlich war. Auch wenn es bei einem historischen Thema oft so scheint, dass Erinnern und Gedenken im Vordergrund stehen, will die politische Bildung doch mehr noch analysieren, diskutieren, kritisch abwägen, Beschäftigung anregen und Schlüsse ziehen. Weimar als Lernort der Demokratie wird von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald schon erfolgreich praktiziert. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wollte den bösen Erfahrungen dabei auch mit Nachdruck ein paar gute hinzufügen. Das war die

Idee und das Ziel unseres Projektes, das wir im Februar 2006 erstmals der Öffentlichkeit vorstellten.

Bereits 2005 hatten wir mit Abstimmungen und Partnersuche begonnen, wir stiessen auf Wohlwollen und besonders bei der Stadt Weimar und ihren Institutionen auf aktive Unterstützung. Das war zunächst vor allem das Stadtarchiv mit ihrem Leiter Dr. Jens Biederer, später das Stadtmuseum mit Dr. Alf Rössner, als es im September 2006 wieder eröffnet wurde. So gelang es uns im Laufe der folgenden Jahre, eine Serie von Veranstaltungen anzubieten. Wir benutzten dabei ein breites Spektrum von Formaten, von wissenschaftlichen Vorträgen und Gesprächen über Kulturveranstaltungen und Ausstellungen zu öffentlichen Aktionen, die historisches Geschehen bildhaft machen sollten. Die Auswahl der Themen war dabei keineswegs systematisch in einem wissenschaftlichen Sinne. Sie war teilweise geprägt von lokalen Interessen, von Beiträgen, die Erkenntnisse für die politische Bildung versprachen, von interessanten Themen, die sich anboten. Die Vorträge sind in diesem Buch dokumentiert – und in einem Fall auch ein Gespräch: Als wir das Thema Versailles ansprechen wollten – die Vorlage des Versailler Vertrags hatte den Verlauf der Nationalversammlung erheblich beeinflusst – machten wir einen Versuch: Wir baten zwei Vertreter der «Erbfeinde», einen französischen und einen deutschen Historiker, sich einfach über ihre Assoziationen zum Begriff «Versailles» auszutauschen. Das Ergebnis fanden wir so spannend, dass wir die beiden



Szenische Darstellung mit Grossherzog Wilhelm Ernst (Klaus Heydenbluth) und August Baudert (Olaf Müller) in Erinnerung an die Ereignisse der Novemberrevolution 1918.

Historiker überredeten, einmal auf ihren Anspruch an wissenschaftliche Sprache zu verzichten und uns eine einfache Transkription des aufgezeichneten Gesprächs zu erlauben.

Über die Aktionen, die hier nicht wiedergegeben werden konnten, sei vielleicht noch ein Wort verloren. Bekannt wurden vor allem die «historischen Stadtspaziergänge», bei denen an ausgewählten Orten in der Stadt Schauspieler als historische Figuren auftraten, von Friedrich Ebert im DNT über Marie Juchacz im Hotel «Elephant», einem Wachsoldaten im Stadtschloss, einer Telefonistin im Telegrafenamts des Sophienstiftes und eine Marktfrau als Volkes Stimme. Bei einem dieser Stadtspaziergänge verursachten wir fast eine Behinderung des Verkehrs in Weimar, weil 250 Personen daran teilnahmen. Etabliert ist inzwischen auch die einzige Veranstaltung, die nicht in Weimar stattfindet: Das Verfassungsfest in Schwarzburg. Dort hatte am 11. August 1919 Friedrich Ebert während seines Urlaubs die Verfassung unterschrieben. Ein Sommerfest mit Musik, Festrede und etwas historischem Theater veranstalten wir dort regelmässig in Zusammenarbeit mit dem Wirt vom Hotel «Weisser Hirsch», in dem auch Ebert gewohnt hatte. Wir haben ein bisschen mit verschiedenen Formen der politischen Bildung experimentiert und haben damit hoffentlich ausser dem – letztendlich doch auch sehr interessierten – Weimarer Bildungsbürgertum noch einige andere Menschen erreicht.

Wir glauben, dass wir damit dazu beigetragen haben, die Aufmerksamkeit für das Thema in Weimar deutlich zu erhöhen. Das zeigt sich nun im Vorblick auf das Jubiläumsjahr 2009, wenn doch eine ganze Reihe von Veranstaltungen in Weimar der Nationalversammlung vor 90 Jahren gedenken wird. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird ebenfalls weiter dazu beitragen.

Wenn ich in diesem Vorwort von «wir» geredet habe, dann impliziert das, dass viele Menschen an diesem Projekt beteiligt waren, denen ich für ihren Einsatz danken möchte. Dies sind die vier festen und vielen freien Mitarbeiter des Landesbüros, Referenten und Projektpartner. Einen möchte und muss ich hier aber besonders erwähnen: Schon bei der ursprünglichen Entwicklung der Idee, dann immer wieder als Impulsgeber, als Autor und Organisator der vielfältigen szenischen Darstellungen und Spiele, als Öffentlichkeitsarbeiter für das Projekt, hat sich Stephan Zänker unentbehrlich gemacht. Er war mein wichtigster Partner über die Jahre des Projekts hinweg, er ist mein Freund geworden und ich danke ihm besonders.

Michael Schultheiss, Erfurt im Dezember 2008

Stefan Gerber

Weimar und die Nationalversammlung. Die Stadt
Weimar und die Begründung der ersten Deutschen
Demokratie.

Als der Rat der Volksbeauftragten unter der Leitung Friedrich Eberts am 14. Januar 1919 über die Wahl des Ortes diskutierte, an dem die wenige Tage darauf – am 19. Januar 1919 – zu wählende verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung zusammentreten sollte und als der Rat in seiner ersten Sitzung nach den Wahlen am 20. Januar endgültig entschied, dass die Konstituante nach Weimar gehen sollte, vermuteten die Beteiligten wohl kaum, dass diese Wahl des Tagungsortes der Verfassung und dem Staatswesen, die es in Weimar zu schaffen galt, unwiderruflich den Namen aufprägen würde. Anders als bei unseren Nachbarn in Frankreich und Polen hat sich in Deutschland nie die Rede von einer «ersten» und einer «zweiten» deutschen Republik durchgesetzt. Es lag – und damit ist bereits ein entscheidendes Problem der Erinnerung auch an die Weimarer Nationalversammlung bezeichnet – keineswegs im Interesse der frühen Bundesrepublik, durch solche Nummerierung in einen allzu engen Kontinuitätszusammenhang mit der Republik von Weimar gerückt zu werden. «Bonn ist nicht Weimar» war das Schlagwort, das der Journalist Fritz René Allemann 1956 ausgab und diese fast beschwörende Feststellung prägte den, wie der Historiker Sebastian Ullrich jetzt schreibt, «Negativkonsens» über die erste Republik, und prägt ihn tendenziell bis heute. «Bonn war nicht Weimar» resümierte Karl Dietrich Bracher beruhigend im Rückblick auf die Entwicklung der «alten» Bundesrepublik zwischen 1949 und 1990. Das impliziert den unausgesprochenen Wunsch: Auch «Berlin» und die nach der alten preussischen und Reichshauptstadt benannte Republik des 3. Oktober 1990 sollen und dürfen nicht «Weimar» werden.

In der Tat: Auch wenn wir die metaphorische Rede hinter uns lassen, in der «Weimar» für die erste Republik, für die Zeit zwischen 1918 und 1933 steht, so dass wir von der «Weimarer Kultur», den «Weimarer Parteien» oder, wie der Bielefelder Rechtshistoriker Christoph Gusy im Blick auf die Bundesrepublik, von «Weimars langen Schatten» sprechen, ist das Zutreffen der Feststellung «Bonn ist nicht Weimar» unbestreitbar. Bis sich 1949 Parlament, Regierung und viele Bundesbehörden in Bonn ansiedel-

ten, hatte die rheinische Universitätsstadt im kollektiven Gedächtnis der Deutschen nicht im Entferntesten jene Rolle gespielt, die Weimar als Memorialort der deutschen Klassik und Pilgerstätte des deutschen Bildungsbürgertums schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ausfüllte. Erst die vierzig Jahre der «alten» Bundesrepublik haben dem Ortsnamen Bonn einen erinnerungskulturellen Inhalt verliehen, der uns in den letzten Jahrzehnten analog zu Weimarer von den «Bonner Parteien» oder der «Bonner Politik» sprechen liess. Dieser Erinnerungsgehalt hat für Manchen – vornehmlich in den alten Ländern – bereits einen gewissen Nostalgiewert gewonnen: Die «Bonner Republik», jenes vom «Raumschiff Bonn» aus regierte Land, in dem es – denken wir an die gesellschaftlichen Umbrüche in der zweiten Hälfte der sechziger, an Ölkrise und Terrorismus der siebziger Jahre – durchaus nicht immer idyllisch zugeht, wird im Westteil der Republik zuallererst als eine Epoche der Stabilität und des Aufschwungs erinnert. Bonn am Rhein, zu Beginn als provinzielles Provisorium verspottet und neben Städten wie Paris, London oder Rom oft mit einem Lächeln genannt, erschien 1989 so manchem Kritiker des Einigungsprozesses und der damit verbundenen Verlegung von Parlament und Regierung nach Berlin als positives Symbol deutscher Bescheidenheit, weltpolitischer Zurückhaltung und unwiderruflicher Verankerung der «zweiten» deutschen



Der erste Rat der Volksbeauftragten (v. l. n. r Wilhelm Dittmann, Otto Landsberg, Hugo Haase, Friedrich Ebert, Georg Barth, Philipp Scheidemann) Postkarte von 1919.

Republik im Westen. Für die neue Bundesrepublik und ihre Institutionen freilich, war der Weg nach Berlin unabdingbar: «Wer A sagt», so der letzte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maiziere 1991 in der Hauptstadtdebatte des Bundestages, «muss auch Berlin sagen». So spiegeln politische Standortentscheidungen politische Kultur; so kann die historische Entwicklung die aktuellen und erinnerungspolitischen Zuschreibungen modifizieren, die an jene Orte geknüpft sind, an denen die Republik sich in ihren Institutionen greifbar macht. So können aber auch negative Kontinuitäten deutscher Erinnerung fortgeschrieben werden: In «Weimar», so das im Geschichtsbewusstsein lebendige Entwicklungsschema, ging es abwärts, in «Bonn» aufwärts. Wohin es in «Berlin» geht, scheint auch nach fast 20 Jahren «Berliner Republik» noch nicht recht deutlich. Aber bisweilen scheint doch hinter der Monumentalität, in der sich die neue Republik in der alten Hauptstadt architektonisch repräsentiert oder hinter manchen Reaktionen auf die veränderten Selbstdefinitionen, die die «neue» Bundesrepublik vornehmen muss, die Angst aufzublitzen, Weimar liege Berlin nicht nur geografisch näher, als Bonn.

1919 entschieden sich die Volksbeauftragten für Weimar. In die engere Wahl waren neben der Reichshauptstadt Berlin noch Bayreuth, Nürnberg und Jena gezogen worden. Schieden Jena und das Mekka der Wagnerianer schnell wegen der begrenzten Unterbringungsmöglichkeiten aus, galt die fränkische Metropole in dieser Hinsicht als gut geeignet. Für die Entscheidung gegen den Tagungsort Nürnberg war letztlich massgeblich, dass es nur schwer möglich schien, die Stadt effektiv militärisch zu sichern. Diese Besorgnisse spielten auch bei der zunächst entscheidenden Frage eine Hauptrolle, ob die verfassunggebende Nationalversammlung nicht ihren natürlichen Sitz in Berlin habe. Hugo Preuss, Innenstaatssekretär und eigentlicher «Vater» der Weimarer Reichsverfassung, sprach nicht nur deshalb für Berlin, weil er geborener Berliner war, sondern – und auf dieser politischen Ebene wurde die Diskussion um den Tagungsort geführt – weil er in dem Bekenntnis zu Berlin auch ein Signal für die künftige Gestaltung des Reiches sah. Preuss wollte den neuen Staat stärker unitarisch als er schliesslich werden sollte; das überdimensionierte Preussen als föderales Gegengewicht gegen eine starke Zentrale schien eine Gefahr. «Die Macht muss beim Reiche sein», so Preuss in der Kabinettsitzung vom 14. Februar, «und das wird am stärksten dokumentiert, wenn die deutsche Nationalversammlung in Berlin sitzt, Berlin beherrscht und die Hauptstadt Preussens blockiert».

Gerade aber daran, dass es während der Arbeit der Nationalversammlung möglich sein würde Berlin zu «beherrschen», bestanden erhebliche und berechtigte Zweifel. Die Millionenstadt, in der die zivile Gewalt noch im Januar 1919 – die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ist nur das bekannteste Beispiel – das Heft nicht fest in der Hand hatte, erschien, wie Wilhelm Ziegler, einer der frühen Chronisten der Nationalversammlung noch in der Weimarer Republik, geschrieben hat, als «der eigentliche Hexenkessel der Revolution, der Springquell der Anarchie». Weimar schien unter solchen militär- und sicherheitsstrategischen Gesichtspunkten eine gute Wahl. Heftigen Widerstand setzten zudem die süddeutschen Regierungen sowie Hessen und Sachsen einer Nationalversammlung in Berlin entgegen. Der badische Innenminister Ludwig Haas brachte diesen Widerstand auf den Nenner, wenn er bemerkte, in Baden befürchte man, «dass eine neue preussische Diktatur drohe». Weimar, die ehemalige Residenzstadt des Grossherzogtums, nun des «Volksstaates» Sachsen-Weimar und Eisenach, der sich im Folgejahr 1920 mit acht anderen thüringischen Kleinstaaten zum Land Thüringen zusammenschloss und Weimar zur Landeshauptstadt erkor, schien damit in politischer, infrastruktureller und militärischer Hinsicht eine vertretbare Lösung. Dass Weimar «Weimar» war, die Stadt Goethes und Schillers, Herders und Wielands, spielte bei der Entscheidung für den Tagungsort zunächst kaum eine Rolle. Nur Philipp Scheidemann gab zu Protokoll, «die Stadt Goethes» sei «ein gutes Symbol für die junge deutsche Republik».

Tatsächlich wurde der Symbolcharakter Weimars im Verlauf der Nationalversammlung dann von Verteidigern wie Gegnern der Verfassunggebung zunehmend als Apologie und zur Umschreibung der Zielsetzungen eigenen politischen Handelns bemüht. Friedrich Ebert schloss vor 87 Jahren im Deutschen Nationaltheater seine programmatische Eröffnungsrrede: «Jetzt muss der Geist von Weimar, der Geist der grossen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. Wir müssen die grossen Gesellschaftsprobleme in dem Geiste behandeln, in dem Goethe sie im zweiten Teil des ‚Faust‘ und in ‚Wilhelm Meisters Wanderjahren*‘ erfasst hat. Nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht im Theoretischen verlieren. Nicht zaudern und schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen!». In der «Berliner Illustrierten Zeitung» erschien eine Zeichnung von Fritz Koch-Gotha, die drei Abgeordnete der Nationalversammlung schweigend und in der Körperhaltung, wie man sie

SIMPLICISSIMUS

Beigegründet von Adolf Langen und Wally Zinn

Die Politik zieht in die Musenstadt ein



Es hätte sehr schön werden können, nicht können es Heine.

«Die Politik zieht in die Musenstadt ein», Titelblatt des *Simplicissimus* vom 11. Februar 1919.



Abgeordnete in Goethes Arbeitszimmer im Goethehaus, Berliner Illustrierte Zeitung vom 6. Februar 1919 (Fritz Koch-Gotha).

für gewöhnlich in der Kirche einnimmt, bei einem Besuch von Goethes Arbeitszimmer im Haus am Frauenplan zeigt: Von hier, so die Botschaft, galt es Inspiration und Mahnung für das nationale Werk zu beziehen. Gegen die Inanspruchnahme des genius loci für Verfassunggebung und Republik gab es auf der anderen Seite auch vielfältige Widerstände, wurde sie doch von denen, die die Weimarer Klassik unter der 1925 vom Präsidenten der Goethe-Gesellschaft formulierten Überschrift «Goethe ist nicht für jedermann» als deutsch-nationales und bildungsbürgerliches Erbe reklamierten, als unberechtigter Aneignungsversuch verstanden. Deutlich ist diese Abwehr als soziale Spitze gegen den später oft in herabsetzender Absicht so bezeichneten «Sattlergesellen» Friedrich Ebert und gegen Philipp Scheidemann in Karikaturen zu spüren, die zeigen, wie übereifrige republikanische Denkmalschänder die Köpfe Goethes und Schillers am Denkmal auf dem Theaterplatz durch die nicht recht passenden Köpfe Eberts und Scheidemanns ersetzen oder wie diese beiden führenden Vertreter der neuen deutschen Demokratie sich bei einem Spaziergang im Ilmpark, spießbürgerlich-schlampig gekleidet, als Dichturfürsten gerieren.



Verantwortlicher Herausgeber: Franz Knebusch. — Verleger: Verlag, Berlin O 20, 48.

Verantwortlicher Herausgeber: Franz Knebusch. — Verleger: Verlag, Berlin O 20, 48.

Verantwortlicher Herausgeber: Franz Knebusch. — Verleger: Verlag, Berlin O 20, 48.

Verantwortlicher Herausgeber: Franz Knebusch. — Verleger: Verlag, Berlin O 20, 48.

Das Ebert-Scheidemann-Denkmal.



Das alte Bier ... hat den Schwanz hoch
Die Weizen und die Quaszen neuer Geister,

Wir wären stofflich, wenn der neue Geist
Nur bald ja wäret, nur die alten Weizen.

«Das Ebert-Scheidemann-Denkmal», Titelblatt des «Wurst-Blatt. Humoristisch-satirisches Wochenblatt», Nr 6 Jg. 1919 (H. Abeking).

A. O. L. E. S. E. N.
1891/92

Heft 60 Kleinig
aus dem Jahrgang
1891/92

Kladderadatsch

Heft 60

März 30. 1919



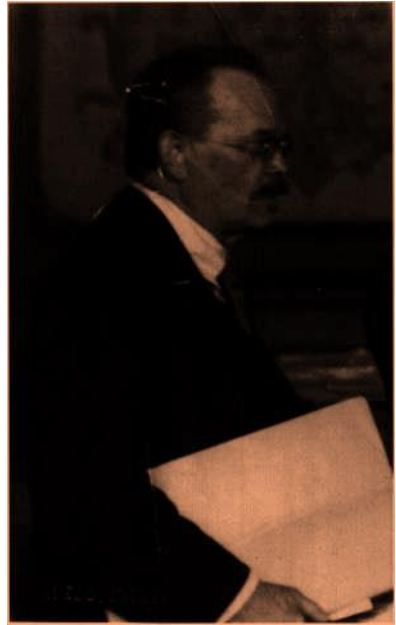
Die Dioskuren von Weimar

„O glücklich, wer noch helfen kann, aus tiefem Meer die Rettung zu gewinnen!
Es ist nicht weit, nur eben dunkel noch, die Hand noch heiß, denn man nicht versinken.“

Zum 11. so leben singend, bei jeder Schuld Himmel von Verdacht bringt,
Nimm dich aus, im dunkeln Meer zu stehen, der Schwelger's Weib die Worte singt,
Wem aber helfen können, der Wolk' angetrieben' schreit
Nicht ohne Nutzen, der Werk der Menschheit und der Heimat treu.“

Thiel: Weber-Ges.

«Die Dioskuren von Weimar», Titelblatt des Kladderadatsch vom 30. März 1919 (Arthur Johnson).



August Baudert

Weimar, bislang Residenz des grössten der thüringischen Kleinstaaten, war 1919 eine in ihrer Sozialstruktur vor allem durch Beamte und mittlere Angestellte bestimmte Stadt. Mit seinen ca. 37.000 Einwohnern war Weimar hinter der unmittelbar benachbarten Universitätsstadt Jena, wo seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts die optische Industrie in Gestalt der Carl-Zeiss-Betriebe und mit ihr der Anteil einer wirtschaftlich vergleichsweise gut gestellten Industriearbeiterschaft an der Stadtbevölkerung kräftig gewachsen war, deutlich zurückgeblieben. Parteipolitisch hatte in der Stadt der Liberalismus dominiert; zunächst die Nationalliberalen, im Verlauf des Kaiserreichs in wachsender Masse auch der Freisinn in verschiedenen Schattierungen. Dieses Milieu hat sicher entscheidend dazu beigetragen, dass auch die städtische Sozialdemokratie zu Anfang des 20. Jahrhunderts ein deutlich reformistisches Profil zeigte; die Zusammenarbeit mit der Freisinnigen Volkspartei verstärkte sich in den Jahren nach 1900. Parteisekretär August Baudert, der 1909 mit beträchtlicher bürgerlicher Unterstützung in den Weimarer Stadtrat gewählt wurde, stimmte als Landtagsabgeordneter mit den Liberalen für die Annahme des Staatsetats des Grossherzogtums und musste sich dafür auf dem Lübecker SPD-Parteitag von 1901 verantworten. Ähnlich wie für die Sozialdemokratie, die in

Ohne Abschnitt ungültig! Beim Verlassen des
Platzes abzugeben!

Einlasskarte 17. 2. 19.

zur
Sitzung der Nationalversammlung
in Weimar.

I. Rang Mittellaube.

== Nicht übertragbar! ==

I. Rang Mittellaube

19.

Eintrittskarte für die Nationalversammlung in Weimar 1919.

den nach gleichem Wahlrecht durchgeführten Reichstagswahlen das Mandat des Wahlkreises Weimar-Apolda 1912 mit deutlichem Vorsprung erungen hatte, blieb auch für konservative Gruppen auf der kommunalen Politbühne Weimars angesichts des Vorherrschens der liberalen Richtungen trotz eines relativ starken konservativen Vereins nur eine Nebenrolle.

Es trifft im Blick auf eine solche gemässigt national-liberal geprägte – freilich nicht republikanische – politische Kultur im Weimar des frühen 20. Jahrhunderts also kaum den Kern, wenn der Journalist Volker Mauersberger 1999 in seinem Buch zu «Hitlers Weimar» fragt, ob es denn klug gewesen sei, «die Nationalversammlung in eine Stadt zu verlegen, deren tonangebendes Bürgertum offenbar wenig mit der Republik und Demokratie, mit Parlament und Verfassung und mit jenen Mandatsträgern anzufangen wusste, die an einem trüben Februartag des Jahres 1919 zum erstenmal die Stadt aufsuchten, um in unzähligen Sitzungen die Artikel der künftigen Verfassung zu beraten.» Die Vorbehalte besonders der bürgerlichen Mittelschichten der Stadt gegen die Konstituante, die ungefähr 2.000 bis 3.000 neue politische, militärische und journalistische Dauergäste nach Weimar brachte, rührten zunächst nicht in erster Linie von einer generellen, sozusagen «ideologischen» Skepsis gegen Parlamentarismus und Verfassung her. Es gab in der Mangellage der ausgehenden Kriegswirtschaft und des Winters 1918/19 angesichts der von der Stadt offiziell als ehrenvoll be-

Spätestens binnen 24 Stunden nach Ablauf der Gültigkeit bei Vermeldung von Strafe dem Gemeindevorstand
zurückzugeben. — Innerhalb gleicher Frist ist der Verlust der ausstellenden Behörde anzuzeigen.

A.

Ausweis.

Nr. 121
des Verzeichn

Der Inhaber dieses

(Vor- und
Nachname) }

(Stand
oder Beruf) }

28 Jahre alt,

wohnhaft in (Wohnort, Straße
und Hausnummer)

und nicht erst nach dem 20. Januar d. J. hier zugezogen
ist berechtigt, zu nachstehend genanntem Zwecke:

das Gebiet der Stadt Weimar zu betreten.

Gültig | nur für den
| für die Zeit bis
den 16. 7. 1919.



Der Gemeindevorstand

(Unterschrift)

Umschreibliche Unterschrift des Inhabers:

Ausweis zum Betreten der Stadt für Paul Apel aus Niedertrebra.

grüssten Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar vor allem die Angst, mit der Konstituante könnte eine Verschlechterung der Versorgung mit Lebensmitteln, Heizmaterial und wachsende Raumnot verbunden sein, die von den zu erwartenden wirtschaftlichen Belebungen nicht aufgewogen würden. Tatsächlich blieben Preissteigerungen nicht aus; der allerorten bedeutsame Schwarzmarkt blühte auch im Schatten der Nationalversammlung; Kohle war im Januar/Februar 1919 in Weimar ein kostbares Gut. Andererseits brachte die Nationalversammlung, deren Abgeordnete Diäten in Höhe von 1.000 Mark bezogen, wenn auch zu bisweilen horrenden Preisen, Mangelwaren in die Stadt. Bekannt ist z.B. die Tagebuchnotiz des späteren langjährigen sozialdemokratischen Reichspräsidenten Paul Lobe vom 21. Februar 1919, er habe in einem Schaufenster der Weimarer Hauptstrasse «nach Jahren die ersten Apfelsinen» gesehen.

Mit der Nationalversammlung, der Regierung und den Presseberichterstatern – die das 1907/08 errichtete Theater, das seit dem Wahltag den Namen «Deutsches Nationaltheater» trug, das Residenzschloss und die aufgrund des Fremdenverkehrs in der Klassikerstadt beachtlichen Hotelkapazitäten vollständig in Beschlag nahmen – mit der weiträumigen militärischen Abriegelung, der Notwendigkeit von Pässen und Passierscheinen und den Sperrmassnahmen innerhalb der Stadt erlebten die Weimarer



Massive militärische Präsenz zum Schutz der Nationalversammlung – die freiwilligen Landesschützen.



*Eine «Ordnungsbestie».
(Hildegard Arminius).*

Einwohner eine partielle Enteignung des städtischen Raumes. Dass es hier trotz Schwierigkeiten und Engpässen nicht zum Chaos oder weiterreichenden Konflikten kam, entspannte das Verhältnis der Einwohnerschaft zur Nationalversammlung. Die Essensversorgung der Abgeordneten war durch ein System von Marken, die in jeweils festgelegten Restaurants einzulösen waren, auf eine Grundlage gestellt, die Reibungen auf diesem heiklen Feld ausschloss. Für einige Abgeordnete ist – trotz der Sparsamkeit der Hauswirte beim Heizen – ein gutes Verhältnis zu ihren privaten Vermietern bezeugt, was ebenfalls zur Annäherung beitrug. Ähnlich wie im Umfeld der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 oder auch beim Erfurter Unionsparlament 1850 hielten die Fraktionen – mit Ausnahme der grossen SPD-Fraktion, die im Nationaltheater selbst tagte – ihre Sitzungen in Hotels der Stadt ab. In den jeweiligen Hotels wohnte zumeist auch ein beträchtlicher Teil der Fraktionsmitglieder, dort sollte in der Regel auch das Mittag- und Abendessen eingenommen werden, was ein Teil der Abgeordneten allerdings als zu starken Gemeinschaftszwang empfand.

Bei allen Beschwerden – und dieser Aspekt sollte nicht zu gering veranschlagt werden – war der Einzug der Nationalversammlung für Weimar auch ein aufwühlendes städtisches Ereignis, eine Attraktion. Diese Attraktion, das Bild, das Weimar in den ersten Tagen der Nationalversamm-



Wer's nicht edel
und nobel treibt,
Lieber weit
von dem Handwerk
bleibt!

• Schiller •

1923 von H. Reinitz
nach Angabe von
W. Spongenberg.



Die Deutsche Demokratische Partei beim Mittagmahl.

lung bot, aber auch die Tatsache, das die massive Militärpräsenz im Einzelnen durchaus Schlupflöcher liess, scheinen z.B. in den Tagebuchaufzeichnungen Wolfgang Cartellieris zu «Weimar 1919» auf, die sich im Nachlass Cartielleris gefunden haben. Der 1919 18-jährige Sohn des bekannten Jenaer Geschichtsprofessors Alexander Cartellieri fasste mit einigen Schulkameraden den Entschluss, sich trotz Abriegelung und Passierscheinwesen, wie Cartellieri vermerkt, «auf der Landstrasse» nach dem ungefähr 15 Kilometer entfernten Weimar «durchzuschlagen.» Nach erfolglosen Anläufen schrieb sich Cartielleri selbst einen Ausweis, der es, mit dem Stempel des Geschichtsvereins am Jenaer Gymnasium und der Unterschrift seines Klassenkameraden Harnack versehen, am Jenaer Westbahnhof schliesslich ermöglichte, die begehrten Fahrkarten nach Weimar zu erhalten. In Mellingen, auf halbem Wege zwischen beiden Städten, wurden Cartellieri und Harnack auf die weit ausgreifende militärische Absicherung aufmerksam, konnten in Weimar angekommen aber gegen Vorlage von Bescheinigung und Pässen am Morgen des 8. Februar 1919 tatsächlich in die Stadt gelangen. Cartellieri berichtet: «Die Häuser hatten Flaggenschmuck angelegt und obwohl es erst 7 Uhr früh war, war doch schon ein verhältnismässig grosser Personenverkehr auf den Strassen [...] Die grossen Berliner Zeitungen hatten Niederlassungen aufgetan. Ein schreiend gelbes Schild wies auf den Laden hin, in dem Ullstein seine Niederlassung hatte.» Das Nationaltheater sei, obwohl die Sitzung der zwei Tage zuvor eröffneten National-



Militärkonzert vor dem Deutschen Nationaltheater.

versammlung erst am Nachmittag begann, dicht umlagert gewesen. Angeführt von Karl Trimborn seien ihnen, so der protestantische Professorensohn ironisch, die «Häuptlinge des Zentrums» begegnet. Auch als mittags auf dem Marktplatz ein Militärkonzert stattfand, seien viele Abgeordnete zu den Klängen der Musik auf und ab promenierte. Auf dem Schloss, in dessen Hof die Jenaer Gymnasiasten ohne eingehende Kontrolle gelangen konnten, wehten, so Cartellieri, «2 kleine rote Fetzen [...]. Die Reste der alten schwarz-weiss-roten Fahne!».

Wurde die Nationalversammlung von solchen Zaungästen, vor allem aber von der städtischen Bevölkerung mit Neugier und gleichzeitig mit Vorbehalten auf- und wahrgenommen, so galt das natürlich auch umgekehrt für die Abgeordneten in ihrem Verhältnis zur Gaststadt. In den Beschreibungen und Berichten der Anfangszeit erscheint bei Mitgliedern der Nationalversammlung und bei den Weimar-Berichterstatlern der Zeitungsmedien noch oft der Begriff des Idyllischen. Politisch war mit dem Zustandekommen der Nationalversammlung ein Schritt nach vorn getan; es schien trotz der unverändert krisenhaft-bedrohlichen finanziellen und gesamtwirtschaftlichen Lage ein Gestaltungsspielraum eröffnet. Auch die Konstituante lebte in Weimar zwischen Februar und Mai 1919 politisch in jenem «Traumland der Waffenstillstandsperiode», als das der Theologe Ernst Troeltsch diese Monate gekennzeichnet hat. Auch die Klassikerresi-

denz war wohl für viele eine Station auf der Flucht vor den politischen Realitäten. Über die Friedensbedingungen der Alliierten, über einen möglichen «Wilson-Frieden» nährte die deutsche Politik Illusionen bis zum letzten Tag. Und es war bezeichnend, dass die Nationalversammlung für ihre Protestkundgebung gegen die Friedensbedingungen, die der deutschen Delegation schliesslich Anfang Mai 1919 übergeben wurden, Weimar zum ersten Mal verliess und in Berlin zusammentrat. Die kleine Residenz- und Kulturstadt an der Ilm schien für die Grösse der Entrüstung gegen die Realitäten, die man lange von sich ferngehalten hatte, nicht gross genug.

Wenn Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann in seiner berühmt gewordenen Ansprache bei dieser Protestsituation in der Aula der Berliner Universität die fordernde Hoffnung aussprach, der Friedensvertragsentwurf der Siegermächte dürfe nicht das «Gesetzbuch der Zukunft» werden, war damit zugleich eine Befürchtung formuliert, die sich bewahrheiten sollte. Was im Weimarer Nationaltheater zwischen Mai 1919 und der endgültigen Annahme der Weimarer Reichsverfassung am 31. Juli 1919 geschah, folgte immer auch den Regeln dieses Gesetzbuches, das die innenpolitische Entwicklung der ersten deutschen Republik mitbestimmen sollte. Nach der Auseinandersetzung über die Annahme des Friedensvertrages, über der nicht nur die Reichsregierung zerbrochen war, son-



Die Vereidigung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Präsident Fehrenbach (links) nimmt den Eid auf die Verfassung ab.



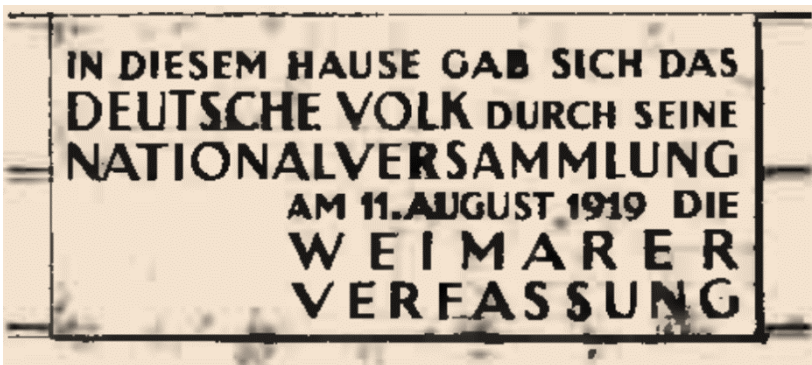
Constantin Fehrenbach

dern die auch tiefe, durch gegenseitige Ehrenerklärungen nicht mehr zu füllende Gräben in der Nationalversammlung aufgerissen hatte, begann sich die Nationalversammlung in der Stadt Weimar mehr und mehr als, wie der Historiker Thomas Mergel geschrieben hat, «Parlament im Exil» zu fühlen. Weimar war entzaubert, wenn es denn jemals eine «magische» Wirkung auf die Konstituante ausgeübt hatte. Zunehmend wurde nun über die geringe geistige Anregung in der Stadt, das enge Zusammensein mit den immer gleichen Kollegen geklagt, denen man neben der parlamentarischen Arbeit in Plenum und Fraktion in Weimar auch bei den Mahlzeiten und bei der abendlichen Geselligkeit nicht entkommen konnte.

Als die Nationalversammlung am 21. August mit der Vereidigung Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten aufgrund der in Kraft getretenen Weimarer Reichsverfassung ihre letzte Sitzung in diesem Haus abhielt, um nach der Sommerpause bis zur Wahl des ersten regulären Reichstages in Berlin zu tagen, beschwor Präsident Constantin Fehrenbach vom Zentrum noch einmal den «Geist von Weimar» und verband dies mit einem vieldeutigen Dank an die Stadt. Tags zuvor hatte die Nationalversammlung noch auf Antrag der SPD, des Zentrums sowie der beiden liberalen Parteien und gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen, der Stadt Weimar als Dank, wie es hiess, die Summe von 300.000 Mark zu überweisen. «Wir

sind», so Fehrenbach am Schluss der letzten Weimarer Sitzung, «vor mehr als einem halben Jahre der Grossstadt und ihren Gefahren aus dem Wege gegangen und haben für unsere Arbeit das kleine, aber jedem Deutschen ans Herz gewachsene Weimar auserlesen, als eine Stätte, in der von jeher die Werke des Friedens blühten, die Offenbarungen hoher geistiger Kultur ihre Erstehung feierten.» Was man von Weimar erwartet habe, so der Präsident der Nationalversammlung lakonisch, habe man gefunden und auch die Kritik der Gegner habe man «gern hingenommen, solange sie verständig und anständig war. Es hat Ausnahmen davon gegeben, aber exceptio firmat regulam, und über Ausnahmen spricht man nicht in der Abschiedsstunde.»

Heute befindet sich an diesem Gebäude wieder die 1922 von Walter Gropius entworfene Gedenktafel, die den Passanten nüchtern darüber informiert, dass sich das deutsche Volk in diesem Hause durch seine Nationalversammlung die Weimarer Verfassung gegeben habe. Diese Tafel, die schon im März 1933 von der SA entfernt wurde, ist an und in diesem Gebäude, in dieser Stadt heute der hauptsächliche Erinnerungsort an die deutsche Nationalversammlung des Jahres 1919 und die Verfassunggebung. Die Frage, wie man hier in Weimar, wenn die Jubiläumsjahre heranrücken, diese Nationalversammlung und ihr Werk feiern soll, wie man – und darauf läuft ja auch diese Frage letztendlich hinaus – den noch immer, wenngleich aufgrund des generellen Verblässens der Weimarer Erfahrung nicht mehr so stark wie in der Vergangenheit ausgeprägten «Negativkonsens» über diese gescheiterte Verfassung, diese gescheiterte Republik, aufbrechen kann, ist nicht neu und kann nicht abgelöst von der Rolle betrachtet werden, die Vergangenheit und Geschichte in der Öffentlichkeit der



Von Walter Gropius entworfene Gedenktafel am Deutschen Nationaltheater Weimar.

Berliner Republik spielen. Oft erscheint allenfalls das, was gemeinhin unter «Weimarer Kultur» gefasst wird, als aussichtsreich kommunizierbar. Wer Schulgeschichtslehrbücher aufschlägt, findet diesen Aspekt weitaus breiter erörtert, als die Verfassunggebung. Das Stichwort der «Goldenen Zwanziger», der Verweis auf avantgardistische Aufbrüche in der Hochkultur und eine explosionsartige Auffächerung der Popularkultur fehlt nie, wobei das Einsetzen dieser Entwicklungen schon im späten Kaiserreich zumeist wenig berücksichtigt wird. Die Erleichterung, auch einmal etwas Positives aus den Jahren zwischen 1918 bis 1933 berichten zu können, ist hinter solchen Darstellungen spürbar. Die Weimarer Verfassunggebung und die aus ihr hervorgegangene Reichsverfassung als ein solches Positivum zu erfassen, scheint Kultusbehörden und Schulbuchautoren dagegen schwer zu fallen. Erscheint die Verfassunggebung in Weimar so als Teil der krisenhaften Anfangsphase der Republik negativ besetzt, und wird der Gegensatz zwischen einer durch und durch bürgerlichen Residenzstadt mit fortdauernden monarchischen Loyalitäten und der Republik, die in ihr geschaffen wurde, als böses Omen für den neuen Staat dargestellt, rücken die Ambivalenzen der herausgestellten Weimarer Kultur erinnerungspolitisch in den Hintergrund. Eine Stadt von der Prägung Weimars erscheint dann geradezu symptomatisch für eine Abwehrhaltung weiter Bevölkerungskreise gegen die Weimarer «Avantgarde». Und das, obwohl die einfache Gleichung Avantgarde ist gleich republikanisch-verfassungstreu, die zuweilen suggeriert wird, nicht aufgeht. Nicht alle entworfen, vereinfachend-salopp gesagt, wie Bauhausgründer Walter Gropius Gedenktafeln für Verfassung und Republik. Nicht Wenige unter Weimars kulturellen Avantgardisten hielten Abstand zur Weimarer Verfassungsordnung, wenn sie nicht – man denke an Paul Schultze-Naumburg oder John Heartfield – ihre Kunst in den Dienst der Radikalen von Rechts oder Links stellten, die die hier in Weimar geschaffene Verfassung demontieren halfen.

Schon der Jurist Eduard Heilfron bemühte sich 1919/20 in seinem grossangelegten Versuch, die Arbeit der Nationalversammlung über die Veröffentlichung ihrer Protokolle zu popularisieren, vergeblich darum, die Weimarer Versammlung in eine Reihe mit den grossen Nationalversammlungen, der französischen von 1789 und der deutschen von 1848, zu rücken. Und selbst bei einem Historiker wie Eberhard Kolb lesen wir noch heute das Urteil, bei den Weimarer Verfassungsberatungen sei es zu kei-

nen «leidenschaftlich und kontrovers geführten, Zeitgenossen wie Historiker gleichermaßen faszinierenden Grundsatzdebatten, vergleichbar den grossen Debatten der Deutschen Nationalversammlung 1848/49» gekommen. Das darf man im Blick z.B. auf die Debatten um den Friedensschluss, um die Grundrechte in der Verfassung, um die Staatssymbolik der Republik oder um das Problemfeld Kirche und Schule mit guten Gründen bestreiten. Dennoch weist es auf die Tatsache hin, dass eine erste Zielsetzung der historischen Erinnerung an die Weimarer Nationalversammlung heute, ähnlich wie 1999 in der Ausstellung «Wege nach Weimar» versucht, die unmittelbare Vergegenwärtigung der Ereignisse von 1919 in Weimar sein muss, die in ihrem ganzen Umfang nicht als bekannt vorausgesetzt werden können. Diese Vergegenwärtigung könnte in der Stadt ausgehend vom Deutschen Nationaltheater oder vom Residenzschloss versuchen, an konkrete Orte anzuknüpfen, gewissermaßen eine Topografie der Verfassunggebung zu schaffen.

Auch wenn das Urteil Kolbs von der, vereinfachend gesagt, «Langweiligkeit» der Weimarer Nationalversammlung relativiert werden muss, so ist, was ihre konkreten Chancen als Vermittlungsgegenstand politischer, staatsbürgerlicher Bildung angeht, doch Skepsis angebracht. Mit staatspolitischem Pathos nach dem Muster: «Das ist eine Grundlage unserer Demokratie, auf die wir stolz sein müssen», ist hier – obgleich diese Aussage natürlich zutrifft – wenig gedient. Beschwörungen dieser Art gehen, darüber wird kein heutiger Geschichtsvermittler Illusionen hegen können, bei vielen Bürgern, Schülern, Studenten den sprichwörtlichen Weg von einem Ohr zum anderen – wenn der Souverän nicht ohnehin sofort von seiner Macht Gebrauch gemacht hat, zum nächsten Angebot zu zappen. Am nächsten – gewiss kein überraschender Befund – kommt das Bemühen um eine Verstärkung und Aktualisierung der Erinnerung an die Weimarer Verfassunggebung seinem Ziel wohl dann, wenn es, obwohl es «staatstragend» sein will und sein muss, nicht staatstragend daherkommt, sondern provoziert, zu Gedankenexperimenten, zur Kontrafaktik anregt. Sebastian Haffners Text «Der letzte Friedensvertrag», der die kühne These vertritt, die Nationalversammlung hätte 1919 bei ihrem in der ersten Empörung schnell gesprochenen kategorischen ‚Nein‘ zum Versailler Vertrag bleiben und damit die militärische Besetzung des ganzen Reiches riskieren sollen, weil so die Situation der bedingungslosen Kapitulation von 1945 um 26 Jahre nach vorne gezogen worden wäre und Deutschland mit einem solchen wirklichen Neuanfang zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft hät-

te ersparen können, wäre – einmal wahllos herausgegriffen – ein solches provozierendes Angebot. Ohne einer durch überbordende Emotionalisierung bisweilen banalisierenden Geschichtspopularisierung das Wort zu reden, ist doch dafür zu plädieren, sich ohne Angst, am Ende könnte möglicherweise eine «falsche Botschaft» stehen, auf die Dramatik einzulassen, die trotz aller vermeintlichen oder tatsächlichen Weimarer Idylle, trotz aller Parlaments- und Verwaltungsroutine die Verfassunggebung von 1919 prägte. Blickt man z.B. auf die bereits zitierte, von einem auf den ersten Blick vielleicht schwer erträglichen Impetus nationaler Kränkung getragene, umjubelte Rede, die Regierungschef Philipp Scheidemann in der Nationalversammlung gegen den Versailler Frieden hielt, vergegenwärtigt man sich den Weg eines solchen Mannes vom Schriftsetzer über den Redakteur und Parteifunktionär bis zu diesem Tag in der Nationalversammlung, hört man genau auf die Enttäuschung, die in dieser Rede mit grosser Bitterkeit ausgesprochen wird – nicht nur über diejenigen, die Deutschland in den Krieg führten, dessen Ergebnis Versailles war, sondern auch über die französischen Sozialisten, über die Ideen von Völkerverständigung und Völkerbund, über die Möglichkeiten humaner Politik überhaupt – und fragt man sich, warum ein solcher Mann in dieser Situation so redet, wird ein Stück der Dringlichkeit offengelegt, mit der in dieser Stadt an der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse gearbeitet wurde. Und vielleicht scheint dann auf, dass das, was 1919 in Weimar, im Deutschen Nationaltheater vor sich ging, uns auch heute etwas angeht.

Literaturhinweise:

Eduard Heilfron (Hg.), *Die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates*, 9 Bde., Berlin 1919/20.

Wilhelm Ziegler, *Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20 und ihr Verfassungswerk*, Berlin 1932.

Ludwig Richter, *Verfassungsgebung im Theatersaal. Weimar und die Nationalversammlung 1919*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 45 (1994), S. 626-637.

Ludwig Richter, *Kirche und Schule in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung*, Düsseldorf 1996.

Ragna Boden, *Die Weimarer Nationalversammlung und die deutsche Aussenpolitik. Waffenstillstand, Friedensverhandlungen und internationale Beziehungen in den Debatten von Februar bis August 1919*, Frankfurt am Main u.a. 2000.

Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002.

Tina Pohl, *Demokratisches Denken in der Weimarer Nationalversammlung*, Hamburg 2002.

Friedhelm Köster, *Entstehungsgeschichte der Grundrechtsbestimmungen des zweiten Hauptteils der Weimarer Reichsverfassung in den Vorarbeiten der Reichsregierung und den Beratungen der Nationalversammlung*, Göttingen 2003.

Walter Pauly, *Grundrechtslaboratorium Weimar. Zur Entstehung des zweiten Hauptteils der Reichsverfassung vom 14. August 1919*, Tübingen 2004.

Heiko Bollmeyer, *Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik*, Frankfurt am Main u.a. 2007.

Wilhelm Ribhegge
Die Weimarer Nationalversammlung
1919 als Ort der Erinnerung.

Am 6. Februar 1919 begrüßte Friedrich Ebert im Namen des Rats der Volksbeauftragten die Deutsche Nationalversammlung im Weimarer Nationaltheater: «Meine Damen und Herren, die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassungsgebende Versammlung der deutschen Nation. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution. Sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen.» Sie sei der «höchste und einzige Souverän in Deutschland».¹

Zu den politischen Veränderungen der letzten drei Monate in Deutschland sagte Ebert: «In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft.» Er fügte hinzu: «Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei.» Man verwehre niemandem eine sentimentale Erinnerungsfeier, «aber so gewiss diese Nationalversammlung eine grosse republikanische



Deutsche Nationalversammlung in Weimar 1919, Postkarte.



Friedrich Ebert begrüsst die Deutsche Nationalversammlung im Weimarer Nationaltheater.

likanische Mehrheit hat, so gewiss sind die alten gottgegebenen Abhängigkeiten für immer beseitigt.»² Der letzte Grossherzog von Sachsen-Weimar und Eisenach Wilhelm Ernst hatte im November abgedankt. Das Weimarer Schloss diente jetzt vorübergehend als Sitz der Reichsregierung.

«Wir haben den Krieg verloren», fuhr Ebert fort. «Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. [...] Es war die Kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben.»³

Die Nationalversammlung war am 19. Januar 1919 auf der Grundlage des neuen demokratischen Wahlrechts gewählt worden. Vorausgegangen waren der militärische Zusammenbruch Deutschlands am Ende des Ersten Weltkriegs, der Waffenstillstand von Compiègne am 11. November 1918, die Revolution, die in allen grösseren deutschen Städten zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten geführt hatte, die Abdankung der deutschen Fürsten und Kaiser Wilhelms II. und die Ausrufung der Republik durch

Philipp Scheidemann am 9. November 1918. Am 19. Dezember 1918 hatte sich die sozialdemokratische Mehrheit des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin für Wahlen zur Nationalversammlung entschieden. Die Sozialdemokraten, die seit der Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917 gemeinsam mit dem katholischen Zentrum Matthias Erzbergers und den Linksliberalen Friedrich Naumanns für einen Verständigungsfrieden und eine Demokratisierung der deutschen Politik gekämpft hatten, wollten keine Fortsetzung der Revolution, wie dies Ebert in seiner Begrüßungsansprache an die Nationalversammlung unterstrich, sondern die Entwicklung Deutschlands zu einer parlamentarischen Demokratie.⁴

Der Rat der Volksbeauftragten entschied sich am 14. Januar 1919 für Weimar als Tagungsort der Nationalversammlung, weil die politische Lage in Berlin zu unsicher war und Weimar militärisch besser geschützt werden konnte. Der Regierung war berichtet worden, dass mit dem Theater ein vorzüglicher Versammlungsraum zur Verfügung stehe. Ausserdem seien in der Nähe, beispielsweise im Landgericht, Büroräume für die Fraktionen vorhanden. Allerdings müssten die Hotels in Weimar für fremde Gäste freigehalten werden, so dass für die Abgeordneten in erster Linie Bürgerquartiere in Frage kämen. Der Oberbürgermeister von Weimar, so vermerkt das Protokoll der Kabinettsitzung, habe «mit einem heiteren und einem nassen Auge gesagt, bei einem entsprechenden Aufruf würden sich sehr



Sitzung des Kabinetts Scheidemann im Weimarer Residenzschloss, Fotopostkarte



Matthias Erzberger

viele Bürger finden, die Mitglieder der Regierung und des Parlaments gegen eine angemessene Entschädigung aufnehmen würden». Am 21. Januar wurde die Verordnung über den Zusammentritt der Nationalversammlung am 6. Februar in Weimar bekanntgegeben.⁵

Von den 423 Abgeordneten der Nationalversammlung gehörten 165 der SPD an, 91 dem Zentrum, 75 der linksliberalen DDP, 44 der nationalkonservativen DNVP, 22 der linksozialistischen USPD, 19 der nationalliberalen DVP und 7 Abgeordnete kleineren Parteien. Die Nationalversammlung wählte am 11. Februar 1919 Ebert zum Reichspräsidenten. Die Parteien des früheren Bündnisses der Friedensresolution von 1917, SPD, Zentrum und DDP, waren aus den Wahlen gestärkt hervorgegangen. Sie gewannen 328 von 423 Sitzen, also mehr als Dreiviertel der Sitze, und bildeten das Regierungsbündnis der Weimarer Koalition. «Die Demokraten waren an der Regierung, die Monarchisten in der Opposition», wie es Eberhard Jäckel etwas lapidar formuliert hat.⁶ Ministerpräsident wurde der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann. Er gab am 13. Februar seine Regierungserklärung ab.

In der Debatte über die Regierungserklärung begründete Friedrich Naumann für die linksliberale DDP die Zusammenarbeit seiner Partei mit der SPD und dem Zentrum in der Weimarer Koalition. Er erinnerte an die

gemeinsame Friedensresolution von 1917: «Das, was Deutschland bisher nicht gehabt hat, eine wirklich bis zu Ende gegangene bürgerliche Umgestaltung, kann jetzt vollendet werden, indem Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum darüber heute einig sind: wir besitzen von jetzt an keine angeborenen politischen Vorrechte mehr, wir haben keine Kasten und keine Klassen mehr, wir sind ein Volk.»⁷

Verfassungsberatungen

Noch vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung hatte sich eine andere politische Kraft, die der deutschen Länder, die den Umbruch überlebt hatten, zu Wort gemeldet und dafür gesorgt, dass eine Reihe von Vorentscheidungen zugunsten der Länder in den Verfassungsentwurf eingebaut wurden. Die Länder hatten zwar in der Revolution ihre Dynastien, ihre Könige, Grossherzöge und Herzöge, aber keineswegs ihre Lebenskraft verloren. Auf zwei zentralen Reichskonferenzen der Länder im Dezember und im Januar hatten deren Vertreter durchgesetzt, dass der Föderalismus in der künftigen Verfassung eingebaut würde. Dabei hatten sich selbst die Sozialdemokraten in Preussen und Bayern



«Wachse aus der Weihestätte Volkesegen, Deutsche Tat!», Postkarte zur Nationalversammlung 1919.



Die Fraktion der Sozialdemokraten, 6. Februar 1919.



Die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.



Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei.



Die Fraktion der Deutschen Volkspartei.



Portrait Friedrich Naumann (Zeichnung Hildegard Arminius).

als überzeugte Föderalisten erwiesen. Die beharrende Kraft der Länder erwies sich als so stark, dass nicht einmal der Vorschlag von Hugo Preuss, das Land Preussen aufzulösen und Deutschland in 16 selbständige Länder zu gliedern, realisiert werden konnte. Eine unitarische Verfassung mit einer starken Stellung der Zentralgewalt, wie sie die Mehrheit der DDP und einige führende SPD- und Zentrums Politiker anstrebten⁸, fand schliesslich auch in der Nationalversammlung keine Mehrheit.

Am 24. Februar 1919 begann die erste Lesung des Verfassungsentwurfs im Weimarer Nationaltheater.⁹ Die Nationalversammlung setzte einen 28köpfigen Verfassungsausschuss ein, der seine Beratungen am 4. März aufnahm und sie am 18. Juni beendete.¹⁰ Auf einen anfangs recht umstrittenen Antrag Friedrich Naumanns hin befasste sich der Ausschuss besonders intensiv mit der Einarbeitung von Grundrechten in die Verfassung, während Preuss demgegenüber zuvor noch versucht hatte, die Aufnahme von Grundrechten aus der Verfassung zu vermeiden, weil bereits das Paulskirchen-Parlament 1848 wertvolle Zeit durch die ausgiebige Beratung von Grundsatzfragen verloren habe. Tatsächlich nahm aber der zweite Teil der Verfassung über die «Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen» in der endgültigen Fassung einen ungewöhnlich breiten Raum ein. Dieser Teil nahm die «klassischen» Grundrechte auf, wie sie bereits in der Paulskirche formuliert worden waren, aber zusätzlich auch eine Reihe von Regelungen über das «Gemeinschaftsleben», so über Ehe und Familie und das Verhältnis von Kirche und Staat, nachdem die Revolution das seit Jahrhunderten in Deutschland bestehende Staatskirchentum beendet hatte, ferner Bestimmungen über die kommunale Selbstverwaltung, das Beamtentum, das Schulwesen und das Wirtschaftsleben. Die Tarifautonomie und das Organisationsrecht der Arbeiter und Angestellten wurde ebenso wie der Grundsatz innerbetrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung verfassungsrechtlich anerkannt. Die Grundsätze der Sozialpflichtigkeit des Eigentums sowie der Besteuerung der Wertsteigerung des Bodens wurden in die Verfassung aufgenommen. Schliesslich brachte die SPD noch den Antrag ein, die Bodenschätze in Gemeineigentum zu überführen. Der Antrag wurde von der bürgerlichen Mehrheit der Nationalversammlung abgelehnt: Die Weimarer Verfassung war eine soziale, aber keine sozialistische Verfassung.

Die Weimarer Verfassung regelte nicht nur die staatlichen Verhältnisse, sondern griff teilweise auch in die gesellschaftlichen Verhältnisse

ein, die in einer modernen Demokratie nicht gleichsam getrennt von dem Staat gesehen werden können. Damit ging die Verfassung weit über das konstitutionelle wie liberale Staatsverständnis des 19. Jahrhunderts hinaus.¹¹ In späteren Jahren der Weimarer Republik sollte sich zeigen, dass sich gerade Staatsrechtler weigerten, sich das neue demokratische Staatsverständnis zu eigen zu machen. Der rechtspolitische Wert der Ausformulierung dieser Grundrechte und Grundpflichten bestand nicht zuletzt darin, dass die so unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland – Sozialisten, Liberale, Konservative, Protestanten, Katholiken, freikirchliche Gemeinschaften – zum ersten Mal ihre oft miteinander konkurrierenden Wertvorstellungen in eine gemeinsame Diskussion einbrachten und sie dabei zu einer Verständigung und zu einem gewissen Konsens über die Gemeinsamkeit dieser Wertvorstellungen gelangten. Es war die Geburt der pluralistischen Gesellschaft in Deutschland.

Mit grossem Geschick verstand es Conrad Haussmann, den Verfassungsausschuss über die Fraktionsgrenzen hinweg zu einem kooperativen Arbeitsstil zu bewegen. So tagte der Verfassungsausschuss in Weimar in einer ausgesprochen friedlichen, ja fast abgeklärten Atmosphäre, während in Deutschland in der ersten Hälfte des Jahres 1919 an zahlreichen Orten noch die Nachwehen des Kriegs und der Revolution zu spüren waren. In verschiedenen Regionen wurden separatistische Forderungen laut. An mehreren Orten kam es zu bürgerkriegsähnlichen Kämpfen zwischen Aufständischen und den von der Regierung eingesetzten Freikorps, bei denen zahlreiche Tote zu beklagen waren. Schlussendlich zogen mit der Bekanntgabe der Bedingungen des Friedensvertrags durch die Alliierten am 7. Mai auch noch düstere aussenpolitische Wolken über Deutschland auf, die sich vor der Abstimmung über den Versailler Vertrag im Juni in einem innenpolitischen Sturm entluden, der die Grundfesten der jungen Republik zu erschüttern drohte.

Die zweite Lesung der Verfassung in der Nationalversammlung fand vom 3. bis 22. Juli, die abschliessende dritte Lesung vom 29. bis 31. Juli statt. Bis zum Abschluss der Debatten blieben verschiedene Fragen strittig, so die Regelung des Rechts der unehelichen Kinder, Formulierungen über die Abschaffung des Adels, die von den Parteien der Linken erhobene Forderung nach der Abschaffung der Todesstrafe. Sie wurde nach einer längeren Diskussion abgelehnt, wobei gleichzeitig aber beschlossen wurde, die Anwendung der Todesstrafe durch Änderungen im Strafprozessrecht ein-



Vizepräsident Conrad Haussmann im Anschlag (Zeichnung Hildegard Arminius).

zuschränken. Zuletzt noch die Regelung der Schulfrage. Sie wurde durch den zwischen SPD und Zentrum in letzter Minute ausgehandelten Schulkompromiss gelöst, der drei Schulformen in der Verfassung festlegte, die Konfessionsschule, die Weltanschauungsschule und die Simultanschule, die Option für diese Schulformen mit dem Elternrecht verknüpfte, und die Möglichkeit der Errichtung von Privatschulen vorsah, eine Lösung, die zuvor nur in den gemischtkonfessionellen Niederlanden praktiziert worden war. Die Leidenschaftlichkeit, mit der bis zum Schluss ausgerechnet um den Schulkompromiss gerungen wurde, zeigt, wie stark die deutsche Gesellschaft noch durch die aus dem 19. Jahrhundert überkommenen weltanschaulichen, konfessionellen und ideologischen Einstellungen geprägt war.¹²

Die Verfassung der Weimarer Republik wurde nach fünfmonatiger Beratung am 31. Juli 1919 in dritter Lesung mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen und am 11. August von Ebert als Reichspräsident unterzeichnet. Die 75 ablehnenden Stimmen kamen von der DNVP und der DVP auf der Seite der Rechten und von der USPD auf der Seite der Linken. In der Abschlussdebatte zur dritten Lesung beschrieb der Sprecher der DVP, Karl Rudolf Heinze, die politische Gefühlslage seiner rechtsliberalen Parteifreunde mit folgenden Worten: «Man wird in den nächsten Tagen Feiern veranstalten aus Anlass der Verabschiedung der neuen Verfassung. Einer ihrer letzten Artikel bestimmt: Die Verfassung vom 16. April 1871 wird aufgehoben. Damit scheidet sich das neue Deutschland auch formell von der stolzesten Epoche seiner zweitausendjährigen Geschichte. In diesem Moment und in dem Augenblick, wo man die schwarz-weiss-rote Fahne herunterholt, müssen wir bei einer derartigen Feier stillschweigend abseitsstehen.»¹³

Für die Deutschnationalen erklärte der Abgeordnete Adelbert Düringer in der Schlussdebatte: «Wir lehnen diese vorliegende Verfassung ab, weil sie uns nicht konservativ genug ist. [...] Die Republik ist den Deutschen wesensfremd»¹⁴. Gleichfalls ablehnend, aber aus einer entgegengesetzten Begründung fiel die Bewertung der Verfassung durch den Sprecher der USPD Oskar Cohn aus. Die Linkssozialisten massen die parlamentarische Demokratie an den Masstäben einer Räte­demokratie und verwarfen sie.

Die Weimarer Demokraten, SPD, Zentrum und DDP, dagegen hoben in der Schlussdebatte die Leistungen der neuen Verfassung, ihres eigenen Werks, hervor. Simon Katzenstein für die SPD¹⁵ sah in der Schaffung der



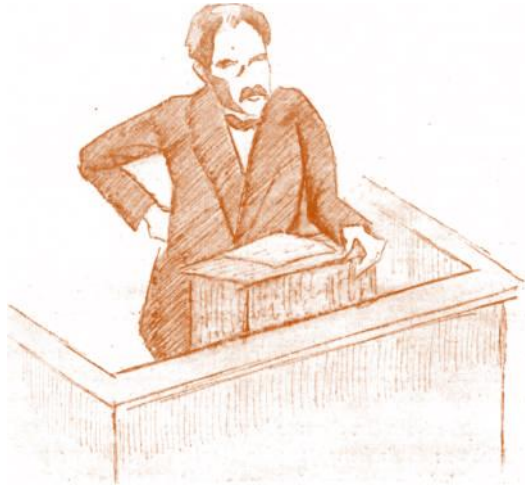
Friedrich Ebert auf der Promenade in Schwarzburg stehend, im Hintergrund das Hotel «Weisser Hirsch».



Friedrich Ebert mit Reichswehrminister Gustav Noske (l.) und General Groener (r.) in Schwarzburg / Thüringen am 30. Juli 1919.

neuen Verfassung unter so ungünstigen äusseren Umständen einen Beweis für die Lebenskraft des deutschen Volkes. Wenn die SPD sich für die Einführung des Frauenwahlrechts eingesetzt habe, so sei sie sich dabei im Klaren gewesen, dass dies ihre eigenen Wahlchancen schmälere. Aus ähnlichen demokratischen Überzeugungen habe man das Verhältniswahlrecht eingeführt, damit auch die Minderheit zu ihrem Recht komme.¹⁶ Kritisch stand die SPD der Direktwahl des Reichspräsidenten gegenüber. Eine Wahl durch Reichstag und Reichsrat, der Vertretung der Länder, wäre besser geeignet, die Möglichkeit einer «bonapartistischen Plebiszitpolitik» zu verhindern. Die Sozialdemokraten, auch Friedrich Ebert, der erste Reichspräsident, waren von Anfang an skeptisch gegenüber der herausragenden Stellung des Reichspräsidenten gewesen, die nicht zuletzt von den «bürgerlichen» Abgeordneten in die Verfassung eingebracht worden war. Insgesamt erklärte sich die SPD bereit, den politisch-gesellschaftlichen Kompromiss, der der Verfassung zugrunde lag, zu akzeptieren: Katzenstein wies darauf hin, dass die SPD traditionell die Partei der deutschen Einheit gewesen sei. Die SPD befürworte auch entschieden die Aufnahme der Grundrechte in die Verfassung und die Bindung an das Völkerrecht als «Brücke zur Völkergemeinschaft».¹⁷

Für das katholische Zentrum begründete Peter Spahn die Zustimmung zu dem Verfassungswerk: «Unsere politischen Zustände sind nicht



Oskar Cohn während seiner Rede am 10. Februar 1919 (Zeichnung Hildegard Arminius).

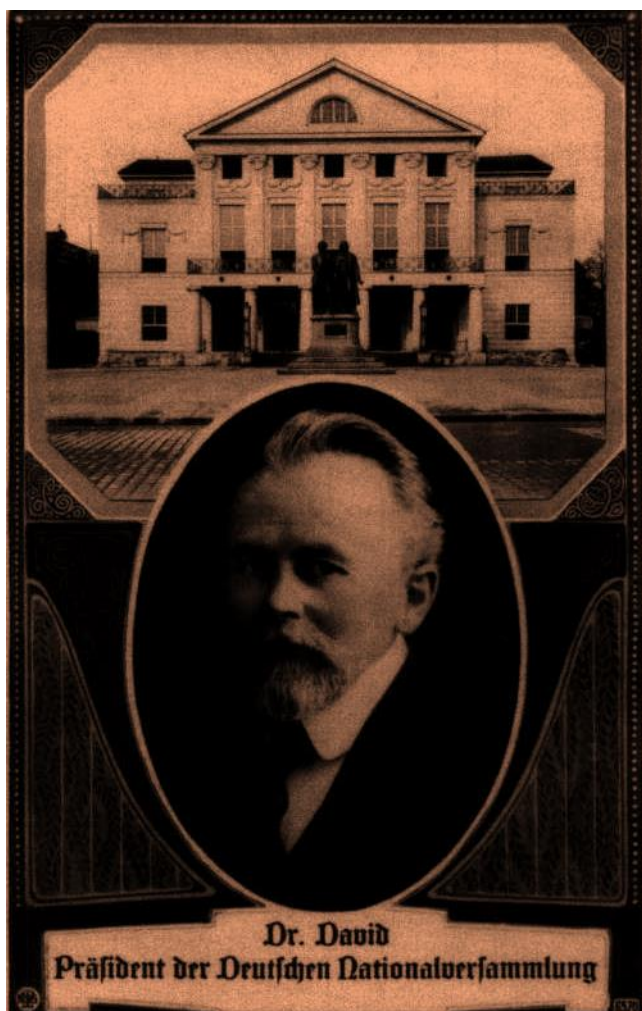
das Ergebnis der historischen Entwicklung, Vergangenheit und Gegenwart sind durch den Bruch der Revolution getrennt.» Der Grundsatz der Volkssouveränität, die Teilung der Gewalten und der föderative Charakter des Reichs seien gesichert, auch wenn das Reich zunehmend auf einen Einheitsstaat zusteuern würde. Spahn befürwortete den Eintritt in den Völkerbund. Er verwies auf konservative Elemente in der neuen Verfassung, zumal in dem Abschnitt über die «Grundrechte und Grundpflichten», die übrigens auch von der DNVP trotz ihrer insgesamt ablehnenden Haltung zur Verfassung begrüsst worden waren. Die Sonntagsheiligung, Ehe und Familie, das Eigentum und das Erbrecht würden durch die Verfassung geschützt. Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche seien auf eine neue Grundlage gestellt worden. Alle Parteien müssten jetzt ihre Programme der neuen Situation anpassen. Das gelte auch für seine eigene Partei, das einstmals monarchische Zentrum.¹⁸

Die DDP verstand sich als die eigentliche Verfassungspartei. Für sie sprach Conrad Haussmann, der auch der Vorsitzende des Verfassungsausschusses gewesen war: Die Mehrheit für die Verfassung sei grösser als die erforderliche Zweidrittelmehrheit, erklärte er. Die Mängel der Verfassung entschuldige der Druck und die Not der Zeit. «Trotz der Zersplitterung der Anschauungen» habe die Verfassung einen einheitlichen Charakter.¹⁹ Die



Peter Spahn (Zeichnung Hildegard Arminius).

Einheit des Reichs sei trotz der bestehenden Spaltungen zwischen Norden und Süden in Deutschland gesichert. Kritik übte Haussmann an der ablehnenden Haltung der Konservativen. Sie seien schon 1871 mit inneren Vorbehalten in den Parlamentarismus eingestiegen. Die äussere Linke lasse sich dagegen von der «Übermacht ihres Misstrauens» leiten. Durch das Nein zur Verfassung mache sie sich gleichfalls an der Gegnerschaft gegen den Parlamentarismus mitschuldig, denn ohne Gewalt liessen sich deren Ziele nicht durchsetzen. «So kann ich zum Schluss von unserer, der Deutschen Demokratischen Partei nur noch sagen: Wir haben sachlich aktiv und positiv mitgearbeitet. Wir waren auch sehr häufig in der Lage, den Stichentscheid zu geben, wir sind für die meisten Bestimmungen mit verantwortlich oder hauptsächlich verantwortlich. Nicht für alle, denn nicht



Eduard David. Erster Präsident der Weimarer Nationalversammlung. Später Reichsminister und von Juni bis Oktober 1919 Reichsinnenminister. Fotopostkarte 1919.

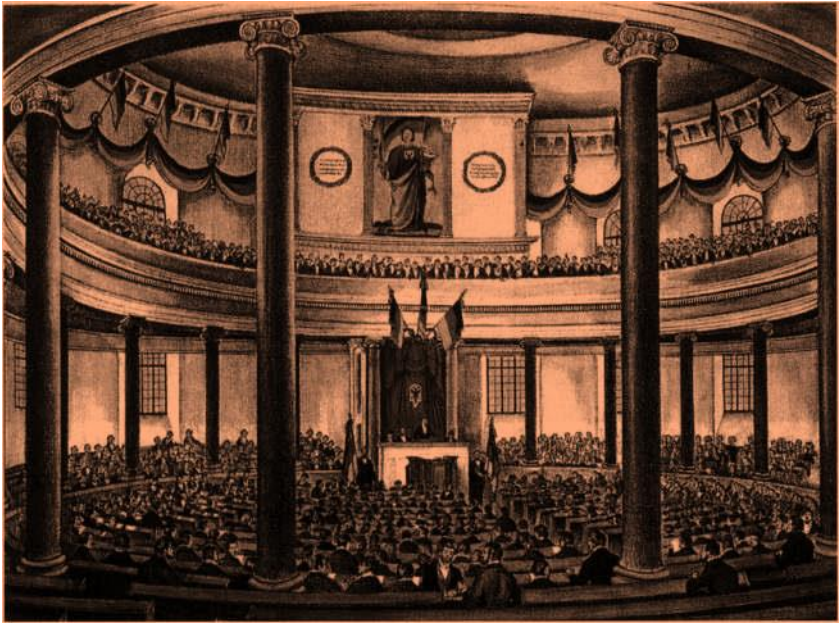
alle Bestimmungen haben unseren vollen Beifall.» Schliesslich spendete Hausmann sein Lob der Tagungsstadt: «Wir wollen uns Weimar dafür erkenntlich zeigen, dass diese Verfassung in der Geschichte Deutschlands und in der Weltgeschichte künftig den Namen ‚Weimarer⁶ Verfassung führen soll.»²⁰ Der sozialdemokratische Innenminister Eduard David nannte am 31. Juli die Weimarer Verfassung die «demokratische Demokratie der Welt».²¹

Verfassungstradition

Hugo Preuss hatte bereits am 8. Februar bei der Einbringung des ersten Entwurfs der Weimarer Verfassung, die er als Staatssekretär des Innern im Auftrag des Rats der Volksbeauftragten ausgearbeitet hatte²², einen Vergleich zwischen der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 und der Weimarer Nationalversammlung von 1919 gezogen. Er wies auf die Unterschiede der jeweils vorgegebenen historischen Situationen hin: «Damals nach einer langen Zeit des Friedens ein aufsteigendes Volk, ein auch wirtschaftlich aufsteigendes Volk, das beseelt war von dem Wunsche, sich das Ideal seines nationalen Zusammenlebens zu schaffen; heute ein Volk nach schweren Kriegsleiden, nach dem Verlust eines der gewaltigsten Kriege in der Weltgeschichte». Während aber die Frankfurter Nationalversammlung gescheitert sei, habe jetzt die Weimarer Nationalversammlung die Chance des Erfolgs:



Hugo Preuss erledigt Unterschriften (Zeichnung Hildegard Arminius).



Frankfurter Nationalversammlung 1848/49.

«Damals ist wesentlich an dem Widerstande der dynastischen Mächte in Deutschland das Werk der Frankfurter Nationalversammlung gescheitert. Solcher Widerstand ist heute durch die Tatsache der Revolution ausgemerzt/⁴²³

Vergleicht man heute die Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 mit der Weimarer Nationalversammlung von 1919, so fällt auf, dass die Weimarer nie den historischen Nimbus erhalten hat wie die Frankfurter. Das ist paradox. Denn während die Frankfurter Verfassung, die erstmals versuchte, eine liberale parlamentarische Demokratie und gleichzeitig die deutsche Einheit – unter einem preussischen Kaiser – zu schaffen²⁴, nie in Kraft trat, gelang es der Weimarer Nationalversammlung, eine Verfassung zu schaffen, die die Grundlage für die moderne freiheitliche und parlamentarische Demokratie in Deutschland schuf. Das Grundgesetz von 1949, auch wenn es die Weimarer Verfassung an entscheidenden Punkten verändert hat, baut auf der Weimarer Verfassung auf. In einzelnen Fällen, wie bei den Regelungen über das Verhältnis von Kirche und Staat, wurden die entsprechenden Artikel der Weimarer Verfassung im Wortlaut übernommen. Bonn übernahm hier historische Lösungen, die man in Weimar nach der Abschaffung des Staatskirchentums und des Bündnisses von

Thron und Altar für das Zusammenleben der Konfessionen und Glaubensgemeinschaften gefunden hatte.²⁵

Die Weimarer Verfassung, die hier im Nationaltheater ausgearbeitet, diskutiert und am 31. Juli 1919 beschlossen wurde, steht somit in einer Tradition, die von der Frankfurter über die Weimarer Verfassung zum Grundgesetz von 1949 und zu der Verfassung der Bundesrepublik nach der deutschen Einigung von 1990 reicht.²⁶

Zum Anlass der Erinnerung an die Revolution von 1848 gab es 1998 in Deutschland ein grosses Angebot an Ausstellungen, Veranstaltungen, Buchpublikationen und einen Festakt in der Paulskirche in Frankfurt/Main. Demgegenüber findet eine Erinnerung an die Weimarer Nationalversammlung praktisch nicht statt.²⁷ Es gibt keine Ausstellungen und kaum Buchpublikationen. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat bisher ein einziges Mal – und zwar zur Erinnerung an das Inkrafttreten der Weimarer Verfassung vor fünfzig Jahren – im Jahre 1959 eine entsprechende Schrift herausgebracht.²⁸ Aber auch in Weimar selbst gibt es, abgesehen von der Gedenktafel am Nationaltheater, kaum etwas, das an die Nationalversammlung erinnert. In den Weimarer Buchhandlungen findet man weder eine passende Broschüre noch einen Flyer zur Nationalversammlung von 1919.

Aus solchen Beobachtungen kann leicht ein oberflächlicher Eindruck entstehen. Aber die Gründe für die Verdrängung der Weimarer Nationalversammlung aus dem historischen Bewusstsein der Deutschen scheinen tiefer zu liegen. Das hängt einmal damit zusammen, dass die Weimarer Verfassung häufig vom Untergang der Weimarer Republik her gesehen und von daher negativ beurteilt wurde.²⁹ Aber es gibt noch weitere Gründe. Bereits im Jahre 1919 war das Interesse der deutschen Öffentlichkeit an den Verfassungsberatungen vergleichsweise gering gewesen. Es wurde überlagert von der Erregung, die die Beratungen und Abstimmungen über den Versailler Vertrag in der Nationalversammlung auslösten. Während die Abgeordneten in Weimar über die künftige deutsche Verfassung berieten, wurde in Paris über die künftige Friedensordnung Europas nach dem Zerfall der grossen Imperien des russischen Zarenreichs, des österreichischen und des deutschen Kaiserreichs beraten und entschieden. Dabei ging es nicht nur um die Grenzen Deutschlands zu den neu entstandenen osteuropäischen Staaten Polen und Tschechoslowakei und um die Grenze zu Frankreich (Abtretung Elsass-Lothringens), sondern generell um die Beziehungen der neuen und alten nationalen Demokratien Europas

untereinander. Für Deutschland warf das zugleich die Frage nach den Konsequenzen aus dem verlorenen Krieg auf.

Aber auch für die westlichen Demokratien stellte sich 1919 die Frage, wie weit sie bereit waren, das neue demokratische Deutschland als künftigen Partner anzuerkennen. In Deutschland hatte man grosse Hoffnungen auf das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson gesetzt, woran auch Philipp Scheidemann in seiner Regierungserklärung vom 13. Februar 1919 erinnerte.³⁰ Andererseits fiel es nicht nur den Besiegten, sondern auch den Siegern schwer, nach vier Jahren Krieg die in der Bevölkerung ihrer Länder aufgebauten Feindbilder von heute auf morgen wieder abzubauen.³¹ Diese Kriegsmentalitäten bestanden auf allen Seiten weiter, auch wenn der Krieg inzwischen beendet war.

Die Deutschen waren an der Pariser Friedenskonferenz nicht beteiligt. Die Historikerin Margaret MacMillan hat in ihrem Buch über die Pariser Friedenskonferenz 1919 das Aufeinanderprallen der unterschiedlichen Vorstellungen von Siegern und Besiegten anschaulich beschrieben. Am 7. Mai 1919 wurde im Trianon Palast Hotel in Versailles der deutschen Delegation, die von Aussenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau



Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau beim Verlassen des Residenzschlosses Weimar.

geführt wurde, der Entwurf des Friedensvertrags übergeben.³² Bei der Anreise mit der Bahn hatte man sich ein Bild von den im Krieg zerstörten Gebieten Nordfrankreichs machen können. Man ahnte nichts Gutes, aber mit der Härte der Bedingungen hatte niemand gerechnet. Zum ersten Mal wurde den Deutschen die ganze Wucht der eigenen Niederlage bewusst. Verhandlungen zwischen Siegern und Besiegten fanden nicht statt. Man gab den Deutschen eine Frist von 14 Tagen, um den Entwurf der Alliierten schriftlich zu beantworten. Die Frist wurde dann noch einmal verlängert.

Debatte über den Versailler Friedensvertrag

Die Bekanntgabe der Bedingungen löste eine erregte innerdeutsche Debatte über die Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrags aus. Die Nationalversammlung begab sich am 12. Mai zu einer Sondersitzung nach Berlin. In der Aula der Universität bezeichnete der sozialdemokratische Ministerpräsident Scheidemann den Vertrag als «unannehmbar».

Der Zentrumsolitiker Matthias Erzberger hielt diesen Weg für zu riskant. In einem Memorandum für die Kabinettsitzung Anfang Juni hatte er die möglichen aussen- und innenpolitischen Folgen für den Fall einer Ab-



Philipp Scheidemann verlässt das Volkshaus in Weimar.

lehnung aufgezeichnet³³: Die Kriegshandlungen würden von den Alliierten wieder aufgenommen, Teile Deutschlands, insbesondere das Ruhrgebiet, würden besetzt, die inzwischen beendete Blockade würde wieder aufgenommen. Innenpolitisch drohe eine Hungersnot und das «Überhandnehmen des Bolschewismus, der seine Zeit gekommen sieht». Die Behörden würden an Autorität verlieren, die deutsche Bevölkerung sich politisch nach links und rechts polarisieren. Es drohe ein Bürgerkrieg. Für Deutschland insgesamt bedeute dies: «Das Deutsche Reich fällt auseinander. Die einzelnen Freistaaten werden dem Anerbieten und Druck der Alliierten, mit ihnen Frieden zu schliessen, nicht widerstehen können. Wenn schon jetzt in Bayern, in den Rheinlanden und auch im Osten solche Tendenzen auftreten, so ist dies umso sicherer zu erwarten, wenn der völlige Zusammenbruch Deutschlands Wirklichkeit geworden ist.»³⁴

Aus diesen Gründen riet Erzberger den widerstrebenden Kabinettskollegen, den Vertrag zu unterzeichnen. Ähnlich argumentierte schliesslich auch die Oberste Heeresleitung unter General Wilhelm Groener. Am 19. Juni trat das Kabinett Scheidemann zurück. Dem neugebildeten Kabinett des Sozialdemokraten und Gewerkschaftlers Gustav Bauer³⁵ gehörten nur noch die SPD und das Zentrum an. Die DDP schied aus der Regierung aus. Am 22. Juni ermächtigte die Nationalversammlung mit 237 gegen 138 Stimmen die Regierung, den Vertrag zu unterzeichnen. Die Unterzeich-



Matthias Erzberger vor dem Residenzschloss Weimar.



Portrait Gustav Bauer (Zeichnung Hildegard Arminius).

nung fand am 28. Juni im Spiegelsaal von Versailles statt. Am 9. Juli wurde der Friedensvertrag von der Nationalversammlung mit 208 Stimmen aus SPD, Zentrum und USPD gegen 116 Stimmen aus DDP, DVP und DNVP ratifiziert.³⁶ Das bürgerlich-nationale Lager hatte die Verantwortung für die Beendigung des Krieges den früheren so genannten «Reichsfeinden» der Bismarckzeit, der deutschen Sozialdemokratie und dem politischen Katholizismus, überlassen.³⁷ Beide Volkparteien, die Sozialdemokratie wie die Christliche Demokratie, hatten selbst in dem nationalistischen Kriegstaukel ihre europäischen Bindungen nie völlig aufgegeben. Sie konnten sich sehr wohl eine europäische Zukunft nationaler Demokratien jenseits des Kriegsnationalismus vorstellen. Das war der entscheidende Grund, warum sie trotz schwerer Bedenken in der Nationalversammlung dem Versailler Vertrag zustimmten.

Nach der Ratifizierung des Friedensvertrags und unmittelbar vor der Verabschiedung der Verfassung fand am 25. Juli in der Nationalversammlung eine Debatte über die Frage der Schuld am Kriegsausbruch 1914 und an der Niederlage 1918 statt, bei der die DNVP die SPD und den Zentrumspolitiker Erzberger massiv angriff. Die Opposition der Deutschnationalen,

die sich nach dem Schock der Revolution von 1918 bis dahin still verhalten hatte, sah jetzt nach der Zustimmung der Regierungsparteien zu dem aufgezwungenen Friedensvertrag einen willkommenen Anlass, endlich aus der Reserve hervorzutreten und mit der neuen demokratischen Regierung abzurechnen.

Der Sprecher der DNVP, der mecklenburgische Abgeordnete Albrecht von Graefe, warf den Regierungsparteien vor, Deutschland seit 1917 systematisch in den Zusammenbruch getrieben zu haben. Am Anfang habe die Friedensresolution des Reichstags vom Juli 1917 gestanden. Diese Politik habe sich mit der Unterzeichnung des Waffenstillstands von Compiègne am 11. November 1918 fortgesetzt. Über die Novemberrevolution, die die Sozialdemokraten zu verantworten hätten, habe sie schliesslich mit der Annahme des Versailler Vertrags ihr Ende gefunden.³⁸ Bereits auf einer der ersten Sitzungen der Nationalversammlung, am 18. Februar 1919, war Erzberger, damals noch Waffenstillstandskommissar, Zielscheibe einer Attacke der nationalen Rechten gewesen. Damals hatte der Ruhrindustriellen und DVP-Abgeordnete Albert Vogler Erzberger und den Mehrheitsparteien vorgeworfen, «einen Frieden des Kirchhofs» herbeizuführen, «vielleicht nur unterbrochen von dem gellenden Geheul der bolschewistischen Hyäne».³⁹ Vogler hatte mit seiner Attacke einen Proteststurm in der Nationalversammlung ausgelöst.



Matthias Erzberger auf dem Weg zu Waffenstillstandsverhandlungen.



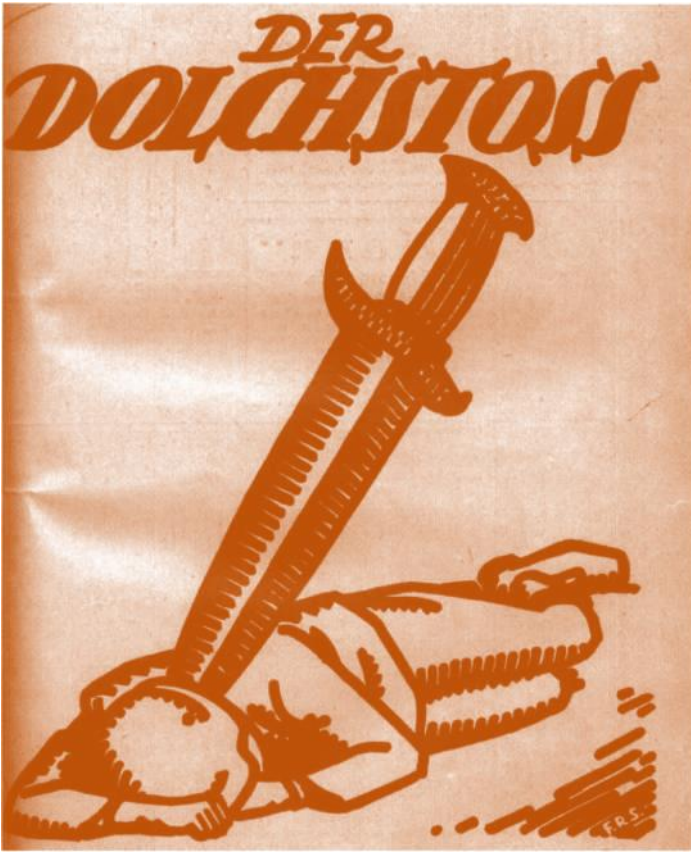
*Albert Vogler im Gespräch mit Frau Riesser
(Zeichnung Hildegard Arminius).*

Erzberger konterte Graefes Angriff mit einer langen Rede, die zahlreiche Enthüllungen über die Kriegszielpolitik der kaiserlichen Regierung enthielt.⁴⁰ Er hielt der Rechten entgegen, dass es zu der militärischen Niederlage, dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und der Revolution gekommen sei, weil sich die Militärs und die kaiserliche Regierung 1917 geweigert hätten, die von der Mehrheit des Reichstags geforderte Politik eines Friedensschlusses mit den bisherigen Kriegsgegnern einzuschlagen. Indem man auf Sieg gesetzt hätte, habe man alles verloren. Im Rückblick auf die vergangenen Kriegsjahre erklärte Erzberger vor der Nationalversammlung: «Deutschland hatte ja vier Jahre überhaupt keine politische Regierung, sondern eine Militärdiktatur. Das ist das Unglück des deutschen Volkes, dass es die Militärs allein herrschen und die Politik der ruhigen Vernunft und der sachlichen Erwägung nicht zu Worte kommen liess. Es herrschte geradezu ein System in Deutschland, das in dem Moment, wo die Politik sich einmal vorwagte, es immer die allmächtigen Militärs waren, die gegen diese schwache Politik auftraten. Das ist die tiefste Wurzel der gegenwärtigen Revolution, das ist ihr tiefster Untergrund.»⁴¹

Erzberger drehte den Spiess des gegen ihn und die Demokraten gerichteten Angriffs um und richtete ihn gegen die deutschnationale Rechte: «Wer hat bei uns den Krieg verloren? Ich habe es Ihnen nachgewiesen: Diejenigen, welche den handgreiflichsten Möglichkeiten eines massvollen und würdigen Friedens immer wieder einen unvernünftigen, trotzig und verbrecherischen Eigensinn entgegenstellten. Sie haben mit ihren Agitationen und Machtmitteln den Krieg verloren, weil Sie den Frieden, wo er dem deutschen Volke noch erträglich schien, leichtsinnig weggeworfen haben. Nur weil Sie den Frieden, als es noch Zeit war, zurückgewiesen und zu Boden gestampft haben, den Frieden, den Ausgleich, der die alten Grenzen des Reichs aufrecht erhalten sollte, abgelehnt haben, mussten wir den anderen Frieden unterzeichnen.»⁴² Erzberger fuhr fort: «Dadurch, dass wir Ihren Waffenstillstand und Ihren Frieden unterzeichnen mussten, haben wir für Ihre Schuld gebüsst. Diese Schuld werden Sie niemals los, und wenn Sie hundertmal ihre Hände durch ein ‚Nein‘ in Unschuld waschen.»⁴³ Das Protokoll verzeichnete «Stürmischen Beifall und Händeklatschen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten – Zwischen rechts – Wiederholter stürmischer Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.»

Die Kriegsschulddebatte fand wenige Tage vor der Schlussabstimmung über die Weimarer Verfassung am 31. Juli 1919 statt. Die neue republikanische Verfassung wurde von den Deutschnationalen abgelehnt. Die nationale Rechte verband die Ablehnung von Versailles mit der Ablehnung der Weimarer Demokratie. Sie lastete den Demokraten die Schuld für die Niederlage und den Zusammenbruch Deutschlands im Ersten Weltkrieg an und es gelang ihr, einen «Anti-Versailles-Furor» zu entfachen⁴⁴, von dem 1933 die Nationalsozialisten profitieren sollten. Es war eine «Flucht in den Mythos» und der Beginn der Dolchstosslegende.⁴⁵ Das sollte fatale Folgen haben, wie der weitere Verlauf der Geschichte der Weimarer Republik zeigt. Bereits im März 1920 fand der Kapp-Putsch statt, der die Erfüllung des Versailler Vertrags verhindern sollte.⁴⁶

Die Weimarer Nationalversammlung war der eindrucksvolle Versuch der demokratischen Politiker Deutschlands gewesen, ihr Land nach dem verheerenden Krieg in ein Europa nationaler Demokratien einzubringen. Diese Leistung ist bis heute nicht wirklich gewürdigt worden.



Der Dolchstoß, Titelblatt Süddeutsche Monatshefte April 1924.

1 Eduard Heilfron (Hg.), Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates (Nachdruck der stenographischen Berichte – bis Juli 1919 vollständig, ab Juli 1919 teilweise gekürzt – als Volkshandbuch), Berlin o. J., Bd. I, S. 3.

2 Heilfron, Bd. I, S. 3 f.

3 Heilfron, Bd. I, S. 4.

4 Vgl. Wilhelm Ribhegge, Von Potsdam nach Weimar. Die deutsche Nationalversammlung 1919, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 42 (1995), S. 736-743. Zur Entstehung der Weimarer Demokratie aus der Politik der Reichstagsmehrheit von SPD, Zentrum und Linksliberalen, die am 19. Juli 1919 die Friedensresolution des Reichstags durchgesetzt hatte: Wilhelm Ribhegge, Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917/18, Essen 1988.

5 Erich Matthias (Hg.), Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, Teil II, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1969, S. 223-233 u. S. 285.

6 Eberhard Jäckel, Das deutsche Jahrhundert. Eine historische Bilanz, Stuttgart 1996, S. 112.

7 Heilfron, Bd. I, S. 125.

8 Auf eine unitarische Lösung drängten Hugo Preuss, Conrad Haussman und Friedrich Naumann in der DDP Erzberger im Zentrum und Scheidemann in der SPD.

9 Zur kontroversen Beurteilung der verfassungsgeschichtlichen Entscheidungen 1918/19 vgl.: Reinhard Rürup, Entstehung und Grundlage der Weimarer Verfassung, in: Eberhard Kolb (Hg.), Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 218-243; Ernst-Wolfgang Böckenförde, Der Zusammenbruch der Monarchie und die Entstehung der Weimarer Republik, in: Kurt A. Jeserich, Hans Pohl, Georg Christoph von Unruh, Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 4, Stuttgart 1985, S.1-25.

10 Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung Bd. 336: Anlagen zu den stenographischen Berichten Nr. 391: Bericht des Verfassungsausschusses (Protokoll), Berlin 1920.

11 Vgl. Christoph Gusy, Die Weimarer Reichsverfassung, Tübingen 1997; Dieter Grimm, Das Grundgesetz in der deutschen Verfassungstradition (Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 14.4.1989), S.7-10 («Die erste deutsche Demokratie»); Manfred Botzenhart, Deutsche Verfassungsgeschichte 1806-1949, Stuttgart 1993, S.131-147; Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie, Stuttgart 1985, S. 110-138; E. Portner, Die Verfassungspolitik der Liberalen 1919, Bonn 1973; Dieter Langewiesche. Liberalismus in Deutschland, Frankfurt 1988, S. 251-272; Sigrid Vestring, Die Mehrheitssozialdemokratie und die Entstehung der Reichsverfassung von Weimar 1918/19, Münster 1987; Wilhelm Ribhegge, Konservative Politik in Deutschland. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Darmstadt 1989, S. 165-191.

12 Vgl. Wilhelm Ribhegge, Katholischer Kirche, nationaler Staat und Demokratie. Zur Rolle Joseph Mausbachs (1860-1931) in der deutschen Öffentlichkeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, in: Westfälische Zeitschrift Bd. 148 (1998), S. 171-19.

13 Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung 1919, Bd. 328,

S. 2095. [Die Abschlussreden der Fraktionssprecher sind in der Edition von Heilfron teilweise gekürzt wiedergegeben.]

14 A. a. .O., S. 2089 f.

15 Zur Rolle der SPD in der Weimarer Nationalversammlung: Die SPD-Fraktion in der Nationalversammlung 1919-1920, bearbeitet von Heinrich Potthoff und Hermann Weber (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, hg. Karl Dietrich Bracher und Rudolf Morsey), Düsseldorf 1986.

16 Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung 1919, Bd. 328, S. 2075.

17 A. a. O., S. 2074-2077.

18 A. a. .O., S. 2077-2081.

19 A. a. O., S. 2081.

20 A. a. O., S. 2081-2083.

21 Heilfron, Bd. VII, S. 453. – Vgl. Christoph Gusy, Die Weimarer Reichsverfassung, Tübingen 1997; Willibald Apelt, Geschichte der Weimarer Verfassung, München ²1964.

22 Vgl. Jasper Mauersberg, Ideen und Konzeption Hugo Preuss⁴ für die Verfassung der deutschen Republik 1919 und ihre Durchsetzung im Verfassungs-Werk von Weimar, Frankfurt a. M. 1991.

23 Heilfron, Bd. 1, S. 28.

24 Vgl. Frank Eyck, Deutschlands grosse Hoffnung. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 [engl.: The Frankfurt Parliament 1848-1849, London 1969]. Geleitwort: Carlo Schmid, München 1972; Wilhelm Ribhegge, Das Parlament als Nation. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1998; 1848. Aufbruch zur Freiheit. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums und der Schirn zum 150jährigen Jubiläum der Revolution von 1848/49, hg. Lothar Gall, Berlin 1998; Gunther Hildebrandt, Die Paulskirche. Parlament in der Revolution 1848/49, Berlin 1986; Günther Mick, Die Paulskirche. Streiten für Einigkeit und Recht und Freiheit, Frankfurt a. M. ²1997; Der Geist der Paulskirche. Aus den Reden der Nationalversammlung 1848-1849. Ausgewählt u. herausgegeben von Wolfgang Petzet und Otto Ernst Sutter, Frankfurt a. M. 1923.

25 Wilhelm Ribhegge, Joseph Mausbach; Ludwig Richter, Kirche und Schule in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung, Düsseldorf 1996.

26 Wilhelm Ribhegge, Das Grundgesetz in der deutschen Verfassungstradition: 1849 – 1919 – 1949 – 1989, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik. Zeitschrift für historisch-politische Bildung Jg. 28 (2000), Heft 2/2, S. 90-102, Dieter Grimm, Die Bedeutung der Weimarer Verfassung in der deutschen Verfassungsgeschichte, Heidelberg 1990.

27 Vgl. Dieter Langewiesche, 1848 und 1918 – zwei deutsche Revolutionen. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung am 4. November 1998, hg. Forschungsinstitut d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1998.

28 Die Weimarer Nationalversammlung (Ausgabe der Sondernummer der Wochenzeitung «Das Parlament» vom 13. August 1959), hg. Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn 1960.

29 Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 5. Aufl., Düsseldorf 1984 [1. Aufl. 1955]; Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte von 1806-1933, München 2000, S. 403-407; Hans Mommsen, Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang von 1918 bis 1933, Berlin 1989.

30 Heilfron, Bd. 1, S. 110. Vgl. Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971.

31 Vgl. S. Wallace, War and the Image of Germany: British Academics 1914-1918, Edinburgh 1988; Anthony Lentin, Guilt at Versailles. Lloyd George and the Pre-History of Appeasement, London 1985; A. Sharp, The Versailles Settlement: Peacemaking in Paris 1919, London 1991; Erik Goldstein, Winning the Peace. British Diplomatie Strategy, Peace Planning, and the Paris Peace Conference 1916-1920, Oxford 1991; Henning Köhler, Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschland-Politik 1918-1919, Düsseldorf 1980; Raymond Poidevin / Jacques Bariéty, Les relations franco-allemandes 1815-1975, Paris 1977 (Kapitel 14: L'Allemagne et la France au lendemain de la Première Guerre mondiale, S.223-257.

32 Margaret MacMillan: Peacemakers. The Paris Conference of 1919 and Its Attempt to End War, London 2002, S. 469-493; Eberhard Kolb, Der Frieden von Versailles, München 2005.

33 Zu den Diskussionen über die Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrags in den Kabinetten Scheidemann und Bauer vgl.: Das Kabinett Scheidemann vom 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearbeitet von Hagen Schulze (Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik), Boppard am Rhein, 1971; Das Kabinett Bauer vom 21. Juni 1919 bis 27. März 1920, bearbeitet von Anton Golecki (Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik), Boppard am Rhein 1980.

34 Abdruck des Erzberger-Memorandums in: Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1976, S. 356-358. In den östlichen Provinzen Preussens formierte sich im Sommer 1919 ein «Ostwiderstand». Dabei war die Gründung eines eigenen deutschen «Oststaats» für den Fall geplant, dass Deutschland gezwungen würde, die Ostgebiete wie im Versailler Vertrag vorgesehen, aufzugeben. Die Oststaat-Pläne scheiterten schliesslich an der ablehnenden Haltung der Obersten Heeresleitung unter General Groener. Die Militärs sahen keine Chance, im Falle einer Ablehnung des Vertrags, die Kampfhandlungen im Osten mit Aussicht auf Erfolg wieder aufzunehmen. Allerdings bereitete der «Ostwiderstand» jenes politische Klima vor, aus dem im März 1920 der Kapp-Putsch entstand. (Vgl. Wilhelm Ribhegge, August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 203-231; Hagen Schulze, Der Oststaat-Plan 1919, in: VfzG 18 [1970], S. 123-160.)

35 Martin Vogt, Gustav Adolf Bauer (1870-1944), in: Wilhelm von Sternburg (Hg.), Die deutschen Kanzler von Bismarck bis Schmidt, Königstein/Ts. 1985, S. 177-190.

36 Ragna Boden, Die Weimarer Nationalversammlung und die deutsche

Aussenpolitik. Waffenstillstand, Friedensverhandlungen und internationale Beziehungen in den Debatten von Februar bis August 1919, Frankfurt/M. 2000, S. 167, Anm. 810.

37 Der amerikanische Historiker Klaus Epstein hat in seiner Erzberger-Biographie bemerkt, die Ratifizierung des Friedensvertrags sei Erzbergers grösste politische Leistung gewesen, die ihm von niemandem gedankt worden sei. «Er durchkreuzte die Pläne derjenigen, die, infolge nationalistischer Phrasen, unrealistischer Ehrbegriffe und mangelnder Voraussicht verblendet, Deutschland in Hunger, Teilung und Besetzung getrieben hätten.» Die Notwendigkeit, den Vertrag zu unterzeichnen, habe auf der Tatsache beruht, dass Deutschland den Krieg verloren habe (Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, S. 367). «Versailles war hart», bemerkt Heinrich August Winkler. «Aber kaum jemand in Deutschland machte sich bewusst, dass alles noch viel schlimmer hätte kommen können.» (Winkler, Der lange Weg nach Westen, a. a. O., S. 402).

38 Heilfron, Bd. 7, S. 148-156.

39 Heilfron, Bd. 1, S. 320 f.; Wilhelm Ribhegge, Preussen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789-1947, Münster 2008, S. 309 f.

40 Heilfron, Bd. 7, S. 157-199; Epstein, Erzberger, S. 370 f.

41 Heilfron, Bd. 7, S. 163.

42 Heilfron, Bd. 7, S. 196 f.

43 Heilfron, Bd. 7, S. 196 f. – Vgl. Wilhelm Ribhegge, Konservative Politik in Deutschland. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Darmstadt 1989, S. 179-181.

44 Kolb, Der Frieden von Versailles, S. 91-110 («'Versailles' und die Deutschen»).

45 Anneliese Thimme, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969. Vgl. Ulrich Heineemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983; Ders., Kriegsschuldfrage und politische Justiz – Der Staatsgerichtshof für die Kriegsschuldigen 1919/20, in: Demokratie und Recht 12 (1984), S. 165-175.

46 Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919-1920, Düsseldorf 1967.

Walter Mühlhausen

Verpasste Chancen und verhinderte Katastrophen. Friedrich Ebert und die Grundsteinlegung der Weimarer Republik

Am 11. Februar 1919 wählte die im Deutschen Nationaltheater Weimar tagende Nationalversammlung Friedrich Ebert zum ersten demokratischen Staatsoberhaupt in der deutschen Geschichte. In seiner Dankesrede versprach der sozialdemokratische Parteivorsitzende, «als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes [...], nicht als Vormann einer einzigen Partei» zu handeln. Die Verpflichtung zur überparteilichen Integration war das Leitmotiv politischen Handelns von Friedrich Ebert als Reichspräsident. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits drei Monate an der Spitze der Revolutionsregierung gestanden. Am 9. November 1918 war er in die Führung des Staates katapultiert worden – im Zeichen der militärischen Niederlage und einer über das Land hinwegbrausenden revolutionären Welle, als das Reich sich in Auflösung und Agonie befand.



Präsident Eduard David verkündet in der Nationalversammlung die Wahl des Volksbeauftragten Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten, Fotopostkarte 1919.



Reichspräsident Friedrich Ebert, Fotopostkarte 1919.



Gustav Noske

Diese engere Revolutionszeit vom 9. November 1918 bis zum Februar 1919 ist zwar hinreichend erforscht, doch ist die Rolle Friedrich Eberts in der historischen Betrachtung umstritten. Das gilt auch für seine Zeit als Reichspräsident von 1919 bis zu seinem frühen Tod 1925. Es gab lange Zeit kein geschlossenes Bild von Person und Wirken auf der Basis einer quellengesättigten Analyse. Aber es existierten und existieren Legenden und stets weitergereichte Stereotypen. So habe er in der Revolutionszeit die Interessen der Arbeiterbewegung verraten und Chancen für eine demokratische Fundamentierung verpasst. Der Start der Republik sei daher misslungen, ihr Untergang vorherbestimmt worden.

Mit der Elle, was möglich und notwendig gewesen sei, werden Versäumnisse der Politik Eberts auch als Reichspräsident vermessen. Einige wenige sind hier zu nennen: die Deckung der Politik von Reichswehrminister Gustav Noske, die die Reichswehr zum Staat im Staate gemacht habe, sein Vertrauen in den Chef der Heeresleitung, Hans von Seeckt, vor allem während der Krise im Herbst 1923, ferner die Ernennung des Nichtpolitikers Wilhelm Cuno zum Reichskanzler im November 1922, gerade als man einen politisch erfahrenen Regierungschef gebraucht hätte. Der erste Reichspräsident habe zu leichtfertig den ominösen Artikel 48 gehandhabt und damit die Demokratie untergraben. Zu seinen Fehlern wird weiterhin auch die überstürzte Reichsexekution gegen Sachsen im Oktober 1923 gezählt. Insgesamt galt Ebert als ein schwacher Präsident.

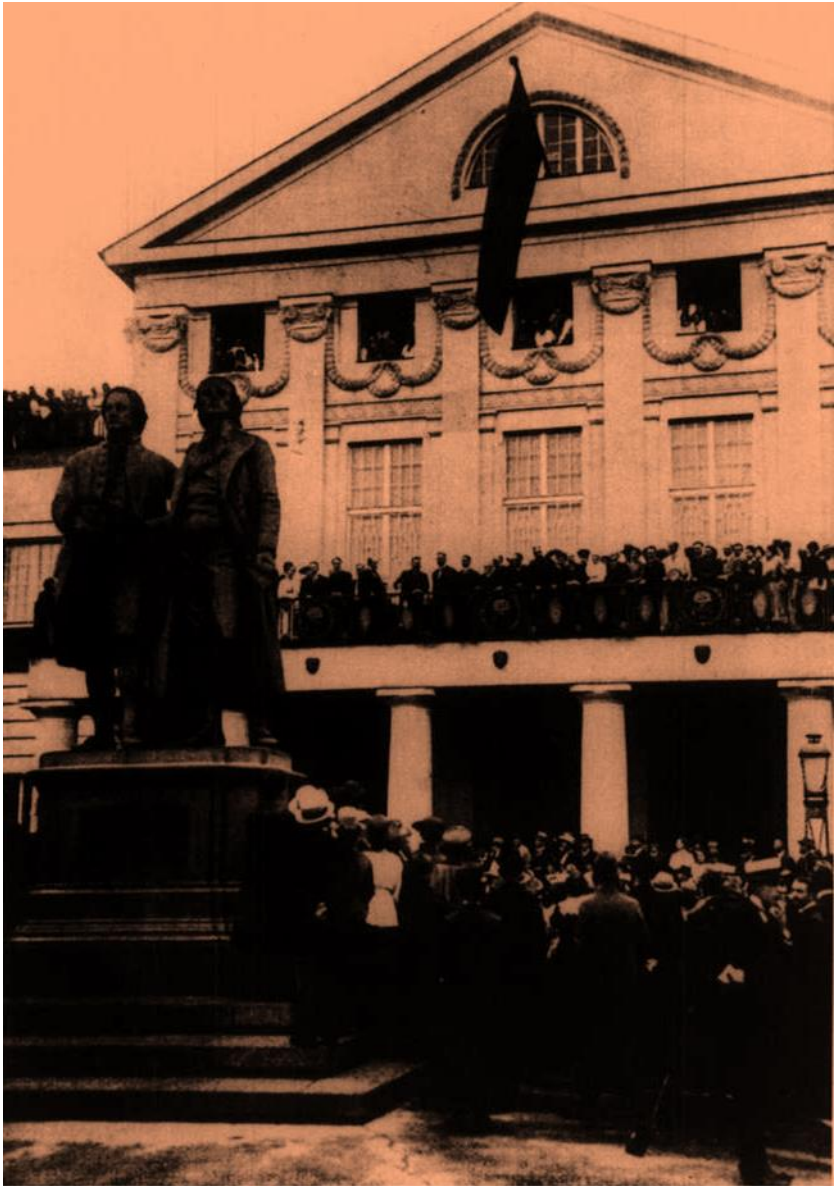
Ebert verkümmerte in der historischen Betrachtung eigentlich zur Chiffre für die Sozialdemokraten und die Sozialdemokratie von Weimar, die den gestellten Herausforderungen nicht gewachsen gewesen seien, ja schlicht restlos versagt hätten; er galt als das typische Beispiel für den kleingeistigen, phantasiearmen sozialdemokratischen Biedermann im Regierungsamt. Blickt man nun auf die Rolle Friedrich Eberts in Revolution und den ersten Jahren der Republik, so ist zu fragen: Stimmt das gängige Urteil?

Beginnen wir mit der Revolutionszeit. Auf die in der DDR-Geschichtsschreibung geltende Verdammung Eberts als Arbeiterverschlinger, der konspirativ mit den alten kaiserlichen Gewalten zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung paktiert habe, braucht hier nicht weiter eingegangen zu werden, denn das ist mittlerweile jenseits jeder ernsthaften Diskussion. Für die Revolutionszeit aber gilt immer noch der Vorwurf, dass Ebert (und die Mehrheit der Sozialdemokratie) Chancen zu einer tief greifenden und als notwendig erachteten Neuordnung nicht genutzt habe. Sie hätten es versäumt, die neue Republik auf solidere Pfeiler zu stellen.

Als der letzte kaiserliche Reichskanzler Prinz Max von Baden am 9. November Friedrich Ebert die Bürde des Amtes überantwortete, trug er dem Umstand Rechnung, dass der sozialdemokratische Parteivorsitzende in den November-Tagen 1918 der einflussreichste Politiker in Deutsch-



Mitglieder im zweiten Rat der Volksbeauftragten, v.l.n.r.: Otto Landsberg, Philipp Scheidemann, Gustav Noske, Friedrich Ebert, Rudolf Wissell.



Friedrich Ebert auf dem Balkon des Deutschen Nationaltheaters nach seiner Vereidigung auf die neue Reichsverfassung am 21. August 1919.

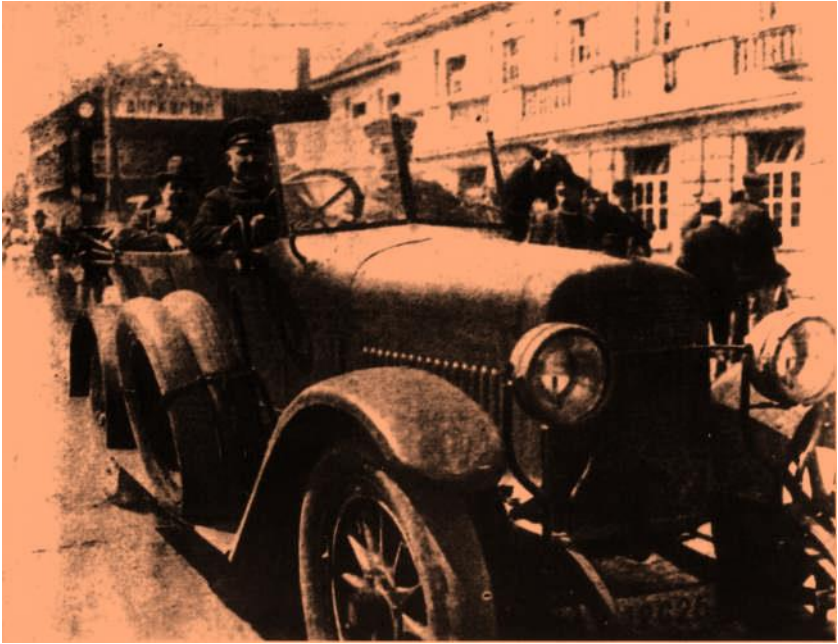
land war. Reichskanzler war Ebert jedoch nur für einen Tag. Am Tag darauf bildete sich der Rat der Volksbeauftragten, der aus je drei Vertretern von SPD und USPD zusammengesetzt war. Aber auch in der Revolutionsregierung sollte Ebert dominieren.

Der sozialdemokratische Parteivorsitzende hatte am 9. November zwar die Abdankung von Wilhelm II. und die Übertragung der Regierungsgeschäfte gefordert, aber bei allem Drängen auf Übernahme der Macht – einen Plan zur Umgestaltung des Kaiserreiches in eine demokratische Staatsform hatten die Sozialdemokraten nicht, auch kein Revolutionssszenario. Neben fehlenden Konzepten bestimmte noch ein weiteres wichtiges Element die Politik nach dem Zusammenbruch: das Erbe des Kaiserreiches und die Folgelasten des verlorenen Krieges.

Ebert begriff die Revolutionsregierung lediglich als Konkursverwalter des alten Regimes und als Treuhänder der Macht mit einem befristeten Mandat. Der Rat der Volksbeauftragten hatte den reibungslosen Übergang in den demokratischen Verfassungsstaat zu garantieren, dabei Chaos und Bürgerkrieg zu vermeiden. Dagegen gab es die Forderungen von unten, der revolutionären Basis. Als Repräsentanten einer breiten Volksbewegung stellten sich die Arbeiter- und Soldatenräte zwar mehrheitlich hinter die Regierung und ihre Zielrichtung Demokratie, forderten aber Reformen in Militär, Verwaltung und Wirtschaft. Es hätte wohl einer längerfristigen Diktatur zur Umsetzung dieser Forderungen bedurft.

Ebert aber, beseelt von dem Glauben an die Reform und geprägt von demokratischer Grundüberzeugung, lehnte ein längerfristiges diktatorisches Revolutionsregime ab. Er setzte stattdessen voll auf die parlamentarische Karte. Für ihn blieb sein urdemokratisches Selbstverständnis Richtschnur: «Die Demokratisierung ist für Reich und Volk eine Lebensnotwendigkeit», hat er in diesen Tagen geschrieben. Er erhob es geradezu «zur heiligsten Pflicht», so schnell wie möglich eine staatsrechtliche Grundlage für die neue Republik zu schaffen und die Nationalversammlung einzuberufen.

In einer der komplexesten Problemlagen der deutschen Geschichte der neueren Zeit, am Ende eines verlorenen Weltkrieges mit seinen vielfältigen Folgen und ungeheuren Belastungen und im Angesicht unnachgiebiger Sieger, galt es die Republik zu zimmern. Keine andere Regierung in der neueren deutschen Geschichte stand vor einer dermassen schwierigen Lage. Der mehr als vierjährige Krieg hatte das Land ausgezehrt.



Friedrich Ebert im offenen Wagen in Weimar.

Welche Probleme drückten akut? Zunächst ging es darum, die noch weit in Feindesland stehenden Millionen deutscher Soldaten gemäss der Waffenstillstandsvereinbarung binnen kürzester Frist ins Reich zurückzuholen. Falls dies nicht gelang, drohte ihnen die Kriegsgefangenschaft. Zudem musste die Versorgung der Bevölkerung gesichert werden; nach zwei Hungerwintern verschärfte sich die Ernährungslage, denn die Siegermächte hielten die Seeblockade deutscher Häfen trotz Waffenstillstand weiterhin aufrecht. Zusätzlich musste die Kriegswirtschaft auf Friedensproduktion umgestellt werden, mussten die mehr als acht Millionen Soldaten ins Zivilleben zurückgeführt und mit Arbeit versorgt werden.

Zu diesem hohen Problemdruck kam noch entscheidend hinzu: Die Revolutionsregierung agierte nicht im luftleeren Raum, sie konnte eben nicht am Reissbrett generalstabsmässig und vor allen Dingen nicht in Ruhe den neuen Staat entwerfen. Es gab schwerwiegende Vorbelastungen: Der Krieg hatte das Sozialgefüge deformiert, die Klassengegensätze vertieft. Deutschland war ausgezehrt, die Bevölkerung demoralisiert. Für eine dauerhafte Stabilisierung mussten die im Krieg gewachsenen Klassenpan-

nungen abgebaut und die zerklüftete Gesellschaft innerlich befriedet werden.

Angesichts der kritischen Ausgangslage glaubte Ebert, auf die alten und noch intakten zivilen und militärischen Verwaltungsstrukturen zurückgreifen zu müssen. So verständigte er sich bereits am 10. November 1918 auf eine Zusammenarbeit mit General Wilhelm Groener als Vertreter der Obersten Heeresleitung (OHL). Die Heeresleitung stellte sich der neuen Regierung zur Verfügung, und zwar für die anstehende Aufgabe der Rückführung des Heeres. Im Gegenzug erwartete sie die Konservierung der Befehlsverhältnisse. Ebert, dem die Unterstellung der OHL in diesem Moment höchst willkommen war, machte keine politischen Zugeständnisse. Die schnelle Rückführung der noch weit in Feindesland stehenden Truppen, die nach den Waffenstillstandsbedingungen innerhalb von 15 Tagen zu erfolgen hatte, erforderte nach seiner Ansicht einen eingespielten militärischen Apparat.

Wie im militärischen Bereich unternahm der Rat der Volksbeauftragten insgesamt keine nachdrücklichen Versuche zu einem personellen Revirement in der Bürokratie, vor allem aus Sorge um die Konsolidierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage. Weil «die Maschine der Verwaltung,



Friedrich Ebert verlässt das Volkshaus, einer der Tagungsorte der SPD-Fraktion während der Zeit der Nationalversammlung in Weimar, hinter ihm: Eduard David und Philipp Scheidemann (oben).

die Maschine der Ernährung, die Maschine der Rohstoffversorgung» (Ebert) reibungslos funktionieren mussten, griffen die sozialdemokratischen Machthaber nicht in das personalpolitische Gefüge der obersten Behörden ein. Der von Ebert immer wieder erwähnte Problemstau nach dem Ende des verlorenen Krieges liess aus seiner Sicht keinen Spielraum für umfassende personelle Neubesetzungen – im Gegenteil: Es schien dringend geboten, sich auf das Expertenwissen zu stützen, denn sonst drohte das Chaos. Auf der Konferenz der Ländervertreter am 25. November 1918 verteidigte er seine Politik, die nicht auf Konfrontation, sondern Kooperation mit der bürokratischen und militärischen Elite ausgerichtet war: «Wir mussten, nachdem wir die politische Macht in die Hand genommen hatten, dafür Sorge tragen, dass die Reichsmaschine [...] weiterläuft, um unsere Ernährung und Wirtschaft aufrechterhalten zu können [...]. Das konnten wir sechs Mann [gemeint ist der Rat der Volksbeauftragten – W. M.] allein nicht machen; dazu brauchten wir die erfahrene Mitarbeit der Fachleute.» Es bleibt eine Hypothese, dass man es ohne die Fachleute hätte bewältigen können. Eine Konfrontationspolitik – und als solche mussten einschneidende sozialdemokratische Strukturreformen und ein personeller Austausch erscheinen – hätte die Zerklüftung nur noch vertieft, möglicherweise so weit verschärft, dass sich die Spannungen in einem Bürgerkrieg entladen hätten. Aber auch solche Folgerung ist Hypothese.

Keine Hypothese ist die Feststellung, dass sich die Auseinandersetzungen auf die Strasse verlagerten. Die Lage spitzte sich dramatisch zu, als die USPD Ende Dezember 1918 aus dem Rat der Volksbeauftragten austrat. Sie protestierte damit gegen den von Ebert angeordneten militärischen Einsatz gegen die meuternde Volksmarinedivision, die sich geweigert hatte, Schloss und Marstall zu räumen. Für die USPD-Mitglieder war der Einsatz des Militärs der äussere Anlass zum Austritt aus der Revolutionsregierung. Der tiefere Grund lag in den wachsenden Differenzen zwischen der SPD und der immer stärker unter Druck der Linksradiكالen geratenen USPD vor allem in Fragen der Militärpolitik.

Die wachsende Verhärtung innerhalb der Arbeiterbewegung führte zu den Januar-Unruhen, dem so genannten Spartakus-Aufstand. Dabei versuchte die radikale Linke mit der zum Jahreswechsel 1918/19 gegründeten KPD unter Karl Liebknecht an der Spitze, die «Regierung Ebert-Scheidemann» zu stürzen. Dadurch schien der Weg zu freien Wahlen und letztlich in die parlamentarische Demokratie gefährdet. In diesem Moment griff

die sozialdemokratische Revolutionsregierung auf das alte Militär und die neu gebildeten Freikorps zurück. So festigte sich die OHL als innenpolitischer Ordnungsfaktor.

Es stellte sich in diesem Moment als gravierend heraus, dass kein demokratisches Heer aufgebaut worden war. Zwar hatte Ebert die Bildung einer freiwilligen Volkswehr auf demokratischer Grundlage angeregt. Doch nach Verabschiedung des Volkswehrgesetzes am 6. Dezember überrollten die Ereignisse schliesslich solche Pläne. Zwangsläufig stellt sich die Frage, wann die von vielen als notwendig und möglich erachteten Reformen hätten in Angriff genommen werden können. Das Zeitfenster hierzu war äusserst schmal, zumal die akuten Probleme den Rat der Volksbeauftragten okkupierten. Es handelte sich um Wochen, gar nur Tage, in denen man elementare Reformen hätte umsetzen können.

Bei der Bewertung der Politik Eberts und der Revolutionsregierung ist neben dem immensen Zeitdruck auch die enorme physische und psychische Belastung der Handlungsträger in Rechnung zu stellen. Es kann kein Zweifel bestehen: Ebert musste um sein Leben fürchten. Man befand sich in einem politischen Hexenkessel, wo man ein «Fell wie ein Rhinoceros» (Scheidemann) haben musste. Gewiss – Ebert war dickhäutig, doch sah er seinen Weg durch radikale Kräfte gefährdet. Dabei überschätzte er zweifelsohne die bolschewistische Gefahr. Russland stand aber als negatives Beispiel vor Augen, wo eine Minderheit – die Bolschewiki – die Mehrheit ausgeschaltet hatte und ein Bürgerkrieg mit katastrophalen Folgen – Hungersnot und Wirtschaftschaos – das Land zerfleischte. Das wollte Ebert den Deutschen ersparen. Die aus den Problemlagen resultierende Konzentration auf die Funktionstüchtigkeit der Verwaltung und die Zielstrebigkeit, mit der die Mehrheitssozialdemokraten auf einen raschen Zusammentritt der Nationalversammlung hinarbeiteten, bedeutete keineswegs, dass die Revolutionsregierung gänzlich auf Reformen verzichtete.

Bereits am 12. November hatten die Volksbeauftragten in einer Proklamation einige ursozialdemokratische Forderungen umgesetzt. Dieses verfassungsrechtliche Dokument – das als «Magna Charta der Revolution» in die Geschichte eingegangen ist – sicherte die Grundrechte wie Vereins- und Versammlungsrecht, Meinungs- und Religionsfreiheit. Neben den gesetzesändernden Bestimmungen wie der Aufhebung des Belagerungszustandes, der Amnestie für politische Straftaten und der Inkraftsetzung der



*«Gleiche Rechte – Gleiche Pflichten. Wählt sozialdemokratisch!»
Plakat der Sozialdemokraten für Frauen.*



«Des deutschen Volkes grosser Tag! 19.1.19 Auf jede Stimme kommt es an!» Aufruf zur Wahl der Nationalversammlung, Plakat 1919.

Nächste Doppelseite: Blick in die im Deutschen Nationaltheater tagende Nationalversammlung.

bei Kriegsbeginn aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen wurden weitere sozialpolitische Massnahmen in die Wege geleitet. Mit der Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages wurde die zentrale sozialpolitische Forderung der Arbeiterbewegung Wirklichkeit. Die Verkündung des Frauenwahlrechts rundete das insgesamt eindrucksvolle Werk ab.

In dem Streben nach parlamentarischer Demokratie lehnte Ebert eine Räteherrschaft, die von einer Minderheit radikal-revolutionärer Kräfte gefordert wurde, strikt ab. Anders als in dem durch die Revolution hinweggefegten Kaiserreich, das die sozialistische Arbeiterbewegung als Systemfeind ausgegrenzt hatte, sollte die neue Republik allen Bevölkerungsteilen die Möglichkeit zur Mitgestaltung geben. An der möglichst schnellen Konstituierung der Nationalversammlung hielt Ebert unerschütterlich fest: «Ich bin überzeugt: für Deutschland ist die gesetzgebende Versammlung eine Lebensnotwendigkeit» – so in einem Interview am 24. November 1918. Die Nationalversammlung sollte die grundlegenden verfassungs- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen treffen; ohne demokratische Legitimation sollten keine weitreichenden Fragen entschieden werden. Das war sein ureigenstes Verständnis von Demokratie. Seine Politik fand die überwältigende Unterstützung des ersten Reichsrätekongresses der

Arbeiter- und Soldatenräte Mitte Dezember 1918, der den 19. Januar 1919 als Wahltermin festlegte und der Idee eines Rätessystems als Grundlage einer sozialistischen Republik eine deutliche Absage erteilte.

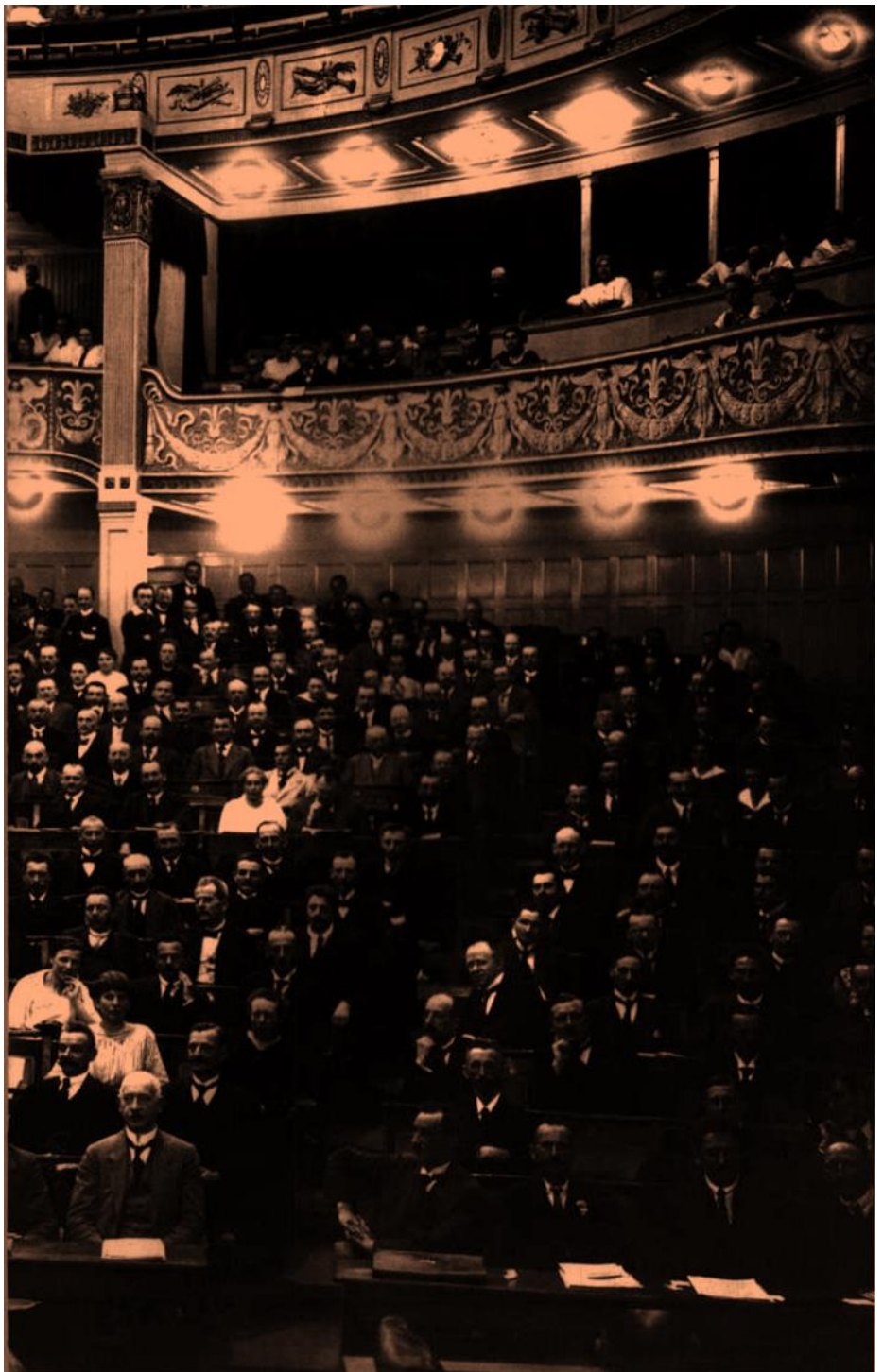
Es musste Friedrich Ebert mit Genugtuung erfüllen, als er am 6. Februar 1919 in Weimar das erste aus wirklich freien, geheimen und allgemeinen Wahlen hervorgegangene Parlament in der deutschen Geschichte eröffnete – nicht einmal 90 Tage nach dem Zusammenbruch und der Übernahme des Reichskanzleramtes. Wenn er im Februar 1919 Soll und Haben gegeneinander aufrechnete, so dürfte er die Waage deutlich in Richtung Habenseite geneigt gesehen haben. Ein blutiger Bürgerkrieg wie in Russland wurde abgewendet, der drohende Einmarsch der Alliierten vermieden. Die Rückführung des Heeres und seine Demobilisierung gelangen ebenso wie die Wiedereingliederung der heimkehrenden Soldaten in den Produktionsprozess. Die Versorgung der Bevölkerung konnte im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten aufrecht erhalten werden. Die Staatsmaschinerie funktionierte, die Reichseinheit blieb trotz separatistischer Strömungen erhalten.

Dass kein Versuch einer Demokratisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Militär unternommen wurde, gehört zu den Basiskompromissen, die in den Augen vieler Zeitgenossen und nach Ansicht einiger Histori-



Friedrich Ebert auf dem Wege ins Nationaltheater zur Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 (Zeichnung Felix Schwormstädt).





ker über das unbedingt notwendige Mass hinausgingen. Doch dieser Blick auf das, was nicht geschaffen wurde, hat den Blick auf das, was erreicht und was verhindert wurde, manchmal verstellt. Es gab nicht nur verpasste Chancen, sondern vor allem auch verhinderte Katastrophen. Es war Verdienst und Leistung Eberts und der Revolutionsregierung, dass sich angesichts der Rahmenbedingungen und einer Überlast von Problemen überhaupt schon nach so kurzer Zeit eine parlamentarische Demokratie etabliert hatte. Die dauerhafte Parlamentarisierung und Liberalisierung war und blieb das Hauptziel Eberts – und der SPD.

Man mag die Politik Eberts als richtig oder falsch bezeichnen – undemokratisch oder gar ein Verrat an den Grundsätzen seiner eigenen Partei war sie nicht. Wer beseelt war von dem Glauben, dass die Republik nur dann lebensfähig war, wenn der Klassenkompromiss von sozialdemokratischer Arbeiterbewegung und reformbarem Bürgertum hielt, und wer weiterhin den Wählerwillen als unverrückbares Richtmass politischen Handelns nahm, der konnte keine grundlegend andere Politik betreiben, als sie Ebert in diesen drei Monaten steuerte. Dennoch: Der Januar-Aufstand und das Ausbleiben der traditionellen sozialdemokratischen Reformen trugen wesentlich zu einer Radikalisierung der Arbeiterschaft im Frühjahr 1919 bei.

Insgesamt aber war der Grundstein für eine politische Neuordnung gelegt. Die parlamentarische Demokratie zu ergänzen, abzusichern und auszuformen war nicht Aufgabe der Revolutionsregierung, sondern der verfassunggebenden Nationalversammlung. Das Volk, der Souverän im demokratisch verfassten Staat, hatte gesprochen. Das Parlament hatte nun über den weiteren Werdegang zu entscheiden; das war grundlegendes demokratisches Prinzip, dessen Ebert und die Mehrheitssozialdemokraten sich in der Revolutionszeit verpflichtet fühlten.

Eberts Politik in der Revolution war eine Politik des Ausgleichs in mehrfacher Hinsicht, sowohl zwischen sozialdemokratischer Arbeiterbewegung und demokratischem Bürgertum als auch zwischen Neuordnung und Bewahrung und nicht zuletzt zwischen Reich und Ländern. Diese Politik setzte er als Reichspräsident fort, dessen Rolle im politischen Kräftespiel der Weimarer Anfangsjahre im Folgenden anhand ausgewählter Felder ein wenig näher beleuchtet werden soll.

Anders als von den Verfassungsschöpfern gedacht, die ein starkes Staatsoberhaupt als Gegengewicht zu Parlament und Kabinett konzipiert



Friedrich Ebert an seinem Schreibtisch im Residenzschloss Weimar.

hatten, verstand Ebert sich als Reichspräsident immer als Teil und nicht als Gegenpol der Regierung. Stets um den Konsens bemüht, war Ebert in Verhandlungen im stillen Kämmerlein Schlichter und Mediator, Mann des Ausgleichs und des Ausgleichens. Denn die Geschlossenheit der Regierung war für ihn höchstes Gebot; angesichts der permanenten Krisensituationen erhob es Ebert zur Maxime, dass «die Leitung fest in den Händen der Regierung bleiben müsse», wie er dies einmal am Kabinetttisch formulierte.

Ein Kaiser-Ersatz, der dominierend in das politische Tagesgeschäft eingriff, wollte und konnte er nicht sein; seine Rolle sah er mehr als ein Hüter der Verfassung und Bewahrer der demokratischen Ordnung. Dabei schöpfte Ebert die ihm in der Verfassung zugewiesenen Kompetenzen voll aus. Die Reichsverfassung schuf einen starken Präsidenten: Er ernannte den Reichskanzler und konnte den Reichstag auflösen, besass den Oberbefehl über die Reichswehr, vertrat das Reich völkerrechtlich. Gemeinsam mit der Regierung konnte er über Artikel 48 Notverordnungen am Reichstag vorbei erlassen.

Ebert war keineswegs der schwache Reichspräsident, als der er immer gesehen wurde. Und das galt auch bei der Kabinettsbildung. Das Fehlen von stabilen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen eröffnete dem Reichspräsidenten Gestaltungsmöglichkeiten, den Kabinettsbildungsprozess zu steuern. Ebert füllte seine Rolle der «Kanzler-Macher» aus und griff

auch personalpolitisch in die Regierungsbildungen ein. Seine Prämisse blieb stets die Sicherstellung einer Regierungsmehrheit. Diese konnte nach den Wahlen 1920 nur eine Grosse Koalition, von der SPD bis hin zur DVP, gewährleisten.

Ihn leitete das Bestreben, die Funktionstüchtigkeit des parlamentarischen Systems zu sichern. Nach seiner Auffassung war die Republik nur durch eine Kooperation zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum lebensfähig, waren die als erdrückend empfundenen aussenpolitischen Verbindlichkeiten und die daraus resultierenden innenpolitischen Belastungen nur unter Einbindung der industriellen Interessen zu meistern. So drängte Ebert nimmermüde seine Partei zum Regierungsbündnis mit den bürgerlichen Parteien und diese wiederum zur Zusammenarbeit mit der SPD. Dabei warb er um die Einsicht, dass der Kompromiss zwischen Interessengruppen und Parteien zum unverrückbaren Bestandteil einer parlamentarischen Demokratie gehörte und dass gerade in der dauerhaft gespannten Lage des Reiches der breite Konsens erforderlich war.

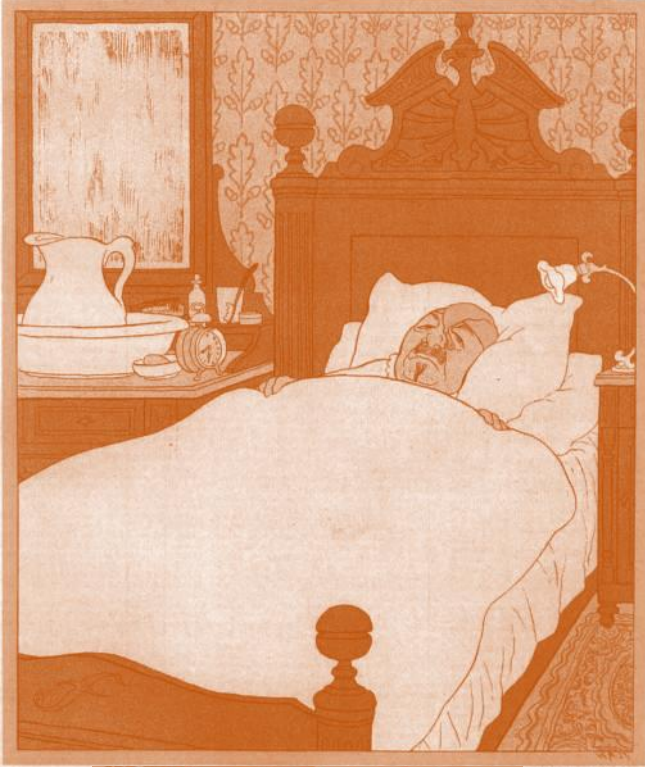
Hier war er seiner Zeit, insbesondere den Parteien, voraus, denn diese waren zu selten bereit, ihr Handeln unter diese Maxime zu stellen, da ihre Kompromissbereitschaft nicht ausreichte, ihre höchst unterschiedlichen Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Parteien zogen sich auf die bequemen Oppositionsbänke zurück, auch weil der Weimarer Wähler Regierungsteilnahme abstrafte. Das machte es für Ebert schwierig, überhaupt geeignete Kandidaten zu finden, die willens und in der Lage waren, eine tragfähige Regierung zu bilden. So erlebte er in seinen sechs Jahren an der Spitze des Reiches nicht weniger als neun Kanzler mit mehr als einem Dutzend unterschiedlicher Kabinette. Da waren die sechs Jahre, die Ebert im Amt ausharrte, beachtlich. Sie dokumentieren sein Beharrungsvermögen und sein Pflichtgefühl.

Das Satire-Blatt «Simplicissimus» brachte 1923 eine Karikatur mit einem sich im Bett wälzenden Ebert unter der Überschrift «Die ewige Kanzlerkrise» und dem Heine-Zitat als Unterschrift: «Denk' ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht ... » In der Tat: Die Kanzlerfrage dürfte Ebert manchmal um den Schlaf gebracht haben. Manche Regierungsbildung wuchs sich zu einem unerquicklichen Eiertanz aus, was Ebert nicht goutieren konnte und wollte. Des Öfteren bedurfte es schon seines massiven Drucks bis hin zur Drohung mit Rücktritt, um einen

SIMPLICISSIMUS

Beigleitet von Alfred Langen und G. H. F. ...

Die ewige Kanzlerkrise



„Denk' ich an Deutschland in der Nacht,
dann bin ich um den Schlaf gebracht ...“

«Die ewige Kanzlerkrise», Titelblatt des *Simplicissimus* vom 17. Dezember 1923.

von ihm auserkorenen Kandidaten oder eine Partei zur Übernahme der Regierungsverantwortung zu bewegen.

Daher scheute er sich in festgefahrenen Situationen nicht, ungewöhnliche Wege zu beschreiten. Nach dem Scheitern der Regierung unter Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrum) im November 1922 berief er im Moment der parteipolitischen Erstarrung den konservativen parteilosen Direktor der Hapag-Reederei Wilhelm Cuno an die Spitze eines so genannten Geschäftsministeriums mit parteipolitisch ungebundenen Fachleuten. Das Kabinett Cuno ist als eine «halbwilhelminische Regierungskonstruktion» bezeichnet worden, mit der das parlamentarische System, «von Ebert mehr fahrlässig, von seinen Beratern mehr vorsätzlich», beamtenstaatlich zurückgedreht worden sei. Ebert wird so zu einem von seinen «Beratern» unsichtbar Geschobenen gemacht – wie später Hindenburg – wer allerdings bei Ebert souffliert oder ihn kräftig «geschoben» hat, bleibt signifikanterweise ungenannt. Die angeführten «Berater» verschwinden im Nebel, auch weil man sie wohl nicht namhaft machen kann. So wird in geradezu fahrlässiger Weise das Bild von einer Kamarilla um Ebert angedeutet, ohne für die Existenz einer solchen den Präsidenten beeinflussen-



Gustav Noske im Gespräch mit Piloten der Reichswehr auf einem Flugplatz bei Weimar.

den ausserkonstitutionellen Beratergruppe Belege beibringen zu können. Es gab sie tatsächlich eben nicht.

Gleichwohl: diese Kanzlerwahl stellt sich im Nachhinein als Fehlgriff heraus, denn der hoch angesehene Wirtschaftsfachmann Cuno und seine Mannschaft erwiesen sich der Zuspitzung der aussen- und innenpolitischen Lage, gekennzeichnet durch die Ruhrbesetzung und eine dramatisch ansteigende Inflation, nicht gewachsen.

So wird es als Fehler Eberts gesehen, Cuno überhaupt berufen zu haben. Beim genauen Hinsehen wird deutlich, dass die Bestallung eines Parteilosen logischer Konsequenz und allgemeiner Forderung im November 1922 entsprach, nachdem man monatelang die Grosse Koalition diskutiert, aber nicht geschaffen hatte. Im November war der Punkt erreicht, an dem eine parlamentarische Mehrheitsbildung überhaupt nicht mehr möglich war. Und von links bis rechts erhielt dieses Beamtenkabinett Vorschusslorbeeren. Dass es diese nicht verdient hat, steht auf einem anderen Blatt. In den Regierungsverhandlungen hat Ebert mehr gestaltend gewirkt als bislang offenkundig ist. Er appellierte dabei immer an die Vernunft und die Kompromissfähigkeit. Er forderte immer wieder die grosse Koalition.



Friedrich Ebert in Schwarzburg, Sommer 1919.

Aber: Er blieb hier einsamer Rufer in der zerklüfteten politischen Landschaft.

Dass Ebert um den Kompromiss bemüht war, zeigte sich auch in der Militärpolitik, in der er sich als Oberbefehlshaber zumeist auf den militärischen Sachverstand der verantwortlichen Politiker und Militärs verließ, dabei jedoch nie willfähriger und schlecht beratener Handlanger war. Mit dem Rückgriff auf das alte Offizierskorps in der Revolutionszeit waren Vorentscheidungen für die künftige Struktur der Armee gefallen. Unter Verzicht auf eine generelle strukturelle Neuorientierung erwartete Ebert von den kaiserlichen Offizieren eine loyale Einstellung zur Republik. Seine Hoffnungen wurden jedoch enttäuscht, denn beim Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 stellten sich zahlreiche Offiziere den Putschisten zur Verfügung. Danach verlangte Ebert die Bestrafung und Ausmusterung der anti-republikanischen Kräfte im Waffenrock. Hier hat er, mehr als die Öffentlichkeit und auch die eigene Partei wahrnahmen, aktiv eingegriffen.

Andererseits stellte er sich hinter Reichswehrminister Gustav Noske (SPD), dessen auch von ihm mitgetragene Militärpolitik im Kreuzfeuer der



Friedrich Ebert und Reichskanzler Joseph Wirth beim Abschreiten der Ehrenkompanie zur ersten deutschen Reichsverfassungsfeier.



Friedrich Ebert und sein Mitarbeiter Otto Meissner (r) mit der Wachmannschaft während desurlaubes im thüringischen Schwarzburg, Sommer 1919.

eigenen Partei stand und dessen Rücktritt nach dem Putsch gefordert wurde. Er musste Noske fallen lassen. Während die SPD aus kurzfristigen parteitaktischen Erwägungen und zur Beruhigung ihrer Mitglieder Noske glaubte opfern zu müssen, wusste Ebert, dass seine Partei damit eine der politischen Schlüsselstellungen unter dem Eindruck momentaner Stimmungen allzu leichtfertig preisgab, denn in den sozialdemokratischen Reihen fand sich schliesslich niemand mehr, diesen schwierigen Posten zu übernehmen. Die SPD hat hier eine Chance vergeben; aber auch Ebert hat es versäumt, eine strukturelle Neuordnung des Militärs mit dem Ziel der Republikanisierung in die Wege zu leiten. So nahm die Verpuppung der Reichswehr zu einer nur dem abstrakten Staat verpflichteten und nicht auf die Demokratie eingeschworenen Institution ihren weiteren Lauf.

Insgesamt wird Ebert eine zu nachsichtige Politik gegenüber dem Militär vorgeworfen; insbesondere habe er Personen Vertrauen entgegengebracht, die es nicht verdient hätten. Gemeint ist in erster Linie General Hans von Seeckt, der neue Chef der Heeresleitung nach dem Putsch vom März 1920. Ihn machte Ebert auf der Höhe der Krise 1923 auch noch zum

Inhaber der vollziehenden Gewalt – mit beinahe unbegrenzter Macht.

Es ist nun stärker Eberts Rolle in diesem Krisenjahr 1923 zu beleuchten: Das Jahr beginnt mit der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen am 11. Januar. Der vom Reich als Gegenmassnahme ergriffene passive Widerstand heizt die Inflation dramatisch an. An der Ruhr tummeln sich Separatisten; Bayern und Sachsen drohen der Berliner Regierung die Gefolgschaft aufzukündigen. KPD und völkisch-nationale Gruppen wie die NSDAP rüsten zum Sturz der Republik. Einflussreiche Kreise arbeiten an einer nationalen Diktatur. Der Zuspitzung der Lage ist die «Regierung der Fachleute» unter Kanzler Cuno nicht gewachsen. Sie tritt im August 1923 zurück.

Die daraufhin gebildete Grosse Koalition unter Gustav Stresemann gelang es mit massiver Unterstützung Eberts, die Staatskrise zu überwinden. Dabei stellte Ebert Stresemann die gewünschten Notverordnungen über den ominösen Artikel 48 der Verfassung bereit, mit Hilfe dessen Reichspräsident und Regierung am Parlament vorbei Massnahmen ergreifen konnten. Der vermehrte Rückgriff auf Artikel 48 führte zu dem Urteil, Ebert habe damit die Demokratie untergraben. In der Tat aber agierte Ebert immer im Sinne einer Stabilisierung der gefährdeten Republik, stets unter Wahrung und Respektierung der Rechte des Reichstages und im Zusammenspiel mit der Regierung, während sein Nachfolger Paul von Hindenburg die Möglichkeiten von Artikel 48 in geschickter Kombination mit den weiteren präsidentialen Befugnissen gegen den Reichstag – und damit gegen die Republik – ausnutzte. Ebert blieb stets im Rahmen seines Amtsverständnisses und im Rahmen der Verfassung.

Ohne Widerspruch blieben jedoch seine Massnahmen nicht, insbesondere als er im Oktober 1923 Reichskanzler Stresemann ermächtigte, die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung in Sachsen abzusetzen, weil diese dem Reich die Gefolgschaft verweigert hatte. Vorschnell hat er dabei nicht gehandelt. Denn die KPD plante – von Moskau gesteuert – die Revolution, blies aber in letzter Minute noch den Umsturzversuch ab. Gegen das Vorgehen in Sachsen erhob sich innerhalb der Sozialdemokratie zum Teil heftige Kritik, auch gegen Ebert, weil gegen die gleichzeitigen antirepublikanischen Umtriebe rechter Kreise in Bayern nichts unternommen wurde.

Zwar hatte auch er ein Vorgehen gegen die Münchner Fronde gefordert, doch hatte ihm die Reichswehrführung die Gefolgschaft verweigert.



Portrait Friedrich Ebert (Zeichnung Hildegard Arminius).

Erst als Hitler am 9. November 1923 zum Marsch auf Berlin blies, wurde eingegriffen. Dabei ernannte Ebert ausgerechnete General Hans von Seeckt zum Inhaber der vollziehenden Gewalt, eine Massnahme, die über die eigenen sozialdemokratischen Reihen hinaus auf Unverständnis stiess, traute man doch dem General, der mit Gedanken an eine Diktatur spielte, nicht über den Weg. Er hatte zudem zuvor Eberts Verlangen nach einem Eingreifen in Bayern abgelehnt. Das Unverständnis über die Ernennung Seeckts zum mächtigen Mann offenbarten auch einige Historiker, die Ebert vorwerfen, blindlings Seeckt vertraut zu haben. Aber es war ein genialer Schachzug, denn durch die Beauftragung war Seeckt an Ebert gekettet und von den Gruppen, die eine Diktatur erstrebten, isoliert. In diesem Moment, als mächtigster Mann im Reich, testete Seeckt zwar aus, wie weit er sich auf politisches Terrain vorwagen konnte. Letztlich wies Ebert den General in die Schranken und behielt in diesem Machtkampf die Oberhand.

Als der General am 13. Februar 1924 Ebert vorschlug, den militärischen Ausnahmezustand alsbald aufzuheben, so war dieser Schritt eher aus der Resignation vor den wachsenden Widerständen von Seiten der Politik geboren worden als aus der Erkenntnis, dass die Zeit für eine Rückkehr zur staatlichen Normalität reif war.

Die Rettung des am Abgrund stehenden Reiches war schliesslich unter Aufbringung aller präsidentialen Macht gelungen, aber zu einem hohen Preis, den Ebert als Person zahlen musste: Die Entfremdung zwischen ihm und seiner Partei erreichte ihren Höhepunkt. Ebert war enttäuscht, dass die SPD im Zorn über das in ihren Augen überstürzte und nach ihrer Ansicht sogar vermeidbare Vorgehen gegen Sachsen Ende Oktober 1923 aus der Grossen Koalition unter Stresemann austrat. Damit war Eberts Wunschkoalition schon nach wenigen Monaten zerbrochen. In der sozialdemokratischen Preisgabe der Macht erblickte Ebert mit politischer Weitsicht einen folgenschweren Fehler seiner Partei, die sich tatsächlich für fünf Jahre von den Regierungsbänken verabschiedete. Ebert unterschätzte dabei allerdings die Belastung, die es für die SPD bedeutet hätte, weiter mit der DVP am Regierungstisch zu sitzen, die das Rad der Geschichte zurückdrehen und revolutionäre Errungenschaften wie den Achtstundentag kippen wollte.

Das Verhältnis zur eigenen Partei war schwer beeinträchtigt. Darüber konnte auch der demonstrative Schutzkordon, den die SPD-Führung auf dem Parteitag 1924 bildete, nicht hinwegtäuschen, als sie von einzelnen



Friedrich Ebert mit Gattin beim Spaziergang im Park an der Ilm.

Parteilgliederungen draussen im Lande gestellte Anträge, den vormaligen Vorsitzenden Ebert aus der SPD auszuschliessen, gar nicht erst zuliess. Jedoch erklärte die Sattlergewerkschaft Eberts Mitgliedschaft für hinfällig.

Dieser auch von Ebert immer wieder beklagten Distanz zu seiner Partei stand eine bis weit ins bürgerliche Lager reichende Achtung und Anerkennung gegenüber, je mehr es ihm gelang, dem eigenen Anspruch, ein Präsident aller Deutschen zu sein, gerecht zu werden. Der Reichspräsident hatte diese Reputation durch seine Amtsführung und durch seine Bemühungen um Abbau der politischen Schranken erworben.

Eberts Vorstellung von der Gesellschaft ging in Richtung einer homogenen Volksgemeinschaft, ein damals noch keineswegs verbrämtes Ideal, das nichts mit der autoritären und ausgrenzenden Gemeinschaft im Sinne der NS-Ideologie gemein hatte. Ebert verstand unter der Volksgemeinschaft politische Gleichheit, Freiheit, Einheit und Einigkeit. Es ging ihm darum, so schrieb er 1922, die «Gegensätze auszugleichen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Schichten unseres Vaterlandes zu stärken». Solche Appelle durchzogen seine gesamte Amtszeit.

Unter dem Ziel der Einheit und Einigkeit stand seine betont zurückhaltende Repräsentation. Der sachlich wirkende Präsident bot der Bevölkerung allerdings das Bild eines ernsten, ja biedereren Zeitgenossen. Denn



Friedrich Ebert während der Eröffnungsrede der Nationalversammlung am 6. Februar 1919.

Ebert versah sein Amt ohne Glanz und Gloria, ohne Pose und Pathos – ganz anders als sein Vorgänger Kaiser Wilhelm II. mit seinen pompösen Inszenierungen und säbelrasselnden Auftritten. Auch wenn Ebert sich nur wenig – insgesamt zu wenig – in der Öffentlichkeit zeigte, so fehlte es nicht an Initiativen, die Identifikation mit dem neuen Staat zu fördern. Das war der Versuch, der Gesellschaft, die den Schritt vom kaiserlichen Obrigkeitsstaat zur demokratischen Republik zwar politisch schon vollzogen hatte, in den Köpfen aber noch vollziehen musste, ein aus den demokratischen Traditionen geschöpftes geistiges Fundament zu geben.

Bereits in seiner Rede zur Eröffnung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 hatte Ebert den «Geist von Weimar», den Geist Goethes und Schillers, als Leitideale der Republik beschworen und den revolutionären Umsturz vom November 1918 in die Tradition der Revolution von 1848 gestellt. Ganz in diesem Sinne förderte er nachdrücklich die 1923 in Frankfurt stattfindenden Feiern zum 75. Jahrestag der Paulskirchenversammlung von 1848, die er zur Vorläuferin der Weimarer Republik erklärte. Auch die seit 1921 jährlich begangenen Feiern zur Erinnerung an die Verfassungsunterzeichnung am 11. August 1919 sollten einen Verfassungspatriotismus implementieren. Am Verfassungstag 1922 proklamierte Ebert das Deutschlandlied zur Nationalhymne. Dabei betonte er den Dreiklang von «Einigkeit und Recht und Freiheit» in der dritten Strophe. Mit

diesen Initiativen wollte er Orientierungsmarken setzen und Symbole schaffen, die die Schichten und Parteien einten. Der Erfolg solcher Aktivitäten blieb in einer Gesellschaft begrenzt, in der es zu wenig Republikaner gab und ein alle Parteien übergreifender demokratischer Grundkonsens fehlte. Allenfalls den unentschlossenen politischen Treibsand konnte er gewinnen. Eberts Werben um Einheit aber fruchtete weder bei der radikalen Linken, die von der Revolution träumte, noch bei der antirepublikanischen Rechten, die der alten kaiserlichen Ordnung nachtrauerte und die in der Demokratie von Weimar nichts weiter als das verachtete System der «Novemberverbrecher» erblickte. In ihrem blinden Hass auf die Republik überzogen ihre Gegner den Reichspräsidenten mit einer unglaublich perfiden Verleumdungskampagne, gegen die sich Ebert mit juristischen Mitteln zur Wehr setzte. Das erwies sich jedoch als stumpfe Waffe gegen eine anschwellende Flut von Verleumdungen, die letztlich auch zu seinem frühen Tod im Alter von 54 Jahren am 28. Februar 1925 führten.

14 Tage zuvor hatte das Parteiorgan «Vorwärts» seine Leser an den 6. Jahrestag der Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten erinnert. Der «Genosse Ebert» habe in einer nie da gewesenen Krise eine so schwere



Friedrich Ebert (Mitte) mit seiner Ehefrau Louise (r.) sowie Bekannten im Sommerurlaub 1919 in Schwarzburg.



Postkarte zum Tod von Friedrich Ebert.

Aufgabe geschultert, wie sie zuvor kaum ein anderer verantwortlicher Politiker auferlegt bekommen habe: «Härteste Bedrängnis von aussen, tiefste Erschütterung im Innern, soziale Nöte, drohender Zerfall, das waren die Zeichen, unter denen Ebert sein Amt antrat. Es kam die Entscheidung über Oberschlesien, das Londoner Ultimatum, der Ruhrkampf, es kamen die Putsche von links, die Putsche von rechts, die politischen Morde, der Separatismus im Westen und in Bayern, es kamen Hungerkrawalle und Inflation/⁶ Die Analyse von Ausgangsbedingungen und Belastungen in der Amtszeit könnte in dieser Kürze präziser nicht sein. Für die Leistung ihres ehemaligen Vorsitzenden an der Spitze der Republik zollte die Partei Respekt: «Eberts Aufgabe war es zu verhindern, dass die Krisen zu Katastrophen wurden.» Die zahlreichen Krisen waren in der Tat nicht zu Katastrophen ausgewachsen – auch dank Ebert. Keine drei Wochen später aber starb Friedrich Ebert.

Am 28. Februar 1925 endete der Lebensweg eines Politikers, der sich Demokratie und soziale Gerechtigkeit als Lebensziel gesetzt hatte. In der Revolution bahnte der sozialdemokratische Reformpolitiker Ebert den Weg zur Republik und hielt konsequent am Vorrang der demokratisch-parlamentarischen Ordnung fest. Als Staatsoberhaupt war er Präsident aller Deutschen, nicht Vorkämpfer und Interessenvertreter einer einzigen Partei. Dabei verstand er das Amt des Reichspräsidenten immer als ein



Wohl eine der letzten Aufnahmen von Friedrich Ebert an seinem Schreibtisch im Arbeitszimmer 1925.

starkes, als ein die Politik mitbestimmendes. Er wollte sich nicht in «die Rolle eines Grossvaters im Lehnstuhl» drängen lassen, wie ein Zeitgenosse einmal meinte, als er die Tendenz zu entdecken glaubte, dass der Reichspräsident zum kraftlosen Papiertiger mutiere. Das wollte Ebert nicht sein, und er war auch es nicht. Er wollte die Demokratie funktionstüchtig halten.

Bei seinem Tod 1925 befand sich die Republik von Weimar – auch dank seiner Politik – nach Jahren der Krisen in einer Phase relativer Stabilität. Ebert hatte im Wesentlichen das getan, was ein Staatsoberhaupt in einer innerlich wenig befriedeten, äusserlich nachhaltig bedrängten Republik mit sozialen Schieflagen hatte tun können, zu tun in der Lage war, wenn es sich dem demokratischen Ideal in aller Konsequenz verpflichtet fühlte. Das schloss Fehler und Fehleinschätzungen nicht aus. Aber: Von 1925 führt kein direkter Weg in die Diktatur Hitlers 1933. Mit Friedrich Ebert verlor die Demokratie von Weimar ihren Vorkämpfer und einen ihrer Stützpfiler. Unter seinem Nachfolger Paul von Hindenburg, einem Mann der Vergangenheit, wurde die Republik zertrümmert.

Die Stadt Weimar hat der ersten deutschen Demokratie ihren Namen verliehen. Auch wenn die erste Republik nur eine kurze Lebensdauer besass, so können die Weimarer mit Stolz verbuchen, dass die Geburt der ersten deutschen Demokratie hier stattfand. Das Scheitern der ersten Republik war ihr jedenfalls nicht in die Wiege gelegt worden.



Ehrenwache an der aufgebahrten Leiche Friedrich Eberts im Palais des Reichspräsidenten.

Literaturhinweise:

Einführender Überblick:

Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert. Sozialdemokrat und Staatsmann (= Reihe prägende Köpfe aus dem Südwesten, Bd. 2), Leinfelden-Echterdingen 2008.

Biographische Betrachtung mit zahlreichen Abbildungen:

Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert – Sein Leben, sein Werk, seine Zeit. Begleitband zur ständigen Ausstellung in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg 1999.

Umfassende wissenschaftliche Analyse mit Quellenverweisen:

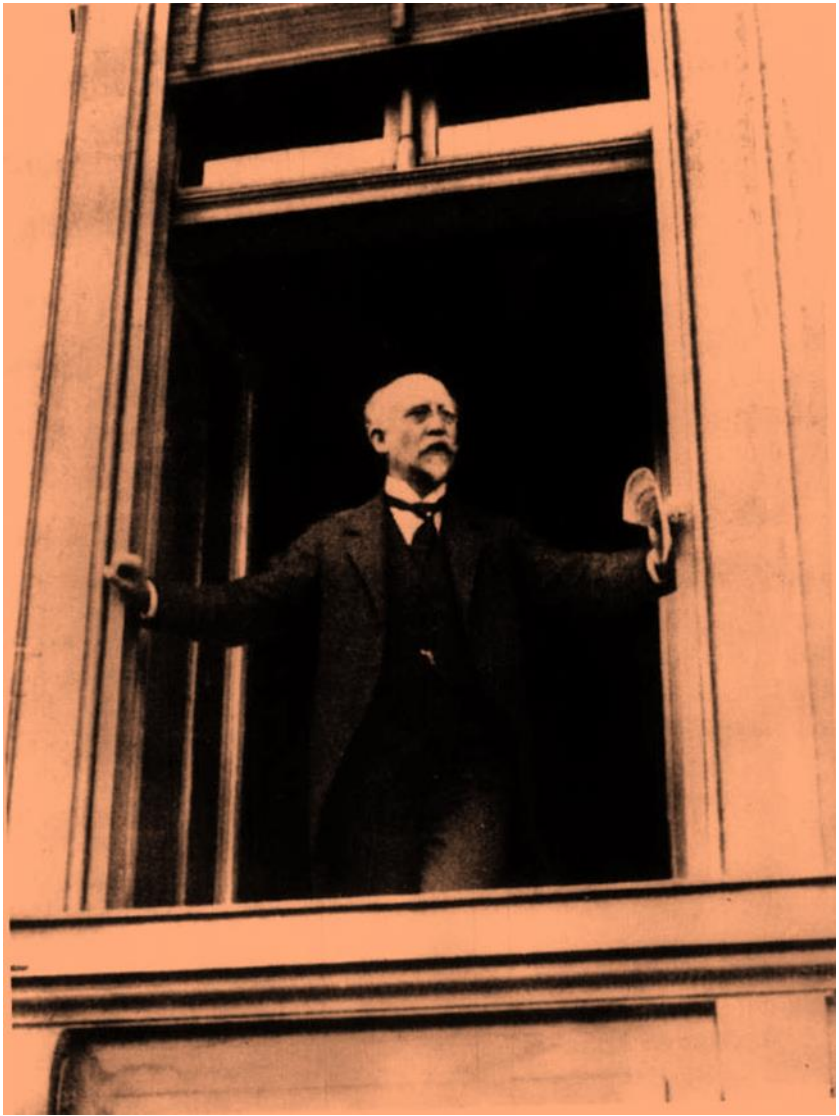
Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, 2. Aufl., Bonn 2007.

Hans Mommsen

**Ist die Weimarer Republik an Fehlkonstruktionen
der Reichsverfassung gescheitert? Chancen und
Scheitern der ersten deutschen Republik.**

Seitdem der kometenhafte wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland erste Schatten wirft, verändert sich auch das Bild der viel geschmähten Weimarer Republik. Ihr wurde zum Vorwurf gemacht, dass sie im Unterschied zu dem für die Bundesrepublik beanspruchten Attribut der «streitbaren Demokratie» durch ihr neutralistisches Verfassungsverständnis ihren Gegnern von links und rechts ermöglicht hätte, das parlamentarische System schrittweise auszuhebeln und so die Machteroberung der NSDAP nach dem 30. Januar 1933 zu ermöglichen. Diese Sicht der Republik von Weimar übersieht die turbulenten Bedingungen, unter denen sich die schon zuvor in der Friedensresolution von 1917 zusammengefundnen Reichstagsparteien sich vor die Aufgabe gestellt sahen, angesichts des revolutionären Zusammenbruchs des Wilhelminischen Kaiserreiches eine freiheitliche politische Ordnung zu begründen und das deutsche Volk hinter ihr zu einigen.

Die Ausrufung der Weimarer Republik am 9. November 1918 vollzog sich in einer Gesellschaft, die abgesehen von der sozialen Notsituation, wie der mangelnden Ernährung grosser Teile des Volkes, von scharfen bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen geprägt war. Die Republik musste das schwere Erbe der Niederlage des Reiches und die schweren ökonomischen Belastungen durch die Kriegsfolgen und den Friedensvertrag von Versailles bewältigen. Dazu gehörte die Aufgabe, die durch das Versagen Wilhelms II. und der kaiserlichen Regierung entstandene revolutionäre Konstellation, die sich in der Bildung des Rates der Volksbeauftragten ausdrückte, in eine verfassungsmässige Regierung zu überführen. Diese sollte in der Lage sein, den Kriegszustand völkerrechtlich zu beenden und zugleich den Zugriff von konterrevolutionären Kräften abzuwehren, die noch immer glaubten, die militärische Niederlage des Reiches leugnen und den Zusammenbruch auf den «Dolchstoss» der sozialistischen Parteien zurückführen zu können.



Philipp Scheidemann ruft am 9. November 1918 aus einem Fenster des Reichstages die Republik aus.

Wie immer man die Politik Friedrich Eberts – des unbestrittenen Führers der Sozialdemokratie – in den Umsturzwochen nach dem November 1918 im Einzelnen beurteilt, sein Bündnis mit der das Kaiserreich überlebenden «Obersten Heeresleitung» und die Zusammenarbeit mit den überwiegend reaktionär eingestellten Freikorps und Freiwilligenverbänden, die nicht immer dazu beitrug, die Protestbewegung in Teilen der Industriearbeiterschaft beizulegen, so verdient seine Entschlossenheit, so rasch wie irgend möglich die Wahl zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung zu betreiben, und sein Entschluss, frühzeitig den liberalen Verfassungsrechtler Hugo Preuss damit zu beauftragen, einen Entwurf für die künftige Reichsverfassung vorzulegen, rückhaltlose Anerkennung. In den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung vom 16. Januar 1919 kam die verstärkte Stellung der USPD noch nicht zum Ausdruck, was die Mehrheitsbildung erleichtern sollte.

Dass die Deutsche Nationalversammlung am 6. Februar 1919 in Weimar statt in der Reichshauptstadt in Berlin zusammentreten musste, spiegelte die scharfen innenpolitischen Konflikte seit dem Ausscheiden der USDP aus dem Rat der Volksbeauftragten wider. Die kleine radikale kommunistische Partei, die sich am 1. Januar 1919 unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg konstituierte, spielte in den Januarkämpfen und auch später eine untergeordnete Rolle. Erst der Zusammenschluss des linken Flügels der USPD verschaffte ihr ein gewisses parlamentarisches Gewicht. Der Aufstand der revolutionären Linken der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ist schon damals zu Unrecht als «spartakistisch» verteufelt worden. Die Zuspitzung des Konflikts war nicht zuletzt dem starren Ordnungsdenken der Mehrheitssozialdemokraten anzulasten, die sich allzu leicht in das Schlepptau der Militärs bei der Niederschlagung der Streikbewegungen begeben hatten.

Das am 31. Juli 1919 von der Deutschen Nationalversammlung verabschiedete Verfassungswerk stellte das Ergebnis eines vielseitigen Parteienkompromisses dar. Es spiegelte aber nach wie vor die Handschrift von Hugo Preuss wider und bildete ein modifiziertes parlamentarisches System, in dem die Stellung des Reichspräsidenten als Legalitätsreserve gegenüber der Souveränität des Reichstags an die etatistische Tradition des Kaiserreichs anknüpfte. Preuss hielt in Übereinstimmung mit der herrschenden Staatsrechtslehre wenig von der Steuerungsfunktion der Grundrechte. Selbst wenn er deren im Grundgesetz 1949 kodifizierte Drittwir-



*Otto Landsberg, Hugo Preuss, Eduard David in der Nationalversammlung
(Zeichnung Hildegard Arminius).*

kung in der Bundesrepublik bejaht hätte, bestand unter den gegebenen Umständen keine Möglichkeit, über einen betont neutralistischen Verfassungsbegriff hinauszuweisen, womit sich auch die spätere Kritik an der Weimarer Verfassungsgebung, nicht den Weg einer grundrechtlichen Absicherung des Systems beschritten zu haben, erübrigt.¹

Weit wichtiger erscheint, dass Preuss schon im Vorfeld der Beratungen der Länderkonferenz wesentliche Konzessionen in der Frage des Unitarismus zu machen gezwungen war und seine Absicht, die Länder auf Verwaltungseinheiten zurückzustufen und der Republik einen betont einheitsstaatlichen Charakter zu verleihen, aufgeben musste. Desgleichen scheiterte seine Bestrebung, die Selbstverwaltungsbefugnisse der Gemeinden auszudehnen und dadurch eine umfassende Demokratisierung der Verwaltung in Gang zu bringen. Gerhard Schulz kam daher in seiner grundlegenden Untersuchung über die Weimarer Reichsreform zu dem eher skeptischen Ergebnis, dass die Reichsverfassung in weit stärkerem Masse ein «Produkt obrigkeitsstaatlichen Denkens» darstellte, als es ihm auf Grund seiner ausgeprägten demokratischen Grundhaltung vorgeschwebt hatte.²

Trotz dieser Einschränkungen wird man die Verdienste von Hugo Preuss im Zuge der Verfassungsgebung hoch einschätzen. Während selbst Exponenten des liberalen Flügels noch immer Zweifel äusserten, ob die volle Parlamentarisierung des Reiches anzustreben sei – so verlangte der Soziologe Max Weber, der zu den Vorberatungen der Verfassung hinzugezogen worden war, nur die Parlamentarisierung des Reichsrates – war



*Titelblatt der Weimarer
Reichsverfassung.*

Preuss von vornherein davon überzeugt, dass eine künftige deutsche Verfassung zum Parlamentarismus führen werde, den er als «die beste und fruchtbarste Organisationsform der Demokratie» bezeichnete. Er wandte sich damit indirekt auch gegen die fortwirkenden rätestaatlichen Ideengänge, wie sie vor allem innerhalb der USPD favorisiert wurden. «Unsere Aufgabe», so schrieb er in einer Denkschrift zum Verfassungsentwurf vom Januar 1919, «kann nicht die Verdrängung des Parlamentarismus durch die Demokratie sein, vielmehr die Entwicklung und Festigung einer parlamentarischen Demokratie».³

Allerdings wollte Preuss der reinen Repräsentativverfassung, der zufolge die Volksvertretung als alleiniger Träger der Souveränität fungierte, nicht das Attribut des Parlamentarismus zubilligen und unterschied sich hierin von der Auffassung Hans Kelsens und der österreichischen Sozialdemokratie.⁴ Er sah in der Regierung nicht einen Ausschuss des Parlaments, sondern argumentierte, dass «im reinen parlamentarischen System das Ministerium das elastische Bindeglied zwischen zwei selbständig nebeneinander stehenden Staatsorganen» bilde – dem monarchischen bzw. demokratischen Staatsoberhaupt und dem Parlament.⁵

Indem sich Preuss zugleich für die Schaffung eines plebiszitär gewählten Reichspräsidenten verwandte, suchte er dem Problem Rechnung zu tragen, den Übergang vom bisherigen monarchisch-konstitutionellen System zur parlamentarischen Republik zu erleichtern. Die Überlegung, dem

Parlament einen gleichgewichtigen Präsidenten gegenüberzustellen, hatte auch bei Max Weber einen nachdrücklichen Befürworter. Bei ihm klangen deutlich bonapartistische Tendenzen an, aber er vermochte sich mit der weitergehenden Forderung, dem Präsidentenamt einen betont charismatischen Charakter zu verleihen, nicht durchzusetzen.⁶ Es blieb daher, wie Hans Boldt formuliert hat, bei einem dualen System, in dem sich Reichspräsident und Reichstag mit der Reichsregierung als «Bindeglied» einander gegenübertraten.⁷

Im Mittelpunkt der Kritik am Weimarer Verfassungswerk steht die dem Reichspräsidenten eingeräumte Stellung als eines plebiszitär abgestützten Gegengewichts gegen die unbeschränkte parlamentarische Souveränität der Volksvertretung. Dies stellte in der Tat einen wesentlichen Abstrich vom sonst als Vorbild fungierenden westlichen Parlamentarismus dar. Auch von zeitgenössischen Beobachtern ist die Zwitterstellung zwischen Exekutive und Legislative, die dem Reichspräsidenten schon im Preuss'schen Verfassungsentwurf zgedacht war, kritisiert worden.⁸ Sie kam auch darin zum Ausdruck, dass Friedrich Ebert als der noch von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident nicht zögerte, den Vorsitz im Reichskabinett wahrzunehmen. Zwar war der Präsident bei seinen Amtshandlungen an die Gegenzeichnung des Reichskanzlers gebunden, aber durch die Prärogative, das Parlament nach Art. 25 auflösen und dadurch ein Misstrauensvotum des Reichstags unterlaufen zu können, besass er wirksame Handhaben, um auf innenpolitische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Andererseits trugen die Richtlinienkompetenz des Kanzlers und dessen Gegenzeichnungsrecht zur Ausbalanzierung des Verhältnisses von Reichspräsident und Regierungschef bei.

Die Verfassungsbestimmung, die dem Präsidenten bei der Ernennung des Reichskanzlers freie Hand einräumte und ihn nicht an die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse band, wirkte sich hingegen äusserst nachteilig aus. Dies war noch unter Reichspräsident Ebert bei der Berufung Wilhelm Cunos zum Reichskanzler anstelle von Gustav Stresemann der Fall, der schon in den Startlöchern stand, die Regierung zu bilden.⁹ Wesentlich nachteiliger war, dass es nicht gelang, die Prärogative des Reichspräsidenten im Hinblick auf Art. 48 WRV zu begrenzen. So hatte sich Preuss noch nach dem abrupten Ende der Präsidentschaft Friedrich Eberts entschieden für die Verabschiedung des in der Verfassung vorgesehenen Ausführungsgesetzes zu Art. 48 Abs. 5 WRV eingesetzt, das die Vollmachten des Präsi-



Portrait Hugo Preuss (Zeichnung Hildegard Arminius).

denen präzisieren sollte. Diese Vorlage wurde jedoch von Hindenburg als angeblich verfassungswidrige Einschränkung seiner Vorrechte zurückgewiesen. Im November 1926 machte er gegenüber Reichskanzler Wilhelm Marx die Weiterverfolgung des Gesetzentwurfs von einer umfassenden Wahlrechtsreform und einer Stärkung seiner Stellung abhängig, was zu einem autoritären Verfassungsumbau geführt hätte. Daher blieb der Entwurf liegen und wurde nicht wieder im Reichstag eingebracht.¹⁰

Dass die Notverordnungsgesetzgebung nach Art. 48 schon während der Präsidentschaft Eberts vielfach konkurrierend zur ordentlichen Gesetzgebung herangezogen wurde – vielfach aus parlamentarischer Bequemlichkeit – hätte die Verteidiger der Verfassung frühzeitig auf den Plan rufen müssen. Aber der Missbrauch der frühen Jahre der Republik war ge-

genüber der von Hindenburg und seiner Umgebung zielbewusst verfolgten Politik, die darauf abzielte, die präsidentialen Befugnisse auf Kosten der Reichsregierung auszuweiten, von geringerem Gewicht. Allerdings blieb Hindenburg bis zum Bruch der Grossen Koalition im Frühjahr 1930 bestrebt, sich formell an die Verfassungsvorschriften zu halten, vor allem seit die Zentrums- und die NSDAP androhten, ihn vor dem Staatsgerichtshof wegen der Überschreitung des Notverordnungsrechtes durch Heinrich Brüning anzuklagen.¹¹

Die Überdehnung des Notverordnungsrechtes in der Ära der Präsidialkabinette war schwerlich von der Verfassung gedeckt, wurde aber von den bürgerlichen Mittelparteien hingenommen.¹² Die plebiszitäre Abstützung des Reichspräsidenten und dessen exekutiven Funktionen in der Aussen- und Wehrpolitik hatten in hohem Masse dazu beigetragen, die Bereitschaft der politischen Parteien zur Übernahme unbequemer politischer Verantwortung zu lähmen, zumal es ihnen immer weniger gelang, sich von der Bevormundung parteinaher Interessenverbände zu befreien. Auch sollte es von schicksalhafter Bedeutung werden, dass der Präsident sich in fälschlicher Auslegung der Reichsverfassung 1932 anmasste, das Amt des Reichswehrministers aus eigener Verantwortlichkeit zu besetzen, was Hitlers Machteroberung erleichterte.¹³ Die Machtverlagerung, die sich seit 1925 zugunsten des Reichspräsidenten vollzog, war jedoch in erster Linie dem Versagen der republiktreuen Parteien geschuldet, die 1925 nicht in der Lage waren, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten zu verständigen. Sie verhinderten nicht, dass die Nominierung Paul von Hindenburgs, des angeblichen Siegers von Tannenberg, von ausserparlamentarischen Wahlgremien betrieben wurde, die sich davon eine aussen- und innenpolitische Wende versprachen.

Die Reichspräsidentenwahlen von 1925 spiegelten das Dilemma der republikanischen Parteien, dass sie bereits seit den Juniwahlen von 1920 über keine klare Mehrheit im Deutschen Reichstag verfügten. Schon anlässlich der Abstimmung über die Annahme des Versailler Friedensvertrags leistete sich die Deutsche Demokratische Partei den Luxus, sich der Übernahme parlamentarischer Verantwortung zu entziehen und aus taktischen Gründen gegen das Vertragswerk zu stimmen. Trotz dieser früh erkennbaren Schwächen und den schweren Konflikten der nachrevolutionären Phase, darunter der Rheinlandbesetzung, konnten die Weimarer Kabinette mit der Einführung der Rentenmark und der Überwindung der In-



Paul von Hindenburg

flation das parlamentarische System im Kern stabilisieren und die Putschversuche der äussersten Rechten – von dem gescheiterten Kapp-Putsch vom März 1920 bis zu Hitlers Marsch auf die Feldherrnhalle vom 9. November 1923 – erfolgreich abwehren. Gerade im Vergleich mit der Entwicklung in den meisten ostmittel- und südosteuropäischen Nachfolgestaaten, in denen die durch die Pariser Friedensordnung etablierten parlamentarischen Systeme weitgehend zerfielen, muss die Leistung der Weimarer Regierungen, die nur schrittweise diplomatische und finanzielle Unterstützung vom Westen erhielten, klar unterstrichen werden.

Nach der anfänglichen Dauerkrise der Republik vollzog sich, im Zusammenhang mit der Währungsanierung und dem Dawes-Plan von 1924, eine deutliche Konsolidierung des parlamentarischen Systems – dies jedoch auf Kosten einer schleichenden Machtverschiebung nach rechts – die in der Bildung der Bürgerblockkabinette unter Ausschluss der Sozialdemokratie zum Ausdruck kam. Gleichzeitig gelang es, die zahlreichen paramilitärischen Verbände zu entmilitarisieren und die NSDAP, die 1923 als Protestpartei regionale Bedeutung erlangt hatte, zurückzudrängen. Gleichwohl kündigte das Vordringen völkischer und antisemitischer Bestrebungen vor allem in der Studentenschaft einen umfassenden politischen Mentalitätswandel zugunsten einer zunächst schleichenden Erosion der libera-

len Mittelparteien an. Die relative Stabilisierung der Weimarer Republik war nicht zuletzt bedingt durch die aussen- und sicherheitspolitische Abhängigkeit von den Westmächten, die durch die französisch-belgische Ruhrbesetzung von 1923 unmissverständlich vor Augen geführt wurde, welche auf die schleppende Erfüllung der Deutschland auferlegten Reparationen zurückging. Die Belastung der Republik durch die Friedensbestimmungen von Versailles, die namentlich von der politischen Rechten systematisch unter dem Schlagwort des Kampfes gegen den «Kriegsschuld»-Artikel 231 propagandistisch in den Vordergrund gespielt wurde, legten der jungen Republik schwere und grossenteils unerfüllbare ökonomische Lasten auf. Die dadurch bedingte finanz- und wirtschaftspolitische Abhängigkeit des Reiches machte jedoch alle Bestrebungen der politischen Rechten obsolet, die «Erfüllungspolitik», zu der sich nicht zuletzt Gustav Stresemann schliesslich durchrang, zu unterbinden und hinderte die DNVP und die hinter ihr stehenden Gruppen, nicht zuletzt die Militärs, sich an autoritären Verfassungsexperimenten der offen antirepublikanischen Vaterländischen Verbände aktiv zu beteiligen.

Um in der bedrängenden Frage der Reparationen zu erträglichen Lösungen zu gelangen und die extreme aussenpolitische Isolierung des Deutschen Reiches zu überwinden, war es notwendig, Kompromisse unter Einschluss der SPD einzugehen und den Graben zwischen demokratischem Sozialismus und bürgerlichen Mittelparteien zu überspringen. Diese Konstellation ermöglichte es, mit den Locarno-Verträgen von 1925 die aussenpolitische Isolierung des Deutschen Reiches behutsam zu überwinden. Erst als sich 1931 ein definitives Ende der Reparationen abzeichnete und die Abrüstungsverhandlungen den deutschen Handlungsspielraum zu erweitern schienen, sah sich die nun hinter Alfred Hugenberg, der inzwischen die Führung der DNVP übernommen hatte, versammelte autoritäre Rechte dazu veranlasst, die Macht selbst zu übernehmen und den Umbau des parlamentarischen Systems in eine «autoritäre Demokratie» aktiv zu betreiben. Diese Zielsetzung verknüpfte sich mit dem Feldzug der Schwerindustrie an der Ruhr, die sozialpolitischen Errungenschaften der Novemberrevolution, insbesondere das System des Tarifvertrags, rückgängig zu machen. Sicherlich haben Mängel des Weimarer Verfassungswerkes dazu beigetragen, dass sich das parlamentarische System im Bewusstsein der Bevölkerungsmehrheit nicht einleben konnte und gerade in bürgerlichen



Reichskanzler Gustav Stresemann inmitten von Journalisten.

Kreisen die Neigung genährt wurde, das Heil in einem «neuen» Führertum zu suchen.

Darüber hinaus haben Kritiker geltend gemacht, dass das 1919 eingeführte Verhältniswahlrecht zur Parteienzersplitterung geführt und damit zur Krise des parlamentarischen Systems beigetragen hätte. Letztere war jedoch nicht die Ursache der chronischen Koalitionskrisen, welche die parlamentarische Arbeit erschwerten. Der Anteil der kleinen Parteien betrug nie mehr als 15 Prozent, und sie gaben für die Mehrheitsbildung keinen entscheidenden Ausschlag. Ursache der «Parlamentskrise», von der Gustav Stresemann sprach,¹⁴ war vielmehr die Unfähigkeit der Mittelparteien, sich mit der SPD, ohne die eine Mehrheitsbildung nicht möglich war, konstruktiv zu arrangieren. Bestrebungen, durch Modifikationen des Wahlrechtes eine Stabilisierung der Mehrheitsverhältnisse herbeizuführen, stellen auch aus späterer Sicht ein fragwürdiges Remedium dar, denn das zentrale Gravamen der Weimarer Verfassungswirklichkeit bestand in der schliesslich auch die SPD erfassenden Tendenz, sich der politischen Verantwortung durch die Flucht in eine allzu bequeme Oppositionsrolle zu entziehen. Dazu trat die aus dem kriegswirtschaftlichen System des Ersten Weltkrieges entlehnte hypertrophe Macht der Interessenverbände innerhalb der politischen Parteien.

Weit entscheidender als die institutionellen Mängel der Weimarer Republik war der fehlende Konsens über tragende Grundwerte. «Nicht die republikanische Verfassung, sondern die Forderung nach Revision von Versailles bildete den schmalen Grundkonsens zwischen den Parteien», hat

Josef Becker sarkastisch geurteilt.¹⁵ Aus dem «sicheren Hort» der Bundesrepublik haben viele Historiker moniert, die Weimarer Reichsverfassung sei «so verfasst» gewesen, «dass sie sich selbst aufheben konnte».¹⁶ Indessen konnte angesichts des 1919 fehlenden Konsens* über Grundfragen der Verfassung bei den damals massgebenden politischen Kräften die Reichsverfassung nur als «offene politische Form» konzipiert werden. Das kam in Art. 6 WRV zum Ausdruck, der eine Änderung der Verfassung bis zum Wechsel der Staatsform zulies, sofern die erforderliche qualifizierte Mehrheit bereitstand.¹⁷

Die Festschreibung verfassungsfester Grundnormen widersprach zudem der übereinstimmenden Auffassung der zeitgenössischen Staatsrechtslehre und wäre als Delegitimierung der neuen Verfassung empfunden worden. Ein geändertes Wahlrecht, etwa im Sinn der 5%-Klausel, hätte an den Mehrheitsverhältnissen nicht viel geändert und zudem die Wirkung gehabt, die DVP und DDP nach 1930 aus der parlamentarischen Mitverantwortung auszuschliessen. Wahlrechtsmanipulationen, wie sie in der Krise von verschiedenen Seiten erwogen wurden, hätten sich überdies politisch keinesfalls durchsetzen lassen. So war es auch eine Illusion, durch eine Heraufsetzung des Wahlalters die NSDAP zurückdrängen zu können, was der Reichsminister des Innern, Wilhelm Freiherr von Gayl, ernsthaft erwog.

In den Verfassungsberatungen des Parlamentarischen Rates von 1948 stand den Abgeordneten das Scheitern der Weimarer Republik vor Augen, das sie nicht zuletzt auf grundlegende Mängel der Reichsverfassung zurückführten. An der Spitze rangierte der Vorwurf, dass die Verfassung aus einem bloss formalistischen Demokratieverständnis heraus sich bedingungslos dem Prinzip der Mehrheitsherrschaft unterworfen und daher den Gegnern der Demokratie wehrlos gegenübergestanden habe. Hinter dieser Argumentation verbarg sich vielfach eine Ablehnung des Prinzips uneingeschränkter parlamentarischer Souveränität und eine im Parlamentarischen Rat erst spät überwundene Furcht vor einem «Absolutismus» der Mehrheit.¹⁸

Die Rede von der im Vergleich zu Weimar «streitbaren Demokratie» der Bonn/Berliner Republik übersieht, dass es nach der Stabilisierung der Weimarer Republik nicht an Bestrebungen gemangelt hat, die Aushöhlung der Verfassungsordnung durch Partei- und Organisationsverbote zu unterbinden, die sich zwar überwiegend gegen die kommunistische Linke,

aber auch die NSDAP und andere völkische Gruppierungen richteten, so z.B. mittels der Republikschutzgesetzgebung von 1921 und 1922, der sich allerdings die bayerische Regierung frühzeitig entzog. Das Eingreifen Preussens gegen die NSDAP und die SA wurde jedoch in zunehmendem Masse von den Präsidialkabinetten durchkreuzt, die mit der nationalsozialistischen Bewegung liebäugelten und sie als nützliches Gegengewicht gegen die organisierte Arbeiterbewegung zu nutzen gedachten. Desgleichen sah sich die preussische Polizei immer wieder durch die ordentliche Justiz behindert, die offen für die Nationalsozialisten Partei nahm.

Die vom Staatenausschuss gegenüber dem ursprünglichen Entwurf von Hugo Preuss erzwungene Beibehaltung der Länder und die nachhaltige Schwächung des unitarischen Elements der Verfassung haben – trotz der Rolle Preussens als erst im Juli 1932 geschliffene republikanische Bastion – die innere Widerstandskraft der Weimarer Demokratie, wie der bayerische Sonderweg seit 1922 deutlich macht, nicht gestärkt. Eine frühzeitige Aufhebung der Spannung zwischen dem Reich und Preussen, dessen Bestand in Rücksicht auf die französischen Rheinlandambitionen nicht angetastet wurde, hätte zu einer Stabilisierung des republikanischen Systems beitragen können, doch war sie angesichts des Verlaufs der Revolution und des Fortwirkens partikularer Kräfte nicht zu realisieren.

Auf Grund der Erfolgsgeschichte, die Bundesrepublik Deutschland schliesslich verzeichnete, tritt vielfach in den Hintergrund, dass es in der



Prof Hans Mommsen und Michael Schultheiss nach dem Vortrag zur Weimarer Reichsverfassung am 6. Februar 2008.

Phase der Kanzlerdemokratie unter der Führung von Konrad Adenauer erfolgreich gelang, sich schrittweise von dem von Weimar tradierten Parlamentarismus-Verständnisses zu lösen, das die Aufgabe von Parteien und Parlament primär in der Vertretung segmentierter gesellschaftlicher Interessen gegenüber der Regierung erblickte.¹⁹ Indem sich im Parlamentarischen Rat zunächst die dort vertretenen Parteimänner gegen die Vertreter der Länder durchsetzten und den politischen Parteien als unentbehrliche Instrumente der politischen Willensbildung verfassungsrechtlich absicherten, fiel auch die anfänglich angestrebte Beschränkung der parlamentarischen Souveränität durch den Bundesrat als «Legalitätsreserve». Hinter dieser Initiative verbarg sich eine Reminiszenz an die parteiübergreifende Funktion des Weimarer Reichspräsidenten und eine offene Skepsis gegen die Diktatur der absoluten Mehrheit.

Indem die Parteiführer in Bonn diese Bedenken beiseiteschoben und die Zuständigkeit des Bundesrates begrenzt wurde, war der Weg zu einem neuen Selbstverständnis der entstehenden Bundesrepublik frei. Nach den ersten Bundestagswahlen setzte sich Konrad Adenauer, an der Spitze der CDU und indirekt unterstützt durch die Entscheidung Kurt Schumachers, mit der SPD in die Opposition zu gehen, gegenüber der vorherrschenden Tendenz zur Bildung von Allparteienregierungen durch und übernahm das Bundeskanzleramt mit einer hauchdünnen, aber ausreichenden Mehrheit im Bundestag. Damit öffnete er den Weg zu einem Wechselverhältnis von Regierungsparteien und Opposition, das den Parteien die zentrale Aufgabe der Mehrheitsbeschaffung und Kanzlerbestellung zuwies und damit die Bildung von Volksparteien begünstigte. In diesem Wandel liegt der grundlegende qualitative Unterschied zum Weimarer Verfassungsverständnis, demgegenüber die aus der Weimarer Erfahrung abgeleiteten Korrekturen wie der 5%-Klausel, dem konstruktiven Misstrauensvotum und der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers von eher nachgeordneter Bedeutung sind.

Das gilt auch für die Kritik an den plebiszitären Elementen der Weimarer Reichsverfassung, insbesondere der Volkswahl des Reichspräsidenten. Indessen ist die destruktive Wirkung des Volksbegehrens gegen den Youngplan in der Regel überschätzt worden. Die immer wiederkehrenden Versuche der Gegner der Republik, das Instrument des Volksbegehrens gegen den Reichstag auszuspielen, erwiesen sich als weitgehend erfolglos. Hingegen brachte das Volksbegehren zur Fürstenenteignung von 1926 ein

eindrucksvolles Kräftemessen zugunsten des republikanischen Lagers.²⁰ Nur im Zusammenhang mit anderen Vorrechten des Reichspräsidenten, darunter der Oberbefehl über die Reichswehr, konnte sich die Tendenz durchsetzen, dass Paul von Hindenburg in die Rolle eines Staatsoberhauptes gelangte, in der er mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler einen verhängnisvollen Einfluss ausüben.

Es wird allerdings vielfach nicht hinreichend beachtet, dass die entscheidende Verantwortung für die Berufung Hitlers bei Reichskanzler Franz von Papen lag, der Hindenburg vorspiegelte, das von ihm forcierte «Kabinett der nationalen Konzentration» werde nach dem Hinzutritt der Zentrumspartei über eine parlamentarische Mehrheit verfügen (das war der Hintergrund der dann nur zum Schein geführten Koalitionsverhandlungen mit der Zentrumspartei). So kam das Paradox zustande, dass Hindenburg Adolf Hitler unter der Fiktion, das neue Kabinett werde auch als Präsidialregierung eine parlamentarische Mehrheit hinter sich haben, am 30. Januar 1933 zum Kanzler berief, um den bei der konservativen Kammer befürchteten Rückfall in das parlamentarische System zu verhindern.²¹

Schon dieser Vorgang beweist, dass spätestens nach dem Ausscheiden Heinrich Brünnings von einem verfassungsmässigen Procedere keine Rede sein konnte. Mit der Auflösung des Reichstags und der Ansetzung von Neuwahlen zum 5. März 1933 unter der Begründung, das deutsche Volk in die Lage zu versetzen, zu der neugebildeten «Regierung der nationalen Konzentration» Stellung zu nehmen, war, wie Karl Dietrich Bracher eindrücklich formuliert hat, das Verhältnis zwischen Regierungsbildung und Wählen auf den Kopf gestellt.²² Es ist schwer fassbar, dass bis heute einzelne Verfassungsrechtler von der Auffassung ausgehen, dass die Bildung der Regierung Hitlers trotzdem legal gewesen sei. Den Schwächen der Reichsverfassung war dieser Vorgang schwerlich anzulasten, ebenso die Fiktion, dass Hitler in demokratischen Wahlen zur Macht gelangt sei.

Tatsächlich haben wir heute allen Grund, die Schöpfer und Vorkämpfer der Republik von Weimar zu ehren, die unter schweren äusseren Belastungen und mit dem Erbe des wilhelminischen Systems belastet, entscheidende Weichen für die Grundlagen der Demokratie in Deutschland gelegt haben, auch wenn ihr Einsatz mit der Machteroberung der NSDAP gescheitert war. Dass die Republik namentlich im Bereich des modernen Sozialstaats, aber auch der Ordnung der Staatsfinanzen und der Steuerpo-



Friedrich Ebert auf dem Balkon des Deutschen Nationaltheaters.

litik entscheidende Errungenschaften aufzuweisen hat, sollte darüber nicht vergessen werden. Ebenso sehr müssen die Modernisierungsleistungen der Weimarer Republik sowohl im ökonomisch-industriellen als auch im Bereich von Bildung und Kultur, trotz der relativen wirtschaftlichen Stagnation der Weimarer Zeit im Blick bleiben, nicht zuletzt das sozialstaatliche System, das unter dem Druck von Hyperinflation, Agrarkrise und industriellem Wandel entstand und heute von der Öffentlichkeit für selbstverständlich gehalten wird. Zum Jahrestag der Gründung der Republik besteht aller Anlass, im Rückblick Licht und Schatten gerecht zu verteilen.

- 1 Hugo Preuss: Um die Reichsverfassung von Weimar, Berlin 1924, S. 33.
- 2 Gerhard Schulz: Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. I, Berlin 1963, S.207.
- 3 Hugo Preuss: Recht, Staat und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte, Tübingen 1926, S. 386f.
- 4 Vgl. Reinhard Overdieck: Parteien und Verfassungsfrage in Österreich. Die Entstehung des Verfassungsprovisoriums der Ersten Republik 1918-1920, München 1997.
- 5 Hugo Preuss: Verfassung des Freistaates Preussen vom 30. November 1920, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts Bd. X (1921), S. 271; zit. nach Horst Möller Parlamentarismus-Diskussion in der Weimarer Republik, in: Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen/Hans Helmuth Emitter/ Hans Peter Schwarz (Hg.: Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn 1987, S. 154.
- 6 Vgl. Wolfgang J. Mommsen: Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920, 2. Aufl. Tübingen 1974, S.389ff.
- 7 Hans Boldt: Verfassungsgeschichte. Politische Strukturen und ihr Wechsel, München 1993.
- 8 Vgl. ders.: Die Weimarer Reichsverfassung, in: Karl Dietrich Bracher u.a. (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn , 2. Aufl. 1988, S. 52.
- 9 Vgl. Hans Mommsen: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918-1933, Berlin 1998, S. 166f.
- 10 Schulz, a.a.O. S. 470ff.
- 11 Vgl. Hermann Pünder: Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932, hrsg. von Thilo Vogelsang, Stuttgart 1961, S. 129 f.; vgl. Mommsen, Aufstieg und Untergang, S. 522.
- 12 So fand die Ausweitung der Vollmachten von Art. 48 WRV sogar die Zustimmung liberaler Verfassungsrechtler wie Gerhard Anchütz; vgl. Mommsen, Aufstieg und Niedergang, S. 437f.
- 13 Vgl. die präzise Darstellung Henry A. Turners: Hitler Weg zur Macht. Der Januar 1933, Berlin 1999, S. 140f.
- 14 Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, Berlin 1932/33, S. 244f.
- 15 Josef Becker: Geschichtsschreibung im politischen Optativ?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/80, S. 33.
- 16 So Heinrich-August Winkler: Der lange Weg nach Westen, München 2000, S. 407.
- 17 Vgl. Ernst Wolfgang Böckenförde: Der Zusammenbruch der Monarchie und die Entstehung der Weimarer Republik, in: Bracher u.a., Die Weimarer Republik, S.42.
- 18 Vgl. Hans Mommsen: Der lange Schatten der untergehenden Republik. Zur Kontinuität politischer Denkhaltungen von der späten Weimarer zur frühen Bundesrepublik, in: ders.: Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche, Stuttgart 1999, S. 362f.; ders., Lehren aus der Geschichte der Weimarer Republik bei der Demokratiegründung des Parlamentarischen Rates 1948/49, in: Dieter Dowe (Hg.) Lernen aus der Vergangenheit: Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz, Bonn 1998, S. 7ff.

19 Vgl. Hans Mommsen: The Origins of the Chancellor Democracy and the Chance of the Democratic Paradigm in west Germany, in: Jost Dülffe (ed.): Konrad Adenauer as Statesman, Pinceton 1907.

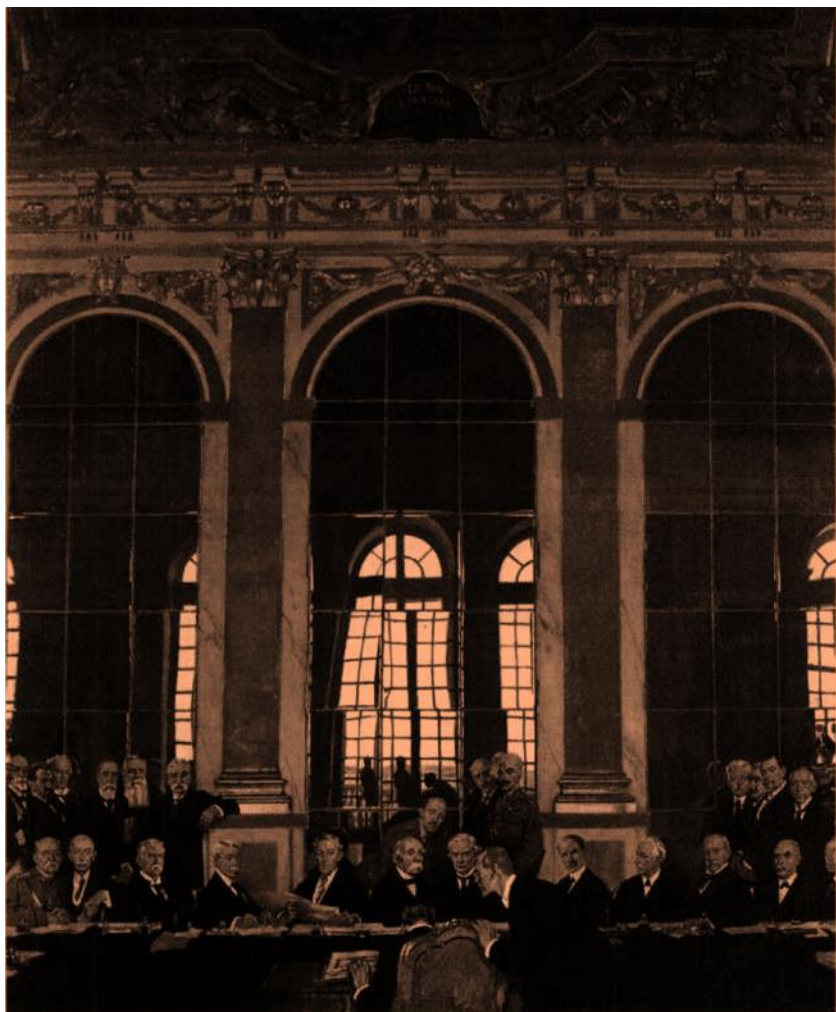
20 Vgl. Ulrich Schüren: Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926, Düsseldorf 1978, S. 48ff.

21 Vgl. Hans Mommsen: Das Scheitern der Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: ders.: Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche, Stuttgart 1999, S. 153f.

22 Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz.: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln 1960. S. 50f.

Stefan Gerber
Aus «Versailles» 1919 lernen?

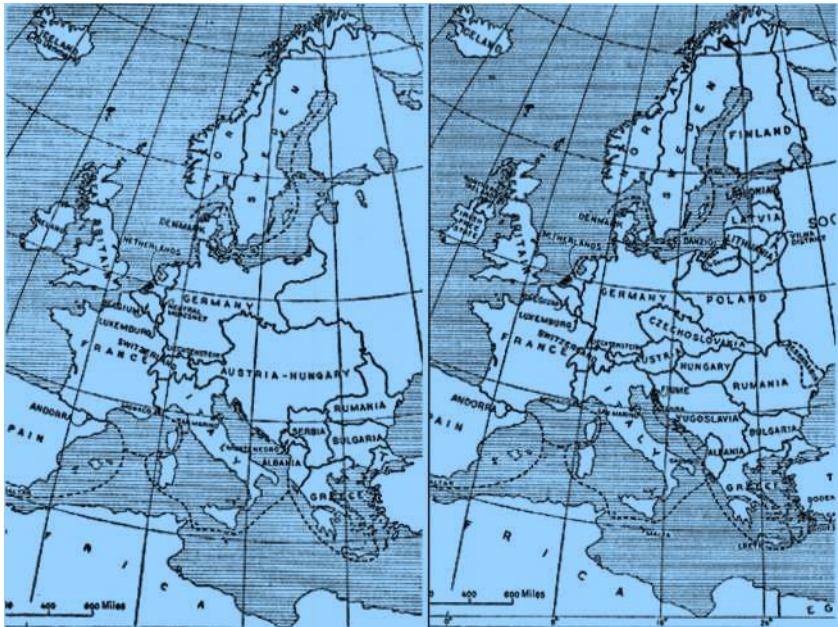
Das französische «Versailles» ist, folgt man der Einordnung, die Etienne Francois und Hagen Schulze 2001 vorgenommen haben, ein «deutscher Erinnerungsort», und dies im umfassenden, von den Herausgebern intendierten Sinne: Als geografisch verortbarer Platz, an dem mit der Kaiserproklamation von 1871 deutsche Nationalstaatsgeschichte geschrieben wurde, sowie als Ort auf einer mentalen Landkarte, als Chiffre für die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg und den Friedensvertrag, den die Alliierten dem besiegten, vom Kaiserreich zur Republik gewandelten Feind auferlegten. Zweifelsohne ist die Ende des 17. Jahrhunderts für den «Sonnenkönig» Ludwig XIV. errichtete Residenz von im damaligen Europa stilbildenden Ausmassen, die das 19. Jahrhundert zu einer Ruhmeshalle für Frankreichs (Militär-)Geschichte ausgestaltete, ebenso ein französischer «lieu de mémoire». Unter die «gemeinsamen Erinnerungsorte» im Sinne eines verbindenden Gedächtnisses beider Nationen ist Versailles dennoch nur bedingt einzureihen: Der Ort stand zu lange für die wechselseitige Dynamik von Misstrauen und Feindschaft, um im Zeichen der nach dem Zweiten Weltkrieg entfalteten deutsch-französischen Kooperation wirklich wirksam umcodiert werden zu können. Zudem ist ein Prozess unübersehbar, der den Erinnerungsort «Versailles» heute, zumindest in Deutschland und zumindest im Blick auf den Versailler Friedensvertrag von 1919, zu einem fragwürdigen Erinnerungsort macht: Das Vergessen. Schon 1970, ein Jahr nachdem sich die Pariser Friedenskonferenzen zum 50. Mal gejäht hatten, gaben in einer Umfrage des Allensbacher Instituts 20 Prozent der Befragten in der damaligen Bundesrepublik an, noch nie etwas vom Versailler Vertrag gehört zu haben; weitere 39 Prozent konnten nichts Näheres zu diesem Begriff ausführen und nur ein Drittel vermochte ungefähre Angaben zu «Versailles» 1919 zu machen. «Beim Versailler Vertrag», so stellt der Historiker Eberhard Kolb fest, «handelt es sich um vergangene Geschichte, die die übergrosse Mehrheit der Deutschen nicht mehr innerlich bewegt». In unseren europäischen Nachbarländern, in Frankreich und in Grossbritannien – das zeigt auch ein Blick auf die Literatur zum Ersten Weltkrieg – scheint der «Grosse Krieg», wie er dortzu-



*Die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags im Spiegelsaal von Versailles
28.6.1919 (Gemälde William Orpen).*

lande häufig genannt wird, als Trauma, als «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts», wie der amerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan ihn in einem vielzitierten Wort nannte, trotz des im Zweiten Weltkrieg grösseren Vernichtungsradius* und der so oft ganz unmittelbaren Betroffenheit der Zivilbevölkerung präsenter und lebendiger geblieben sein, als in Deutschland. Der Bruch in einer ungeachtet aller Verfallsszenarien zukunftsgewissen Zivilisation, die Verwüstung Nordfrankreichs, industrielles Töten und Massensterben in den Jahren zwischen 1914 und 1918 haben sich tief in das kollektive Gedächtnis eingegraben. Trotz aller Sehnsucht nach «Normalität» und der nach Möglichkeit schnellen Bückkehr in den Alltag war Europa, waren seine Gesellschaften und die Formen seiner Politik nach dem Weltkrieg grundlegend andere als vor 1914 und die Schwierigkeiten, das nun angebrochene «Age of anxiety» zu akzeptieren und sich in ihm zu verorten, schwingen in der gemeinschaftlichen Erinnerung noch heute nach. Auch in Osteuropa sind der grosse Krieg und die Pariser Vorortverträge Zeitgeschichte: In Ungarn, das im Friedensvertrag von Trianon im Juni 1920 auf ein Drittel seines bisherigen Territoriums eingedampft und mit der Tatsache konfrontiert wurde, dass fortan drei Millionen Ungarn in den rumänischen und tschechoslowakischen Nationalstaaten leben würden, ist «Trianon» angesichts gegenwärtiger Schwierigkeiten der ungarischen Minderheiten im neuen slowakischen Staat, aber auch in Rumänien ein aktuellpolitisches Datum. In Deutschland dagegen hat der Bruch von 1945, die bedingungslose Kapitulation des nationalsozialistischen Reiches am Ende des Zweiten Weltkrieges, die einstige Erregung über «Versailles» weitgehend verschüttet. «Die Welt», so hat der Publizist Herbert Lüthy schon 1969 lakonisch festgestellt, «hat seither ganz andere Dinge gesehen.»

So macht auch das Beispiel des Versailler Vertrages einmal mehr deutlich, dass die Nähe oder Ferne des Vergangenen für uns, die wir, nach Johann Gustav Bernhard Droysens bekanntem Wort, interpretierend «aus Geschäften Geschichte» machen, oftmals keine Frage der Chronologie ist. Der französische Historiker Marc Bloch erinnert sich in seiner «Apologie der Geschichte» daran, wie der Direktor des Gymnasiums im Languedoc, an dem er als junger Geschichtslehrer begann, ihn warnte, das 19. Jahrhundert könne er unbesorgt behandeln; wenn er mit seinen Schülern aber zu den Religionskriegen des 16. Jahrhunderts komme, müsse er Vorsicht walten lassen; das könne gefährlich werden. Eine Entfernung wie sie das kol-

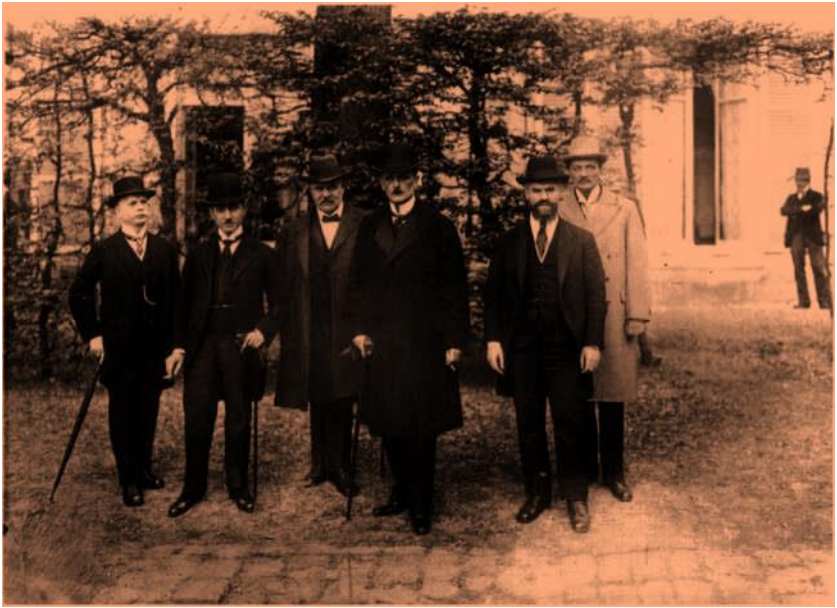


Europa zwischen 1914 und 1924.

lektive Gedächtnis der Deutschen durch die Geschichte des 20. Jahrhunderts vom Versailler Friedensschluss gewonnen hat, ist für das historische Verstehen und für mögliche Aktualisierungen, ja «Lehren aus der Vergangenheit» wie es im Untertitel unserer heutigen Veranstaltung heisst, Chance und Schwierigkeit zugleich. Die Chance liegt neben sachlichem Informationsgewinn durch neu zugängliche Quellen zweifelsohne in einer Ent-Emotionalisierung der Betrachtung, die sich so mehr und mehr in den Stand gesetzt sieht, Argumente im Lichte verschiedener Voraussetzungen, Dispositionen und Forderungen abzuwägen und sich damit der Komplexität des Vergangenen anzunähern. Diese Entfernung macht es aber zugleich schwerer, die Motive nachzuvollziehen, die vergangene Akteure so handeln liessen, wie sie gehandelt haben, steigert die Fremdheit. Können wir wirklich noch die – durchaus mehr als wohlberechnete Propaganda darstellende – Erregung des Redners nachvollziehen, wenn wir im Protokoll der Nationalversammlung die berühmte Rede lesen, mit der der sozialdemokratische Reichsministerpräsident Scheidemann auf der Protestsitzen der Konstituante in der Aula der Berliner Universität den Versailler Vertragsentwurf anprangerte? Die «Vertretung der Nation», so Scheidemann

am 12. Mai 1919, habe sich zusammengefunden «wie eine letzte Schar Getreuer, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist. [...] was unseren Beratungen zugrunde liegt, [...] dieser schauerliche und mörderische Hexenhammer, mit dem einem grossen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepresst und erpresst werden soll – dieses Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden! [...] Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt!»

Vorausgegangen war dem fünf Tage zuvor die Übergabe der alliierten Friedensbedingungen an die deutsche Delegation, die, so der bereits zitierte Eberhard Kolb, die deutsche Öffentlichkeit «wie ein Keulenschlag» trafen. Ähnlich wie im Frühherbst 1918, als die Oberste Heeresleitung bis zuletzt Täuschungen über die Aussichtslosigkeit der militärischen Lage gefördert hatte, hatte man in Deutschland in der ersten Jahreshälfte 1919 nur zu gerne Illusionen über einen glimpflichen, einen «Wilson»-Frieden genährt, der sich an den 14 Punkten orientieren sollte, in denen der amerikanische Präsident im Januar 1918 Selbstbestimmung und Völkerbundideen als Grundlage des Friedens beschworen hatte. Solche deutschen Selbsttäuschungen hingen auch mit einem deutschen Unwillen zusammen, die traumatisierende moralische und materielle Verlusterfahrung auch nur ansatzweise nachzuvollziehen, die die Jahre zwischen 1914 und 1918 für Frankreich als Hauptkriegsschauplatz im Westen bedeuteten. In der bereits zitierten Rede Philipp Scheidemanns ist das mit Händen zu greifen, wenn er abschliessend feststellt: «Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schauernd von dem jahrelangen Mord.» Freilich war auch George Clemenceau, war auch die französische Linke trotz aufkommender, von der Rechten schnell als «Deutschfreundlichkeit» ausgelegter Kritik an «Versailles» ebensowenig bereit und in der Lage, die Schaffung der deutschen Republik unter Führung der Sozialdemokratie durch Konzessionen zu unterstützen. Die Fortführung des «Krieges in den Köpfen», von der Gerd Krumeich gesprochen hat, wurde zum entscheidenden mentalen Problem der Pariser Friedenskonferenz und des Versailler Vertrages, brachte Deutschland in eine vermeidbar schlechte Verhandlungsposition und die Alliierten zu einem Festhalten an Forderungen, deren Erfüllung mittelfristig nur bedingt ihren eigenen Interessen entsprechen konnte.

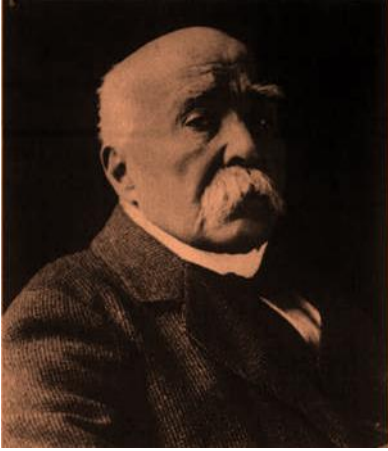


*Die deutschen Friedensunterhändler vor ihrer Abfahrt ins Hotel Trianon.
Von links: Leinert, Melchior, Giesbert, Brockdorff-Rantzau, Landsberg, Schücking.*

Was erschien 1919 und in der unvermindert anhaltenden Agitation gegen «Versailles» während der gesamten Republik so unannehmbar an diesem Vertrag, der nach einem alliierten Ultimatum zur Annahme am 16. Juni, nach dem Zerschlagen der ersten Weimarer Koalition an der Unterzeichnungsfrage und der Bildung einer unterzeichnungsbereiten Regierung nur aus SPD und Zentrum schliesslich am 23. Juni 1919 in Weimar von der Nationalversammlung verabschiedet wurde? Es waren, so wird man sagen können, letztendlich weniger die territorialen Verluste, die das Reich hinnehmen musste. Kaum noch jemand hatte nach Wilsons 14 Punkten damit rechnen können, dass das 1871 annektierte Elsass-Lothringen bei Deutschland verbleiben könnte, unwahrscheinlich war der Erhalt des mehrheitlich von Polen bewohnten Posen gewesen. Ebenfalls nicht ganz unerwartet musste im Hinblick auf die Lebensfähigkeit des neu entstehenden polnischen Nationalstaates die Schaffung eines polnischen «Korridors» zur Ostsee und damit die Abtrennung Ostpreussens vom geschlossenen Reichsterritorium sein. Die nach einer eindeutigen Volksabstimmung 1920 erfolgte Abtretung Nordschleswigs an Dänemark, Eupens und Malmédys an Belgien nach einem manipulierten Referendum, des Memellan-

des an die Alliierten bzw. Litauen und des Hultschiner Ländchens an die Tschechoslowakei fielen machtpolitisch wenig ins Gewicht; die Umwandlung des Saargebietes und Danzigs in Völkerbundsmandate hatte zumindest die von Frankreich bzw. Polen angestrebte Annexion verhindert. Erbitterung und auch bewaffnete Kämpfe lösten vor allem die Frage der Zugehörigkeit Oberschlesiens und die Besetzung des linken Rheinlandes durch alliierte Truppen aus. In Oberschlesien, das reich an Industrie und Steinkohle war und wo die Integration der polnischsprachigen Bevölkerung in das Kaiserreich vor 1914 weiter vorangeschritten war als in Posen, sprachen sich bei der Volksabstimmung vom März 1921 fast 60 Prozent der Beteiligten für den Verbleib bei Deutschland aus. Dennoch wurden die Zentren der oberschlesischen Industrie um Kattowitz und Königshütte der polnischen Republik angegliedert. Von einer solchen machtpolitisch bestimmten Beschränkung des deklarierten Selbstbestimmungsrechts zeugte auch das in Artikel 80 des Vertrages fixierte Verbot für die deutschsprachigen Teile der zerfallenen Habsburgermonarchie, sich Deutschland anzuschließen, eine Absicht, die die Wiener provisorische Nationalversammlung schon am 12. November 1918 mit der Ausrufung einer deutsch-österreichischen Republik als Teil der deutschen Republik bekundet hatte.

Nicht absehbar war 1919, welche Forderungen sich aus der gegen den anfänglichen Widerstand der USA und auf Betreiben vor allem Frankreichs im Grunde auf die gesamten Kriegskosten der Entente ausgedehnten Reparationsverpflichtung Deutschlands ergeben würden. Hier musste in der Tat mit gewaltigen Lasten gerechnet werden, doch konnten die Reparationsforderungen schliesslich nur partiell durchgesetzt werden und führten nicht zu so schweren wirtschaftlichen Belastungen, wie sie damals antizipiert und später bisweilen rückschauend postuliert worden sind. Schon zwölf Jahre nach Versailles waren mit dem Abkommen von Lausanne 1932, das eine nie geleistete Abschlusszahlung von drei Milliarden Reichsmark festlegte, die Reparationen, die Deutschland nach dem Young-Plan von 1929 noch bis 1988 hatte zahlen sollen, de facto ad acta gelegt. Die politische Wirkung der Reparationsfrage in der Weimarer Republik und der als Grundlage dieser umfassenden Reparationspflicht angesehene Artikel 231 des Versailler Vertrages, aber sind in ihrer Wirkung für die Innenpolitik der gesamten Weimarer Republik kaum zu überschätzen. Vertragsartikel 231 bezeichnete das Reich als «Urheber» der Kriegsschäden und den Kriegsbeginn 1914 als deutschen «Angriff» und machte Deutsch-



George Clemenceau

land so für alle Kriegsschäden haftbar. Diese Auffassung der Alliierten hatte Deutschland – das ging in der Empörung über den «Kriegsschuldartikel» 1919 unter – schon am 5. November 1918 in der so genannten «Lansing-Note» zur Kenntnis nehmen müssen. Der «Kriegsschuldartikel» und auch die in Deutschland so bezeichneten «Schmachparagraphen» 227 bis 230, die unter anderem die Auslieferung und Verurteilung Kaiser Wilhelms II. forderten, mussten als moralische und bewusst demütigende Verurteilung zum Kriegstreiber und Aggressor wahrgenommen werden – und so, das wird man sagen müssen, waren sie auch gemeint. Aus der Empörung über eine solche Moralisierung wuchs in Deutschland nach 1919 eine, wie der Historiker Heinrich August Winkler schreibt, «Kriegsunschuldlegende». Die Anerkennung der massgeblichen Rolle vor allem der Militärführung des Kaiserreichs beim Ausbruch des Weltkrieges wurde selbst für diejenigen in Deutschland schwierig oder unmöglich, die über das Agieren der Berliner Generäle und Diplomaten in der Julikrise von 1914 ein relativ klares Bild gewonnen hatten. Auch die Aberkennung der Kolonien mit der Begründung, Deutschland sei nicht würdig und fähig, die damit verbundene zivilisatorische Aufgabe zu erfüllen, die Beschränkung der militärischen Macht des Reiches auf ein 100.000-Mann-Heer sowie ein kleines Marine-Kontingent oder die Beschlagnahme des deutschen Auslandsvermögens wurden in Deutschland als moralisch ausgerichtete Strafbestimmungen verstanden.

Rückschauend darf man den Versailler Friedensvertrag also nicht, wie es bisweilen in wohlmeinender politischer Absicht geschehen ist, bagatellisieren. Er war ein einseitig oktroyierter Friedensschluss von einer Härte, wie sie die Neuzeit noch nicht gesehen hatte. Es war die Tragik der 1919 geschaffenen Situation, dass die Deutschen unter dem Eindruck ihrer Niederlage zu keinem Zeitpunkt in der kurzen Geschichte der Weimarer Republik bereit waren zu akzeptieren, dass sich «Versailles» in den konkreten Auswirkungen seiner Bestimmungen, in den politischen und ökonomischen Realisierungsmöglichkeiten und Realisierungsformen nicht als der «Karthagofriede» erwies, als den man ihn auf dem Papier ansehen konnte. Der Blick auf den aus inneralliierten Konflikten resultierenden Kompromisscharakter der Bestimmungen blieb durch die Umstände des Friedensschlusses ebenso dauerhaft verstellt, wie eine Wahrnehmung der auch nach Versailles erhaltenen Spielräume in einer breiteren Öffentlichkeit. Gerade diese realistische Wahrnehmung aber sollte Gustav Stresemann in den Jahren zwischen 1923 und 1929 zur Grundlage einer revisionistischen Aussenpolitik machen, die die Weimarer Republik aus der Sackgasse der Empörung von 1919 herausführte.



Kurierbrief der Friedensdelegation in Versailles an die Nationalversammlung vom 16. Juni 1919.

Die Frage nach der desintegrierenden Wirkung des Versailler Friedensvertrages in der Weimarer Republik ist somit weniger an seine konkreten Sachbestimmungen, als an die politischen Positionen und Absichten zu richten, die das Vertragswerk zum Instrument des Kampfes gegen – so die häufig verwendete Zwillingsformel – «Weimar und Versailles» machten. Und sie ist an die politischen Mentalitäten im Europa der Jahre 1918 und 1919 zu richten. Das Vertragswerk bot vor allem deshalb eine Handhabe für die Diffamierung der ersten deutschen Republik, weil sich die Beteiligten von den Antagonismen des Schützengrabens nicht frei machen konnten. Genutzt wurde diese Handhabe, weil ein komplexes Bündel aus politischer Sozialisation im System des Kaiserreichs, ökonomischen und sozialen Krisenerscheinungen, kulturellen Umbrüchen in den von Detlev Peukert so bezeichneten «Krisenjahren der klassischen Moderne» und «kumulativer Radikalisierung» von Rechts wie von Links in Deutschland nach 1918 den Resonanzboden dafür schuf und das am Ende des Weltkrieges politisch und gesellschaftlich so weitreichend delegitimierte Kaiserreich als Hort der Stabilität erscheinen liess. Heinrich Mann, der Autor des «Untertan» und gewiss kein Verherrlicher des Wilhelminismus, gab dieses Gefühl des deutschen Besitz- und Bildungsbürgers noch in seinen zuerst 1946 erschienenen Lebenserinnerungen «Ein Zeitalter wird besichtigt» kennzeichnend wieder, wenn er über die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg schreibt: «Man muss das gekannt haben [...] das Vertrauen in menschliche Güte und Sicherheit [...]. Die Hauptsache, unsere Unabhängigkeit, hätten wir kaum erwähnt, so sehr war sie ein Teil von uns.» Ein wirkliches Symbol und ein voll akzeptierter Garant solcher Stabilität konnte die Weimarer Republik für die Deutschen, besonders für die bürgerlichen Mittelschichten, zu keinem Zeitpunkt sein. «Der Staat von Weimar», so hat es der Historiker Horst Möller auf den Punkt gebracht, «konnte das nicht leisten, was die Deutschen von ihm erwarteten und leistete doch viel mehr, als unter den extremen Bedingungen seiner Existenz bei realistischer Einschätzung erwartet werden konnte.»

Das vom Historiker eigentlich – und sicher zu Recht – eher gescheute Attribut «tragisch», das in der Historiografie oft erscheint, wenn von der Situation der «Friedensstifter» des Jahres 1919 und von der Situation derer die Rede ist, die den Versailler Vertrag akzeptierten und zu vermitteln hatten, hat vor diesem Hintergrund vielleicht doch seine Berechtigung: Es umschreibt in der Literatur ein Scheitern, das durch komplex verkettete,



Die «Grossen Vier», von links: David Lloyd George, Vittorio Emanuele Orlando, Georges Clemenceau und Woodrow Wilson bei den Verhandlungen in Versailles.

sich gegenseitig bedingende und dynamisierende Umstände, aus denen auszubrechen kaum auch nur in den hypothetischen Horizont der Beteiligten tritt, «unentrinnbar» wird. Kontrafaktische Überlegungen, wie sie zu «Versailles», zur Frage der Annahme oder Ablehnung des Vertrages durch die Nationalversammlung, gelegentlich angestellt wurden, behalten deshalb ihren Reiz, müssen sich aber hier – mehr noch als bei anderen Gegenständen geschichtswissenschaftlicher Betrachtung – kritisch auf ihre Wahrscheinlichkeit befragen lassen. Dass Menschen über alles, wovon sie überzeugt sind oder was sie sicher zu wissen meinen, hinauswachsen, kann in keiner historischen Situation als Regel angenommen oder gar «verlangt» werden. Am Ende freilich steht dennoch die – trotz aller Kritik an einem solchen Ansatz – berechtigte Frage, was aus «Versailles 1919» zu lernen ist, nicht im Sinne einer Handlungsanweisung, eines Rezepts für zukünftige Krisen, aber im Sinne erweiterter Einsichten in menschliches Handeln, in menschliche Befürchtungen, Erwartungen, Hoffnungen und ihre politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen.

Literaturhinweise:

Eberhard Kolb, Der Frieden von Versailles, München 2005.

Gerd Krumeich (Hg.), Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001.

Jost Düllfer/Gerd Krumeich (Hg.), Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002.

Thomas Lorenz, «Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!». Der Versailler Vertrag in Diskurs und Zeitgeist der Weimarer Republik, Frankfurt am Main u. a. 2008.

**Historikergespräch zwischen
Etienne François und
Gerd Krumeich**

**Der Vertrag von Versailles und die
deutsch-französischen Beziehungen.
Ein Gespräch zu den Lehren aus
der Vergangenheit.**

Gerd Krumeich: Wir beide haben uns überlegt, dass wir vielleicht folgendermassen anfangen: jeder von uns wird in fünf Minuten seinen ganz persönlichen Standpunkt zu Versailles darlegen und seine Erfahrungsgeschichte von Versailles erzählen und dann haben wir, glaube ich, schon genug Material zu einer Diskussion. Das, was ich ihnen jetzt sage, kommt spontan aus dem Herzen. Es basiert natürlich auf einer ganzen Reihe von Erfahrungen mit Versailles. Für mich ist Versailles ein Thema, wo ich sehr genau zwischen einem historisch-politischen Thema und einem rein historischen Thema unterscheiden kann. Ich habe das Thema als Sechzehnjähriger kennen gelernt in der permanenten Auseinandersetzung mit meinem Vater, der Jahrgang 1906 ist, und wenn ich den fragte: Wer ist am Hitler schuld? Dann sagte mein Vater: Versailles und die Weltwirtschaftskrise. Das war dogmatisch. Damit konnte man sich auseinandersetzen und sich fragen: Wieso immer die anderen? Als junger Mensch muss man ja protestieren, aber irgendwie war es eine ganz deutlich historisch-politische Festlegung, zu sagen, den Zweiten Weltkrieg und den Hitler haben wir Versailles zu verdanken und der Weltwirtschaftskrise von 1929. Das war ein generationeller Diskurs und das war keineswegs nur ich, der so fragte, das waren Tausende, die so fragten, all die, die später mal 1968er wurden. Und man kriegte immer dieselbe Antwort von einer ganzen Generation, die von Versailles und vom Hitlerismus geprägt war. Und daraus entstand eine Gegenposition. Die ich so nicht geteilt habe, gegen die ich aber auch nichts sagen konnte. Das waren die Historiker der Generation Wolfgang Mommsen, Hans Mommsen, Heinrich August Winkler und Eberhard Kolb. Die jetzt 75-Jährigen, wenn sie noch leben, die gegen diesen historisch-politischen Diskurs den anderen historisch-politischen Diskurs setzten – überspitzt gesagt – dass Versailles mit Hitler gar nichts zu tun hat, sondern dass

man die Geburtsstunde des deutschen Totalitarismus und der Naziversuchung viel weiter zurück suchen muss, spätestens bei Bismarck und bei den Problemen einer deutschen Reichsgründung. Dieses weiter in der Geschichte graben, sich nicht mit dieser historisch-politischen Festlegung zufrieden geben, das war das Signum derer, die dann in den sechziger und siebziger Jahren geschrieben haben, auch das war ein Teil von 1968.

Ich selber habe mich aus dieser Diskussion nicht heraushalten können, aber es war nicht mein Ding, so zu argumentieren, denn ich fand immer, dass Versailles eigentlich skandalös war. Das habe ich schon als junger Mensch gedacht, so ganz böseartig – ich hätte das auch nicht unterschrieben. Nur mein Problem war, ich war eher auf der Linken. Ich war ein Linker und kein Rechter und so wie ich redete doch nur der Bayernkurier und ich bekam das ganz einfache Problem, ein epistemologisch hochinteressantes Problem, dass man etwas denkt, was man in seiner Gruppe nicht mehr sagen kann.

Als ich 1989/90 mit ersten kleineren Veröffentlichungen anfang, mich diesem Thema zu widmen, diese ganze Kriegsschuldfrage einmal ein bisschen aufzurollen und die Unerträglichkeit einer solchen globalen Beschuldigung zu erkennen angesichts von Millionen Toten, die ja auch eine Begründung brauchten – an dem Punkt wurde mir von denen aus der älteren Generation gesagt: Pass auf, dass du dich nicht zu weit von uns entfernst. Ich merkte auch, was es heisst, wenn man Projekte hat, für die man keine Förderungsgelder mehr bekommt. Denn die Institutionen, die fördern, sind alles historisch-politische Institutionen.

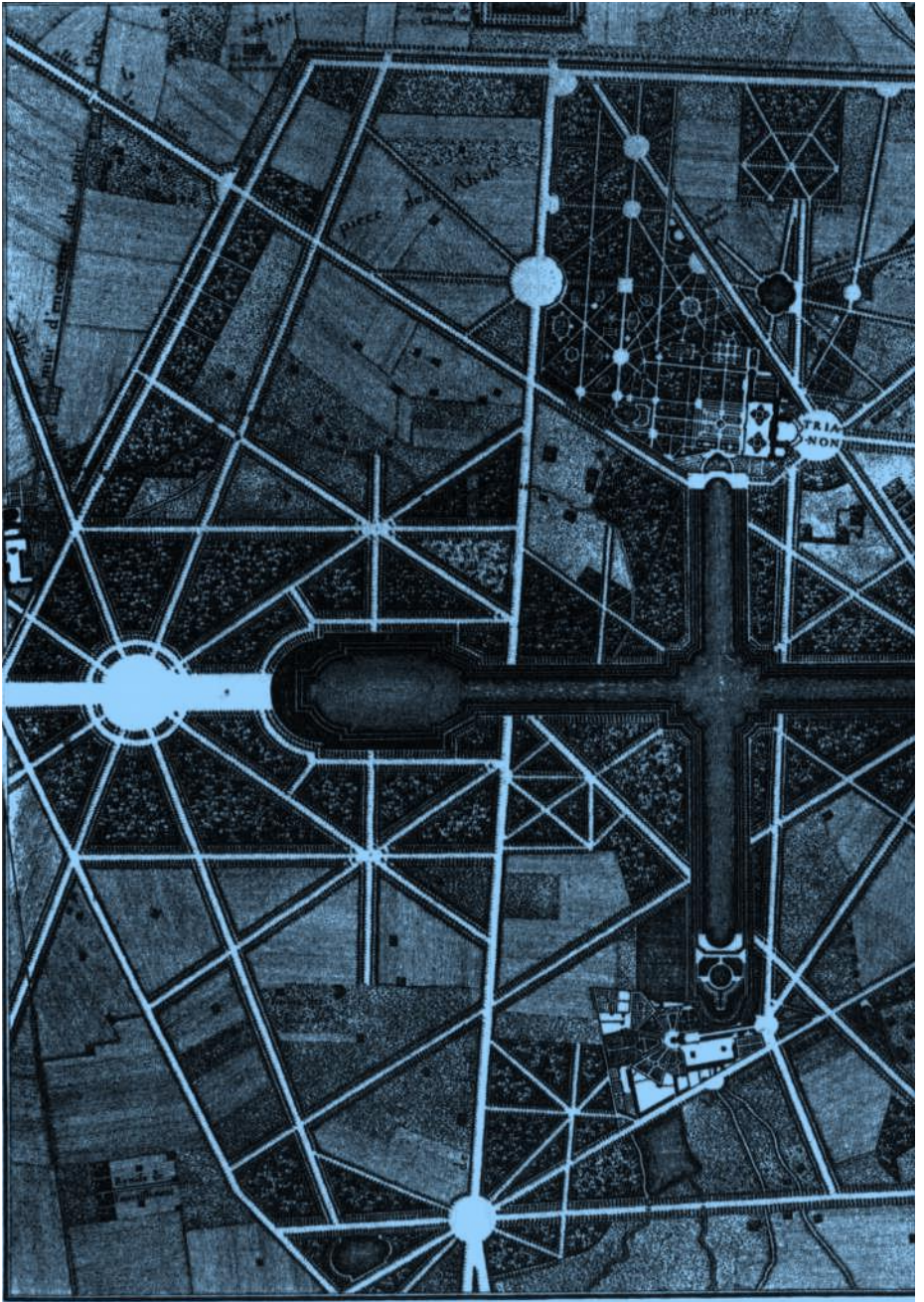
Es gab also ein Problem des Diskurses. Ich war aber offensichtlich nicht der Einzige, der dieses Unwohlsein hatte und als dann die Geschichte weiterging und die Älteren starben oder nicht mehr das Sagen hatten, wurde das eine historische Frage und war keine historisch-politische Frage mehr. Die neue Welle der Mentalitätengeschichte ab den neunziger Jahren befasste sich dann mit diesem Thema der Kriegsmentalitäten und der Nachkriegsmentalitäten, man konnte auf eine neue Weise an das Thema herangehen. Nicht mehr so wie Heinrich August Winkler – den ich ja ansonsten verehere –, der in seinem Buch «Der lange Weg nach Westen» einfach sagt, wenn die Deutschen damals vernünftiger gewesen wären, hätten sie einsehen müssen, dass Versailles ein guter Frieden ist. Ich habe darauf geantwortet, ja, das Problem ist, sie waren damals nicht vernünftiger. Das ist das ganze Problem des Unterschieds von einer erziehenden

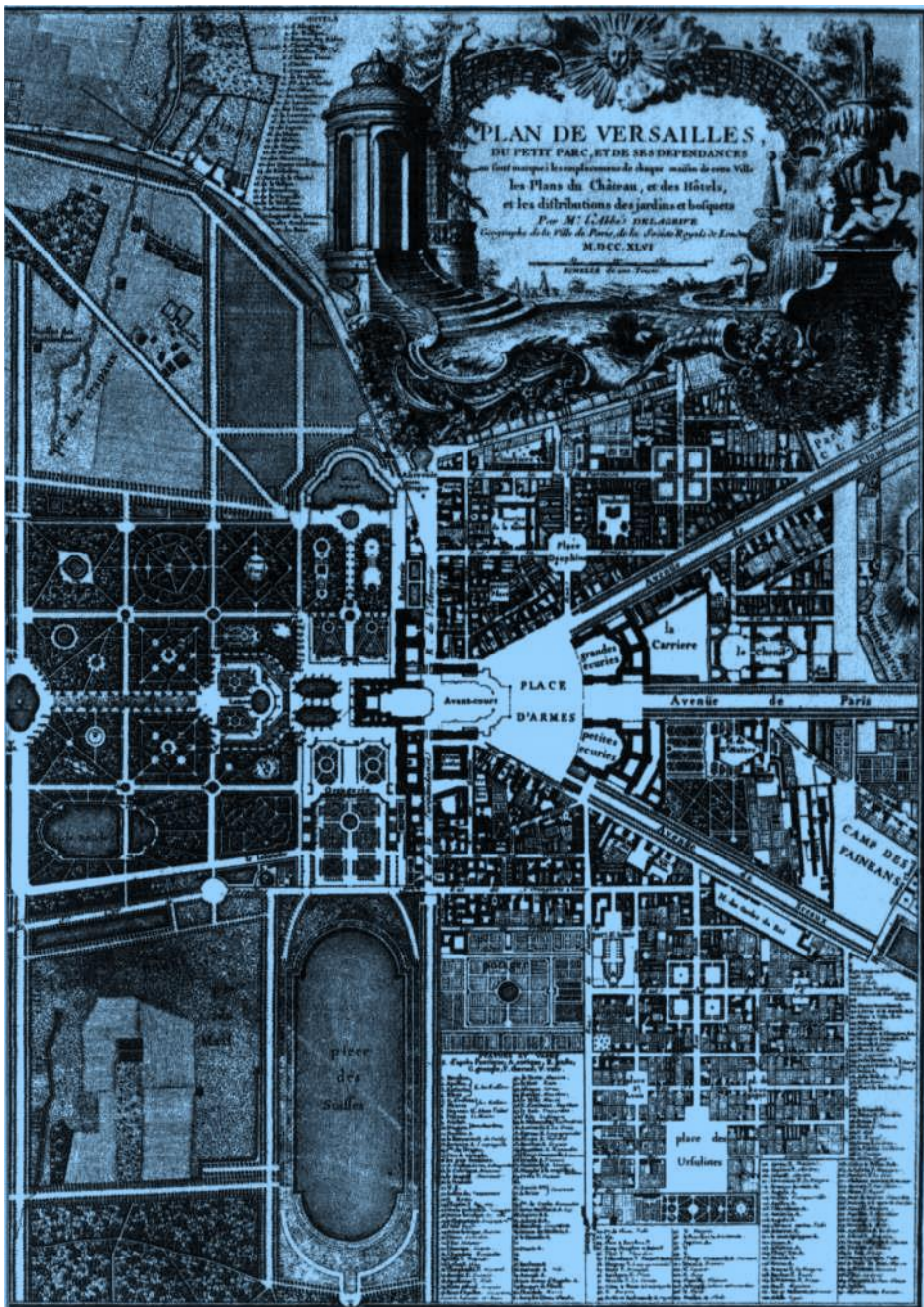


Fassade des Schloss Versailles vom Garten.

Geschichtswissenschaft hin zu einer Mentalitätengeschichte, die das nicht mehr will, die Leute erziehen, die tot sind und sich nicht mehr wehren können gegen die Erziehung, eine Geschichte also, die die Antriebe aus denen sie gehandelt haben, verstehen will. Und die Antriebe waren ganz einfach. Wenn Raymond Poincaré in seiner Rede zur Eröffnung der Versailler Konferenz sagte: Hier sind die Nationen versammelt, die von sich sagen können, dass sie nicht schuld sind an dem grössten Menschheitsverbrechen; wenn Georges Clemenceau der deutschen Delegation im Mai bei der Übergabe der Friedensbedingungen sagte: Hier wird Revanche genommen für das grösste Verbrechen, das in der Weltgeschichte passiert ist, – dann sind wir mittendrin in einem Problem von Nachkriegsmentalitäten.

Was hatten die Franzosen auch erlebt an deutscher Besetzung, an Kriegszerstörung und an ungeheuerlichen Menschenverlusten im eigenen Land, was die Deutschen nicht erlebten. Die Chance, die die Deutschen gehabt hätten, vielleicht über den Krieg nachzudenken, wurde durch diesen Verbrechens-Vorwurf genommen. Daran sind nicht die Franzosen schuld. Um Himmels willen. Daran ist einfach die Situation schuld. Daran ist einfach die Tatsache schuld, dass die Menschen, die 1919 aus dem Krieg kamen, den Krieg wirklich noch nicht überwunden hatten, ihn auch nicht abfeiern können. Stefan Gerber hat in der Einleitung von dem Verfassungsfest gesprochen. Hätten wir damals in Weimar ein Verfassungsfest feiern können, so wie die Franzosen 1790 bereits den Sturm auf die Bastille inszeniert haben, hätten wir schon 1920 das Verfassungsfest wieder feiern können. Ich glaube, dass dann in Weimar alles andere noch möglich gewesen wäre. Genau das war nicht möglich und das gilt es zu erklären. Da kommt Versailles ins Spiel.





Gesamtplan von Versailles von Delagrife, 1746.



Das Trianon in Versailles.

Etienne François: Was ich spontan mit Versailles verbinde ist etwas ganz anderes. Denn Versailles ist für mich nur teilweise der Vertrag. Versailles ist zuerst das Schloss. Und das ist das Wichtigste. Gerd Krumeich sprach von Versailles, von seiner Entdeckung durch seinen Vater. Ich habe Versailles auch mit meinem Vater entdeckt. Er war auch Geschichtslehrer und er hat auch früh zu meinem Geschichtsbewusstsein beigetragen. Mein erster Kontakt mit Versailles, das war als kleiner Junge. Ich war froh und stolz, dass mein Vater allein mit mir nach Paris fuhr und von Paris nach Versailles. Die Entdeckung des Schlosses, dieses riesengrossen Schlosses, dieses Prachtwerks, und es ist nicht nur das Gebäude, das einen sofort beeindruckt, egal wie man dazu steht, die Kraft des Gebäudes und der Inszenierung ist stärker als jedes Argument dagegen. Es ist auch die Bewunderung für den Park, die Bewunderung für die Wasserwerke – les grandes eaux de Versailles sind für mich immer noch ein Begriff, wo zwei oder dreimal im Jahr auf einmal alle Fontänen im Park hoch sprudeln. Im Grunde ist es fast Italien in der Nähe von Paris. Wie die Stadt aus dem Schloss entsteht, mit den drei grossen Avenuen die vom Schloss ausgehen, genau wie die drei Perspektiven später in Sankt Petersburg von der Admiralität aus – das ist eine Übernahme von Versailles.



Das kleine Trianon in Versailles.

Und die Idylle in den Gärten von Versailles, das Trianon und vor allem das kleine Trianon, das sind meine ersten Eindrücke von Versailles und in der Hinsicht bin ich, glaube ich, keine Ausnahme. Ich würde sagen, die überwiegende Mehrheit der Franzosen erlebt Versailles zuerst so und das sind die Eindrücke, die ihre spätere Wahrnehmung von Versailles prägen. Im Laufe der Schuljahre und des Geschichtsunterrichts, wenn sie das Glück haben, einen nicht so langweiligen Lehrer zu haben, entdecken sie auch andere Aspekte von Versailles. Aber die kommen erst danach und sie kommen nicht in Form dieser unmittelbaren Erfahrung, die man als Kind machen kann. Ich habe nicht ein Versailles, sondern mindestens zwei Versailles. Das Versailles, das ich als Kind entdeckt habe, und das mich wie Millionen anderer Franzosen und Nicht-Franzosen immer noch fasziniert. Und das Versailles, das ich aus der Beschäftigung mit der Geschichte kenne, das ich versuche, allmählich im ersten Versailles einzuordnen und einzubinden, aber das ich immer noch nicht unmittelbar finde. Ich kann diese zwei Versailles nur durch eine gedankliche Anstrengung miteinander in Verbindung bringen. Sie müssen auch nicht unbedingt miteinander in Verbindung gebracht werden. Das ist, glaube ich, der grosse Unterschied zu Gerd Krumeich. Er hat auch ein emotionales Verhältnis zu Versailles, aber das

ist ein Versailles der Erzählungen, ein Versailles der Diskussionen, aber nicht verbunden mit einem Ort, den er erfahren hat. Für ihn ist es ein Versailles der politischen Diskussion. Für mich ist es zuerst ein Versailles der ästhetischen Erfahrung. Und wenn diese ästhetische Erfahrung dann eingeordnet wird, dann wird sie in das französische Selbstverständnis eingeordnet. Das ist der Dekor der wunderschönen kitschigen Filme wie zum Beispiel von Sacha Guitry «Si Versailles m'était conté», die die Geschichte des Ancien Régime und der Revolution erzählen. Das ist die wunderschöne Kulisse einer Geschichte Frankreichs, die voll Glorie ist und voll Mätressen und voll Blut, aber am Ende immer in der Einzigartigkeit von Frankreich endet und sie bestätigt. Das ist meine erste und die primäre Wahrnehmung von Versailles. Die zweite, die historische, die allmählich dazu kam, das ist eine viel komplexere. Versailles als Vertrag gehört dazu, ja, aber nicht unbedingt primär. In den früheren Erinnerungen an Versailles, im historischen Versailles, sind es andere Sachen. Dann ist es zum Beispiel der Beginn der französischen Revolution. Dieser spielte sich nicht in Paris ab, sondern in Versailles. In Versailles konstituierten sich die Generalstände, und diese Versammlung, die zu Beginn nur da war, um den König zu beraten und das Ancien Régime zu retten, entwickelte sich sehr schnell in einer Art innerer Revolution zur verfassungsgebenden Versammlung, der Constituante. Aber das geschah in Versailles. Erst danach kam der Umzug von Versailles nach Paris. Übrigens sehr schnell, im Oktober 1789 holte das Volk von Paris den König und die königliche Familie von Versailles, um sie nach Paris, mitten in sein Volk, zurückzubringen. Das ist das eine. Dann kam die zweite Phase der Rettung von Versailles. Mit dem Beginn der Revolution war Versailles auf einmal bedeutungslos geworden und mit der Abschaffung der Monarchie hatte es auch keine Funktion mehr. Trotzdem steht Versailles noch, obwohl es völlig verlassen wurde, weil es nachträglich von Napoleon und dem Bürgerkönig Louis Philippe gerettet wurde. Was haben sie daraus gemacht? Sie haben daraus ein Museum für französische Geschichte gemacht, besser gesagt: ein Museum zur Ehre der französischen Siege. Es gibt die wunderschöne grosse Galerie des Batailles, bei der König Louis Philippe verschiedene Maler in Frankreich beauftragt hatte, eine Reihe von Siegen der französischen Geschichte zu verherrlichen. Von Chlodwigs Siegen bis zu den Siegen von Napoleon. Jeder französische Schüler weiss das, denn in jedem Schulbuch gibt es Abbildungen



Reichsproklamation im Spiegelsaal von Versailles 1871.

von diesen Bildern. Unser Geschichtsbewusstsein wurde von diesen Bildern aus Versailles geprägt. Versailles als Museum der Glorie von Frankreich: le musée de la gloire de la France. So wird das auch wahrgenommen, ohne Widerspruch zur Monarchie. Dann gibt es aber auch eine Episode, die zu meiner Überraschung bis jetzt noch nicht erwähnt wurde: 1871. Das gehört zur deutschen Geschichte ebenso wie zur französischen Geschichte: Die Reichsproklamation in der Galerie des Glaces, im Spiegelsaal von Versailles. Wenn wir in Frankreich von dem Versailler Vertrag 1919 sprechen, dann irgendwie als Sühne oder Revanche oder Tilgung der Schande von 1871. Wie konnten die Deutschen so frech sein, ihr Reich in unserem Schloss, dort, wo Ludwig XIV. ganz Europa beherrscht und beeindruckt hatte, zu proklamieren? In der französischen Wahrnehmung kommt der Frieden von Versailles nach der Schande von 1870/71 und beide werden zusammen gesehen. Vom Versailler Frieden spricht man nicht viel in Frankreich, denn man weiss, das war ein Fauxpas, man hat schon damals gesehen – besonders als die Amerikaner sich danach aus dieser komplizierten Konstruktion zurückzogen und ihre Garantie zu dem Friedenswerk abzogen –, dass das Ganze recht wackelig wurde und man wusste auch, dass das Ganze zu sehr von Revanchegedanken geleitet wurde, und zwar von der gefährlichsten Revanche, die es überhaupt gibt, nämlich der Revanche des Schwachen. Frankreich hatte mehr unter dem ersten Weltkrieg gelitten als Deutschland und deswegen versuchte man mit allen Mitteln allerlei mögliche Sicherungen zu erhalten, was nicht ganz gelang. Schon in den Vertragsbestimmungen steckte eine halbe Niederlage für Frankreich, wie Gerd Krumeich zu Recht gesagt hat.

Schliesslich noch ein letzter Aspekt, den ich noch nicht erwähnt habe, der aber auch zu Versailles gehört. Er gehört auch zu diesen bitteren Zwischentönen von Versailles, die das schöne, strahlende Bild etwas dämpfen. Das ist die Erinnerung an die Niederwerfung der Kommune. Die Pariser Kommune wurde im Mai 1871 unterdrückt, brutal und mit viel Blut, genauso wie im Juni 1848 während der zweiten Republik in Paris. Sie wurde nicht von den Preussen niedergeschlagen, sondern von den Franzosen, und diese Franzosen hatten ihre politische und militärische Leitung in Versailles. Im Französischen gibt es heutzutage zwei Ausdrücke, zwei Adjektive, die wirklich Schimpfwörter sind in der politischen Sprache. Wenn man jemanden diskreditieren will in Frankreich, dann hat man die Auswahl. Entweder sagt man, er wäre ein «Münchener» in Anspielung auf das Versagen von Frankreich 1938. Der «Münchener» ist einer, der keinen Kampf führt, der sich sofort ergibt, ohne dass der Kampf begonnen hat. Oder man sagt, er wäre ein «Versaillais». Denn ein «Versaillais» ist der faktische Verbündete der Preussen, er steht unter ihrem Schutz und richtet mit stillschweigender preussischer Unterstützung seine Waffe gegen das Volk, gegen die überzeugten Republikaner, ohne Pardon, sondern erschiesst alle, wie am 28. Mai 1871 an der Mur des Fédérés auf dem Friedhof Père Lachaise.¹ Das sind alles Aspekte, die mitschwingen und hineinspielen, wenn wir von Versailles sprechen. Ich fürchte, ich habe noch länger gesprochen als Gerd Krumeich, aber damit wollte ich kurz andeuten, dass, wenn man auf den Knopf Versailles drückt, bei einem Franzosen zahl-



Gedenktafel an der Mur des Fédérés auf dem Friedhof Père Lachaise.

reiche Bilder erscheinen, die nicht unbedingt deckungsgleich mit den deutschen und nicht alle mit Ruhm bekleckert sind.

Gerd Krumeich: Ich bin gespannt, was das für eine Diskussion wird, zwischen zweien, die sich eigentlich sehr gut verstehen. Es gibt auch Differenzen und das Spannende ist ja, wenn man über die Jahrzehnte zusammen in diesem deutsch-französischen Geschichtsfeld arbeitet und dann einmal historistische Standpunkte annimmt und nicht immer nur politisch korrektes spricht, sondern einfach versucht, sich in die Situation eines Franzosen um 1920 oder eines Deutschen um 1920 hineinzusetzen. Genau das ist aber unsere Aufgabe als Historiker, und nicht, politisch korrekt zu sein. Bei meiner Mitarbeit am grossen Weltkriegsmuseum an der Somme, dem *Historial de la Grande Guerre*, das ein internationales Unternehmen ist, das von Frankreich finanziert wird, habe ich das oft gemerkt.

In diesem Museum werden die verschiedenen Standpunkte zum Weltkrieg wirklich paritätisch dargestellt und verschiedene Interpretationen nebeneinander und gegeneinander gestellt und nicht immer nur Versöhnungsformeln gesucht, so gut die auch manchmal sein können, damit man gut schlafen kann. Zum Verstehen ist es aber besser, wenn man beispielsweise den damaligen deutschen Diskurs über Elsass-Lothringen und den französischen einfach einmal gegenüberstellt. Ich erzähle Ihnen als Beispiel den deutschen Diskurs über Elsass-Lothringen 1870. Der ist vollständig vergessen. Der deutsche Diskurs 1870 über Elsass-Lothringen heisst: Wir müssen strategisch eine Situation schaffen, dass dieser Zapfen, als der Elsass-Lothringen mit Strassburg in Deutschland hineinragt, nicht mehr dazu dienen kann, dass die Franzosen ihre komplette Armee dort stationieren, um dann, wie Napoleon, in neun Tagen in Ulm zu sein und Deutschland in zwei Teile zu spalten. Denn bevor der erste Preusse da unten angekommen war, war Deutschland in zwei Teile gespalten und die Drohung war da. Diese Erinnerung war 1870 da, ist aber später verblasst. Die Drohung ist noch bei Napoleon III. in all seinen Friedensreden zu finden: Wir könnten auch anders. Also seid friedlich. Und die Deutschen hatten damals, auch im Überschwang der neuen Einigkeit, das Gefühl, dass sie das nicht mehr mit sich machen lassen wollten und sie wollten deshalb Elsass-Lothringen abschneiden. Das geht aber nicht. Das ging auch schon damals nicht, es war nur eine Berechnung der deutschen Militärs. Man konnte nicht einfach im Zeitalter der Nationen einen ganzen Volksteil abschneiden, im Un-



Übergabe des Kaisers Napoleon III. an König Wilhelm von Preussen in Sedan am 2. September 1870.

terschied eben zu Ludwig XIV. oder anderen in der Pfalz, das wäre aber eine andere Geschichte. Hängen geblieben ist in der Geschichtswissenschaft und im Geschichtsbewusstsein nur das grosse Unrecht der Deutschen von 1870 oder die grosse Dummheit der Politik, die dann den so genannten französischen Revanchismus geschaffen hat und, wie man dann immer angenommen hat, auch den Weg zum Ersten Weltkrieg geebnet hat, was auch immer das konkret sein soll. Das ist zum Beispiel ein historischer, komplett vergessener, damals aber extrem verbreiteter Diskurs auf deutscher Seite. Ich finde es immer sehr interessant, so etwas einfach wieder ins Bewusstsein zu holen, auch wenn das nicht immer opportun ist. Zwei Anmerkungen zu Etienne François' wunderbarer Kulturgeschichte von Versailles: Ich habe nie verstanden, was er zurecht die Frechheit genannt hat, die Frechheit der Proklamation vom 18. Januar 1871 im Schloss von Versailles. Irgendwo ist da die ganze deutsche Anmassung und das ganze deutsche Dilemma gleichzeitig drin. Die Proklamation fand in Versailles statt, weil alle deutschen Länder mit ihren militärischen und ihren politischen Führern dort versammelt waren und man wollte auch wirklich, glaube ich, die Franzosen blamieren. Man war da, man wollte auch vermeiden, eine Option zu machen. Die Bayern wären ungern nach Berlin gegangen und die Badischen auch nicht, Versailles war von daher schon opportun. Es war, glaube ich, auch schon eine «Kraftmeierei» gegenüber den besiegten Franzosen. Ich erinnere daran, falls das noch nicht durchgekomm-

men ist, Versailles 1919, die Eröffnung am 18. Januar extra als symbolische Tilgung des alten Aktes von 1871. Das ist Primitivsymbolik, aber es ist Symbolik vom Grössten.

Etienne François: Ich wollte nur ergänzen, was Gerd Krumeich über die Gründe für die Ausrufung des deutschen Reiches in Versailles 1871 gesagt hat, was wir Franzosen alle nachher, wenn ich wir sagen darf, als eine Demütigung und bewusste Provozierung empfunden haben. Das war vermutlich höchstwahrscheinlich nicht so. Es war vielmehr der Ausdruck der preussischen Sparsamkeit, ich würde fast sagen des preussischen Geizes. Das war viel billiger. Alle Fürsten waren da mit ihren unterschiedlichen Truppenteilen und die langweilten sich während dieser grossen Belagerung. Man hatte sich dazu entschieden, Paris zu belagern und nicht zu erstürmen, das wäre zu teuer gewesen, es hätte zu hohe Verluste gegeben, und wäre viel zu unsicher gewesen. Während der Belagerungszeit konnte man der politischen Entscheidung, der Gründung des Reiches, die im Grunde schon vorher gefallen war, den letzten Schliff geben. Der König war schon de facto der Vorsitzende der Deutschen Republik, einer Republik nach alter Art, die vor allem aus Fürsten bestand. Es ging nur noch darum, dem Ganzen ein bisschen mehr Grösse zu geben. Die Preussen waren sowieso im Schloss von Versailles stationiert. Die Franzosen, die selber im Ausland aus den Schlössern der anderen sofort ihre Lazarette machten, hatten dafür Verständnis und wussten auch, dass nicht zuviel kaputt gemacht wurde. Ursprünglich war das keine bewusste Provozierung gegenüber den Franzosen. Ein Schlussakt war notwendig, eine feierliche Begründung. Alle deutschen Fürsten waren anwesend und es war viel besser, die Reichsproklamation an einem neutralen Ort durchzuführen. Der einzige Punkt, der ein bisschen an einen Revanchegedanken anknüpft, abgesehen davon, dass man sich im Krieg befand und dass die Franzosen schon zu dreiviertel besiegt waren, war die Lokalisierung im Spiegelsaal. Denn an der nördlichen Seite des Spiegelsaals befand sich der Salon de la Guerre, den Ludwig XIV. hatte erbauen und mit Fresken verzieren lassen, die die Sieger der Armee Ludwigs XIV. gegen ganz Europa darstellten, auch die Siege gegen das alte Reich.

Gerd Krumeich: Da möchte ich eingreifen und mit der traumatischen Dimension ein bisschen aus dem Gemütlichen rausgehen. Etienne François hat das eben in einem kurzen Satz perfekt angedeutet: die Revanche des

Schwachen. Ich möchte noch einmal darauf eingehen, was damit gemeint ist. Zuvor noch etwas anderes: Wenn Etienne François den Spiegelsaal und die Fenster anspricht: 1919 bei der Vertragsunterzeichnung hat Clemenceau die gute, schlechte Idee gehabt, die schwerstkriegsverletzten Franzosen, die «gueules cassées» mit abgerissenen Gesichtern und so weiter, fünf oder sechs der Schlimmstverletzten, vor diese Fenster zu platzieren und die deutsche Delegation musste daran vorbeilaufen. Ein absolut traumatischer Moment. So hochtraumatisch, dass sich in keinem deutschen Bericht eine Erwähnung dieser Tatsache findet. Der französische Wissenschaftler Stéphane Audoin-Rouzeau hat diese Begebenheit herausgefunden. Das steht auch in dem Versaillesbuch² drin, da kann man sehen, wie die Franzosen das inszeniert haben. Er und andere haben auch noch neue Bilder gefunden und wir haben auch einen Film gefunden, den einzigen offiziellen Film, der gedreht worden ist. Acht Minuten lang blickt der Film dahin, dann schaltet er ab, sie sehen es nicht in dem Film. Aber in den französischen Berichten gibt es Fotos und Zeichnungen, die auch veröffentlicht wurden. Ich habe bisher nicht eine einzige deutsche Quelle finden können, die diesen unglaublichen Fakt überhaupt erwähnt. Absolute Stille, als ob die Deutschen keine Schwerstkriegsverletzten gehabt haben. Aber es war ein Menetekel – ihr habt das gemacht.

Etienne François: Das war eine regelrechte Inszenierung und zwar mit zwei Elementen. Das erste war das traumatische, das Gerd Krumeich gerade erwähnt hat, diese Art moralischer Spiessrutenlauf. Man liess die Deutschen – übrigens waren sie die Einzigen, die in Zivil waren, alle anderen waren in Uniformen mit ihren Orden und so weiter – durch dieses Spalier von Schwerverwundeten mit entstellten Gesichtern laufen, das waren lebendige Anklagepersonen vor den Deutschen. Clemenceau sagte ganz laut und es war eine Totenstille im Raum: «Faites entrer les Allemands». Lasst die Deutschen hereintreten. Die Deutschen mussten an den Verwundeten vorbeigehen und dann mussten sie sich an den Tisch setzen, der genau dort platziert war, wo am 18. Januar 1871 die Kanzel des Feldpredigers gestanden hatte, der die Reichsproklamation als die Erfüllung der Absichten der Vorsehung seit der Gründung der Welt interpretiert hatte. Hier sieht man diese zwei Aspekte: Auf der einen Seite den Versuch und das Bemühen, eine symbolische Revanche für die Schmach von 1871 zu nehmen und auf der anderen Seite ganz deutlich nach aussen hin zu zeigen,

primär an die Deutschen gerichtet, dass sie die Schuldigen sind. Da merkt man, um es in Gerd Krumeichs Sinne zu sehen, dass die französische Argumentation, die man jetzt sehr oft hört, apropos Artikel 231, meistens eine unehrliche ist. Die Franzosen sagen, ja, das haben die Deutschen da verstanden, sie wollten verstehen, dass man sie als schuldig erklärt hat. Nein, das war überhaupt nicht der Fall, wir haben nur gesagt, die Deutschen haften für den Krieg. Der Krieg wurde überwiegend von den Deutschen erklärt, der Krieg hat sich in Frankreich abgespielt. Es ist normal, dass das Land, das den Krieg erklärt hat und das ein Land halb verwüstet hat, dann nachher die Unkosten trägt und die Reparationen. Das ist der scheinheilige Diskurs, den man in Frankreich hört, und der kann sich in der Tat auf eine französische Formulierung stützen, die von den Responsabilités. Aber die Inszenierung, die Gerd Krumeich vorhin angesprochen hatte, und die ich auch erwähnen wollte, zeigt, dass de facto die Franzosen Responsabilité nicht nur in einem juristischen Sinne verstehen, als Entschädigung, sondern auch in einem tief moralischen Sinne als Anklage. Sie haben de facto gemeint und zwischen den Zeilen gesagt, die Deutschen sind an allem schuld, und zwar in einem moralischen Sinne.

Gerd Krumeich: Was für einer Archäologie hat es bedurft, das heute wieder zu finden? Das Verrückte ist ja, dass es eine historischpolitische Frage war, wie wir schon dargestellt haben. Um 1930 hat der Chef der französischen Historikerschaft, Pierre Renouvin, der auch heute noch von allen französischen Historikern verehrt wird – als Kämpfer des ersten Weltkriegs hatte er einen Arm verloren und wurde dann ein offizieller Historiker, der aber trotzdem unbestechlich war, zusammen mit jemand anders einen Aufsatz geschrieben, der dann weltberühmt wurde unter Historikern.³ In diesem Aufsatz wurde festgestellt, dass doch, was man ein wenig vergessen hatte, der 231er Paragraph gar nicht als Paragraph 1 des Versailler Vertrages bestand, sondern nur in dem Kapitel über die ökonomische Regelung des Krieges. Daraus schloss man, dass es mit der Behauptung der vorgeblichen Kriegsschuld gar nicht so weit her wäre und das haben alle gutwilligen und ausgleichsbemühten Historiker 50 Jahre lang erzählt, bis das eben keine historisch-politische Frage mehr war und man – wieder abgekürzt gesagt – ein bisschen tiefer schürfen konnte. Denn es ist in der Tat so, wenn Sie das ganz neue, wunderbar geschriebene und unglaublich informative Buch über Versailles von Eberhard Kolb sehen, das ist genau die ältere Generation und da ist dieser Diskurs noch einmal drin. Aber ich glau-



Prof. Gerd Krumeich und Prof. Etienne François während des Historikergesprächs am 18. Juli 2006.

be und hoffe zum letzten Mal. Das ist das einzig Kritische, was ich zu diesem Buch sage. Auf was ich eben noch kommen wollte, das war die wunderbare Formulierung von der Revanche der Schwachen. Mir liegt sehr daran, das auch einem deutschen Publikum einmal klarzumachen, weil das Wort des französischen Revanchismus immer so im Diskurs der Älteren mitschwang. Wenn ich in der Universität über die Julikrise 1914 rede und ein Drittel oder die Hälfte meiner Studenten sind Ältere, dann kommt sofort wieder der Einwand: Das war ja Revanche. Die Franzosen wollten 1914 die Revanche für 1870. Das ist ein absolut topisches deutsches Argument. Das war in Weimar genauso stark, wie im Nationalsozialismus, wie in den fünfziger Jahren. Es hat sich immer durchgezogen. Von der Forschung her kann man nur sagen, dass davon um 1900 absolut keine Rede mehr war. Ab 1900 ist das Thema der Revanche in Frankreich mit Ausnahme von ein paar Nationalisten mausetot gewesen. Es ist der deutsche Diskurs, der das immer wieder hochgebracht hat. Zurück zum Thema Revanche der Schwachen. Jean-Jacques Becker, der grösste noch lebende Erste-Weltkrieg-Historiker, hat gesagt: La France était agressive et craintive. Genau diese französische Situation nach 1918 gilt es zu verstehen, ge-

rade in Deutschland. Wenn Sie in gutmeinenden Büchern deutscher Historiker lesen, gilt Frankreich nach 1918 und Versailles immer noch als ein Stück des französischen Imperialismus. Frankreich, sagt Jean-Jacques Becker, ist ängstlich, craintive, und aggressiv. Ich denke, das ist genau die Situation, die damals entsteht. Frankreich hat – relativ gesehen – einen viel grösseren Menschenverlust gehabt. Zehn Départements waren völlig zerstört. Die 1,3 Millionen toten Franzosen zählen bei 35 Millionen Gesamtbevölkerung mehr – wenn ich das so zynisch sagen darf – als die 1,8 Millionen toten Deutschen bei nahezu 80 Millionen Gesamtbevölkerung. Für die Franzosen ist von daher das Trauma der verlorenen Generation, der fehlenden jungen Männer, unendlich grösser gewesen als in Deutschland. Und ebenso war das Bedürfnis grösser, sich schützen zu wollen für die Zukunft. Die Amerikaner stiegen aus dem Versailler Vertrag und ihren Schutzversprechen für Frankreich aus, sagten, was kann ich für mein dummes Geschwätz von gestern. Die Franzosen waren allein gelassen und flüchteten sich in den Imperialismus. Ob das dann immer klug war, das ist eine ganz andere Geschichte.

Etienne François: Das kann ich nur bestätigen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Frankreich hatte am Ende des Krieges das Gefühl, dass sie in letzter Minute der Katastrophe entkommen ist, aber dass sie dafür einen schrecklichen Preis gezahlt hat. Die verlorene Generation ist keine rhetorische Formel. Das ist etwas, was man in jedem Dorf in Frankreich sehen kann. In jedem Dorf in Frankreich, auf dem Platz vor dem Rathaus oder vor der Kirche, steht ein Soldatendenkmal. Und es sind lange Listen von Toten auf diesen Denkmälern, alle werden namentlich erwähnt, oft steht dort auch, wo sie gefallen sind, manchmal sogar in welchem Jahr. In kleineren Gemeinden sind dort sogar Fotos von den Soldaten angebracht. Und wenn man die Anzahl der Gefallenen pro Dorf in Beziehung setzt zu der Bevölkerung des jeweiligen Dorfes, dann sieht man, dass manchmal ganze Generationen weggemäht wurden. Das ist das eine. Das zweite: Ich hatte das Glück, in Paris zu studieren, in einer berühmten Institution, der École Normale Supérieure, einer Kaderschmiede für französische Intellektuelle und Wissenschaftler. Im Ehrenhof der École steht ein grosses Denkmal für die Gefallenen der Kriege. Wenn man die Gefallenen des Ersten Weltkriegs sieht, dann sieht man, dass mehr als die Hälfte eines Jahrgangs zwischen 1914 und 1918 als junge Offiziere gefallen sind. Das waren Ver-

luste, die man später nie wieder hat gutmachen können. Ich wurde 1943 in Rouen geboren und bin in Nancy aufgewachsen, nicht weit von der Frontlinie. Als Kinder haben wir natürlich Ausflüge gemacht, entweder in Richtung Verdun oder in die Nähe der Schlachtfelder. Und die sieht man. Man kann sie noch heute nicht übersehen. Der Frontverlauf ist markiert durch riesige Soldatenfriedhöfe, französische, deutsche, amerikanische, belgische und britische, entlang des Frontverlaufs. Wenn sie die Anzahl der Kreuze sehen, überwiegend Kreuze, aber auch einige Davidsterne oder auch einige Stelen für die muslimischen Soldaten aus der Kolonie, dann sieht man, wie viele Millionen junger Männer dort gefallen sind. Dazu kommen die zahlreichen Verschollenen, von denen man nur die Namen kennt. Wo die Front verlief, der Bereich ist immer noch unbebaubar. Die Erde ist so zerwühlt worden, dass nur wilde Gewächse dort gedeihen, besonders in Verdun, aber nicht nur in Verdun. Es gibt mehrere Dörfer, die nie wieder aufgebaut worden sind. Das ist eine Narbe, die man noch heute in der Landschaft sieht und die in dieser Zeit jeder Franzose entweder in sich trug, weil er verwundet worden war, oder in seiner Familie, weil Mitglieder aus seiner Familie gefallen waren.

Und wenn man das in Deutschland verstehen will, dann muss man das mit dem Zweiten Weltkrieg vergleichen. Der Erste Weltkrieg hat in der französischen Wahrnehmung und als persönliches, familiäres und gesellschaftliches Trauma eine durchaus vergleichbare Dimension mit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland. Nach einem solchen Trauma kann man sich nicht sofort davon befreien. Die materiellen Zerstörungen in Frankreich sind noch heute zu sehen und auch das Trauma ist da. Und die Konsequenz ist diese Angst: Gott sei Dank, wir sind lebend, wenn auch verwundet, da rausgekommen, aber das darf sich nie wiederholen. Man wird nie vorsichtig genug sein, man wird nie genug Vorkehrungen treffen können, damit es sich nicht wiederholt. Die Reaktion war vor diesem Hintergrund eine so tief emotionale und ich würde sogar sagen, eine Notwehrreaktion, bei der man nicht mehr nachdachte.

Gerd Krumeich: Das hatte zur Folge, dass sehr viele Franzosen, auch viele anciens combattants, Hitler geglaubt haben, weil sie an die von Hitler selbst so genannte «Friedensplatte» glauben wollten. 1937 sagt Hitler: Die Friedensplatte wollen wir jetzt mal abstellen. Zynisch genug. Vorher ist sein Diskurs folgendermassen, und vor allen Dingen gegenüber den Fran-

zosen: Ich bin Soldat, ein einfaches Frontschwein gewesen. Ich weiss, wie der Krieg war. Ich war mehrfach verletzt und bin fast gestorben. Einer wie ich will keinen Krieg. Und das haben die anciens combattants in Frankreich ihm massenweise geglaubt. Das war einer der Punkte, dass man sagte, Deutschland will ja den Frieden. Man sieht das auch bei den Friedensschwüren 1935/36, die grossen Friedensschwüre von Verdun sind noch immer sehr ergreifend. Die Fortsetzung dieses französischen Traumas, das übrigens lange nicht so gut erforscht ist wie das deutsche bisher, hat zum Ultra-Pazifismus der dreissiger Jahre beigetragen und die Franzosen gegenüber Hitler dann relativ wehrlos gemacht.

Etienne François: Dazu kommt in der Formulierung des Friedensvertrages diese im Nachhinein gesehen ganz ungeschickte Mischung aus Massnahmen der Demütigung auf der einen Seite und auf der anderen einer relativ schonenden Haltung gegenüber Deutschland. Die Demütigung war, was bereits angedeutet wurde, einfach die Tatsache, dass das so genannte Selbstbestimmungsrecht für alle anderen galt, nur nicht für die Deutschen. Es galt für die Polen, es galt für die Tschechen, aber es galt weder für die Deutsch-Österreicher noch für die Deutschen im Reich. Das musste man natürlich sofort wahrnehmen und das wurde auch sofort wahrgenommen. Das ist das eine. Das zweite ist die Etablierung von Schutzmächten rund um Deutschland, die alle französische Uniformen trugen, die mit französischen Waffen ausgerüstet waren und bei denen die Ausbildungsoffiziere alle Franzosen waren. Also eine Einkreisungspolitik. Dazu kommt noch das kleine Restheer von 100.000 Mann, keine Flugzeuge, keine Marine, keine Kolonien und so weiter – die Wirtschaftsmacht des Reiches blieb jedoch mehr oder weniger die gleiche. Die Franzosen sind überhaupt nicht interveniert in der politischen Geschichte des Reiches. In die Innenpolitik wurde nicht eingegriffen, so dass diese Mischung aus einerseits Demütigen und andererseits Respektieren letztendlich einen guten Nährboden für Ressentiments schuf. Für die Möglichkeit, später einen Gegenschlag zu organisieren. Wenn die Franzosen logisch gewesen wären, wenn sie stärker gewesen wären, hätten sie einen richtigen Siegfrieden oktroyiert. Das hätte die totale Demilitarisierung Deutschlands, mehr Annexionen, die Kontrolle der Regierung und eventuell eine Teilung des Reiches bedeutet, mit einem selbständigen Staat im Rheinland, woran sie eine Zeitlang gedacht haben, aber das war nicht der Fall.

Gerd Krumeich: Das führt jetzt direkt wieder zum Versaillsthema. Das ist unendlich spannend. Ich unterschreibe hundert Prozent, was Etienne François über die Befindlichkeit gesagt hat, man muss nur auch einmal näher fragen, was sie eigentlich mental umgetrieben hat, dass sie sich diese Strategien ausgedacht haben, oder ob das gar keine Strategien waren, und nur so Stück für Stück Reaktionen auf Ereignisse. Ein Beispiel ist, wie die Franzosen die Aktivitäten von Hitler in Bayern beobachteten – nur unter dem Aspekt, was kann uns nützen. Sie hätten dem Unfug sofort ein Ende machen können, das wollte Etienne François gerade sagen. Sie haben es aber nicht gemacht, weil sie gesagt haben, alles, was Deutschlands Macht stört, ist gut für uns. Und genau das war das Problem. Sie hatten keine Konzeption und sie konnten auch jetzt nicht einfach mit der Faust auf den Tisch hauen, da hätte sich noch der letzte Engländer kaputtgelacht. Dazu waren sie wiederum zu schwach. Vielleicht hätte es die Amerikaner noch einmal zurückgebracht. Das Problem war, dass die französische Politik es nicht geschafft hatte – was ursprünglich der Plan gewesen war –, die Reichseinheit zu zerstören. Marschall Foch wollte durch Deutschland einen Keil treiben, aber die Engländer und Amerikaner verboten ihm das und deshalb setzten die Franzosen auf eine, ich möchte fast sagen, unerschwellige Politik der Unterstützung von Separatisten. Sie haben geglaubt, was der Hitler da macht, ist ein bayerischer Separatismus, das schafft Unruhe mit Preussen, ist also gut für uns, kann also bleiben. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für die Pfalz. Beim Pfälzer Separatismus war es besonders eklatant, wie auch bei der Unterstützung der rheinischen Separatisten, wo die Polizei entwaffnet wurde, damit die Smeets und andere politische Dadaisten machen konnten, was sie wollten. Das sage ich jetzt extra, weil ich herausgefunden habe, dass Franz Joseph Smeets, der Führer der Rheinischen Republik, ein damals bekannter Dadaist aus Köln war. Als sie ihn dann geschlagen haben und er weichen musste, wurde er wieder Dadaist. Aber das nur nebenbei. Das war eine absolut, ich möchte sagen, engstirnig hilflose Politik der Franzosen – eigentlich gar keine Politik.

Etienne François: Ich glaube, die Bezeichnung, die mir am besten gefällt, das ist im Grund diese hilflose Politik. Wenn man das mit ein bisschen Abstand sieht, erklärt sich, dass Frankreich nicht nur im Volkskörper, wie man das nicht mehr sagen darf, durch die sehr hohen Verluste geschwächt war, sondern auch in der Wirtschaftskraft. Für die Kriegsanleihen, die vor



Dr. Stefan Gerber, Prof Gerd Krumeich und Prof Etienne François während des Historikergesprächs am 18. Juli 2006.

allem in Amerika abgeschlossen worden waren, musste man danach die Raten bezahlen, so dass die Währung in Frankreich ganz schwach war. Und das ist auch etwas, was die Franzosen alle erlebt haben. Die Währung war stabil geblieben von Napoleon bis 1914. Seit der Einführung des Franc durch Bonaparte noch im Konsulat 1802 war der Kurs stabil geblieben, mit starker Garantie auf Gold. Während des Krieges schmolz das dann alles, den Krieg musste man auch noch bezahlen, ebenso die Kriegsanleihen, und danach war Frankreich schwach und abhängig von den Gläubigern und die Gläubiger hatten keine Hemmungen, den Franzosen zu sagen: Wenn ihr mit der Faust auf den Tisch hauen wollt, passt auf, dann drehen wir euch den Goldhahn zu. Genau das ist passiert und so waren die Franzosen während der Verhandlungen über den Frieden von Versailles eingeschränkt in ihrem Handlungs- bzw. Entscheidungsspielraum. So hat es sich in Frankreich abgespielt. Und Clemenceau hat sicher eine grosse und nicht unbedingt glückliche Rolle dabei gespielt, vor allem gegenüber Österreich-Ungarn, da war er sehr Sektierer. Aber er war nicht allein, die Briten waren da, die Amerikaner auch und kaum hatte man begonnen zu verhandeln, gab es wieder Uneinigkeit zwischen den Alliierten, so dass die Franzosen, ohne es an die grosse Glocke zu hängen, sehr viele Kompromisse machen mussten, und dass ist auch ein Ausdruck des Friedens der Schwachen.

Gerd Krumeich: Dieser Aspekt wird zu wenig gesehen und es liegt mir sehr daran, jetzt, wo wir den Versailler Vertrag so stark kritisiert haben, ein Wort zu sagen über die Intentionen einer ohnmächtigen Politik. Der Versailler Vertrag schuf den Völkerbund. Das war ungeheuer fortschrittlich. Es gab nur einen kleinen Schönheitsfehler — und da sehen Sie wieder, dass der Krieg nicht zu Ende war in den Köpfen. Deutschland blieb erst einmal als böse Nation ausgeschlossen aus dem Völkerbund. Man kann nicht sagen, dass in Versailles Frieden gemacht worden ist. Aber es sind Grundlagen gelegt worden für einen möglichen Frieden, sobald die Aufregung vorbei wäre. Hätte man es in Deutschland geschafft, 1919 und in den folgenden Jahren ein stärkeres Republikbewusstsein zu erzeugen, so wie die Franzosen 1789/90 – ich finde das nach wie vor genial, wie die sich 1790 selber inszenieren –, hätte man schon 1920 das erste Republikfest feiern können, dann wäre das etwas anderes gewesen. Aber wir in Deutschland haben das nicht gekonnt. Es gab kein gemeinsames Denkmal. Jetzt ist ein schönes Buch erschienen von Christian Saehrendt, mit dem tollen Titel «Der Stellungskrieg der Denkmäler». Im Kampf um die Deutungshoheit, um die Denkmalsgeschichte war kein Platz für ein gemeinsames Totengedenken der Deutschen trotz nahezu zwei Millionen Toten. Wie soll das Trauma sich denn lösen? Da kommen wir jetzt erst langsam auf die Spur. Hannah Arendt spricht in ihrem Buch über die Ursprünge des Totalitarismus darüber, wie sie Berlin und Deutschland in den zwanziger Jahren besucht hat und sie beschreibt diese Verbitterung, die überall ist, die alles unterliegende Verbitterung der Menschen. Dann ist Hitler plötzlich der Charismatiker, der sagt: Ich gewinne den Weltkrieg noch. Wir haben jetzt in Düsseldorf ein grosses Forschungsprojekt lanciert, unterstützt von der Gerda-Henkel-Stiftung, über den Nationalsozialismus und den Ersten Weltkrieg und es zeigt sich immer deutlicher, wie der Nationalsozialismus-Diskurs auf den Ersten Weltkrieg zentriert bleibt und ist und diese Schmach praktisch zurücknehmen will und wie er sich dadurch auch glaubwürdig macht bei Menschen, die alles andere sind als Rassisten. Das ist bisher vollständig aussen vor geblieben, es gibt keine Geschichte der Weimarer Republik, in der diese Tatsache eine Rolle spielt. Wenn Sie einmal darauf achten: Die Geschichten der Weimarer Republik sind immer alle unter dem Aspekt geschrieben, wie konnte es zum Nationalsozialismus kommen, ob Heinrich August Winkler, ob Hans Mommsen, ob Hagen Schulze, selbst Detlef Peukert noch. Es gibt nicht eine einzige Geschichte

der Weimarer Republik bis jetzt, die ehrlich und wirklich vom Weltkrieg her kommt. Versailles, die Kriegsverluste und so weiter werden immer genannt. Aber die Traumatisierung des Weltkrieges, die irrsinnige Situation, als Gründungssituation – um auf das zurückzukommen, was Stefan Gerber am Anfang gesagt hat, diese verflixte Ausgangsposition – darauf kommt es an, das muss man genau verstehen. Man muss verstehen, dass deutsche Politiker bei dieser permanenten Bürgerkriegssituation fähig waren, eine Republik zu gründen. Was war da los auf den Strassen an Mord und Totschlag, an Hass, da ist doch das Morden des Gegners das Normale. Aus dem Gegner wird dann übrigens der Feind, nach 1919 gibt es keine innenpolitischen Gegner mehr, sondern nur noch Feinde. Es ist ein völlig neuer Diskurs der Weltkriegsübertragung in den politischen Diskurs. Mich wundert zutiefst, dass man trotzdem noch eine so tolle Verfassung in der kurzen Zeit auf die Beine gestellt hat. Ich denke, das muss man auch mal sagen. Die mussten sich von Berlin nach Weimar flüchten und so weiter. Stellen Sie sich das einmal vor. Dann erarbeiten sie in Weimar eine Verfassung, in der im Grunde alles drin steht, was sein muss und das in kürzester Frist, in einem halben Jahr. Während draussen der Bürgerkrieg tobt. Während Separatismus tobt. Während sie die ganze Zeit sogar die Freikorps mobilisieren müssen, oder glauben zu müssen, um der Linken Herr zu werden, was ein hartes, aber anderes Thema ist. In dieser Zeit schaffen sie die Verfassung. Ich kann es nicht fassen. Diese damalige irrsinnige Situation zu verstehen, zu versuchen, die Leute aus ihrer Zeit zu begreifen, das ist Historismus. Marc Bloch, der grosse französische Historiker, hat das in zwei kleinen Kapiteln eines Buches einmal wunderschön beschrieben. Das eine Kapitel heisst «Das Heute von Gestern her verstehen» und das andere Kapitel heisst «Das Gestern von Heute her verstehen». Damit deutet er auch das epistemologische Problem an, dass wir natürlich alles von heute her verstehen und uns trotz aller Bemühungen nicht in die damalige Zeit versetzen können. Das erlaubt uns nach meinem Empfinden aber nicht, mit den damaligen Menschen zu machen, was wir wollen. Ich kann nicht auf Leute einschlagen, die sich nicht mehr wehren können. Es ist ein grosses Problem, Historiker zu sein und gerecht zu bleiben, die Entscheidungshorizonte und Mentalitätshorizonte von damals auszuloten. Ich glaube, dass es ein ständiges Hin und Her von heute und Geschichte gibt.

1 Im Süden des Friedhofs befindet sich die Mur des Fédérés vor der 147 Aktive des Aufstands der Pariser Kommune am 28. Mai 1871 erschossen wurden.

2 Gerd Krumeich (Hg.), Versailles 1919, Ziele-Wirkung-Wahrnehmung, Essen: Klartext Verlag 2001.

3 Bloch, Camille / Renouvin, Pierre: L'article 231 du traité de Versailles: sa genèse et sa ratification, in: Revue d'histoire de la guerre mondiale (1932).

Bernd Buchner
Politische Symbolik in der
Weimarer Republik – wo bleibt die
demokratische Tradition?

Am 6. Februar 1919 wurde die Nationalversammlung jenes Staates eröffnet, den man später die Weimarer Republik nennen sollte. Der künftige Reichspräsident Friedrich Ebert sagte bei dem Festakt im Weimarer Nationaltheater: «Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Grösse. Es charakterisiert durchaus die nur auf äusseren Glanz gestellte Zeit der Wilhelminischen Aera das Lassallesche Wort, dass die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweggeflogen seien. Jetzt muss der Geist von Weimar, der Geist der grossen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen.»¹ Das sind grosse Worte. Allerdings entstand die Anrufung von Goethe und Schiller aus der Verlegenheit heraus. Die Hauptstadt Berlin schien in den Revolutionsmonaten zu unsicher, um dort ein Parlament einzuberufen. Man wich in die Provinz aus. Praktische Gründe gaben Weimar den Vorzug vor Kassel, Frankfurt, Jena oder Bayreuth. Die Klassiker waren also «Nothelfer», wie Wolfgang Benz einmal sarkastisch formulierte.² Dennoch konnte die Republik später stolz sein, von der demokratischen Seite her den Geist von Weimar wiederbelebt zu haben, der dem militaristischen Geist von Potsdam diametral gegenüberstand – vom völkisch-nationalistischen Geist von Bayreuth, der zum kulturellen Steigbügelhalter Hitlers wurde, ganz zu schweigen.³

Schon in Eberts Eröffnungsrede ist hingegen von 1848 die Rede, von jener nationalen und freiheitlichen Tradition des 19. Jahrhunderts also, in die sich der Staat von Weimar stellte und deren demokratische Werte er seinen Gegnern immer wieder entgegenhalten wird. Die spätere Niederlage gegen die NS-Bewegung hat lange Zeit den Blick dafür getrübt, welche Versuche die Republik unternommen hat, Traditionen der deutschen Geschichte aufzugreifen und zu popularisieren – und nicht zuletzt, selbst eine Tradition herauszubilden. Weithin vergessen ist heute zum Beispiel das 1919 geschaffene Amt des Reichskunstwarts, der sich mit der «Formge-

bung des Reiches» beschäftigte, der Symbole gestaltete und staatliche Feiern wie am Verfassungstag vorbereitete.⁴ Übermächtig ist in der Erinnerung die NS-Propaganda mit den grossen Demagogen Hitler und Goebbels. Sie hat nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer «Symbolmüdigkeit»⁵ und zu einer verbreiteten Skepsis gegen alle Formen staatlicher Reklame geführt. Erst nach der deutschen Vereinigung von 1990 trat hier ein Wandel ein.

Doch zurück zu Weimar und zur Aufgabe, einen Überblick über die politische Symbolik zwischen 1918 und 1933 zu geben und dabei die besondere Fragestellung im Auge zu behalten, wo sich darin die demokratischen Traditionen Deutschlands wiederfinden.⁶ Hitler behauptete beim NSDAP-Parteitag 1929 in Nürnberg, die Republik sei «arm an Symbolen».⁷ Das ist grundfalsch. Die Weimarer Jahre waren eine höchst symbolträchtige Zeit, eine Zeit, in der Fahnen und Gesänge, Mythen und Traditionen eine herausragende Rolle spielten. Dafür gibt es zwei zentrale Gründe. Zum einen zog der politische Ruch von 1918 einen Symbolbruch nach sich. Mit dem Ende der Hohenzollernmonarchie waren deren Darstellungsformen obsolet. Die junge Republik stand vor der Aufgabe, eine Symbolik zu schaffen, in der sich die Nation wiederfinden konnte und die zugleich eine neue republikanische Identität stiften half. Zum anderen begann in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts das «Zeitalter der Massen» (Gustave Le Bon). Die fortschreitende Massenkultur führte zur Herausbildung bislang unbekannter Kommunikationsformen und -möglichkeiten. Radio und Tonfilm wurden geboren. Zeichen, Bilder und Symbole gewannen sprunghaft an Bedeutung. Faktoren wie Reklame in der Wirtschaft oder Propaganda in der Politik wurden durch die mediale Vermittlung auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Die gesellschaftlichen Gruppen und Parteien verstanden es, sich dies zunutze zu machen. Vor allem verstand man die Bedeutung des Irrationalen, Emotionalen in der politischen Auseinandersetzung. Die Säle konnte nicht füllen, wer die Seele nicht ansprach, sagte der Sozialdemokrat Kurt Heilbut.⁸ Die von Ebert schon in seiner Weimarer Rede bemühte Tradition von 1848 setzte in sehr starkem Masse auf historische Emotionen. Sie beschwor das Bündnis von Revolutionären und Reformern, von Arbeiterbewegung und liberalem, grossdeutsch gesinntem Bürgertum. Gemeinsam mit den Katholiken, die sich ebenfalls 1848 politisiert hatten, zählten diese Gruppen zu den «Reichsfeinden» des Bismarckstaates. Nun aber setzten sie gemeinsam die Weimarer Republik ins Werk. Die verbindende demokratische Tradition



August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, Stahlstich von Franz Hoffmann.



Friedrich Ebert auf dem Weg in die Paulskirche zur 75-Jahrfeier der Frankfurter Nationalversammlung.

äusserte sich unter anderem in der Wahl der beiden wichtigsten Staats-symbole, nämlich Flagge und Hymne.

Die schwarz-rot-goldene Trikolore, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstand, wurde bereits durch die Paulskirche zur Nationalfahne erklärt. Bismarck lehnte sie als Zeichen der Revolution ab. Doch die Erinnerung an die Farben blieb lebendig. Während der Novemberrevolution wurden sie sofort als neue Nationalfarben vorgeschlagen, übrigens zuerst von Theodor Heuss, dem späteren ersten Bundespräsidenten. In der Nationalversammlung fehlte allerdings eine Mehrheit für einen klaren Wechsel. Allein die Sozialdemokraten stimmten geschlossen dafür. Ein Kompromiss war nötig. Schwarz-rot-gold wurde Nationalflagge, während schwarz-weiss-rot weiterhin für Handel und Seefahrt galt. Ein erbittert geführter Flaggenstreit prägte fortan die Weimarer Jahre. Er führte bis zum Rücktritt eines Reichskanzlers im Jahr 1926. Doch hinter dem Streit um Symbole verbarg sich eine grundsätzliche politische Auseinandersetzung. Der später vom NS-Regime hingerichtete Sozialdemokrat Julius Leber schrieb: «Bei dem Kampf handelt es sich keineswegs um dieses oder jenes Farben-



Unterzeichnung der Weimarer Verfassung in Schwarzburg; Aufnahme der Familie Ebert vor dem Hotel «Weisser Hirsch», Friedrich Ebert alleine vor dem Hotel, Landschaftsaufnahme (Fotopostkarte).

spiel, um Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiss-Rot, sondern die Frage heisst: Ist die kaiserlich deutsche Fahne beizubehalten oder soll die Republik ihre eigene Fahne hissen? So gestellt, hat die Frage ein anderes Gesicht; so bekommt auch der Streit einen andern und viel tieferen Inhalt: Monarchie oder Republik?»⁹

Weit weniger umstritten war das zweite zentrale Symbol von 1848, das Lied der Deutschen.¹⁰ August Heinrich Hoffmann von Fallersleben hatte es wenige Jahre vor der Märzrevolution auf eine Melodie von Joseph Haydn geschrieben – ein deutschösterreichisches Gemeinschaftswerk also. Ganz im Sinne des grossdeutschen Gedankens. «Deutschland, Deutschland über alles» bedeutete zur Entstehungszeit die Sehnsucht nach der nationalen Einheit und nicht den überspannten Nationalismus des 20. Jahrhunderts. Im preussisch dominierten Reich überwogen hingegen noch Kaiser- und Landeshymnen, erst im Weltkrieg wurde das Deutschlandlied populär. Der Legende nach sangen es junge freiwillige Rekruten bei Langemarck in Belgien, als sie in die Schlacht zogen. An der Schilderung war zwar fast nichts richtig, die jungen Soldaten wurden sinnlos verheizt, aber ein Mythos war geboren.¹¹ Reichspräsident Ebert erklärte den Gesang am Verfas-

sungstag 1922 zur Nationalhymne. Schon damals legte er die Betonung auf die dritte Strophe «Einigkeit und Recht und Freiheit». Auch in anderer Weise blieb die Erinnerung an die demokratischen Traditionen des 19. Jahrhunderts in der Weimarer Republik lebendig. Die Sozialdemokraten setzten das Märzgedenken fort, mit dem sie schon im Kaiserreich zum Ärger der Behörden an die Berliner Unruhen vom März 1848 erinnerten.¹² Im Kugelhagel der Polizei starben seinerzeit rund 200 Menschen und wurden fortan als «Märzgefallene» verehrt. Ihr Grab im Friedrichshain wurde zum Wallfahrtsort der schwarz-rot-goldenen Demokraten. In der Republik waren die Märzfeiern erstmals ohne behördliche Störungen möglich. Auch der Paulskirche wurde gedacht. Zur 75-Jahrfeier im Mai 1923 reiste die Staatsspitze nach Frankfurt/ Main, auch die Landesregierungen mit Ausnahme Bayerns.¹³ Das aufwändige Fest wurde neben Staatsbegräbnissen und Verfassungsfeiern die grösste republikanische Kundgebung der 1920er Jahre. Zehntausende Menschen nahmen teil.

Neben diesen geschichtlichen Rückbindungen bildete auch die Republik selbst eine Festkultur heraus und trug so zur demokratischen Traditionsbildung bei. Wichtigstes Mittel war dabei der Verfassungstag. Ebert hatte die Weimarer Reichsverfassung am 11. August 1919 in einem Hotel in Schwarzburg unweit der Klassikerstadt unterzeichnet. Es war eine vollkommen schmucklose Zeremonie, die die frühen Unsicherheiten bei der staatlichen Repräsentation verriet. Doch von 1921 an wurde der Verfassungstag regelmässig gefeiert, auch wenn eine Erhebung zum arbeitsfreien Nationalfeiertag im Reichstag scheiterte. Es gab Reden im Reichstag sowie Volksfeste im ganzen Land. Die Vorbereitung war akribisch, die Beteiligung war enorm. Hier erwies sich, dass das von der antidemokratischen Rechten erfundene Schlagwort von der «Republik ohne Republikaner» falsch war. Besonders intensiv gestalteten sich die Feierlichkeiten zum zehnjährigen Jubiläum 1929, und selbst in den wirtschaftlich erschütterten Folgejahren nahmen noch hunderttausende Menschen an Massenfestspielen teil.

Symbole der Republik konnten neben Feiertagen auch Persönlichkeiten sein – allen voran die beiden Reichspräsidenten Friedrich Ebert und Paul von Hindenburg. Sie standen für Anfang und Ende von Weimar. Dem einen lag die Demokratie am Herzen. Das stellt Walter Mühlhausen in seiner monumentalen Biografie eindrucksvoll dar.¹⁴ Für den anderen dagegen war die Republik ein Betriebsunfall der deutschen Geschichte. Ebert



Friedrich Ebert, Reichskanzler Joseph Wirth (4. v. l.) und General Hans von Seeckt schreiten bei der Verfassungsfeier am 11. August 1922 eine Ehrenformation ah.

war nur 54 Jahre alt, als er starb. Sein Nachfolger Hindenburg kam mit 78 ins Amt. Selbst der Tod war in Weimar Anti-Republikaner, wie Fritz Stern ironisch vermerkte. Viele führende Politiker starben vor ihrer Zeit, neben Friedrich Ebert und Gustav Stresemann zahllose weitere.

Selbstverständlich stand das Erbe von 1848, mit dem die Weimarer Republik einen demokratischen Nationalismus befördern wollte, in massiver Konkurrenz zu anderen Traditionsbildern, die wiederum unzählige weitere Mythen und Symbole in die politische Auseinandersetzung warfen: etwa das Kaiserreich, der Weltkrieg und nicht zuletzt die Arbeiterbewegung. Der Kampf von Republik und Monarchie in Weimar war eine Spätfolge der historischen Auseinandersetzung des 19. Jahrhunderts um die Frage nach Nation und Demokratie. Das von Bismarck und Wilhelm II. geprägte Reich hatte die Frage kleindeutsch und autoritativ beantwortet. In den Staatssymbolen kam die Abkehr von den demokratischen Idealen ebenso zum Ausdruck wie die antifranzösische Stossrichtung durch Versailles und den Sedantag. Der Reichsgründungstag am 18. Januar wurde paradoxerweise erst in den Weimarer Jahren in monarchistischen Kreisen populär, zuvor war es der Kaisergeburtstag gewesen. Der waffenklirrende «Geist von Potsdam», auf den die NS-Bewegung später mit Freuden zurückgriff, wurde gegen den idealistischen «Geist von Weimar» gestellt. Zu-

dem führte man den reichhaltigen germanischen Mythos der Kaiserzeit gegen die Republik ins Felde, nicht zuletzt durch das wirkungsmächtige Bild des Dolchstosses, mit dem man den Sozialdemokraten die Schuld an der Kriegsniederlage in die Schuhe schieben konnte.¹⁵

Die psychische Nachwirkung des Ersten Weltkriegs ist ohnehin gar nicht hoch genug einzuschätzen. Die Republik wurde aus dem «Geist von 1914» geboren. Die opferbereite Kameradschaft der Schützengraben, die ein Vorbild für die kommende Volksgemeinschaft sein sollte, war konstitutiv für die Gesellschaft der Weimarer Jahre. Mythen wie der von Tannenberg, dem Hindenburg nicht zuletzt seine Wahl zum Reichspräsidenten verdankte, prägten das geistige Klima der 1920er Jahre entscheidend. Politik galt gleichsam als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln und wurde demnach nicht als Ringen um Ideen und Lösungen, sondern als Kampf ohne Rücksicht auf Verluste betrachtet. Die Kampfverbände unterschiedlicher Couleur waren eine typische Erscheinung der Epoche. Sie verlagerten die politische Auseinandersetzung zunehmend auf die Strasse, weil sie dort ihre symbolischen Ausdrucksmittel massenwirksam einsetzen und ins Bewusstsein der Bevölkerung bringen konnten. Der Krieg war eine immense Hypothek für die Republik, und die Bewältigung seiner Folgen eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Dazu zählte neben materiellen Aspekten auch die Erinnerung an die knapp zwei Millionen Gefallenen. In der Diskussion um ein angemessenes Totengedenken entwickelte sich neben zahllosen lokalen Initiativen die Idee eines Reichsehrenmals.¹⁶ Friedrich Ebert griff den Gedanken in seiner Rede zum zehnten Jahrestag des Kriegsausbruchs am 3. August 1924 auf. Daraufhin wurden mehr als 300 Projekte vorgeschlagen, darunter der «Heilige Hain» bei Bad Berka sowie ein Ehrenmal auf den Rheininseln bei Lorch. Bemerkenswert ist, dass die ideologisch höchst unterschiedlichen Frontkämpferbünde beim Thema Reichsehrenmal nicht selten an einem Strang zogen und gemeinsam nach Lösungen suchten. Das Spektrum reichte vom nationalistischen Stahlhelm über den Kyffhäuser-Bund und das republikanische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bis zum Bund jüdischer Frontkämpfer und den Roten Frontkämpfern. Hier zählte eher die Sache als die Weltanschauung, auch wenn es letztlich nicht zu einer Einigung kam. Interessant ist, dass das Berkaer Projekt von national-konservativen Kreisen teilweise unter dem Hinweis auf die Nähe zu Weimar, Ort der Nationalversammlung und Namensgeberin der Republik, abgelehnt wurde. Das zeigt, in welchem starkem Masse

die Umdeutung der Klassikerstadt bereits gelungen war. Insgesamt war das Reichsehrenmalprojekt zwar nicht originär demokratisch, aber es hat der Republik eher genutzt als geschadet. Das republikanische Bollwerk Preussen ging unterdessen eigene Wege und machte die Neue Wache in Berlin 1931 zur Gedächtnisstätte. Hitler erklärte 1935 Tannenberg zum Reichsehrenmal.

Die NS-Symbolpolitik zeichnete sich in markanten Aspekten dadurch aus, dass sie Motive der Arbeiterbewegung übernahm, deren Interessen sie wahrzunehmen beanspruchte. «Vom Gegner lernen», so das Motto, «heisst siegen lernen». Wichtigstes Beispiel ist der Erste Mai. Der klassische proletarische Feiertag wurde von Goebbels 1933 zum «Tag der nationalen Arbeit» deformiert und war fortan arbeitsfrei, was in der Republik nur 1919 durchgesetzt werden konnte. Das Rot in der Hakenkreuzfahne ist dem Sozialismus entlehnt, der Hitlergruss der Arbeiterfaust nachgeahmt.¹⁷ Die originäre Arbeitersymbolik des 19. Jahrhunderts, neben roter Fahne und Maifeiertag auch der Riese Proletariat und die populären Arbeiterlieder, spielten in den Weimarer Jahren eine herausragende Rolle. Die Spaltung von SPD und KPD führte allerdings zu Differenzierungen. Die Kommunisten erweiterten ihr Symbolarsenal mit Moskauer Zusätzen wie Hammer und Sichel. Die nach der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg üblichen «LL-Feiern» wurden nach Lenins Tod 1924 zu «LLL-Feiern» erweitert. Es gibt sie in veränderter Form alljährlich Mitte Januar noch immer. Die demokratischen Sozialisten hingegen versuchten eine Verbindung von nationalrepublikanischer und proletarischer Symbolik. Die Weimarer SPD führte sowohl schwarz-rot-gold als auch die rote Fahne ins Feld. Beide Flaggen waren schon während der Barrikadenkämpfe von 1848 nebeneinander gezeigt worden. Gustav Radbruch, der sozialdemokratische Justizminister, erklärte 1923: «Die rote Fahne der Menschheit und die schwarzrotgoldene Fahne des Vaterlandes – für uns sind sie unzertrennlich.»¹⁸

Später, im Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus, wurde die Eiserne Front zum wichtigsten Kampfmittel der Weimarer Republikaner. SPD, Reichsbanner, Gewerkschaften und Arbeitersportbewegung gründeten sie im Dezember 1931. Im symbolpublizistischen Bürgerkrieg der letzten Monate vor der «Machtergreifung» setzte die Eiserne Front hauptsächlich auf den Dreipfeil, der von Carlo Mierendorff und Sergej Tschachotin erfunden worden war.¹⁹ Mit ihm liess sich das nationalsozialistische Hakenkreuz austreichen, ein ebenso einfaches wie wirksames propagandi-

stisches Mittel. Republikanische Symbole wurden in dieser letzten Phase allerdings kaum noch verwendet. Das parlamentarische System war durch die negative Reichstagsmehrheit von NSDAP und KPD gelähmt, die Präsidialkabinette regierten weitgehend mit dem Notstandsrecht. Der Kampf um schwarz-rot-gold hatte sich als aussichtslos erwiesen. Die innenpolitischen Fronten waren verhärtet, der ungelöste Streit zwischen Republikanern und Antikrepublikanern hatte lähmenden Stillstand bewirkt. Im Windschatten dieses Grundkonflikts wurden die Nationalsozialisten stark. Der Kampf zwischen schwarz-rot-gold und schwarz-weissrot endete mit einem blutunterlaufenen Unentschieden, die Anhänger des Hakenkreuzes hielten die Fahne hoch.

Natürlich gab es viele Gründe, warum die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gelangten. Dazu gehörten der weit verbreitete Glaube, Versailles dürfe keinen Bestand haben, die Unzufriedenheit mit dem parlamentarischen System sowie in erster Linie die Weltwirtschaftskrise, durch die die Bewegung Hitlers sozialen Boden gewann. Selbst eine noch so traditionsgebundene Demokratie hätte dagegen wohl wenig auszurichten vermocht. In der Rückschau aber wird der Staat von Weimar einseitig von seinem Ende her gesehen. Die Katastrophe von 1933 bewirkte in Wissenschaft und Öffentlichkeit der Nachkriegszeit eine Geringschätzung, eine bis heute wirksame Tendenz, jegliche Versuche abzuwerten, die Republik zu retten und gegen ihre Feinde zu verteidigen. Gerade auf dem Feld der Symbolik und der Propaganda waren diese Versuche jedoch höchst bemerkenswert. Deshalb ist es Zeit, sich von der Vorstellung zu verabschieden, die grossen Propagandisten Hitler und Goebbels hätten mit den symbolischen Dispositionen Weimars leichtes Spiel gehabt. Die These von der «Selbstpreisgabe»²⁰ trifft auf die Geschichts- und Symbolpolitik der Republik nicht zu. Die demokratische Tradition war zwischen 1918 und 1933 höchst lebendig und wurde vertieft, selbst bis weit in die Reihen der eher staatskritischen Arbeiterbewegung hinein. Es war deshalb kein Zufall, dass der erste offene Verfassungsbruch, den der NS-Staat beging, die Flagge betraf: Am 12. März 1933 wurde schwarz-rot-gold beseitigt, Kaiserbanner und Hakenkreuz wurden zunächst gleichberechtigt Nationalfahnen. Noch viel weniger zufällig ist, dass beide deutsche Nachkriegsstaaten auf die demokratischen Farben zurückgriffen. Schwarz-rot-gold und die von Ebert bevorzugte dritte Strophe des Deutschlandliedes sind noch heute die zentralen Nationalsymbole der Bundesrepublik – eine Weiterführung der Tradition von 1848, aber auch ein Erbe von Weimar.

1 Friedrich Ebert, Rede zur Eröffnung der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung in Weimar am 06. Februar 1919, in: ders., Schriften, Aufzeichnungen, Reden. Mit unveröffentlichten Erinnerungen aus dem Nachlass, 16 Bildern und einem Lebensbild von Paul Kampffmeyer. Hg. von Friedrich Ebert jun[ior]. Band 2, Dresden 1926, S. 148-156, Zitat S. 155.

2 Wolfgang Benz, Die Klassiker als Nothelfer. Die Weimarer Republik in Weimar und Berlin, in: Uwe Schultz (Hg.), Die Hauptstädte der Deutschen. Von der Kaiserpfalz in Aachen zum Regierungssitz Berlin, München 1993, S. 194-204.

3 Zum Geist von Potsdam gleichsam kontrapunktisch Günter Wirth, Der andere Geist von Potsdam. Zur Kulturgeschichte einer Stadt 1918-1989, Frankfurt a.M. 2000. Zu Bayreuth vgl. u.a. Bernd Buchner, Tradition und Erneuerung. Siegfried Wagner als Bayreuther Festspielleiter 1908 bis 1930, in: Archiv für Geschichte von Oberfranken 85 (2005), S. 305-324.

4 Winfried Speitkamp, «Erziehung zur Nation». Reichskunstwart, Kulturpolitik und Identitätsstiftung im Staat von Weimar, in: Helmut Berding (Hg.), Nationales Bewusstsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit 2, Frankfurt/M. 1994, S. 541-580; Nadine Rossol, Visualising the Republic – Unifying the Nation. The Reichskunstwart and the Creation of Republican Representation and Identity in Weimar Germany, Limerick 2006 [unveröffentlichte Doktorarbeit].

5 Arnold Rabbow, Symbole der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Niedersachsen. Hg. von der [niedersächsischen] Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1980, S. 7.

6 Hierzu grundlegend Bernd Buchner, Um nationale und republikanische Identität. Die deutsche Sozialdemokratie und der Kampf um die politischen Symbole in der Weimarer Republik, Bonn 2001.

7 Zit. nach Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, S. 165.

8 Zit. nach Gottfried Korff, Rote Fahnen und geballte Faust. Zur Symbolik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: Dietmar Petzina (Hg.), Fahnen, Fäuste, Körper. Symbolik und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986, S. 27-60, Zitat S. 31.

9 Lübecker Volksbote 28.6.1921, zit. nach Julius Leber, Schriften, Reden, Briefe. Hg. von Dorothea Beck/Wilfried F. Schoeller. Mit einem Vorwort von Willy Brandt und einer Gedenkrede von Golo Mann, München 1976, S. 22f, Zitat S. 23.

10 Grundlegend Guido Knopp/ Ekkehard Kuhn, Das Lied der Deutschen. Schicksal einer Hymne, Berlin, Frankfurt/M. 1988.

11 Karl Unruh, Langemarck. Legende und Wirklichkeit, Koblenz 1986.

12 Beatrix W. Bouvier, Die Märzfeiern der sozialdemokratischen Arbeiter: Gedenktage des Proletariats – Gedenktage der Revolution. Zur Geschichte des 18. März, in: Dieter Düding u.a. (Hg.), Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Reinbek 1988, S. 334-351.

13 Dieter Rebentisch, Friedrich Ebert und die Paulskirche. Die Weimarer Demokratie und die 75-Jahrfeier der 1848er Revolution, Heidelberg 1998.

14 Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006.

15 Rainer Sammet, «Dolchstoß». Deutschland und die Auseinandersetzung mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg (1918-1933), Berlin 2003.

16 Peter Bucher, Die Errichtung des Reichsehrenmals nach dem ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 7 (1981), S. 359-386; Henrik Hilbig, Das Reichsehrenmal bei Bad Berka. Entstehung und Entwicklung eines Denkmalsprojekts der Weimarer Republik, Aachen 2006.

17 Willi Münzenberg, Propaganda als Waffe. Ausgewählte Schriften 1919-1940. Hg. von Til Schulz, Jossa 1977.

18 Gustav Radbruch, Politische Schriften aus der Weimarer Zeit. Band I, Heidelberg 1992, S. 36f, Zitat S. 37 (zuerst in: Arbeiter-Bildung 6/1923, S. 31).

19 Richard Albrecht, Symbolkampf in Deutschland 1932: Sergej Tschachotin und der «Symbolkrieg» der Drei Pfeile gegen den Nationalsozialismus als Episode im Abwehrkampf der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus in Deutschland, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 22 (1986), S. 498-533.

20 Karl Dietrich Erdmann/Hagen Schulze (Hg.), Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie, Düsseldorf 1980.

Henrik Hilbig
Das Reichsehrenmal bei Bad Berka
– Ein Denkmalprojekt der Weimarer Republik?

Die Geschichte des deutschen Nationaldenkmals für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs¹, des so genannten Reichsehrenmals, ist eng mit der Historie und mit Persönlichkeiten der Weimarer Republik verbunden. Deshalb soll hier nicht nur die Entwicklung dieses Ehrenmalvorhabens knapp skizziert, sondern gleichzeitig die Frage gestellt werden: War das Denkmalprojekt auch ein Projekt dieser ersten deutschen Republik?

Beginnen lassen möchte ich die Geschichte des Reichsehrenmals am 3. August 1924 mit der Rede des Reichspräsidenten Friedrich Ebert anlässlich des 10. Jahrestags des Kriegsausbruchs. Bei der Gedenkfeier für die deutschen Gefallenen des Weltkriegs rief Ebert auf den Stufen des Reichstags zur Errichtung eines nationalen Denkmals für die deutschen Kriegsoffer auf. Ein Denkmal, das «in schlichter und wuchtiger Form, aus freiwilligen Beiträgen geschaffen»², die Trauer um das Vergangene und zugleich die Lebenskraft und den Freiheitswillen des deutschen Volkes verkörpern sollte.

Die Rede wurde gehalten fünf Jahre nachdem mit der Verabschiedung der Verfassung in Weimar die junge deutsche Republik ein Fundament erhalten hatte. Unruhen, Putschversuche, wirtschaftliche Not und außenpolitische Probleme prägten diese Zeit. Nun, 1924, begann sich die Lage langsam zu stabilisieren. Trotzdem war die Bevölkerung politisch polarisiert. Rechte und linke Verbände standen sich unversöhnlich gegenüber. Vielfach, bis hinein in die Ämter und Behörden der Republik, wurde dem alten Kaiserreich nachgetrauert oder, bei den Arbeitern, von einer sozialistischen Ordnung geträumt.

Der zehnte Jahrestag des Kriegsausbruchs bot nun eine Gelegenheit, die deutsche Bevölkerung «im lebendigen Geist ihrer Toten»³ zu einen und die Erinnerung an die Gefallenen mit der jungen Weimarer Republik zu verbinden. Als Sinn für den Tod der zwei Millionen deutschen Kriegsoffer wurde von Friedrich Ebert die Verteidigung der Unversehrtheit der Heimat und der Freiheit genannt, eine Freiheit im Sinne der demokratischen Re-

publik⁴. In diesen Worten war Ebert auf jeden Fall Politiker, der das Gefallenengedenken innenpolitisch in den Dienst der neuen Ordnung stellen wollte. Gleichzeitig wandte er sich vermutlich in Richtung London, wo die Alliierten in jenen Tagen über die Klärung der deutschen Reparationszahlungen berieten. Der Reichspräsident war aber auch privat in den Krieg verstrickt. Mit seiner Ja-Stimme zu den Kriegskrediten 1914 hatte er ebenso Teil am Geschehen wie durch den Verlust von zwei Söhnen. Er konnte eigentlich gar nicht anders, als im Tod der Gefallenen einen Sinn zu finden, sonst hätte er verzweifeln müssen.

Allerdings war der Inhalt der Rede und des Aufrufs keineswegs neu. In vielen Formen hatte man während des Krieges und seit seinem Ende versucht, den Kriegsoptionen einen Sinn zu geben. Das war auch bei den anderen kriegführenden Nationen der Fall. Das Neue an der Rede von 1924 bestand darin, dass sich nun in Deutschland auch die höchste staatliche Stelle mit dem Gedenken befasste. Denn bis zu diesem Zeitpunkt war die Erinnerung vor allem in privaten oder kommunalen Händen. Gemeinden, Firmen, Vereine hatten sich um die Erstellung von Denkmälern oder Gedenktafeln gekümmert, hatten Feiern ausgerichtet oder Gedenkbücher veröffentlicht⁵. Die vielen Denkmäler in den Städten und Dörfern aus jener Zeit zeugen heute noch vom weitverbreiteten Wunsch, vielleicht auch der Notwendigkeit, Orte der Trauer und des Erinnerns zu haben⁶.

Ein Grund für diese «Kleinteiligkeit» im Erinnern und Trauern war vor allem die Unsicherheit, wie man angesichts des Kriegsausgangs, der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage Deutschlands mit dem Gedenken an die Kriegsoptionen umgehen sollte. Diese Frage liess sich letztlich nur im Handeln der einzelnen, überschaubaren Gruppen lösen. Vor allem konnte in kleinem Rahmen eher noch ein gemeinsamer Nenner in der Sicht auf den Krieg gefunden werden⁷.

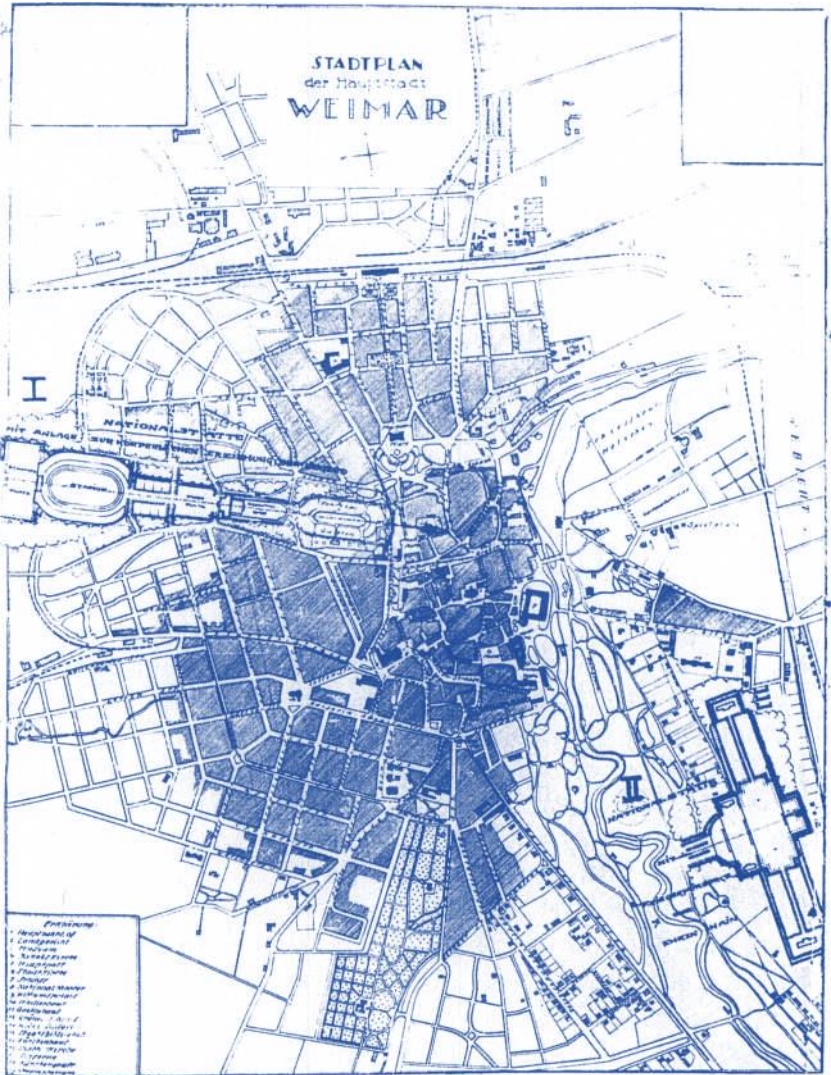
Insofern waren die Reaktionen auf den Aufruf des Reichspräsidenten vielfältiger Art. Kritik am Denkmalsvorhaben nahm in den ersten Wochen noch einen wichtigen Teil der beginnenden Diskussion ein⁸. So wurde anstelle eines kostspieligen Monuments die bessere Versorgung der Kriegsoptionen angemahnt. Etwas abgemildert schlugen verschiedene Stimmen vor, das Gedenken an die Gefallenen mit einem modernen Erholungsheim oder einer Siedlung für Veteranen zu verbinden. Dabei waren nur wenige der Gegenstimmen politisch motiviert. Wenn, dann kamen diese meist aus linken und pazifistisch gesinnten Kreisen, die in einem solchen Denkmal nur

die Verherrlichung des Krieges und Geldvergeudung sahen. Andere Kritiker argumentierten eher aus ästhetischer Sicht. Abschreckende Vorbilder waren für sie dabei die monumentalen (und teuren) Denkmäler des Kaiserreichs, wie z.B. das Leipziger Völkerschlachtdenkmal⁹.

Die grösste Gruppe stellte die Errichtung eines Denkmals im Sinne eines einzig zum Gedenken errichteten Zeichens allerdings gar nicht in Frage. Für sie gab es nur das Problem des Standorts und der Form. Der Ort, der wohl am Anfang die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte, war Berlin. Aber auch das Rheinland wurde oft genannt, das trotz der alliierten Besetzung nichts von seiner mythischen Kraft eingebüsst zu haben schien. Weitere Standortbewerber waren z.B.: der Steinberg bei Goslar, eine Stelle nahe Eisenach, der Frauenberg bei Sondershausen oder der Hoyerberg bei Lindau¹⁰. Die Möglichkeit, dass die deutsche Provinz in so vielen Vorschlägen vertreten war, sagt dabei recht viel über das deutsche Denkmalverständnis der damaligen Zeit aus. In Frankreich oder Grossbritannien wäre wohl niemand auf die Idee gekommen, das nationale Denkmal für die Weltkriegstoten auf einem Hügel fernab der grossen Metropolen zu errichten¹¹.

Eine typische Standortbewerbung ging oft vom regionalen Verschönerungsverein, der Gemeindeversammlung oder ähnlichen Institutionen aus!2. Dem Vorschlag eines als besonders schön empfundenen Hügels oder Platzes in der Umgebung als potentiellen Standort des Reichsehnmals folgte fast immer die freudige Zustimmung der anderen Beteiligten, sahen sie doch in in ihrem Umfeld einen der würdigsten Plätze Deutschlands für das nationale Ehrenmal. Aber sie sahen natürlich auch die Vorteile, die solch ein Projekt für die Wirtschaft im Allgemeinen und den Fremdenverkehr im Besonderen mit sich brachte. Mittels Denkschriften, Eingaben und anderen Werbeaktionen machte man dann den Standort überregional bekannt. Die Mittel dazu wurden häufig durch Spenden von Vereinen und Privatpersonen, bei den schliesslich erfolgreicherer Bewerbungen auch durch Zuschüsse von Gemeinden, Landkreisen oder gar Ländern aufgebracht.

Zur Begründung der Standortbewerbung dienten meist drei Hauptargumente: Fast durchweg wurde auf die geschichtliche Bedeutung des Ortes hingewiesen. Optimal waren hierbei eine lückenlose Besiedelung durch germanische Stämme seit der Vorzeit, Schlachten, die an dieser Stelle um Deutschlands Freiheit geschlagen worden waren oder berühmte Persönlichkeiten, deren Geburtshaus dort stand oder die in der Nähe begraben lagen.



Stadtplan von Weimar mit den beiden Varianten (hier markiert mit I und II) einer «Nationalstätte», 1925.

Ein zweiter wichtiger Begründungsaspekt war eine wie auch immer gear-tete Mittelpunkt-lage im Reich. Dabei kamen ältere Themen ins Spiel, so die Suche nach der «deutschen Mitte», dem «Herzen Deutschlands», das als Region oder Ort dem Reich als Bezugs- und Sammlungspunkt dienen konnte¹³. Gleichzeitig ging es darum, welche Region im föderal zerglieder-ten Reich eben dieses Reich am besten zu symbolisieren verstand, welche am deutschesten sei. Wobei sich bei der Beantwortung dieser Frage Lokal-patriotismus, Fremdenverkehrsinteressen und weit in die Vergangenheit zurückreichende Animositäten der einzelnen Gebiete und Länder unterei-ander vermischten.

Der dritte Punkt, der einen Standort auszuzeichnen hatte, war die landschaftliche Eignung. Hierbei spielten Ideale der Heimatschutz- und Wanderbewegung¹⁴ ebenso eine Rolle wie die Vorbilder der bestehenden Denkmalanlagen, z.B. das Kyffhäuser- oder das Niederwalddenkmal. Oft wurde noch der Bogen geschlagen von der Schönheit der Landschaft hin zu den Gefallenen, die für die Unversehrtheit dieses schönen Landes ihr Leben geopfert hätten.

Im Herbst 1924 bewarb sich der damalige Weimarer Oberbürger-meister Dr. Walther Felix Mueller mit einem relativ weit ausgearbeiteten Projekt bei den zuständigen Stellen in Berlin¹⁵. Auch dieses Projekt ent-sprach den eben genannten Kriterien, allerdings lagen seine Wurzeln et-was weiter zurück. Um 1900 hatte es in Weimar Bestrebungen zum so ge-nannten «Neuen Weimar» gegeben. In Bezug auf die klassische Vergangen-heit wurde die Stadt unter der massgeblichen Leitung Harry Graf Kesslers zu einem Sammelpunkt moderner Künstler und Reformprojekte. In diesem Umfeld begann man noch vor dem Weltkrieg mit Planungen zur Gestalt-ung der Achse, die von der Jakobskirche bis zum Standort des heutigen Stadi-ons reichte: das so genannte Kulturprojekt Weimar. Krieg und Inflation un-terbrachen jedoch die Ausführung. Nun, 1924, sollte das Projekt unter Ein-beziehung des Reichsehrenmals zum Abschluss geführt werden, um Wei-mar als «Kongress- und Fremdenstadt» zu etablieren.

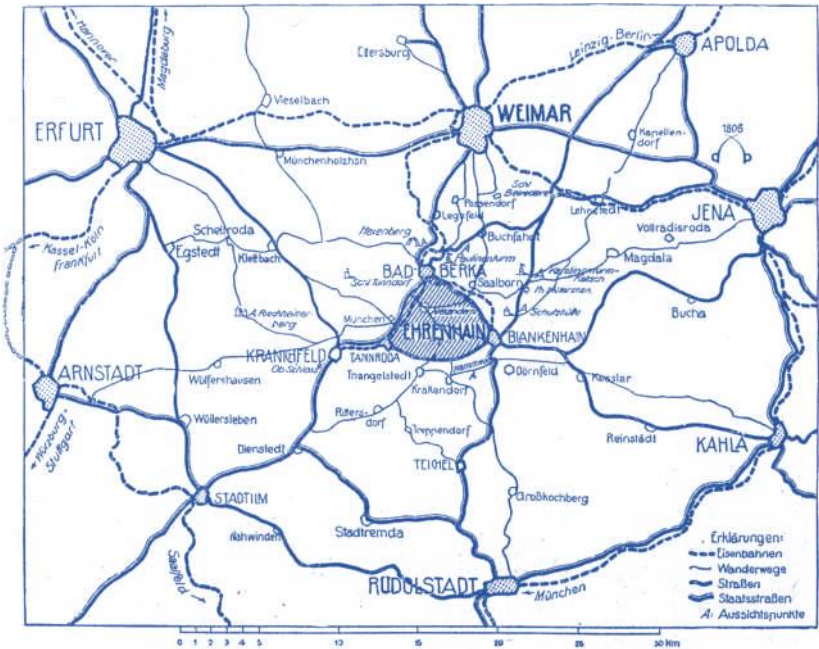
Allerdings wirkte die Diskussion vom August 1924 noch nach, so dass man auf dem Plan zwei Varianten sieht. Es gab eine Variante «National-stätte mit Anlage zur körperlichen Erziehung der Jugend» im Bereich des heutigen Weimarahallen-Parks, wobei hinter dem Stadion ein Denkmals-platz angeordnet wurde. Diese Variante dürfte von den Intentionen her noch sehr nah an den Planungen der Vorkriegszeit orientiert gewesen

sein¹⁶. Bei der zweiten, «moderneren» Variante wäre auf der anderen Seite der Ilm, ganz in der Nähe von Goethes Gartenhaus, eine riesige «Nationalstätte mit Veteranenheim oder Ehrenhain» eingerichtet worden. Dabei griff man die während des Weltkriegs aufgekommene und sehr populäre Idee der «Deutschen Heldenhaine»¹⁷ als Gedenkstätten ebenso auf wie die vor allem nach dem Aufruf Eberts oft geforderte Verbindung von Kriegsofferfürsorge mit dem Ehrenmalgedanken.

Die Stimmen, die sich gegen ein Denkmal aussprachen, waren inzwischen leiser geworden. Das Feld blieb den Standortkomitees überlassen, die sich auch weiterhin gründeten und neue Vorschläge in Zeitungsartikeln und Eingaben veröffentlichten. Die Künstler und Architekten, die immer wieder einen grossen, offenen Wettbewerb zum Thema Reichsehnenmal forderten, waren zu diesem Zeitpunkt vor allem als Gutachter für die verschiedenen Bewerber tätig, die ihre Denkschriften gern mit der positiven Expertise eines bekannten Architekten oder Bildhauers bereicherten.

Die Situation sollte sich ändern, als Mitte 1925 mit der Bundesleitung des «Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten», ein neuer, gewichtiger Akteur in die Kontroverse eintrat¹⁸. Der Stahlhelm hatte sich Ende 1918, Anfang 1919 als Interessenvertretung heimkehrender Soldaten gegründet. Ziele der Anfangszeit waren die ausreichende Versorgung von Veteranen und Kriegsverehrten sowie Ruhe und Ordnung im Reich, wobei man sich sehr wohl auf Seiten der neuen Regierung sah.¹⁹ Bald schon wurde der Bund aber zum Sammelbecken rechtsnationalistischer Kräfte, die den überparteilichen Anspruch des Verbands ad absurdum führten. Um 1925 versuchte der Verband, stärker Einfluss in der Politik zu gewinnen. Als Ziel stand die als notwendig empfundene Rettung Deutschlands, wozu sich die Frontkämpfer prädestiniert fühlten, waren sie doch durch das Kriegserlebnis geweiht, waren Zeugen der Blutopfer der gefallenen Kameraden gewesen und hatten, jenseits aller politischen, aller Klassen- und Rassenschranken gemeinsam für den Bestand Deutschlands gekämpft.

Dass die Realität anders ausgesehen hatte und anders aussah, musste den meisten Propagandisten dieser Ideen eigentlich klar sein. So war Franz Schauwecker, einer der wichtigsten Vertreter der Frontsoldatenliteratur, selbst als Kriegsfreiwilliger von seinen eingezogenen Kameraden gedemütigt worden. Und doch wurde diese Sichtweise auf das Frontsoldatentum, wie falsch sie auch war, von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung mitgetragen.

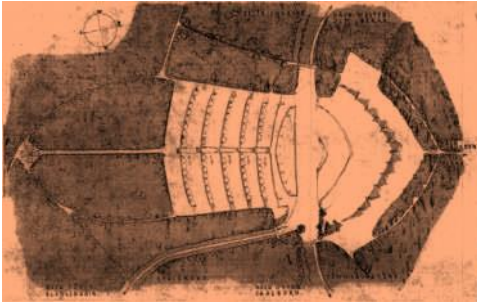


Übersichtsplan zur Lage des Ehrenhains, um 1930.

Insofern verwundert es nicht, dass die Bundesleitung des Stahlhelm im Sommer 1925 im Namen der Gefallenen sprach, als sie ein Ehrenmal im Geiste der toten Frontsoldaten forderte.²⁰ Man wünschte einen «Heiligen Hain», der zum Gedenken an die Gefallenen im «Herzen Deutschlands» eingerichtet werden sollte. Abgegrenzt von der Aussenwelt durch eine grosse Mauer mit wuchtigen Toren hätte sich im Innern des Waldgebiets ein Sarkophag als zentrales Ehrenmal, als «Allerheiligstes» befunden.

Das so genannte Projekt «Heiliges Gebiet» wurde von Seiten des Landes Thüringen²¹ und vor allem Weimars sehr interessiert aufgenommen. Dr. Mueller sowie Vertretern des Landkreises Weimar wurden im Herbst 1925 Kontakte mit dem Stahlhelm geknüpft, um die Möglichkeit der Verbindung des Vorschlags mit der Region Weimar zu klären. Nach einer Besichtigungsfahrt, die als Option auch den Ettersberg umfasste, einigte man sich auf ein Waldgebiet südlich von Bad Berka.

Die Gründe Weimars, dieses wichtige Monument in seine Nähe zu bekommen, sind schon angedeutet worden. Für das Land Thüringen, das erst nach dem Weltkrieg in der damaligen Form entstanden war, lagen ähnliche



Heinrich de Fries, Entwurf für das Reichsehnenmal bei Bad Berka, Grundriss des Ehrenmals, 1926.

Gründe vor: Es galt, dem Staat Thüringen neben den neuen Grenzen auch eine neue, eigene Identität zu geben. So hiess es in einem Schreiben an die Landesregierung: «Das neue Thüringen kann nicht nur von alten Erinnerungen zehren, sondern muss bei seiner geistigen Bedeutung für das ganze Reich stets darauf bedacht sein, neue kulturelle Aufgaben zu übernehmen.»²²

Die Anregung zu dem Denkmalprojekt war zwar vom Reichspräsidenten ausgegangen, im bisherigen Teil der Geschichte tauchten aber vor allem Privatpersonen, Vereine oder Kommunalbehörden auf. Tatsächlich waren die Aktivitäten der staatlichen Stellen erstaunlich gering. Zwar hatte sich im Herbst 1924 aus Vertretern des Reichsrates, etwa entsprechend dem heutigen Bundesrat, ein Ausschuss zur Denkmalfrage gebildet. Zusammen mit dem Reichskunstwart Edwin Redslob, einem in Weimar gebürtigen Kunsthistoriker²³, sollte dieses Gremium über Form und Standort des Denkmals die weiteren Entscheidungen treffen. Die erste Sitzung des Reichsratsausschusses fand allerdings erst am 21. November 1925 statt, über ein Jahr nach Gründung, was auch ein Licht auf die Wertigkeit des Projekts in den Terminkalendern der Beteiligten wirft.

Edwin Redslob stellte in der Sitzung vier grundsätzliche Ideen vor: den Ausbau der Schinkelwache in Berlin zu einem Ehrenmal, den von ihm selbst eingebrachten Vorschlag, den Bau einer Rheinbrücke mit dem geplanten Denkmal zu verbinden, die Errichtung eines Monumentaldenkmals oder die Ausgestaltung eines Waldgebietes zur Weihestätte, wie vom Stahlhelm vorgeschlagen. Ohne eine wirkliche Entscheidung zu fällen, einigte man sich auf folgende Punkte: Die Vorschläge Monumentaldenkmal



Heinrich de Fries, Wettbewerb Reichsehrenmal, Vogelschau der Terrassenanlage, Zeichnung, 1931/32(?). (Es ist möglich, dass de Fries die Schaubilder schon 1926 gezeichnet hat und dann beim Wettbewerb 1931 einreichte).

und Rheinbrücke wurden aus finanziellen und aussenpolitischen Gründen abgelehnt. Es blieben die Ausgestaltung der Neuen Wache in Berlin und der Vorschlag eines Heiligen Hains in Mitteldeutschland. Der Reichskunstwart sollte diese Alternativen weiter prüfen und dazu von der deutschen Künstlerschaft Stellungnahmen einholen.

Inzwischen hatte der Stahlhelm Kontakte mit dem Kyffhäuserbund, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten aufgenommen, um dem Projekt Heiliger Hain den nötigen Nachdruck zu verleihen. Das war umso erstaunlicher, als die Verbände recht unterschiedliche politische Ausrichtungen hatten und untereinander zum Teil in heftige Auseinandersetzungen verstrickt waren. So versammelte der nationalkonservative Kyffhäuserbund²⁴ die deutschen Kriegerverbände unter sich. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten²⁵ war als Sammelbecken jüdischer Kriegsteilnehmer in Reaktion auf die Anfeindungen der deutschen Juden während und nach dem Krieg gegründet worden und versuchte, durch Aufklärungsarbeit die Beteiligung der deutschen Juden an den Kämpfen zu beweisen. Diese Arbeit half allerdings nicht viel gegen Vorurteile, wie sie z.B. auch im Stahlhelm herrschten, wo in einigen Untergruppen «Arierparagraphen» in die Satzung aufgenommen worden waren. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold²⁶ entstand 1924 als Schutzbund der Republik. Hier sollten republikanisch denkende Kriegsteilnehmer eine Organisation bekommen. Dieser Verband wurde von den rechten Wehrverbänden mit einigem Misstrauen beobachtet, zeigte doch damit die

Republik auf dem Territorium der rechten Gruppen im wahrsten Sinne des Wortes Flagge. In der Folge kam es oft zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Reichsbannerleuten und Stahlhelmern.

Insofern war, was da vor sich ging, für die Öffentlichkeit tatsächlich etwas Besonderes. Die Braunschweigische Landeszeitung schrieb zum Beispiel: «Es geschehen noch Zeichen und Wunder in unserem heutigen Deutschland! Oder ist es nicht ein wunderbares und erhebendes Gefühl, wenn man bedenkt, dass die Führer des Stahlhelms (Bund der Frontsoldaten), des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten sich an einen Tisch setzen und beraten?»²⁷ Neben diesem moralischen Vorteil hatte die Verbindung der vier Verbände auch einen praktischen. Der seit Frühjahr 1925 amtierende Reichspräsident Hindenburg war Ehrenvorsitzender von Stahlhelm und Kyffhäuserbund und unterstützte nach anfänglichem Zögern das Projekt. So konnte der Reichsratsausschuss nicht anders, als am 11. März 1926 für die Einrichtung eines Ehrenhains in Mitteldeutschland und nach einem Besuch von verschiedenen Standortbewerbern am 10. Juli für den Hain bei Bad Berka zu stimmen.

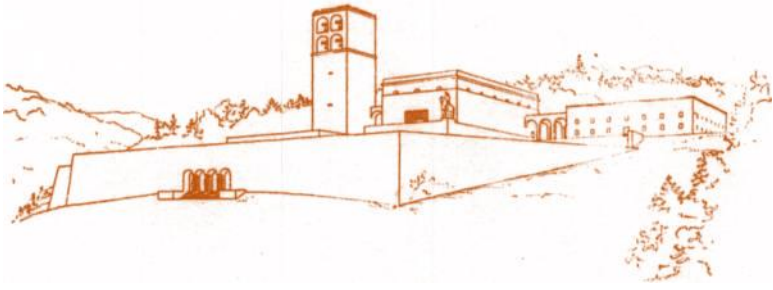
Für den Standort Berkaer Forst sprachen aber nicht nur die einflussreiche Lobby, sondern auch praktische Gründe: Alle grösseren deutschen Städte befanden sich in einem Umkreis von 500 Kilometern, das Gebiet war über die auch heute noch fahrende Kleinbahn an die wichtige Eisenbahnstrecke Leipzig-Frankfurt angebunden und besass aus damaliger Sicht recht gute landschaftliche Voraussetzungen für die Einordnung eines Ehrenmals und eines Versammlungsplatzes ohne grössere finanzielle Aufwendungen. In der Folge wurde als Beweis für die Eignung durch Heinrich de Fries ein Beispielentwurf angefertigt.²⁸

De Fries ordnete seine Ehrenmalanlage am Treffpunkt dreier Täler ein. Wie viele andere Besucher empfand de Fries den ziemlich zentral gelegenen Treffpunkt dreier Täler als den geeignetsten Ort für das Ehrenmal. Am nördlichen Hang sollten sich in seinen Planungen Terrassen für Aufmärsche und Gedenkveranstaltungen befinden, am südlichen eine grosse Treppenanlage verschiedene Ebenen mit Einzelgedenksteinen erschliessen. Am Ende der Treppe hätte eine Waldschneise zum Allerheiligsten, dem eigentlichen Ehrenmal, geführt. Obwohl der Entwurf nach Aussagen der Beteiligten ohne bindenden Charakter sein sollte, besass er dennoch wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung des Projekts. Dies nicht nur, weil de Fries ein sich damals herausbildendes Grundschema für

Ehrenmalanlagen – Versammlungsstätte, Heiliger Weg zur «Erhebung» des Besuchers und ausseralltägliches «Heiligtum» – in Zeichnungen fasste, sondern weil auf diesem Entwurf letztlich die ganze spätere Wettbewerbsausschreibung fusste²⁹. Doch daran dachte man 1926 noch gar nicht. Stattdessen sah de Fries als Baubeginn das Jahresende vor. Die Einweihung sollte am 2. August 1927 stattfinden.

Es kam anders. Als die Entscheidung des Reichsratsausschusses bekannt wurde, setzten von Seiten des Rheinlands und bald auch von anderen Bewerberstandorten heftige Proteste gegen den Berkaer Forst ein: Ohne landschaftliche Eignung, ohne Geschichte, ohne Fremdenverkehrsreize sei das Waldstück, nicht würdig dieses Ehrenmals. Angesichts der Proteste vertagte im August 1926 die Reichsregierung eine Entscheidung. In der Folgezeit schlossen sich die Konkurrenten zusammen, sandten Resolutionen nach Berlin und suchten Verbündete, um den Standortentscheid zu verändern. Vor allem in den freien Künstlern und Architekten fanden sich Gleichgesinnte. Fürchteten diese doch, dass entweder staatliche Stellen das Denkmal planen und damit den freischaffenden (Bau-)Künstlern einen lukrativen Auftrag vorenthalten könnten, oder dass die Entscheidung durch fachfremde Laien, wie es die Frontkämpfer und die Politiker in ihren Augen waren, gefällt werden würde. Eine Vorstellung, die dem Selbstbild der Künstler als überparteiliche Retter des Wahren, Schönen und Guten – und in diesem Zusammenhang auch des deutschen Volkes – widersprechen musste.

Die folgenden Monate und Jahre waren dementsprechend geprägt durch die Versuche von Einzelpersonen, Gruppen und Verbänden, Einfluss auf die Entscheidungen zu erlangen, die Frontkämpferverbände zu spalten, Denkschriften zu verfassen und zu versenden und neue Vorschläge zu machen. Wahrscheinlich hätte man nur für das Geld, dass die Werbekampagnen verschlingen sollten, ein recht ansehnliches Denkmal bauen können. Nach jahrelangen Verzögerungen und Diskussionen beschloss am 27. März 1931 das Kabinett Brüning offiziell die Errichtung des Reichsehrenmals im Wald bei Bad Berka. Anfang Mai 1931 wurde eine Stiftung gegründet, in deren Vorstand sich sechs Vertreter von Reich und Ländern sowie die gleiche Anzahl von Abgeordneten aus den Frontkämpferverbänden befanden. Kurz drauf schrieb man einen allgemeinen Ideenwettbewerb unter allen «künstlerisch tätigen Deutschen» aus³⁰ und intensivierte, um Geld zu sammeln, die Propagandaarbeit der Stiftung im Reich.



Josef Wackerle und Oswald Bieber, Wettbewerb Reichsehrenmal, Zeichnung, 1931/32.

Die Situation zwischen den Frontkämpferverbänden war in jenen Monaten noch unübersichtlicher als in den Jahren zuvor. Auf der einen Seite stand immer noch der Wunsch bzw. die Forderung, gemeinsam in der Frage der Gefallenen- und Kriegsheldenehrung aufzutreten, auf der anderen Seite liefen schon die Verhandlungen des Stahlhelm mit der NSDAP und der Deutschnationalen Volkspartei über die Bildung der Harzburger Front, bei denen ein gemeinsames Auftreten mit Reichsbanner und Reichsbund jüdischer Frontsoldaten nicht unbedingt förderlich gewesen wäre.

Im Ehrenhain gingen die vorbereitenden Arbeiten ungeachtet der äusseren Verhältnisse weiter, wobei nun jene Probleme begannen, die im Sinne der Weihe und Abgeschiedenheit unbedingt vermieden werden sollten: In der Hütte am Carl-Alexander-Platz plante ein Berkaer Einwohner den Handel mit Erfrischungen, und es wurde notwendig, die ersten fliegenden Verkäufer von Thüringer Rostbratwürsten aus dem Gelände zu vertreiben, wobei die Frage nach der Angemessenheit des Verzehrs mitgebrachter Speisen im Hain nicht abschliessend geklärt werden konnte.

Der Wettbewerb brachte im Mai 1932 schliesslich 1828 Einsendung mit ca. 500 Modellen. Mir ist kein Wettbewerb in den letzten hundert Jahren mit solcher Beteiligung bekannt, ein deutliches Zeichen für die wirtschaftliche Not der Architekten, aber auch der Bedeutung, die das Projekt in Deutschland besass. Das Preisgericht hatte aus der Unzahl der Beiträge zwanzig Entwürfe zur Weiterbearbeitung auszuwählen.³¹ Die Reaktionen auf die Reaktionen auf die von der Jury getroffene Entscheidung waren in der Bevölkerung uneinheitlich, wobei die negativen Stimmen überwogen. Vor allem kritisierte man die vielen Baulichkeiten.

Der Haingedanke schien oft zu wenig getroffen. Auch die fehlende heroische Stimmung wurde bemängelt und vom Kyffhäuserbund in Briefen an die Bearbeiter ausdrücklich für den engeren Wettbewerb eingefordert³².

Die zweite Runde wurde am 24. Januar 1933 entschieden. Mittlerweile war das politische System in Deutschland weiter in Richtung Diktatur abgeglitten. Im Mai 1932 hatte Franz von Papen Brüning als Reichskanzler abgelöst und mit dem Preussenschlag am 20. Juli das letzte «Bollwerk» der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik gestürmt. Im Dezember folgte Kurt von Schleicher dem abgesetzten Papen als Reichskanzler. Auf den Strassen herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände, angefacht vor allem von den Schlägertrupps der SA. Scheinbar unberührt von diesen Umständen prämierte die Jury im Januar 1933 drei Entwürfe. Es waren dies die Planungen von Wackerle/Bieber, München; Janssen/Wetzel, Stuttgart, sowie Kreis, Dresden. Der Bildhauer Josef Wackerle und der Architekt Oswald Bieber wollten durch ihre «Kriegspfalz» mit Glockenturm, Feierhalle und Veteranenheim auf wuchtiger Terrasse markante Baulichkeiten in den Berkaer Forst setzen. Dagegen liess der Entwurf des Bildhauers Ulfert Janssen und des Städtebauers Heinz Wetzel den Wald weitgehend unangetastet und versuchte nur, mit einem Glockenturm, einer in den Hang eingefügten Feierhalle und dem tief im Wald platzierten Allerheiligsten die vorhandene Stimmung des Ortes zu steigern. Der Entwurf von Wilhelm Kreis, dem «Architekten der Bismarck-Türme», zeigte schliesslich am Gip-

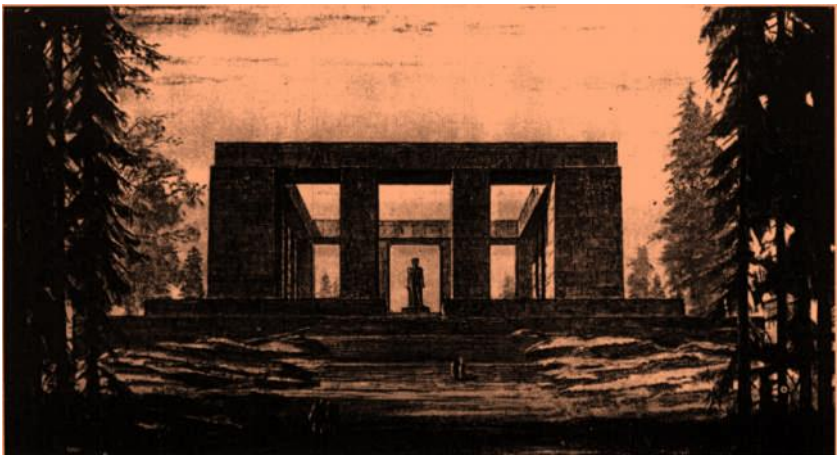


Ulfert Janssen und Heinz Wetzel, Wettbewerb Reichsehnenmal, Modellfoto, 1931/32.

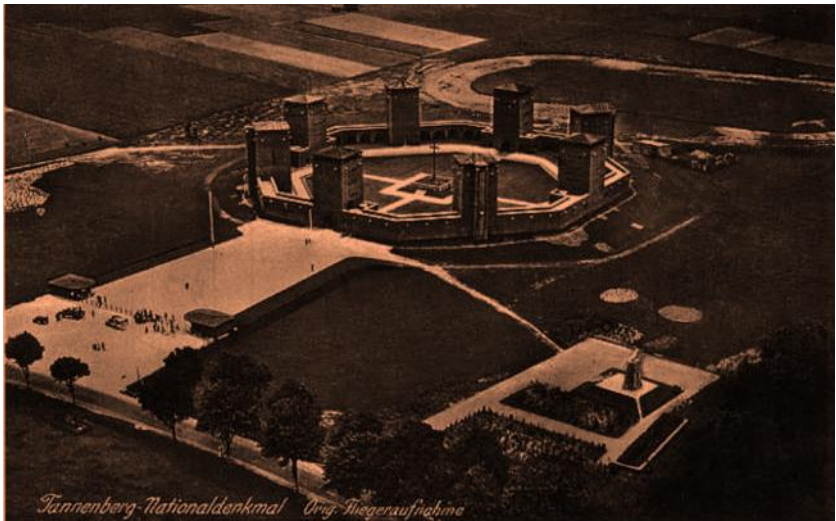
fel der Dreiteichswand, durch eine lange Treppenanlage erreichbar, eine Mischung aus griechischem Tempel und vorzeitlicher Steinsetzung.

Die Jury traf keine eindeutige Entscheidung zugunsten eines dieser Entwürfe, empfahl aber der Stiftung Reichshenmal, die Planungen von Wackerle/Bieber zur Ausführung. Nach Bekanntgabe dieses Entscheids und der Eröffnung der Ausstellung Anfang Februar lief eine Welle der Ent-rüstung durch die deutsche Zeitungslandschaft. Obwohl die politische Si-tuation im Januar und Februar 1933 mehr als unübersichtlich war, nahm die neuerliche Diskussion über die Entwürfe in vielen Presseorganen eini-gen Raum ein. Bereits die jeweiligen Überschriften geben dabei von der Meinung der Autoren ein gutes Bild: «Man hat sich das Reichshenmal ganz anders gedacht»³³, «Auf falschem Wege»³⁴ oder «Der künstlerische Bankrott des Preisgerichts»³⁵.

Doch trotz der allgemeinen Kritik schwiegen sich die neuen Machtha-ber über ihre Vorstellungen zum Projekt Reichshenmal in den nächsten Monaten aus. Am 2. August 1934 starb Hindenburg und machte den Weg frei für die endgültige Machtübernahme durch Hitler. Als der ehemalige Reichspräsident am 2. Oktober 1935 zum zweiten Mal – nun in einer ei-gens zu diesem Zweck angelegten Gruft – im Tannenbergsdenkmal beige-setzt wurde, weihte Hitler dieses zum Reichshenmal³⁶. Die Stiftung Reichshenmal löste sie sich am 31. Oktober desselben Jahres auf. Gleich-zeitig wurde Bad Berka verboten, den Titel «Stadt des Reichshenmals» zu führen.



Wilhelm Kreis, Reichshenmal, Blick zum Ehrenmal, «Spätere Variante des Entwurfs», Zeichnung, 1933.



Tannenberg-Nationaldenkmal, (nach Umbau ab 1935 «Reichsehnenmal Tannenberg»), Postkarte von 1927.

War also das Projekt Reichsehnenmal das Projekt der Weimarer Republik? In gewissem Sinne ja, denn es begleitete die Republik vom Zeitpunkt ihrer Konsolidierung bis zu ihrem Ende. Die Geschichte des Nationaldenkmals ist so auch ein Spiegel der jeweiligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Situation. Man erkennt die Träger der Diskussion über das Gefallenengedenken, die verbündeten und verfeindeten Gruppen und Personen, ihre Vorstellungen, Kräfte- wie Machtverhältnisse sowie ihre Argumentationsgerüste. Dies alles floss in das Projekt mit ein und macht den jeweiligen Stand des Projekts zum Abbild der Verhältnisse, bis dahin, dass am Ende die Willkürentscheidung eines Diktators steht. Das Projekt Reichsehnenmal ist somit ein Projekt der Gesellschaft der Weimarer Republik, der Bürger, Veteranen, Künstler. Und interessanterweise ist es auch deutlich kein Projekt jener Bevölkerungsgruppen, die sich ausserhalb jener Republik sahen, der extremen Linken und der extremen Rechten.

Aber nochmals: War das Projekt Reichsehnenmal das Projekt der Weimarer Republik? In gewissem Sinne auch nein. Denn es ist kaum einem der politischen Verantwortlichen gelungen, das Projekt zu einem Projekt der Republik zu machen. Der Einfluss der Entscheidungsträger auf den Gang der Ereignisse war selten besonders gross und erstreckte sich eigentlich nur auf das Vertagen einer Entscheidung. Damit blieb die Frage bei den

Frontkämpfern, den Künstlern und Standortbewerbern und wurde dort zerrieben.

Wenn Reinhart Koselleck einmal meinte, die Weimarer Republik habe das Gefallenengedenken den Rechten überlassen³⁷, so finden sich in der Geschichte des Projekts Reichsehnenmal deutliche Anhaltspunkte für diese Aussage. Wenn er jedoch weiter darin den Schlüssel zum Verständnis ihres Untergangs sieht, so möchte ich widersprechen. Das Projekt Reichsehnenmal zeigt vor allem eins: die Unsicherheiten der politischen Persönlichkeiten wie der Bevölkerung in Bezug auf die Rolle des demokratischen Staates als solchem. So gelang es nicht, den Rahmen zu bilden, in dem die vielfältigen Diskussionen – eigentlich Ausdruck einer funktionierenden Zivilgesellschaft – zu einem fruchtbaren Ergebnis geführt werden konnten. Und ebenso fanden sich zu wenig Bürger, die sich bewusst auf die Seite der Republik stellten, nicht nur beim Projekt Reichsehnenmal. Die Geschichte des deutschen Nationaldenkmals für die Gefallenen des Weltkriegs zeigt in ihren physischen Spuren als Ausdruck des Denkstils jener Jahre immer wieder: Es gab wahrscheinlich nur relativ wenige Menschen in der Bevölkerung, die die Vernichtung des «Systems» ganz dezidiert wollten, aber es gab am Ende zu wenige, die das Ende der Demokratie nicht wollten. Und hier liegt meines Erachtens ein Schlüssel zum Verständnis der ganzen Weimarer Republik und des 30. Januars 1933.

1 Vgl. vertiefend zum Thema Reichsehnenmal vor allem Wolfgang Ribbe, Flaggenstreit und Heiliger Hain, in: Aus der Werkstatt der Geschichtswissenschaft, Festschrift Hans Herzfeld, Veröffentlichung der historischen Kommission zu Berlin, Band 37, Berlin, New York 1972, Seite 175-188; Peter Bucher, Die Errichtung des Reichsehnenmals nach dem Ersten Weltkrieg, in: H. W. Herrmann (Hg.), Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, Bd. 7, Koblenz 1981, S. 359-386; Meinhold Lurz, Kriegerdenkmäler in Deutschland, Bd. 4: Weimarer Republik, Heidelberg 1985, S. 47-85; Benjamin Ziemann, Die deutsche Nation und ihr zentraler Erinnerungsort. Das «Nationaldenkmal für die Gefallenen im Weltkriege» und die Idee des «Unbekannten Soldaten» 1914-1935, in: Helmut Berding / Klaus Heller/Winfried Speitkamp (Hg.), Krieg und Erinnerung. Fallstudien zum 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, S. 67-91; Henrik Hilbig, Das Reichsehnenmal bei Bad Berka. Entstehung und Entwicklung eines Denkmalprojekts der Weimarer Republik, Aachen 2006.

2 Ein Ehrenmal für die Opfer! Aufruf des Reichspräsidenten, in: Vorwärts, 41. Jg., Nr. 182, 3. August 1924, Ausgabe A, S. 2.

3 So lautete der Text auf dem Giebelfeld des Reichstags und das Motto der Feier.

4 Vgl. die Rede Eberts in: Der Gedenktag für die Kriegsoffer, Die Rede Eberts, in: Vorwärts, 41. Jg., Nr. 183, 4. August 1924, Ausgabe B, S. If.

5 Während des Krieges hatten die Staatlichen Beratungsstellen für Kriegerehrung zwar im Auftrag der Länder für eine künstlerisch einwandfreie Gestaltung von Soldatenfriedhöfen und Ehrenmälern sorgen sollen, allerdings ging die Initiative dazu eher von Mitgliedern des Werk- und Dürerbundes aus aus.

6 Vgl. zum Aspekt der Verarbeitung von Verlusten, Trauer, traumatischen Erlebnissen in Kriegerdenkmälern: Jay Winter, Sites of Memory, Sites of Mourning, The Great War in European cultural history, Cambridge 1995.

7 Vgl. zur Situation z.B. Bruno Taut, Gefallenendenkmal für Magdeburg, in: Frühlicht, Heft 2, 1921, S. 39-41.

8 Vgl. als Überblick zur Diskussion «Pressestimmen zu den Gedanken der Errichtung eines Nationaldenkmals für die Gefallenen im Weltkrieg», in: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Stellvertretender Bevollmächtigter Thüringens zum Reichsrat, Akte Nr. 43, Blatt 30ff. Dort auch Belegstellen zu den folgenden Aspekten.

9 Die Diskussion um «zeitgemässe» Denkmalskunst setzte bereits vor dem Weltkrieg ein. Vgl. dazu z.B. Matthias Wilke, Der Architekt Wilhelm Kreis und der Wettbewerb für ein Bismarck-Nationaldenkmal auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück-Bingen, Diss., Göttingen 2002.

10 Vgl. «Pressestimmen...», wie Fussnote 8.

11 Im Gegenteil befindet sich das Grab des Unbekannten Soldaten in Paris unter dem Arc de Triomphe und der ähnlich populäre Cenotaph im Zentrum Londons, mitten auf einer stark befahrenen Strasse.

12 Vgl. z.B. für den Standort Rinteln: Hubert Höing, Kriegerdenkmäler und das Reichsehnenmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges in Schaumburg, in: Schaumburg-Lippische Mitteilungen, Nr. 33, 2001, S. 223-277 oder

für Höxter: Andreas Frenzei, «Dass das Reichsehnenmal eine würdige Stätte finde bei Höxter». Die Bewerbung um das geplante Reichsehnenmal (1924-1935), in: Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalen (Hg.), Westfälische Zeitschrift, Bd. 150, Zeitschrift für Vaterländische Geschichte und Altertumskunde, Paderborn 2000, S. 367-387.

13 Vgl. für einen guten Überblick Monika Gibas/Rüdiger Haufe (Hg.), «Mythen der Mitte». Regionen als nationale Wertezentren, Konstruktionsprozesse und Sinnstiftungskonzepte im 19. und 20. Jahrhundert, Weimar 2005.

14 Vgl. z.B. Lutz Tittel, Monumentaldenkmäler von 1871 bis 1918 in Deutschland. Ein Beitrag zum Thema Denkmal und Landschaft, in: Ekkehard Mai/Stephan Waetzoldt (Hg.), Kunstverwaltung, Bau- und Denkmal-Politik im Kaiserreich, Berlin 1981, S. 215-275, hier S. 255-259, zu den Wandervereinen z.B. Rüdiger Haufe, Der «deutsche Wald» und seine «Tempelhüter», oder Susanne Ude-Koeller, Natur als patriotischer Erfahrungsraum. Zur Nationalisierung des Harzes durch den Harzklub e.V, beide in: Gibas/Haufe (2005), wie Fussnote 13, S. 59-78 bzw. 97-110.

15 Vgl. Denkschrift Mueller, in: Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar, Stellvertretender Bevollmächtigter Thüringens zum Reichsrat, Akte Nr. 43, Bl. 89ff.

16 Darunter z.B. das Projekt zu einer Nietzsche Gedächtnisstätte mit Station: Thomas Föhl, Ihr Kinderlein kommet... Henry van de Velde: ein vergessenes Projekt für Friedrich Nietzsche, Ostfildern-Ruit 2000.

17 Vgl. Willy Lange, Deutsche Heldenhaine. Herausgegeben im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Deutschlands Heldenhaine, Leipzig 1915 sowie Gert Gröning/Uwe Schneider, Naturmystifizierung und germanische Ideologie. Die Heldenhaine, ein nationalistisches Denkmalskonzept aus dem Ersten Weltkrieg, in: dies. (Hg.), Gartenkultur und nationale Identität. Strategien nationaler und regionaler Identitätsstiftung in der deutschen Gartenkultur, Worms 2001, S. 94-134.

18 Zum Stahlhelm vgl. z.B. Alois Klotzbücher, Der politische Weg des Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der «Nationalen Opposition» 1918-1933, Diss., Tübingen 1965; Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten, 1918-1935, Düsseldorf 1966.

19 «Wir alle stellen uns rückhaltlos auf den Boden der neuen Zeit für die neue Regierung und treten mit allen Kräften für sie ein! Wir bekennen uns zur republikanischen Staatsform!» Flugblatt aus den Anfangstagen des Stahlhelm, in: Kreuz-Zeitung, 20. März 1931, S. 4, nach: Berghahn (1966), wie Fussnote 18, S. 15.

20 Vgl. Franz Seldte, Ehre Deine Toten!, in: Der Stahlhelm, 7. Jg., Nr. 30, 26. Juli 1925, S. 1 und Artikel «Heiliges Gebiet». Ein Wort zur Begründung, in: Der Stahlhelm, 7. Jg., Nr. 30, 26. Juli 1925, S. 1f.

21 Bereits seit Beginn der Diskussion hatte Thüringen versucht, das Ehrenmalprojekt in seine Grenzen zu bekommen. Am Anfang lag dabei das Hauptaugenmerk der Behörden auf Eisenach (vgl. Christiane Wolf, Kriegerherrlichkeit und deutsche Nationalkultur. Die «Perle von Thüringen im Herzen Deutschlands». Eisenacher Denkmaltopographie, in: dies. [Hg.], Das «Land in

der Mitte». Architektur-, Denkmals- und Siedlungsprojekte der Moderne, Weimar 2004, S. 7-20). Vgl. z.B. auch Telegramm Thüringisches Staatsministerium an Münzel vom 9. Oktober 1924 und Telegramm vom 15. Oktober 1924, in: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Thüringer Staatsministerium, Präsidialabteilung, Akte 110, Bl. 32.

22 Brief Land- und Stadtkreis Weimar an Thüringisches Staatsministerium vom 2. Februar 1927, in: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Landesamt für Denkmalpflege und Heimatschutz, Sign. 1334, Bl. 37.

23 Vgl. Annegret Heffen, Der Reichskunstwart. Kunstpolitik in den Jahren 1920-1933, Essen 1986; Winfried Speitkamp, «Erziehung zur Nation». Reichskunstwart, Kulturpolitik und Identität im Staat von Weimar, in: Helmut Berding (Hg.), Nationales Bewusstsein und kollektive Identität, Frankfurt am Main 1994, S. 541-580; Gisbert Laube, Der Reichskunstwart. Geschichte einer Kulturbehörde 1919-1933, Frankfurt am Main 1997. Siehe Beitrag hier im Buch.

24 Zum Kyffhäuserbund selbst scheint noch keine Monographie zu existieren. Vgl. aber Dieter Fricke u.a. (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Köln 1986, Bd. 3, S. 326-344. Zu den Kriegervereinen in der Zeit des Kaiserreichs vgl. z.B. Thomas Rohrkrämer, Der Militarismus der «kleinen Leute». Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, München 1998.

25 Vgl. Ulrich Dunker, Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins, Düsseldorf 1977; Gregory Caplan, Wicked Sons. German Heroes: Jewish Soldiers, Veterans and Memories of World War I, Georgetown University 2003.

26 Vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966 sowie Benjamin Ziemann, Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenverband der sozialistischen Arbeiterschaft, in: Historische Zeitschrift, Band 267, München 1998, S. 357-398.

27 Braunschweigische Landeszeitung, Nr. 30, 30. Januar 1926, nach: Das Reichshenmal. Eine Aussprache beim Reichspräsidenten, in: CV-Zeitung, 5. Jg., Monatsausgabe Februar 1926, S. 12.

28 Vgl. ohne Autor [wohl Heinrich de Fries], Das Reichshenmal. Eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes, o. O., o. J. [wohl 1926].

29 Das für das Ehrenmal 1931 ausgewählte Grundstück entsprach ziemlich genau dem Konzept von de Fries. Vgl. Gustav Lampmann, Wettbewerb Reichshenmal, in: Zentralblatt der Bauverwaltung, 32. Jg., Nr. 30, 13. Juli 1932, S. 349-358, S. 350.

30 Vollständiger Text z.B. in: Stadtarchiv Bad Berka, Akte 32.24.03, Schriftverkehr.

31 Vgl. vor allem Franz Seeck, Wettbewerb Reichshenmal, in: Baugilde, 14. Jg., Heft 12, Sonderheft Wettbewerb Reichshenmal, 25. Juni 1932, S. 568-598; [Abbildungen und Meinungen des Preisgerichts zu den Entwürfen], in: Die Gartenkunst, 45. Jg., Nr. 6 Juni 1932, S. 87-98 sowie Gustav Lamp-

mann, Wettbewerb Reichsehrenmal, in: Zentralblatt der Bauverwaltung, 32. Jg., Nr. 30, 13. Juli 1932, S. 349-358.

32 Vgl. Abschrift Brief Karwiese an Preisträger vom 14. Juni 1932, in: Bundesarchiv Berlin, R72/45294-270., Bl. 5.

33 Weimarerische Zeitung vom 27. Januar 1933, in: Stadtarchiv Bad Berka, Akte 32.24.03, Zeitungsausschnitte.

34 Von Lübbbers, Auf falschem Wege. Der Soldat zur Entscheidung der Preisrichter in der Reichsehrenmalfrage, in: Der Alte Dessauer, 10. Jg., Nr. 5, 4. Februar 1933, 2. Blatt, S. 3.

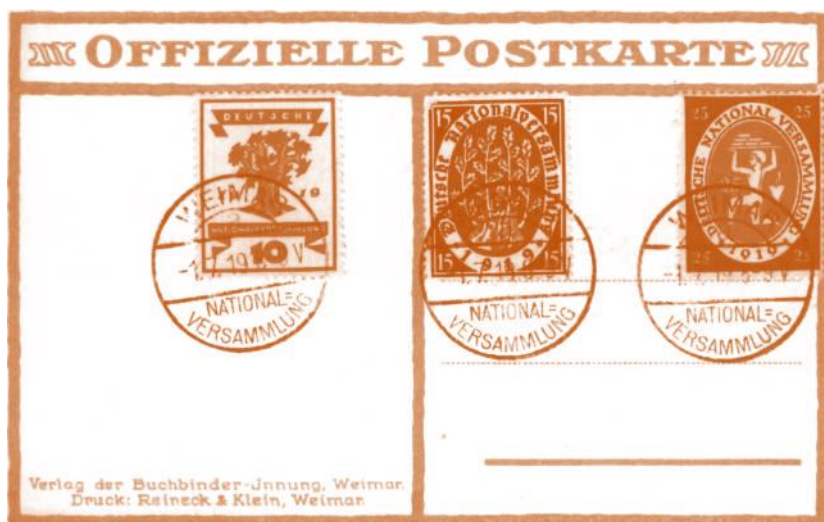
35 Das Deutsche Reichsehrenmal, in: Der Feldkamerad, Nr. 11, 1932, S. 167, in: Stadtarchiv Bad Berka, Akte 32.24.03, Zeitungsausschnitte.

36 Vgl. Jürgen Tietz, Das Tannenberg-Nationaldenkmal. Architektur, Geschichte, Kontext, Berlin 1999.

37 Reinhart Koselleck, Zur politischen Ikonographie des gewaltsamen Todes. Ein deutsch-französischer Vergleich, Basel 1998, S. 39.

Christian Welzbacher
Die Republik als Kunstwerk.
Der Reichskunstwart und die staatliche
Kulturpolitik der Weimarer Republik.

Gehört die Kultur in einer Demokratie dem Volk? Das ist eine ketzerische Frage, denn sie kann nicht beantwortet werden, ohne den Begriff «Volk» näher zu definieren. Eines aber gilt als sicher: In Deutschland gehört die Kultur nicht der Nation. Kultur ist Ländersache, auch in Zeiten, da es einen Kulturstaatsminister gibt. Denn Kultur war in Deutschland immer Ländersache und die Nation seit 1871 föderal organisiert. Deswegen haben die Bayern, Württemberger, Hessen, Berliner, Thüringer usw. ihre jeweilige Kultur – Deutschland aber hat das, was am Ende von diesem Kuchen übrig bleibt. Natürlich ist dieses Szenario ein wenig überspitzt. Aber fraglos existiert bis heute eine deutliche Diskrepanz zwischen den administrativ gesplitteten Zuständigkeiten und dem homogenen Idealbild von deutscher Kultur. Seitdem sich in den humanistisch geprägten Kreisen des Reformbürgertums das Konzept der «Kulturnation» etabliert hatte, konkurriert dieses Konstrukt mit der Realität, nämlich der Tatsache, dass Kultur sub-



Amtliche Briefmarken zur Deutschen Nationalversammlung in Weimar.

national organisiert ist – historisch gewachsen und über Jahrhunderte gebunden an Kleinstaaten und Fürstentümer. Der «Reichskunstwart», die zentrale Kulturbehörde der Weimarer Republik, litt genau unter diesem Problem. Denn das Amt sollte dafür sorgen, dass die erste deutsche Demokratie zur «Kulturnation» ausgebaut würde. Und sie stand dabei immer in erheblicher Konkurrenz zu den Teilstaaten, die diese Kultur verwalteten.

Das Amt des Reichskunstwarts wurde 1919 durch den Beschluss der Weimarer Nationalversammlung eingerichtet – und zwar, nachdem die Diskussionen um eine Föderalismusreform des Deutschen Reiches gescheitert waren. Hugo Preuss und Erich Koch-Weser, die führenden liberalen Väter der neuen Verfassung, hatten sich beim Versuch der Neuregelung des Verhältnisses zwischen Reich und Teilstaaten vor allem an den bayerischen Deputierten die Zähne ausgebissen. Und was für die Verfassung insgesamt galt, das sollte nun auch für die Kultur gelten. Am Föderalismus wurde nichts geändert – aber das Reich sollte trotzdem sein Amt bekommen, solange es kein Reichskultusminister war, der die Zuständigkeiten der Teilstaaten tangiert oder gar beschnitten hätte.

Ursprünglich hatte Hugo Preuss die Bezeichnung «Reichskommissar für Kulturaufgaben» benutzt. Vor allem der Terminus «Kultur» dürfte dabei in der Nationalversammlung als Reizwort gewirkt haben. Ein «Wart der Kunst» aber, eine Art Beobachtungsposten in einem ungenau definierten Teilbereich der Kultur, hatte demgegenüber einen grundsätzlich anderen Charakter. Der Name klang ungefährlich, die Teilstaaten sahen sich in ihren Befugnissen weniger bedroht. Doch es blieb nicht bei der Nomenklatur. Auch die Kompetenzen der Stelle waren schnell dem eigenwilligen Namen angepasst. Die Befugnisse des Reichskunstwarts blieben – wie Erich Koch-Weser im Januar 1920 dem Preussischen Kulturministerium erklärte – «auf solche Aufgaben beschränkt, die bereits jetzt zur Zuständigkeit der Reichsressorts gehören» oder Bereiche der Bildungs- und Kulturpolitik, für die sich die Teilstaaten nicht zuständig fühlten – die wenigsten also. Immerhin waren auf Reichsebene vor allem die symbolischen Aspekte der republikanischen Selbstdarstellung zu regeln. Zunächst mussten die Zeugnisse der kaiserlichen Macht entfernt werden, die im gesamten Reich, vor allem aber im Stadtbild der Hauptstadt Berlin, überall präsent waren. Dann sollten die Ministerien und Behörden mit neuen Amtsschildern, Wappen, Siegeln, Stempeln und Urkunden ausgestattet werden. Das



Edwin Redslob, 1929.

neue Reich brauchte neue Flaggen, Medaillen, Briefmarken, Grenzpfähle, Geldscheine und Münzen. Für alles dies mussten neue Bilder, neue Formen, neue Symbole gefunden werden – und zwar in enger Zusammenarbeit mit Künstlern und durch offene, demokratische Wettbewerbe. Sie vorzubereiten und durchzuführen, die Ergebnisse zu sondieren und die Reichsregierung bei ihrer Entscheidung zu beraten, dafür war der «Reichskunstwart» eingerichtet worden.

Die Idee für dieses Amt stammte ursprünglich vom Deutschen Werkbund, dem mächtigen Zusammenschluss aus Künstlern, Politikern und Unternehmern, der kurz nach der Jahrhundertwende zum Motor der kulturellen Erneuerung in Deutschland geworden war. Walther Rathenau, Peter Behrens, Karl Ernst Osthaus, Friedrich Naumann, Theodor Heuss, Ernst Jäckh, Hans Poelzig und andere waren hier versammelt. Naumann, der als liberaler Deputierter an der Nationalversammlung in Weimar teilnahm, brachte die kulturpolitische Idee in die Diskussionen ein. Theodor Heuss, der Stratege und Organisator im Hintergrund, suchte einen Kandidaten für den «Reichskunstwart». Man einigte sich auf Edwin Redslob, einen 36jährigen Kunsthistoriker – übrigens gleichalt wie Heuss – der zuvor acht Jahre lang als Leiter des Erfurter Stadtmuseums tätig gewesen war. Redslob war ein entschiedener Verfechter des Expressionismus, seit geraumer Zeit etabliert im Netzwerk der Moderne. Als gebürtiger Weimarer hatte er schon als junger Mann über Kontakte zu Harry Graf Kessler, Eduard von Bodenhausen, Henry van de Velde und Elisabeth Förster-Nietzsche gehabt. Redslob war in die Welt der Kulturreform, der frühen Moderne und des expressionistischen Aufbruchs gleichsam hineingewachsen.

Zum ersten Januar 1920 sollte das Amt des Reichskunstwarts besetzt werden. Redslob, kaum gefragt, zierte sich zunächst. Er war Museumsmann und wollte das auch bleiben – in Stuttgart, wo er zum 1. Januar die Stelle als Generaldirektor der Württembergischen Museen antreten sollte. Im Vergleich zu einer solchen Arbeit wirkte ein «Kunstwart» blass und kaum attraktiv. Redslob zögerte, sich zum künstlerischen Berater des Reichsinnenministers zu machen. Aber er wollte immerhin dabei helfen, das neue Amt mit aufzubauen. Er machte sich ein paar Gedanken über das Profil der Behörde und verfasste eine kurze kulturpolitische Denkschrift. Redslobs Meinung nach sollte der «Reichskunstwart» in einem allmählichen Prozess die eigenen Kompetenzen erarbeiten, mit viel Zeit und aus dem Ministerium heraus. Er sollte im wahrsten Sinne wachsen und gedei-

hen, um im republikanischen Selbstverständnis Wurzeln zu schlagen: «Wir dürfen nicht einen fertigen Baum anschleppen, der dann von all den vielen Juristen erst zurechtgestutzt wird, so dass wir ihn am Ende selbst nicht mehr erkennen – aber wir müssen dafür sorgen, dass unsere Pläne und Auffassungen aus dem Boden des Ministeriums heraus gleichsam neu geboren werden.» Mit «Uns» meinte Redslob den Deutschen Werkbund. Denn dieser wollte mit dem Reichskunstwart eigentlich zunächst nichts anderes als einen Lobbyisten in der Regierung, der seinen Künstlern Aufträge vermittelt.

Redslob ahnte, dass sein Konzept eines organischen Wachstumsprozesses für die Initiatoren des Werkbundes allzu skrupulös erscheinen könnte: «Vielleicht scheitert die Frage meiner Berufung daran, dass ich kein Theoretiker bin, und unnützer Arbeit gegenüber eine weitgehende Prüderie besitze», schrieb er den Organisatoren. Aber der Werkbund wollte die Stelle mit Redslob besetzen – und der sagte am Ende der Verhandlungen schliesslich halbherzig zu. Die gesamte erste Jahreshälfte 1920 betrieb er sein Reichsamt von Stuttgart aus. Erst im Juli, ein halbes Jahr nach dem offiziellen Dienstantritt, ging er nach Berlin, bezog Diensträume im Reichsinnenministerium am Spreebogen, schräg gegenüber dem Reichstag, und engagierte sich voll für die Regierung. Redslob hatte sich umentschieden. Das lag jedoch weniger an einer inhaltlichen Verschiebung, die die Reichsstelle plötzlich attraktiv gemacht hätte. Es war viel eher dem Ärger geschuldet, den er sich – als Verfechter der Moderne – im konservativen Stuttgart eingehandelt hatte. Schon in Erfurt war er für seine Expressionismusbegeisterung regelmässig gescholten worden. Das schien sich in Stuttgart zu wiederholen. Sollte es also überhaupt die Möglichkeit geben, auf breiter Basis diese Ressentiments durch ästhetische Volkserziehung abzuschaffen, wie es dem Werkbund vorschwebte, so konnte dies langfristig tatsächlich nur von der Reichsebene aus gelingen. Das war wohl der Hauptantrieb für die Entscheidung, nach einem nur sechsmonatigen Intermezzo den Posten in Stuttgart aufzugeben, und hauptberuflicher Reichskunstwart zu werden. Die nächsten 13 Jahre, bis zur Amtsentlassung im Februar 1933, widmete sich Redslob dieser Aufgabe.

Gegenüber den Vertretern des Werkbundes hatte es Redslob zur Bedingung seiner Arbeit gemacht, ein kulturpolitisches Programm erst allmählich zu entwickeln. Dieser Prozess war nicht intentional und normativ, sondern tastend und suchend gedacht. Im kommunikativen Gespräch mit Künstlern, Lobbyisten, Politikern, Bürgern und sich selbst entstand das Ge-



Amtsschild mit dem Reichsadler nach Emil Doepler d.J. 1919.

rüst einer republikanischen Kulturpolitik. Lediglich die Rahmenbedingungen hatten festgestanden. Die Idee eines «ästhetischen Staates», der «Kulturnation», die ihre ideelle Mitte im Humanismus findet – Redslob begriff sich als Repräsentant des liberalen Bürgertums, das sich seit dem 19. Jahrhundert in Abgrenzung zum Adel über den kulturellen Erziehungs- und Bildungsanspruch definierte. Dieser Ansatz sollte nun auf den gesamten Staat, auf alle Schichten der Republik ausgedehnt werden. Doch Redslob agierte nicht als Dogmatiker, das zeigte sich schon in künstlerischer Hinsicht. Er mochte zwar ein glühender Verfechter des Expressionismus gewesen sein. Aber als Mittel der ästhetisch-kulturellen Staatsinszenierung liess er auch andere Ausdrucksformen gelten. Mehr noch, je länger seine Erfahrung im Amt währte, umso stärker rückte er vom Konzept der «Stile» und «Ismen» ab. Zu gross schien die Gefahr, durch einen bestimmten Stil das semantische Feld der «Staatskunst» zu verengen, und dies, wo sich in ihr doch alle Bürger des Reiches wiederfinden sollten. Der Reichskunstwart suchte Identitätsangebote für die gesamte Nation, nicht nur für einen Teil. Die Möglichkeit, durch Äusserlichkeiten dem Verfall der Moden preisgegeben zu sein, musste deswegen ausgeschlossen werden. Redslob war zwar überzeugt, dass der Expressionismus der gültige künstlerische Ausdruck seiner Zeit wäre und seine elementare gesellschaftliche Bedeutung behalten würde.



*Adler der Deutschen Reichsbahn,
entworfen von Otto Firle, 1922.*

Gleichwohl sah er ein, dass die Repräsentation der Republik nicht allein mit aufwühlenden Symbolen und kollektiver Emotionalität bestritten werden konnte. Die Krisen und Ausnahmezustände, die seit dem Ende des Krieges den Alltag der Menschen in Deutschland erschütterten, machten das Leben zeitweilig fast unerträglich. Immer wieder wurde auf den Straßen der Städte scharf geschossen, es kam zu Aufständen, Streiks und Putschversuchen. Die Massnahmen der Regierung, die Bürger in Lohn und Brot zu bringen, scheiterten. Armut, Hunger, Verzweiflung waren die Folgen der dauerhaften Arbeitslosigkeit, die sich schon zu Beginn der zwanziger Jahre längst zu einem Volksproblem entwickelt hatte. Die erniedrigende aussenpolitische Position, in die das Reich durch den Versailler Vertrag gezwungen worden war, spiegelte sich im alltäglichen Dasein der Bürger. Unter dem Hochdruck der Erfüllungspolitik brach das Wirtschaftssystem zusammen, die Geldentwertung galoppierte voran, das Vertrauen in die Republik erstarb. Redtslob war mit der Kulturpolitik eines zerberstenden Gemeinwesens beauftragt, eines Staatsgefüges am Rande des Abgrunds, an dessen Fortbestand auch der Souverän, der Bürger, nicht mehr leichtfertig glauben wollte. Die permanente künstlerische Affirmation dieses Ausnahmezustandes, die expressive Übersteigerung des dramatischen Ausdrucks, das unerträglich lange Warten auf die Katharsis – all dies würde dauerhaft zu einer Überreizung führen.

IM NAMEN DES REICHS

ENTWURF RUDOLF KOCH / OFFENBACH

*Schriftzug «Im Namen des Reichs» für die Urkunden des Deutschen Reichs,
Entwurf: Rudolf Koch, um 1921.*

Und diese Überreizung müsste unweigerlich mit Abnutzung und Entwertung der Staatskultur enden. Redslob hatte begriffen, dass die Repräsentation der Republik erst gelingen kann, wenn sie auf Dauerhaftigkeit, Sicherheit, Beständigkeit basierte. Kulturpolitik als vertrauensbildende Massnahme in den Staat: das war die Taktik. Sie musste in eine verbindliche Form gebracht werden. Gemeinsam mit den Künstlern begab er sich daher auf die Suche nach einem emotional beruhigten Stilmodus, nach überpolitischer Sachlichkeit, nach Klassizität.

«Unsere Zeit [...] verlangt einprägsame Klarheit und einfache Formen, vor allen Dingen will sie, dass den Anforderungen Rechnung getragen wird, die durch Material, Form und Verwendungszweck in der Natur der Sache liegen», formulierte Redslob 1926 in seiner Grundlagenschrift «Die künstlerische Formgebung des Reichs». Dieser Erkenntnis vorausgegangen waren eine Vielzahl künstlerischer Wettbewerbe, die im Auftrag unterschiedlicher Reichsstellen abgehalten worden waren. Sie alle waren um die gleiche Frage gekreist: Wie das Adlersymbol, das sämtliche Behörden auf ihren Siegeln, Wappen, Urkunden und Briefen zeigten, in eine allgemein verbindliche Form gebracht werden könnte. Ausgangspunkt war ein stehender Adler des Grafikers Emil Doepler d.J., dessen detailgenaue Zeichnung Schwungfedern, Krallen und Schnabel beinahe naturalistisch wiedergab. In Reaktion auf dieses Vorbild hatte Peter Behrens zu Beginn der zwanziger Jahre einen Stempel für die Reichspost entwickelt. Er gab eine neuartige Tendenz zur gestalterischen Vereinfachung vor. Flächig, von deutlichen Stilisierungen gekennzeichnet, erschienen jetzt die Umrisse des Wappentiers. Das Reichsbahnsgnet, entworfen von dem Architekten und Gra-

fiker Otto Firle, feierte Redslob 1924 in der Zeitschrift «Gebrauchsgraphik»⁴⁶ als Musterbeispiel und Endpunkt in der Entwicklung. «Hingabe an ein unpersönliches Ziel» haben den Künstler zu «weitgehender Entsaugung» bewogen, die ihren Ausdruck in der formal reduzierten Form findet. Scharf profiliert wie ein Scherenschnitt formte Firle den Adler aus den Grundformen Kreis und Kreuz. Linien und Balken zeigen die typisierten Umrisse, auf Inkarnat verzichtet Firle vollständig.

Beinahe sechs Jahre lang beschäftigte sich der Reichskunstwart mit den Prämissen der «Künstlerischen Formgebung des Reichs»: der Entwicklung einer stringenten corporate identity der Republik. Obwohl im November 1918 die monarchische Staatsform abgeschafft worden war, blieben die Symbole der alten Ordnung noch längere Zeit präsent. Die Ministerien in der Reichshauptstadt arbeiteten in Gebäuden aus der Kaiserzeit, über Toren und Portalen prangten die reich gefiederten Reichsadler des Wilhelminismus. Die Beamten benutzten sogar das alte Briefpapier



Entwurf für einen Reichsadler von Karl Schmidt-Rottluff 1919.

weiter, das sich noch in den Aktenschränken der Amtsstuben stapelte. Architektur, Staatssymbolik, amtliche Graphik: für diese drei grossen Bereiche der staatlichen Repräsentation sollte der Reichskunstwart ästhetische Rahmenbedingungen festlegen. Dass die Beamten des Reichs längst ihrem Treueeid auf den Kaiser entbunden und – zumindest formal – der Demokratie verpflichtet waren, sollte den Bürgern gegenüber endlich auch sichtbar gemacht werden.

Redslobs Tätigkeit beschränkte sich nicht auf ausgewählte Teile der Staatsführung, sondern erstreckte sich auf den gesamten Regierungsapparat. Von den kulturpolitischen Ansprüchen der deutschen Teilstaaten war er hierbei völlig frei. Doch die juristisch eindeutige Ausgangslage und die klar umrissene Zuständigkeit sollte bei der praktischen Arbeit keinerlei Vorteile zeitigen. Es galt zwar zwischen Behörden zu vermitteln, die der gleichen Staatsführung zugeordnet waren, dennoch aber das Recht auf Eigenständigkeit ihrer Entscheidungen einforderten. Und die Ministerien, mit denen Redslob kooperieren sollte, waren über die Eingriffe in ihre Befugnisse wenig begeistert. Dass plötzlich ein «Reichskunstwart» mit Vorschlägen für neue Dienstsiegel, Stempel und Briefpapier anrückte, dass er ein Mitspracherecht bei der Gestaltung von Geldscheinen und Urkunden einforderte, sorgte nicht selten für Unmut und Opposition.

Die «künstlerische Formgebung des Reichs» war ein aufreibendes Projekt. Schon 1922 deutete Redslob dem Reichsinnenminister «scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten» an. Redslob, in die Arbeit emotional involviert und in seinem Tatendrang kaum zu bremsen, wurde bis an die Grenzen des Erträglichen herausgefordert. Die Nacherzählung der Erniedrigungen, die er als Reichskunstwart erfahren musste, würde ein ganzes Buch füllen. Das Material reicht für ein monumentales, mitunter amüsant-scurriles Lehrstück in Demokratie. Nur einige Fallbeispiele sollen genügen, um das Hauptproblem bei der Durchsetzung staatlicher Kulturpolitik zu verdeutlichen: Die eklatanten Folgen aus dem föderalistisch bedingten Geburtsfehler bei der Einrichtung der Stelle war, dass der Reichskunstwart als Institution nicht ernst genommen wurde. Statt selbst zu agieren, blieb Redslob zumeist nur das Reagieren übrig. Bereits der Auftakt seiner Tätigkeit im Innenministerium war von einer juristischen Schieflage begleitet, der erste grosse Paukenschlag, mit dem seine Arbeit beginnen sollte, verklang ungehört im politischen Resonanzraum. Redslobs Idee, den expressionistischen Maler Karl Schmidt-Rottluff mit einem republikanischen

Reichsadler-Emblem zu beauftragen, sorgte zwar für erheblichen Wirbel – allein sie kam zu spät. Denn die neue Form des Wappentieres, der Entwurf Emil Doeplers d. J., war bereits durch einen Beschluss des Kabinetts Ebert am 11. November 1919 geregelt worden, zu einer Zeit also, als es den Reichskunstwart als Behörde noch gar nicht gegeben hatte.

Wo Redslob die «Adlerfrage» rechtzeitig stellen konnte, bei den Ministerien und Ämtern, gab es andere Probleme. Im Oktober 1920 etwa wurde die erste grosse Änderung bei den Münzen des Reiches diskutiert. Die Adlerseite der Fünf- und Zehnpfennigstücke sollte grundsätzlich überarbeitet werden. Nach anfänglichen Unstimmigkeiten kam es im Februar 1921 zu einem geschlossenen Wettbewerb zwischen zehn Künstlern, die der Reichskunstwart vorgeschlagen hatte. Redslob instruierte die Bildhauer vorab und erklärte ihnen, dass ihre Arbeit Teil eines grösseren gestalterischen Zusammenhanges sein würde. Er bat sie deshalb, neu geschaffene, bereits in Umlauf gebrachte Adlerentwürfe als Referenzen in ihre Überlegungen einzubeziehen. Wiedererkennbarkeit innerhalb eines Gesamtkonzeptes sollte die Echtheit und «Härte» der Währung versinnbildlichen. Denn nur allzu leicht könnten unterschiedlich gestaltete Symbole Verwirrung bei den Verbrauchern auslösen. Redslob erklärte, die Öffentlichkeit wolle «leicht erkennbare Übereinstimmungen besonders der Adler von Stempeln, Siegeln und Münzen [...], weil bei zu grosser Verschiedenheit Misstrauen gegen die Gültigkeit entsteht.» Nur Einheitlichkeit in der Gestaltung konnte die Glaubwürdigkeit des Staates und seiner Zahlungsmittel gewährleisten. Und für die Überwachung dieser Stringenz, die sämtliche Reichsbehörden betreffen sollte, war nach eigener Auffassung selbstverständlich der Reichskunstwart zuständig: «Wo bisher der Geschmack eines einzelnen, nicht verantwortlichen Beamten den Ausschlag gegeben hat», wollte Redslob regulierend intervenieren, damit endlich ein «einheitlicher Kunstwille Platz greife.»

Kurzzeitig schien eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen Künstlern, Reichskunstwart und den Beamten der Reichsbank möglich. Die öffentliche Ausschreibung hatte zur Klärung der Form geführt und gleichzeitig verdeutlicht, dass ein Dialog trotz künstlerischer Differenzen wünschenswert war. Doch je stärker die Autonomiebestrebungen der Reichsbank als politisch unabhängige Institution vorangingen, umso weniger waren die Beamten an einer Zusammenarbeit mit Redslob interessiert. 1923, auf dem Höhepunkt der Inflation und kurz vor der Einführung der Renten-

mark, wandelte sich das Klima abrupt. Angesichts der Geldschwemme, die immer neue Motive bedingte, wurde der Reichskunstwart zum blossen Ideengeber degradiert. Redslob beschwerte sich bei Reichsinnenminister Rudolf Oeser. Der wiederum setzte im Juli Reichskanzler Wilhelm Cuno davon in Kenntnis, dass nur noch «gelegentlich beim Reichskunstwart angefragt [wird], ob er noch Vorbilder für Köpfe weiss. Im Übrigen bekommt er die Scheine nach Fertigstellung zur Kenntnisnahme.» Wenngleich Redslob dafür sorgte, dass seine Probleme auf höchster Regierungsebene und unter kulturinteressierten Abgeordneten bekannt wurden, blieben die Schwierigkeiten weiter bestehen.

Während sich die Reichsbank stillschweigend Redslobs Zugriff auf das Gepräge der Münzen und Scheine entzog, ging das Reichspostministerium noch eine Stufe drastischer vor. Man zweifelte einfach öffentlich an seiner Kompetenz. Man sei, hiess es bei der Post, lediglich bereit, «Vorschläge des Reichskunstwarts entgegenzunehmen und auf ihre postbetriebliche und drucktechnische Brauchbarkeit zu prüfen, sowie andererseits dort bearbeitete Entwürfe des Reichskunstwarts zur künstlerischen Beratung zur Verfügung zu stellen.» Nicht einmal Berater sollte er sein, allenfalls Bittsteller.

Redslob fühlte sich abgekanzelt. Aber er wehrte sich nach Kräften. Diesmal versuchte er, seine Position mit juristischen Argumenten zu unterfüttern. Er erklärte der Post, das Reichsinnenministerium habe festgestellt, Briefmarken seien «Hoheitszeichen des Reiches», deren Gestaltung als solche eindeutig in Redslobs Zuständigkeitsbereich fallen. Das Postministerium konterte. Mit Briefmarken frankiere man Postsendungen. Mit einem Staatsakt, den Redslob vielleicht dahinter vermuten wollte, habe eine solche Sache nichts zu tun. Es handelt sich dabei allerhöchstens um die Ratifizierung eines Vertrags, der auf Beförderung und Zustellung eines Briefes lautet. Die Marke sei der Beweis, dass die Freigebühren entrichtet worden seien. Sonst nichts.

Die Auseinandersetzung zwischen Reichskunstwart und Ministerien liefen immer nach einem ähnlichen Schema ab. Mit spitzfindigen Argumenten, offener Konfrontation, behördeninterner Diplomatie und einem geschickten Spiel auf Zeit versuchten die Ämter sich vor dem Zugriff der Kulturbehörde abzuschotten. Dabei ging es letzten Endes vor allem um die Verteilung von Kompetenzen zwischen Ministerien, einer Verhandlungsmasse also, die sich bei jeder Regierungsbildung ändert. Entsprechend geübt, flexibel und kampfbereit zeigten sich die Reichsverwaltungen von

Post und Bahn auch gegenüber dem Innenministerium, das den nachgeordneten Reichskunstwart nicht immer ausreichend stützen konnte. Ein letztes Beispiel soll demonstrieren, dass sich Redslob nicht nur auf gleichrangiger Verwaltungsebene behaupten musste, sondern mit einer Vielzahl fremder Interessen konfrontiert war. Konflikte zwischen dem Reich und den deutschen Teilstaaten oder Diskussionen mit Vereinen und Verbänden gingen dabei Hand in Hand. Der so genannte «Flaggenstreit» illustriert dieses Dilemma mustergültig.

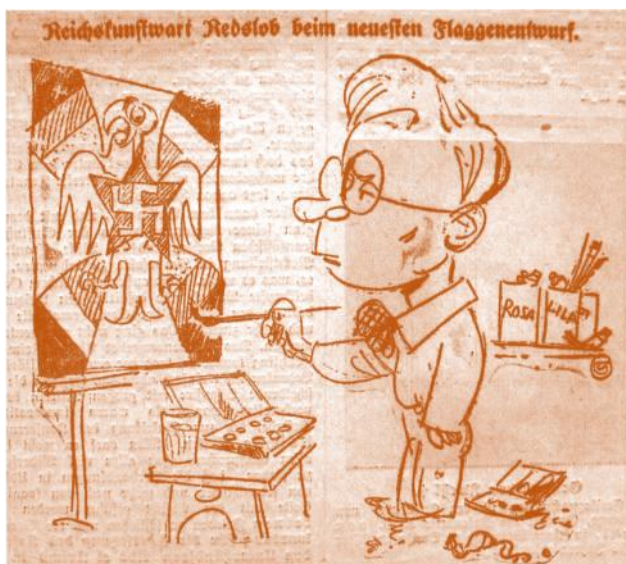
«Schwarz-Rot-Gold» oder «Schwarz-Weiss-Rot»: Von der Entscheidung für die eine oder andere Farbkombination für die republikanische Nationalflagge hing die Gestaltung der gesamten «künstlerischen Formgebung des Reichs» ab, deren Wappen, Amtsschilder, Festschmuck oder Briefbögen sich verbindlich nach dem einmal festgelegten Farbschema richten sollten. Allerdings hatte das Stimmenverhältnis in der Nationalversammlung bei der entscheidenden Abstimmung im Juli 1919 nicht genügt, die Farben der Republik auf eine der beiden Farbkombinationen zu beschränken. Ein entscheidendes Symbol für die Identifikation des Bürgers mit seinem Staat war damit einem Kompromiss unterworfen: «Schwarz-Rot-Gold» waren die Farben der Republik, «Schwarz-Weiss-Rot» aber weiter etwa auf den Flaggen für Handel und Krieg gebräuchlich.

Diese Uneinheitlichkeit führte allein deshalb zu Diskussionen, weil beide Farbbanner durch ihren historischen Gebrauch politisch aufgeladen waren. «Schwarz-Rot-Gold» galten als Farben des liberalen Freiheits- und Einigungskampfes, seit sie im Vormärz zum ersten Mal gebraucht worden waren. Der Beschluss, mit diesen Farben die Verfassung von Weimar zu versinnbildlichen, bedeutete, die Chiffre einer Bewegung zum Symbol eines Staates zu erheben. Wer nicht mit dem Liberalismus sympathisierte oder die Republik ablehnte, kämpfte gegen «Schwarz-Rot-Gold». Demokratiekritische und -feindliche Kräfte bestanden weiter auf der Kombination «Schwarz-Weiss-Rot», die seit der Gründerzeit auf der Flagge des Reiches gebräuchlich gewesen war. Aber auch wenn damit «Schwarz-Weiss-Rot» eigentlich bereits als Reichsflagge etabliert war – auch diese Farben wurden weiter diskutiert, denn sie waren nicht neutral: Die Reichseinigung «von oben» hatte sie zu Symbolen der Nation gemacht, nachdem sie ursprünglich im preussischen Zusammenhang erschienen waren. Am Ende also fehlte es beiden Farbkombinationen an einer grundsätzlichen Akzeptanz in der gesamten Bevölkerung.

Der Reichskunstwart definierte: «Loyalität gegenüber der Flagge des Staates ist die selbstverständliche Voraussetzung jedes staatsbürgerlichen Empfindens.» Redslob wusste selbst, dass die Entscheidung der Nationalversammlung diese Möglichkeit untergraben hatte. Dieses Grunddilemma der staatlichen Repräsentation wollte er mit einem vollständig neuartigen Vorschlag lösen: einer eigens gestalteten «Einheitsflagge», die «Schwarz-Rot-Gold» und «Schwarz-Weiss-Rot» vereinte. Der Entwurf reagierte auf die so genannte «Flaggenverordnung», mit der Reichskanzler Hans Luther im April 1926 die ermüdenden Debatten beenden wollte. Um alle Parteien zu befriedigen, sollte das vermeintlich abgewertete «Schwarz-Weiss-Rot» in Zukunft gleichberechtigt neben «Schwarz-Rot-Gold» stehen, beide Kombinationen würden dann die Republik symbolisieren. Redslob ging einen Schritt weiter: Warum nicht eine Flagge, die beide Farbkombinationen vereint?

Mit dieser Idee war der Reichskunstwart keineswegs allein. Seit Reichskanzler Hans Luther Bewegung in die Debatte gebracht hatte, veröffentlichten die Zeitungen regelmässig alternative Varianten für Flaggen, Wimpel und Banner. Ständig erreichten das Innenministerium Vorschläge, die sich Privatleute in reger Anteilnahme ausgedacht hatten. Der Reichskunstwart war nur einer unter zahlreichen Heraldikern, die ihr gestalterisches Glück für das zentrale Staatssymbol suchten. Umso heftiger fiel die Reaktion aus, als Redslobs Entwurf bekannt wurde. Er hatte versucht, allzu kontrastreiche Farbmischungen zu vermeiden, indem er ein Eisernes Kreuz vor den flächigen Hintergrund in Rot und Gold setzte, ins Zentrum ein Wappenschild mit dem neuen Reichsadler. Der Vorsitzende des republiktreuen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Karl Höltermann, beglückwünschte den Reichskunstwart zu dieser Entscheidung. Die Einheitsflagge sei «ganz deutsch und ganz soldatisch und doch nicht militaristisch empfunden.» Mit anderen Worten: Die Geschichtsmodelle, die sich in der Konfrontation der Farben unvereinbar gegenüberstanden hatten, waren versöhnt. In Redslobs Version der deutschen Fahne war die Bedeutung des Krieges für Entstehung der Republik genauso berücksichtigt, wie der preussische Anteil an der nationalen Einheit.

Doch die meisten Kritiker erkannten in diesem Vorstoss nichts weiter als einen Affront gegen ihre politischen Gefühle. Die publizistischen Folgen waren enorm. Der Reichskunstwart erkrankte beinahe in Spott und Hohn, der über seiner Behörde ausgekippt wurde. Die Stossrichtung war in den meisten Texten ähnlich: Die neue Einheitsflagge galt als hilfloses Zerrbild



«Reichskunstwart Redslob beim neuesten Flaggenentwurf»,
Karikatur aus *Der Tag* vom 31. Mai 1926.

einer Republik ohne Rückhalt. Die Zeitung «Der Tag» karikierte Redslob daraufhin als bubenhaften «Maler Klecksel», ausgerüstet mit grosser Nickelbrille, spitzem Pinsel und Farbeimern jeglicher Couleur. Auf der Staffelei steht das Resultat seiner Bemühungen: eine Leinwand, auf der sämtliche verfügbaren Symbole übereinander geblendet sind. Über der Brust des anämischen Adlers im Zentrum des Bildes prangt der Sowjetstern mit einbeschriebenem Hakenkreuz. Diagonal über die Ecken sind Banner in verschiedenen Farbkombinationen verteilt. Auch der Reichskunstwart, auf der Darstellung gerade mit letzten Ausmalungen beschäftigt, wirkt wenig zufrieden mit dem Ergebnis seiner Bemühungen.

Reichskanzler Luthers Versuch, die Fronten des «Flaggenstreits» auf republikanischer Ebene zu schlichten, war zu diesem Zeitpunkt längst von einem zweiten Problem überlagert gewesen: dem föderalen Aspekt. Durch die Entscheidung, «Schwarz-Weiss-Rot» gegenüber «Schwarz-Rot-Gold» zu restituieren, fühlte sich der grösste deutsche Teilstaat in seinen Urheberrechten verletzt. Preussen meldete mit entschiedener Vehemenz den alleinigen Anspruch an der Farbkombination an. Rund zwei Wochen vor der Präsentation der «Einheitsflagge» war es zur ersten Eskalation gekommen. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun hatte öffentlich er-

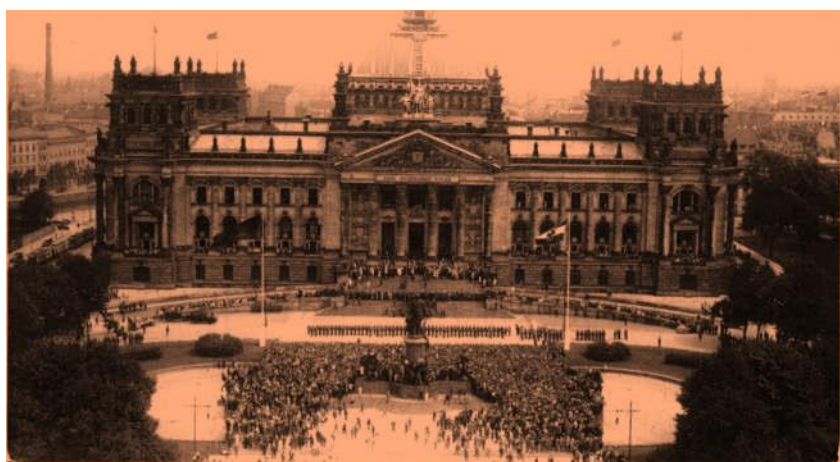


Der Reichspräsident in der Ehrenloge des Reichstages während der Verfassungsfeier, 11. August 1924.

klärt, er wolle alles daran setzen, um dem Reich den weiteren Gebrauch einer schwarz-weiß-roten Nationalflagge zu verbieten. Hans Luther forderte daraufhin die Auflösung Preussens, um endlich den unausgegorenen Dualismus zwischen Staat und Reich zu überwinden, der seit 1871 seine unangenehmen föderalistischen Konsequenzen forderte. Doch Luther kam nicht mehr zum Zuge. Als im Reichstag Mitte Mai 1926 erneut über die Flaggenfrage verhandelt werden sollte, war die Toleranz der Abgeordneten gegenüber dem Kanzler ausgereizt. Die sozialdemokratische Fraktion, die sich von Anfang an auf der Seite von «Schwarz-Rot-Gold» positioniert hatte und Luthers Farbkorrektur als revisionistischen Reflex auf den neuen Reichspräsidenten Paul Hindenburg deutete, stellte den Misstrauensantrag. Er wurde angenommen. Die Symbolpolitik hatte auf die Realität zurückgewirkt, die Regierung stürzte über die «künstlerische Formgebung des Reichs». Das Kabinett Luther war entlassen. Unter den vielen seltsamen Vorgängen in der politischen Sphäre der Weimarer Republik war das Ende des «Flaggenstreits» eine besondere Ungeheuerlichkeit. Doch was nutzte die Empörung? Die Lösung des Konflikts stand weiter im Raum. Auch die diplomatischen Schlichtungsversuche des Reichskunstwarts konnten sie nicht mehr herbeiführen. Bis zum Ende der Weimarer Repub-

lik verfügte das Reich über keine einheitlichen Nationalsymbole, die allen Teilen der Bevölkerung gleichermaßen Identität geboten hätten – und genau dies hatten vor allem die entschiedenen Gegner der Republik sehr genau beobachtet. Eine der ersten kulturpolitischen Massnahmen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zielte auf die Beseitigung des symbolpolitischen Dilemmas: Der «Tag von Potsdam» am 21. März 1933 besiegelte das Ende des Pluralismus und die Gleichschaltung von Staaten, Reich und Partei symbolisch – in Berlin und Potsdam wehte die alt-neue Reichsflagge in Schwarz-Weiss-Rot neben Hakenkreuzbannern.

Neben der «künstlerischen Formgebung des Reichs» bediente Redlob noch ein weiteres Feld staatlicher Inszenierung, das sich direkt an die Bürger wandte: Er gestaltete die Feiern des Reiches am Verfassungstag und die Begräbnisse wichtiger Staatsmänner, darunter Gustav Stresemann, Friedrich Ebert und Walther Rathenau. Der brutale Mord an Außenminister Rathenau 1922 löste unter den Parlamentariern blankes Ent-



Die Reichsverfassungsfeier auf dem Platz der Republik in Berlin. Blick auf das flaggengeschmückte Reichstagsgebäude von der Siegessäule aus gesehen, mit der Menschenmenge und der davorstehenden Ehrenkompanie, während der Verfassungsfeier am 11. August 1926.

setzen aus – die Tat hatte ein entscheidendes Umdenken für die Symbolpolitik des Reiches zur Folge. Denn mit Rathenaus Tod schien bei den Parlamentariern im Reichstag zum ersten Mal das Bewusstsein aufzukeimen, dass die Republik am Rande eines Abgrunds stand und öffentlichkeitswirksam gestützt werden müsse. In einem erstaunlichen Akt von Selbstdisziplinierung raffte sich der Reichstag dazu auf, dem Reichskunstwart den Auftrag für die Inszenierung des Staates durch Feierlichkeiten zu geben. Mit dem Totengedenken für Rathenau begann Redslob eine Reihe von Choreographien, in denen er versuchte, den Rückhalt der Bevölkerung symbolisch zu manifestieren. Allerdings hatte von Beginn an der Totenkult eine schwerwiegende, depressive Wirkung auf die feierliche Selbstdarstellung des Reiches: «Es muss doch erschüttern», resümierte Redslob schon 1925, «dass die grossen Kundgebungen der Republik, in denen Reichsgedanke und Volksgedanke eines wurden, Trauerfeiern waren.» Mit anderen Worten: Die Republik brauchte einen symbolischen Bezug zum Leben, Redslob versuchte ihn zu finden. «Als Gegengewicht zu der auf Nüchternheit und Kritik gestimmten Atmosphäre, die von Seiten des Parlamentes auf das Leben des Volkes eindringt und eindringen soll, wird im neuen deutschen Reich immer mehr ein ausgleichendes Verlangen nach Form und repräsentativer Äusserung fühlbar, das durchaus nicht von einem abgelebten ‚Gestern‘ stammt, sondern bewusst und gestaltend an ein ‚Morgen‘ denkt.» Den Feiern des Reiches sollte der Zukunftsgedanke einbeschrieben werden. Die «Selbstdarstellung der Volksgemeinschaft» sollte zur «Selbstachtung» des Volkes führen – durch Feiern, durch Freude, durch lebhaftes Bekenntnis zur Republik und durch die Feste, die der Reichskunstwart plante und einrichtete.

Bei den ersten grossen Verfassungsfeiern 1922 demonstrierte Redslob, auf welcher bildhaften Weise Volk und Politik versöhnt werden konnten. Die Portale des Reichstagsgebäudes, in dem eine Gedenkveranstaltung für die Gründung der Republik abgehalten wurde, sollte nach dem Ende der Ansprachen demonstrativ geöffnet werden. Paul Lobe, Reichstagspräsident und somit Hausherr, hatte sich vom Reichskunstwart überzeugen lassen, «die Feier im Innern mit der Feier vor den Stufen des Reichstags zum Forum der Reichshauptstadt und zum Festplatz des deutschen Volkes» zu verbinden und so «Reichstag und Regierungsforum zur Bekrönung der Hauptstadt zu erheben». Redslob bedankte sich bei Lobe überschwänglich und erklärte ihm seine Absicht: «So ist die Inschrift des Reichstags in ih-

rem letzten Sinn erfüllt worden, nach welcher der Bau ‚DEM DEUTSCHEN VOLKE‘ gewidmet ist.» Bei der Verfassungsfeier am späten Vormittag des 11. August 1922, dem Auftakt einer Serie staatlich zelebrierter Jahrestage im Gedenken an die Gründung der Republik, stand der Reichstag erstmals ganz dem Volk offen. Die Freitreppe, die den Portikus und seine mächtigen Kolossalsäulen mit dem weitläufigen Königsplatz verband, war gerahmt durch «zwei riesige Masten mit schwarz-rot-goldenen Fahnen [...] und eine Ehrenkompanie trat an, die der Reichspräsident abschritt», wie Redslobs Beamtenkollege im Reichsinnenministerium, der Staatsrechtler Arnold Brecht in seinen Memoiren schildert. Wo die Flagge vorher schamhaft versteckt worden war, wurde sie nun weithin sichtbar zur Schau gestellt, nicht zuletzt, um die monarchischen Symbole am Reichstag demonstrativ zu entkräften. Zu Füßen des Parlaments, auf der Ebene des Platzes, fand gleichzeitig mit der Zeremonie im Plenarsaal ein Volksfest statt, das die Regierung organisiert hatte. Um die Menschen zu locken, erklang Militärmusik. Redslob hoffte, dass die Neugierde, die das unerwartet offene Haus auslöste, sie zum Bleiben bewegen würde.

Demokratie als Attraktion. Dieser Ansatz des Reichskunstwarts war damals äusserst umstritten. Kurt Tucholsky etwa – von Redslob eingeladen, an der Ausgestaltung der Feiern mitzuwirken – hat sich 1925 in der Vossischen Zeitung sehr kritisch geäußert. «Es gibt für die Propaganda der neuen Republik überhaupt nur eine einzige das ist die politische Aktion. Alles andere ist Zeitverschwendung.» Symbolische Handlungen – und dazu diente jegliche Arbeit des Reichskunstwarts – galten Tucholsky nichts. Wir wissen heute, dass eine Demokratie ohne gültige, allgemein akzeptierte Symbole nicht auskommt, dass der Staat seinen Bürgern Identifikationsmodelle schaffen muss, die positiv sind. Im Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg hat es lange gedauert, bis die Abgrenzung von der Inszenierungsmaschinerie des Totalitarismus überwunden war. Es hat lange gedauert, bis sich der Staat wieder traute, Volksfeste einzurichten, ganz so, wie es der Reichskunstwart geplant hatte. Der Tag der Einheit wird mittlerweile als «Deutschlands Fest» begangen. Mehr noch als jede republikanische Veranstaltung diente seit jeher der Sport als gemeinschaftsbildende Massnahme. Das war bereits in den zwanziger Jahren ähnlich und zeigt sich auch jetzt bei den aktuellen Debatten um Politik und Sport bei der Olympiade in Peking oder den Fussball-Fanmeilen, die überall in Deutschland errichtet werden. Die Arbeit des Reichskunstwarts, die in wichtigen

Wesenszügen bis heute fortwirkt, ist von der Politik lange übersehen worden. Auch die historische Forschung hat gern behauptet, die Weimarer Republik hätte der Symbolpolitik keine Bedeutung beigemessen. Das Gegenteil ist richtig. Mit Edwin Redslob bediente sich die erste deutsche Demokratie eines Kulturpolitikers von grossem Erfindungsreichtum, der in unermüdlicher Arbeit einen Katalog an Aktivitäten und Ideen entwickelte – und der in Teilen sogar funktionierte. Aber man muss unterscheiden zwischen Politik und Symbolik. Symbole können Politik weder begründen, noch ersetzen, sondern allenfalls unterstützen. Tatsächlich war in den dreizehn Jahren, die der Reichskunstwart wirkte, die Symbolpolitik weit gereift. Aber es fehlte der Wille, ihre Botschaft in Realpolitik umzusetzen. Diese Erkenntnis kann nur Warnung bleiben, auch in Zukunft nicht von der Kultur zu verlangen, dass sie den Staat rettet – wohl aber von der Politik.

Autoren

Bernd Buchner, Dr. phil., geb. 1968. Studium der Geschichte u.a. in Gießen und Bordeaux. Redakteur der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in München. Veröffentlichungen u.a.: Um nationale und republikanische Identität. Die deutsche Sozialdemokratie und der Kampf um die politischen Symbole in der Weimarer Republik, Bonn 2001; (mit Karina Urbach) Prinz Max von Baden und Houston Stewart Chamberlain. Aus dem Briefwechsel 1909-1919, in: VfZG 52 (2004), S. 120-177; Tradition und Erneuerung. Siegfried Wagner als Bayreuther Festspielleiter 1908 bis 1930, in: Archiv für Geschichte von Oberfranken 85 (2005), S. 305-324; «Den schönen Schein brechen». Überlegungen zum geplanten NS-Dokumentationszentrum Königsplatz in München, in: Siegfried Grillmeyer/Peter Wirtz (Hg.): Ortstermine. Politisches Lernen an historischen Orten. Band 1, Schwalbach/Ts. 2006, S. 73-95.

Etienne François, Prof. Dr., geb. 1943 in Rouen. Studium der Geschichte an der Pariser «Ecole Normale Supérieure». Von 1970 bis 1979 war er wissenschaftlicher Assistent an der Universität Nancy II. In den darauffolgenden Jahren arbeitete er an der am Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen angesiedelten «Mission Historique Française» und baute die Institution zu einer Forschungseinrichtung aus, die sich der Vertiefung und Intensivierung der deutsch-französischen Beziehungen widmete. Parallel dazu lehrte er an der Universität Göttingen und habilitierte sich. 1986 ging Etienne François nach Frankreich zurück und lehrte als Professor zunächst an der Universität Nancy, ab 1989 an der Universität Paris-I (Panthéon Sorbonne). Von 1992 bis 1999 war er der Gründungsdirektor des Centre Marc Bloch. Seit 1999 arbeitet er an der TU Berlin. Hier war er der Direktor des seit 2006 an die FU Berlin verlagerten Frankreich-Zentrums. Seit Oktober 2008 ist François emeritiert. Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Seine Forschungsschwerpunkte sind die deutsche und europäische Geschichte sowie die Geschichte der Gedächtniskulturen.

Stefan Gerber, Dr., geb. 1975 in Grimma. Studium der Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften in Jena, 1. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien. Seit 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Arbeiten zur Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte, zu Religion und Konfession im 19. und 20. Jahrhundert und zum politischen und sozialen Katholizismus besonders in der Weimarer Republik. 2003 Abschluss der Dissertation «Universitätsverwaltung und Wissenschaftsorganisation im 19. Jahrhundert. Der Pädagoge und Universitätskurator Moritz Seebeck». Zur Zeit Arbeit am Habilitationsprojekt: «Auf dem Roden der Tatsachen? Deutscher Katholizismus und Weimarer Verfassunggebung 1918-1923».

Henrik Hilbig, Dr.-Ing., geb. 1977. Studium der Architektur an der TU Dresden, 2006 Promotion bei Prof. Dr. Achim Hahn am Fachbereich Architekturtheorie der TU Dresden mit der Arbeit «Das Reichsehnenmal bei Bad Berka, Entstehung und Entwicklung eines Denkmalprojekts der Weimarer Republik». Architekt in Bottmingen/Schweiz, Mitglied SIA; Redaktionsmitglied der architekturtheoretischen Zeitschrift AUSDRUCK UND GEBRAUCH; Veröffentlichungen und Vorträge zu Themen der Baugeschichte und Architekturtheorie. Momentaner Forschungsschwerpunkt: Der Zusammenhang von Bild, Sprache und Entwurf in Architektur und Städtebau.

Gerd Krumeich, Prof. Dr., geb. 1945 in Düsseldorf. Studium der Geschichte an den Universitäten Düsseldorf, Innsbruck, Paris und Köln. Nach seiner Promotion 1975 war er als wissenschaftlicher Assistent am Historischen Seminar (am Lehrstuhl von Wolfgang J. Mommsen) der Universität Düsseldorf tätig. 1989 erfolgte die Habilitation zum Thema «Jeanne d'Arc in der Geschichte» und ein Jahr später der Ruf an die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, wo Krumeich bis 1997 verblieb. Als Nachfolger Mommsens ist Gerd Krumeich seit 1997 Lehrstuhlinhaber für Neuere Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Seit 2008 fungiert er des Weiteren als Geschäftsführer des Historischen Seminars. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem das Thema Erster Weltkrieg mit besonderem Fokus auf die Mentalitätsgeschichte, zudem die Geschichte Frankreichs sowie die Militärgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Hans Mommsen, Prof. Dr., geb. 1930 in Marburg. Studium der Germanistik, Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft in Tübingen. 1959 promovierte er mit der Arbeit «Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im Habsburger Vielvölkerstaat 1867 – 1907». 1960 bis 1963 arbeitete er am Institut für Zeitgeschichte in München als Referent. Anschliessend war er Assistent bei Werner Conze, bei dem er sich 1967 mit der Arbeit «Beamtentum im Dritten Reich» habilitierte. An der Ruhr-Universität Bochum hatte er von 1968 bis zu seiner Emeritierung Anfang 1996 mit Unterbrechungen einen Lehrstuhl für Neuere Geschichte inne. Hinzu kamen Aufenthalte als Gastforscher in Princeton, Harvard, Berkeley, Jerusalem und Washington D.C. Von 1977 bis 1985 war er Direktor des von ihm massgeblich mitgegründeten Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

Walter Mühlhausen, Dr., geb. 1956 in Eichenberg. Studierte Germanistik und Gesellschaftslehre an der Universität Kassel. Promovierte 1985 mit einer Studie zur Nachkriegsgeschichte in Hessen und war von 1983 bis 1986 wissenschaftlicher Mitarbeiter für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Kassel. Seit Februar 2008 ist er Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg, bei der er seit 1986 tätig ist. Er lehrt als Privatdozent an der Technischen Universität Darmstadt.

Wilhelm Ribhegge, Prof. Dr., geb. 1940 in Werne a. d. Lippe. Studium an der Universität Münster (Geschichte, Englisch, Soziologie, christliche Sozialwissenschaften). 1972 Promotion, 1982 Habilitation. Lehrt als Historiker an der Universität Münster. Zu seinen Veröffentlichungen zählen die Bücher «Frieden für Europa. Die Politik der deutschen Reichstagsmehrheit 1917/18» (1988), «Konservative Politik in Deutschland. Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart» (1989), «Das Parlament als Nation. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49» (1998), «Stadt und Nation in Deutschland vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Die Entstehung der Zivilgesellschaft aus der Tradition der Städte» (2002) und «Preussen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789-1947» (2008).

Julia Rossberg, M.A., geb. 1982 in Jena, lebt seit 2008 in Weimar. Studium der Politikwissenschaft, Neueren Geschichte und Interkulturellen Wirtschaftskommunikation an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und an der Högskolan Dalarna (Schweden). Magisterarbeit mit dem Titel «Der ‚geteilte‘ Schiller. Die Schillerfeiern 1955 und 1959 in beiden deutschen Staaten⁴⁴. Seit 2005 freie Mitarbeiterin im Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zur Zeit Redakteurin in der Weimarer Verlagsgesellschaft.

Michael Schultheiss, Dipl.-Volksw., geb. 1948 in Gräfenthal/Thüringen, nach Flucht der Eltern aufgewachsen in der Bundesrepublik. Studium der Soziologie und Volkswirtschaft in Köln, Abschluss als Diplom-Volkswirt 1974. Seit 1975 beschäftigt bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, zunächst als Dozent in der politischen Bildung, seit 1985 auch Vertretungen der FES im Ausland (Kenia und Sambia), 1991-95 Sozialreferent an der Deutschen Botschaft in Südafrika. Seit 2005 Leiter des Landesbüros Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung. In der politischen Bildung besonders Beschäftigung mit Themen der Geschichte und der politischen Theorie, weiterhin Entwicklungspolitik, interkulturelle Kommunikation und internationale Politik.

Christian Welzbacher, Dr. phil., geboren 1970 in Offenbach am Main. Promovierte nach dem Studium der Kunstgeschichte (in Mainz, Glasgow und Amsterdam) an der Freien Universität Berlin mit der Arbeit «Die Staatsarchitektur der Weimarer Republik». Sie wurde mehrfach ausgezeichnet, u. a. mit dem Theodor-Fischer-Preis des Zentralinstituts für Kunstgeschichte. Im Herbst 2008 erschien «Euroislam-Architektur. Die neuen Moscheen des Abendlandes», Anfang 2009 folgte «Edwin Redslob. Biografie eines unverbesserlichen Idealisten». Welzbacher lebt als freier Journalist und Publizist in Berlin.

Personenregister

Adenauer, Konrad S. 118

Arendt, Hannah S. 158

Baden, Max von S. 40, 74

Baudert, August S. 23, 227, 246

Bauer, Gustav S. 61, 62

Behrens, Peter S. 196, 200

Bieber, Oswald S. 184, 185, 186

Bismarck, Otto von S. 138, 164, 167

Bodenhausen, Eduard von S. 196

Braun, Otto S. 207

Brecht, Arnold S. 211

Brockdorff-Bantzau, Ulrich von S. 59, 130

Brüning, Heinrich S. 112, 119, 183, 185

Cartellieri, Wolfgang S. 29, 30

Clemenceau, George S. 129, 132, 135, 139, 150, 157

Cohn, Oskar S. 50, 53

Cuno, Wilhelm S. 75, 90, 91, 94, 110, 204

David, Eduard S. 55, 56, 71, 78, 108

Doepler, Emil d.J. S. 198, 200, 203

Düringer, Adelbert S. 50

Ebert, Friedrich S. 11, 13, 15, 16, 18, 20, 51, 32, 39, 40, 41, 42, 50, 51, 52, 71-80, 82, 85, 86, 87, 88, 90, 102, 107, 110, 111, 120, 161, 162, 164-168, 170, 173, 174, 178, 203, 209, 226, 227, 236, 240, 248, 250, 251

Erzberger, Matthias S. 41, 42, 60-65, 227, 244

Fallersleben, August Heinrich Hoffmann von S. 165, 165

Fehrenbach, Constantin S. 31, 32, 33

Firle, Otto S. 198, 200, 201

Förster-Nietzsche, Elisabeth S. 196

Fries, Heinrich de S. 180, 181, 182, 183

Gayl, Wilhelm Freiherr von S. 116
Goebbels, Joseph S. 162, 169, 170
Graefe, Albrecht von S. 63, 64
Groener, Wilhelm S. 52, 61, 78
Gropius, Walter S. 9, 33, 34, 227, 247

Haas, Ludwig S. 18
Haase, Hugo S. 16
Haussmann, Conrad S. 48, 49, 53, 54, 56
Haydn, Joseph S. 165
Heartfield, John S. 34
Heinze, Karl Rudolf S. 50
Heuss, Theodor S. 164, 196
Hindenburg, Paul von S. 90, 94, 102,111, 112, 113, 119, 166, 167,
168, 182, 186, 208
Hitler, Adolf S. 9, 11, 96,102, 112, 113,119, 137, 154,155,
156,159,161,162,169, 170, 186, 238
Hugenberg, Alfred S. 114

Jäckh, Ernst S. 196
Janssen, Ulfert S. 185

Katzenstein, Simon S. 50, 52
Kelsen, Hans S. 109
Kessler, Harry Graf S. 177, 196
Koch-Weser, Erich S. 194
Kreis, Wilhelm S. 185,186

Leber, Julius S. 164
Liebknecht, Karl S. 18, 79, 107,169, 246
Lobe, Paul S. 26,210
Louis Philippe, französischer Bürgerkönig S. 144
Ludwig XIV., König von Frankreich S. 125,145, 148, 149
Luther, Hans S. 206, 207, 208
Luxemburg, Rosa S. 18, 107,169, 246

Maiziere, Lothar de S. 17
Mann, Heinrich S. 134
Marx, Wilhelm S. 111
Mierendorff, Carlo S. 169
Mueller, Walther Felix S. 177,179

Napoléon Bonaparte S. 144, 147, 157
Napoléon III. S. 147, 148
Naumann, Friedrich S. 41, 42, 46, 47, 194
Noske, Gustav S. 52, 73, 74, 90, 92, 93

Osthaus, Karl Ernst S. 196
Oeser, Rudolf S. 204

Papen, Franz von S. 119, 185
Poelzig, Hans S. 196
Poincaré, Raymond S. 139
Preuss, Hugo S. 17,47,56, 107-111, 117, 194

Radbruch, Gustav S. 169
Rathenau, Walther S. 196, 209, 210
Redslob, Edwin S. 180, 195-200, 202-207, 209-212

Schauwecker, Franz S. 178
Scheidemann, Philipp S. 16, 18, 20, 31, 36, 41, 42, 59, 60, 61, 74, 78,
79, 80, 106, 128, 129, 227, 240
Schultze-Naumburg, Paul S. 34
Schumacher, Kurt S. 118
Seeckt, Hans von S. 73, 93, 96, 167
Smeets, Franz Joseph S. 156
Spahn, Peter S. 52, 53, 54
Stresemann, Gustav S. 94, 96, 110, 114, 115, 133, 167, 209

Troeltsch, Ernst S. 30
Tschachotin, Sergej S. 169
Tucholsky, Kurt S. 211

Velde, Henry van de S. 196
Vogler, Albert S. 63, 64

Wackerle, Joseph S. 184, 185,186
Weber, Max S. 108, 110
Wetzel, Heinz S. 185
Wilhelm II., Deutscher Kaiser S. 40, 76, 98, 105, 132, 167
Wilhelm Ernst, Grossherzog Sachsen-Weimar und Eisenach S. 40
Wilson, Woodrow S. 59,130, 135
Wirth, Joseph S. 90, 92, 167

**Auf den Spuren der Deutschen Nationalversammlung
in Weimar Ein Stadtrundgang**

Das klassische Weimar ist Vielen bekannt. Noch heute prägt die Stadt eine Struktur, wie sie bereits zu Herzogin Anna Amalias Zeiten bestand. Kaum jemand weiss jedoch die Spuren der Deutschen Nationalversammlung, die von Anfang Februar bis Ende August 1919 in Weimar tagte, zu finden. In den sechs Monaten weilten circa 400 Mitglieder der Nationalversammlung in Weimar, zu denen mindestens noch die gleiche Zahl an Regierungsvertretern, höheren Beamten und Journalisten kamen. Die Lokale vermochten den Andrang kaum zu bewältigen, da man nicht jeden Abend ins Konzert oder in Theateraufführungen gehen wollte. Überall fand man das gleiche Bild – rauchgeschwängerte Räume, in denen es schwer fiel, das eigene Wort zu verstehen und in denen politische Persönlichkeiten in Scharen anwesend waren.

Hier steht die Wiege der ersten deutschen Republik. Als Dank für die Gastlichkeit der Stadt entschieden sich die Abgeordneten 1919 für den Namen Weimarer Republik. Ein Stadtrundgang auf den Spuren der Nationalversammlung vorbei an den Gebäuden und Plätzen, die an sie erinnern, bietet eine gute Gelegenheit, sich die Stadt Weimar aus der Perspektive der ersten deutschen Demokratie zu erschliessen.

Unser Rundgang beginnt am **Hauptbahnhof [1]**, der in seiner heutigen Gestalt seit 1912/22 besteht und an dem die Abgeordneten und Beamten im Februar 1919 aus Berlin ankamen. Über den August-Baudert-Platz gelangen wir zum 1867 gegründeten und nach der Tochter des Grossherzogs Carl-Friedrich und Maria Pawlownas Tochter benannten Hotel «**Kaiserin Augusta**» [2], auf dessen Terasse, heute als Wintergarten verglast, sich die Abgeordneten nach den Sitzungen im Deutschen Nationaltheater trafen. Die Carl-August-Allee hinab geht es zum Rathenau-Platz, an dem sich das **Hotel Grossherzog von Sachsen [3]** befand, in dem das Reichskolonialamt und die Fraktion der DVP untergebracht waren. Das Gebäude ist heute nicht mehr erhalten, dafür lohnt sich jedoch ein Abstecher in das

Neue Museum und das «bistro français», welches den Besucher mit französischen Köstlichkeiten für den weiteren Stadtrundgang stärkt.

Weiter geht es durch die Karl-Liebknecht-Strasse, vorbei am Stadtmuseum im Bertuch-Haus zum Goetheplatz. Hier befindet sich an der Ecke Schwanseestrasse das Gebäude der **Hauptpost [4]**. Während der Nationalversammlung wurden eigens Briefmarken gedruckt und die erste Luftpost-Linie Berlin-Weimar eingerichtet. Auf dem Goetheplatz in südliche Richtung liegt rechterhand das **Grand-Hotel Russischer Hof [5]**. 1919 trug das Haus aufgrund der Gegnerschaft Russlands im Ersten Weltkrieg den Namen «Fürstenhof». Zahlreiche namhafte Persönlichkeiten hat das Hotel in seiner langen Geschichte als Gäste begrüßen können. Während der Nationalversammlung wohnten und tagten hier die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei (DDP).

Geradeaus, wo die Heinrich-Heine-Strasse auf den Sophienstiftsplatz trifft, sehen wir das Gebäude des ehemaligen **Sophienstifts [6]** (heute Johann-Peter-Eckermann Schule). In dem im Stil der Neorenaissance errichteten Haus befand sich das provisorische Telegrafenamtsamt der Nationalversammlung – hier liefen die Nachrichten und Kontakte aus aller Welt zusammen.

Durch die Dingelstedtstrasse gelangen wir auf den Theaterplatz. Hier steht mit dem **Deutschen Nationaltheater [7]** das Gebäude, in dem die Deutsche Nationalversammlung von Anfang Februar bis Ende August 1919 tagte. Hier wurde Friedrich Ebert zum ersten Reichspräsidenten ernannt und hier verabschiedete man die Verfassung der Weimarer Republik. Wir verlassen den Theaterplatz, vorbei am Wittumspalais, in dem Anna Amalia wohnte, und setzen unseren Rundgang durch die Schillerstrasse und die Frauentorstrasse zum Marktplatz fort. In östlicher Richtung befindet sich auf dem Markt das traditionsreiche, 1696 errichtet **Hotel «Elephant» [8]**, in dem 1919 das Reichsernährungsamt sowie die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der Deutschen Volkspartei untergebracht waren. Wo heute der Parkplatz des Hotels ist, stand bis 1989 das **Hotel «Erbprinz» [9]**. Zu diesem zählte auch das Gebäude, in dem Johann Sebastian Bach von 1708 bis 1717 wohnte. Heute ist von dem Gebäudeensemble, in dem die Mitglieder der DNVP und der DDP weilten, nur noch der der Haupteingang mit dem Schlussstein von 1757 erhalten.

Geradeaus kommen wir auf den Platz der Demokratie, an dem sich mehrere historische Gebäude befinden. An der Ostseite des Platzes steht das so genannte «Grüne Schloss» – die berühmte Anna-Amalia-Bibliothek. Auf der Westseite an der Ecke zum Markt befand sich bis 1945 **der Fürs-**

tenkeller [10], eine beliebte Weinstube, in den auch Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann einkehrten.

Vom Platz der Demokratie geht es hinab zum **Residenzschloss [11]**. Das diente 1919 als Sitz der Reichsregierung und vieler Ministerien sowie als Ort der Kabinettsitzungen. Weiter geht es über den Burgplatz zum **Marstall [12]**. Er diente als Quartier des Kriegsministers, als Verwaltungsgebäude sowie für die Unterbringung der Beamten der Nationalversammlung. Durch die Schlossgasse gelangen wir zurück in die Marktstrasse. Bis zu ihrer teilweisen Zerstörung 1945 stand hier die aus zwei Gebäuden bestehende **Weinstube «Goldener Adler» [13]**, von der heute noch das Gedenkrelief für den Zeichner und Maler Buonaventura Genelli erhalten ist. In dem verschollenen Gästebuch befand sich ein Eintrag des Vizekanzlers und Reichsfinanzministers Matthias Erzberger.

Am Ende der Marktstrasse biegen wir nach rechts in die Geleitstrasse ab und folgen dieser bis zum Hotel «Anna Amalia», das zu Zeiten der Nationalversammlung noch **Hotel «Chemnitius» [14]** hiess und in dem die Abgeordneten der Zentrumsparterie ihre Fraktionssitzungen abhielten und dort auch wohnten. Von hier gelangen wir wieder auf den Goetheplatz.

Auf dem Weg zurück zum Hauptbahnhof besteht die Möglichkeit zu einem Abstecher zum **Volkshaus [15]**, in der Friedrich-Ebert-Strasse. In dem 100jährigen Gebäude, das auf Anregung August Bauderts errichtet wurde, tagten 1919 anfangs die Sozialdemokraten. Drei weitere Stationen auf den Spuren der Nationalversammlung lohnen sich als Ausflüge. Zum einen ist es das von Walter Gropius 1922 entworfene **Denkmal für die Märzgefallenen [16]** für die Opfer des Kapp-Putsches 1920, welches sich auf dem Hauptfriedhof in Weimar befindet. Zum anderen der ehemalige kleine **Flugplatz «Neunzig Äcker» [17]** am Webicht. Hier landeten seit dem 06. Februar 1919 die Flugzeuge der ersten Luftpostlinie von Berlin nach Weimar. Ein lohnenswerter Ausflug eine Stunde in südliche Richtung von Weimar entfernt führt uns nach **Schwarzburg [18]**, im malerischen Schwarzatal gelegen. Hier unterzeichnete der Reichspräsident Friedrich Ebert während seines Urlaubs im Hotel «Weisser Hirsch» am 11. August 1919 die Reichsverfassung. Heute erinnert daran ein Gedenkstein sowie eine vom Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung gestiftete Gedenktafel auf den Schlossterrassen an das Ereignis.



Hauptbahnhof [1]

*August-Baudert-Platz
99423 Weimar*

Der Bahnhof wurde 1846 gleichzeitig mit dem Bau der Thüringischen Eisenbahnlinie (Halle – Erfurt – Kassel) errichtet. Im Jahr 1876 folgte eine zweite Strecke, die über Jena nach Gera führte. 1887 nahm die Route Richtung Bad Berka den Verkehr auf.

Seine heutige Gestalt erhielt der Bahnhof 1912/22. Zur Zeit der Weimarer Republik war Weimar Landeshauptstadt Thüringens. Deshalb wurde damals ein neues, reprä-

sentatives Empfangsgebäude im neoklassizistischen Stil errichtet. Eine besondere Rolle spielte der Bahnhof auch zur Zeit des Nationalsozialismus, als über ihn und eine hier beginnende Anschlussstrecke die Häftlingstransporte zum KZ Buchenwald liefen. Seit 2005 trägt der Bahnhof den Beinamen «Kultur-Bahnhof» und soll das ‚kulturelle Entree‘ der Stadt und zugleich Ergänzung und Bereicherung der Kulturlandschaft sein.



Hauptbahnhof Weimar.



Auf der Terrasse im Hotel «Kaiserin Augusta», historische Ansicht.

Hotel «Kaiserin Augusta» [2]

*Carl-August-Allee 17
99423 Weimar
Tel.: 03643 /234 0
Fax: 03643 / 234 444
reservierung@hotel-kaiserin-augusta.de
www.hotel-kaiserin-augusta.de*

Am nördlichen Stadtrand wurde 1867 der Grundstein für das heutige Hotel Kaiserin Augusta gelegt. Der Pächter Ernst Reinhardt nannte das Hotel nach der Tochter des Weimarer Grossherzogs Carl-Friedrich und Maria Pawlownas. Während der Weimarer Nationalversammlung gastierten auf der Terrasse des Ho-

tels zahlreiche Mitglieder der Nationalversammlung.

Nach dem Krieg hiess das Hotel nur noch «Augusta». Von 1952 bis 1991 hatte es den Namen «International». Seit 2004 trägt das Hotel wieder den Namen «Kaiserin Augusta».

Hotel Grossherzog von Sachsen (Hotel Mende) / Neues Museum / Bistro français [3]

Weimarplatz 5 99423 Weimar
Tel.: 03643 /545-401 /-402 /-403
Fax: 03643 / 41 98 16
info@klassik-stiftung.de
www.klassik-stiftung.de

Öffnungszeiten:
April bis Oktober
Di-So 11.00 – 18.00 Uhr
November bis März
Di-So 11.00 – 16.00 Uhr
Mo geschlossen



Neues Museum Weimar.

Im Hotel «Mende» am Rathenauplatz gastierten zur Weimarer Nationalversammlung die Vertreter der Deutschen Volkspartei. Das Gebäude existiert heute nicht mehr. In unmittelbarer Nähe befindet sich das Neue Museum, welches im Besitz der Klassik Stiftung Weimar ist. Das Museum wurde als erstes Museumsgebäude Thüringens zwischen 1864 und 1869 von Josef Zitek im Stil der Neorenaissance errichtet. Zunächst war in dem repräsentativen Bau am Rathenauplatz das Landesmuseum von Sachsen-Weimar und Eisenach untergebracht. Ab 1937 gehörte das Neue Museum zum Ensemble des Weimarer Gaurforums, wodurch der Bau in seiner Wirkung etwas eingeschränkt wurde. 1945 wurde das Gebäude be-

schädigt und war danach eine Ruine, bevor es zwischen 1996 und 1998 wieder aufgebaut wurde. Das Museum präsentierte als Schwerpunkt die Sammlung Paul Maenz mit Werken der internationalen Avantgarde seit 1960. Ergänzt wird diese Präsentation durch Wechselausstellungen zur Kunst des 20. Jahrhunderts und zum Jahrestag der Weimarer Nationalversammlung, der zugleich auch Gründungsjahr des Staatlichen Bauhauses ist, mit einer grossen Ausstellung zu den Werkstätten des Bauhauses. Im Café des Neuen Museums befindet sich das «bistro français», welches den Besucher mit französischen Köstlichkeiten vor dem weiteren Stadtrundgang erfreut.

Hauptpost [4]

*Goetheplatz 7
99423 Weimar
Tel.: 03643 /23 10*

1888 wurde das Hauptpostamt am Goetheplatz / Ecke Schwansee-
strasse eröffnet. Anlässlich der in Weimar tagenden Deutschen National-
versammlung nahm am 6.2.1919 die erste regelmässige deutsche

Luftpostlinie Berlin-Weimar in Betrieb, die neben Postsendungen auch die aktuellen Ausgaben der Berliner Zeitungen nach Weimar brachte.



Historische Ansicht der Hauptpost in Weimar.

Hotel «Fürstenhof» (heute «Grand Hotel Russischer Hof») [5]

Goetheplatz 2 99423 Weimar
Tel.: 03643 / 77 40
Fax: 03643 / 77 4 841
info@russischerhof.com
www.russischerhof.com

Erbaut Anfang des 19. Jahrhunderts war der «Russische Hof» für viele Jahre ein Ort der Begegnungen und des gesellschaftlichen Lebens in Weimar. Im Lauf seiner bewegten Geschichte gastierten hier viele berühmte Persönlichkeiten: Schriftsteller und Dichter, Musiker und Dirigenten, aber auch Philosophen und Wissenschaftler, Politiker und andere Staatsgäste. Während der Nationalversammlung waren im damals als «Fürstenhof» bezeichneten Hotel Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei sowie die Ta-

gungsräume der DDP-Fraktion untergebracht.

Es folgte ein weiteres bewegtes Jahrhundert mit zahlreichen Umbauten und Neuerungen, bevor der Russische Hof 1987 als Vier-Sterne-Hotel wiedereröffnet wurde. Nach einem erneuten grundlegenden Umbau wurde das Hotel 1999, rechtzeitig zum Beginn des Kulturstadtjahres in Weimar, wiedereröffnet. Seit 2001 trägt es den Namen «Grand Hotel Russischer Hof zu Weimar» und ist das erste «Fünf-Sterne-Hotel» in Thüringen.



Grand Hotel Russischer Hof.

Sophienstift [6]

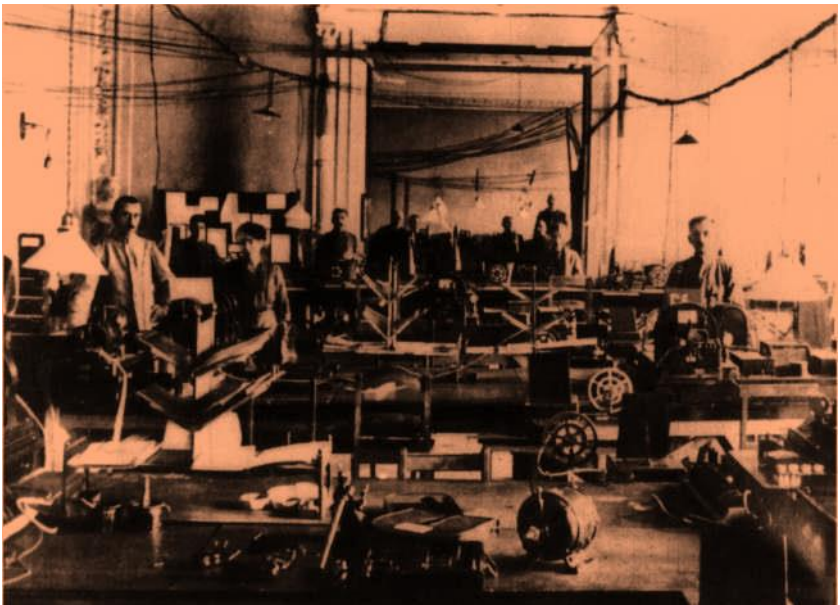
*Sophienstiftsplatz 1
99423 Weimar*

1854 wurde von Grossherzogin Sophie eine Familienstiftung des Grossherzoglichen Hauses ins Leben gerufen. In dem von Karl Vent entworfenen und 1878 als höhere Töchterschule errichteten Sophienstift war zur Zeit der Deutschen Nationalversammlung ein eigenes Post- und Telegrafenamnt untergebracht. 1919 wurde die Stiftung formal aufgelöst und als städtische Schule fortgeführt. Das Gebäude, nach Vorbild eines Palazzo in Trient,



Sophienstift, heutige Johann-Peter-Eckermann Schule.

gehört mit zu den bedeutenden Beispielen der Neurenaissance in Weimar. Heute befindet sich in dem Gebäude die Johann-Peter-Eckermann-Schule.



Provisorisches Telegrafenamnt in der Aula des Sophienstifts.

Deutsches Nationaltheater [7]

*Deutsches Nationaltheater und Staatskapelle Weimar GmbH-
Staatstheater Thüringen
Theaterplatz 2
99423 Weimar
Tel.: 03643 / 755 334
Fax: 03643 / 755 321
service@nationaltheater-weimar.de
www.nationaltheater-weimar.de*

1779 wurde der Vorläufer des heutigen Theaters, das Weimarer Hoftheater im Komödienhaus, am gleichen Standort errichtet. Das Gebäude in seiner heutigen Gestalt geht auf den Neubau des Hoftheaters von 1825 und dessen Umgestaltung im neoklassizistischen Stil zu Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. 1919 tagte hier die Deutsche Nationalversammlung, um die Reichsverfassung zu verabschieden. Hier wurde Friedrich Ebert zum ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik ernannt. Das Foyer diente als Erfrischungsraum und in den

Nebenräumen richtete man eine Bibliothek sowie Leseräume ein. Ebenfalls 1919 erhielt das renommierte Haus den verpflichtenden Titel Deutsches Nationaltheater. Heute strahlen das Deutsche Nationaltheater und die Staatskapelle Weimar als Staatstheater Thüringens mit ihren Schauspielinszenierungen, Opern und Konzerten weit über die Landesgrenzen hinaus und pflegen wie schon zur Zeit Goethes und Anna Amalias den Anspruch, lebendiger Ort des Diskurses wesentlicher Gegenwartsfragen zu sein.



Das Deutsche Nationaltheater, davor das Goethe-Schiller-Denkmal.



*Lesezimmer für die Mitglieder der Nationalversammlung im
Deutschen Nationaltheater.*



Hotel «Elephant».

Hotel «Elephant» [8]

*Markt 19
99423 Weimar
Tel.: 03643 / 80 20
Fax: 03643 / 80 26 10
elephant.weimar@arabellasheraton.com*

Das Hotel «Elephant» wurde 1696 am Marktplatz in Weimar errichtet. Seither ist es ein Treffpunkt für Dichter und Denker, für Feinschmecker und Feingeister, für Stars und Staatsmänner aus aller Welt. Hier gingen bekannte Persönlichkeiten wie Goethe, Schiller, Wieland und Herder sowie die Bauhauskünstler (u.a. Lyonei Feininger), aber auch Adolf Hitler ein und aus. Zur Zeit der Deutschen Nationalversammlung

war hier das Reichsernährungsamt sowie Vertreter der DVP und DNVP untergebracht. Die Fraktion der DNVP tagte in Räumen des Hotels. Nach der Wiedereröffnung 1955 war Thomas Mann der erste, der sich im Gästebuch eintrug. Er verewigte das Haus in seinem Roman «Lotte in Weimar», in dem er Goethes Jugendliebe im Hotel übernachteten liess. Seine heutige Gestalt hat das Hotel seit 1938.

Hotel «Erbprinz» [9]

Markt 16
99423 Weimar

Das Hotel Erbprinz wurde 1749 von dem Posthalter Johann Michael Braun eröffnet. Zu Ehren des noch unmündigen Erbprinzen und späteren Herzogs Ernst August II. Constantin erhielt das Haus den Namen «Erbprinz». Das östliche Nachbarhaus, das 1803 als Gaststube hinzugekauft wurde, hatte Johann Sebastian Bach von 1708 bis 1717 be-

wohnt. Im Hotel gastierten 1919 Vertreter der DNVP und der DDP. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei tagte ebenfalls hier. 1989 wurde das Hotel wegen Baufälligkeit abgerissen. Erhalten geblieben sind lediglich der Haupteingang mit einem Schlussstein von 1757, auf dem ein Posthorn und die Initialen von J.M. Braun zu sehen sind.



Werbepostkarte Hotel Erbprinz vor 1918.

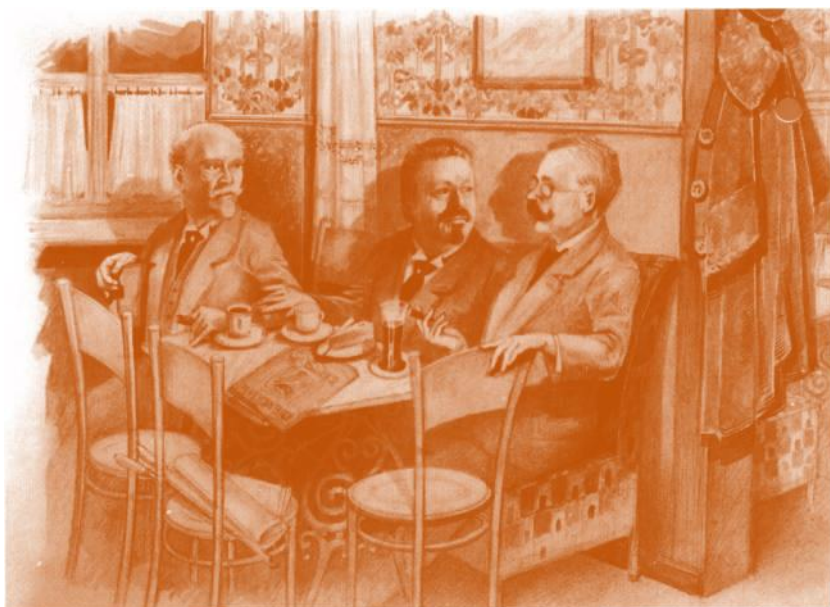


Am Markt mit Rathaus und Hotel Erbprinz (vor 1918), Postkarte.

Fürstenkeller [10]

*Fürstenplatz (Platz der Demokratie 4)
99423 Weimar*

Der Fürstenkeller wurde 1636 in einem dreigeschossigen Gebäude mit Satteldach und Erker aus dem 16. Jahrhundert eingerichtet. Die Weinstube erhielt 1901 einen «altdeutschen Stil» mit getäfelten Wänden und Decken, Butzenscheiben und Kronleuchtern. 1919 trafen sich hier die Abgeordneten zum abendlichen Beisammensein. Während der Nationalversammlung erhielt die Weinstube den Beinamen «Präsidentenkeller», weil Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann oft hier einkehrten. 1945 wurde das Haus durch Bomben zerstört.



Philipp Scheidemann, Friedrich Ebert im Fürstenkeller in Weimar.



Historische Weinstube Fürstenkeller, Postkarte.

Residenzschloss [11]

*Burgplatz 4 99423 Weimar
Tel.: 03643 /345 401/402/403
Fax: 03643/41 98 16
info@klassik-stiftung.de
www.klassik-stiftung.de*

*April bis Oktober
Di-So 10.00-18.00 Uhr
November bis März
Di-So 10.00-16.00 Uhr
Mo geschlossen*

Das Residenzschloss diente während der Deutschen Nationalversammlung als Sitz der Reichsregierung und mehrerer Ministerien, als Wohnunterkunft, zu Kabinettsitzungen sowie zur Unterbringung der Beamten. Seit 1923 wird es vorwiegend museal genutzt. Im Schloss hat die Klassik Stiftung Weimar ih-

ren Sitz, deren Aufgabe die Bewahrung und Pflege der vielfältigen Weimarer Kulturtradition ist. Ein Teil des Schlosses wird als Ort für ständige sowie wechselnde Ausstellungen genutzt. Besonders sehenswert sind der Festsaal, die Falkengalerie und die Dichterzimmer.



Blick vom Platz der Demokratie auf das Besidenzschloss; links im Vordergrund der Zugang zum Neubau der Anna-Amalia-Bibliothek.

Marstall [12]

*Marstallstrasse 2
99423 Weimar*

Das heutige Gebäude des Marstalls wurde 1873/78 nach den Plänen von Ferdinand Streichhan im Neurenaissance-Stil gebaut. Zur Zeit der Nationalversammlung wurde der so genannte «Ihnpavilion» im Marstall zur Unterkunft und Unterbringung von Beamten genutzt. Anfang der 1920er Jahre zogen das Ministerium

für Volksbildung und für Justiz ein. Während des Nationalsozialismus befand sich im Marstall ein Gestapo-Gefängnis. Eine Gedenktafel weist seit 1984 auf die Opfer hin. Heute befindet sich in dem Gebäude ein Teil des Thüringischen Hauptstaatsarchivs.



Marstall.

«Goldener Adler» [13]

Marktstrasse 14/16
99423 Weimar

Von der Weinstube «Goldener Adler» existiert heute nur noch ein Gedenkrelief für den Zeichner und Maler Buonaventura Genelli am erhalten gebliebenen Gebäudeteil in der Marktstrasse 14. Der Rest des Hauses aus dem 17. Jahrhundert wurde bei einem Bombenangriff 1945 zerstört. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war das Haus noch ein einfacher Gasthof, der sich im Laufe der Zeit zu einer Weinstube für gehobene Ansprüche mit bekannten Persönlichkeiten entwickelte. Im «Goldenen Adler» waren u.a. Goethe, Wagner, Liszt, Böcklin und Berlioz

zu Gast. Die Räume schmückten Originalzeichnungen und -bilder von Friedrich Preller und Genelli. Während der Deutschen Nationalversammlung traf man hier zahlreiche Minister, hervorragende Beamte, Abgeordnete und Journalisten. So fand sich im verschollenen Gästebuch des «Goldenen Adlers» folgende Eintragung des Reichsfinanzministers und Vizekanzlers Matthias Erzberger, für die er scharfe Kritik einstecken musste:

«Erst mach Dein Sach,
Dann trink und lach!»



Gedenkstein für den Zeichner und Maler Buonaventura Genelli am Haus des ehemaligen «Goldenen Adler» in der Marktstrasse 14.

Hotel Chemnitius (heute: Hotel Anna Amalia) [14]

*Geleitstrasse 8-12 99423 Weimar
Tel.: 03643/49 56 0
Fax: 03643/49 56 99
info@hotel-anna-amalia.de
www.hotel-anna-amalia.de*

Die Geleitstrasse war vom Erfurter Tor aus mit den Verlängerungen Eisfeld und Mostgasse die Ost-West-Achse der Stadt, die durch die Residenz hindurch zum Kegeltor, dem östlichen Stadteingang aus Richtung Jena, verlief. Direkt hinter dem damaligen Erfurter Tor stehen zur Linken drei Gebäude. Das erste mit dem Namen «Chemnitius» war eine Herberge, durch deren Toreinfahrt die Fuhrleute ihre Wagen in den Schutz

des Hofes manövrieren konnten. 1880 etablierte sich im Hauptgebäude Nr. 12 dann das Hotel Chemnitius. Im Jahre 1919 waren die Abgeordneten der Zentrums-Partei und deren Fraktion im Hotel untergebracht. Im mittleren Haus waren u.a. Franz Kafka und Max Brod untergebracht. Heute gehören die drei Gebäude zum Hotel Anna Amalia, welches ein guter Ausgangspunkt zur Erkundung Weimars ist.



Hotel Anna Amalia, ehemals Hotel Chemnitius.

Volkshaus [15]

*Friedrich-Ebert-Strasse 8
99423 Weimar
Tel.: 03643 / 90 33 84
Fax: 03643/90 32 86
info@volkshausweimar.de
www.volkshausweimar.de*

Das 1908 mit einer Festrede von dem Sozialdemokraten August Bauert eröffnete Volkshaus war das erste Gewerkschafterhaus Thüringens. Es wurde zum politischen und kulturellen Zentrum der Weimarer Arbeiterbewegung. In den folgenden Jahren fanden hier Vorträge, Veranstaltungen und Feiern u.a. mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Rudolf Breitscheid statt. Während der Nationalversammlung hielten die Sozialdemo-

kraten im Volkshaus ihre Fraktions-sitzungen ab, siedelten aber bereits nach kurzer Zeit aus Platzgründen in das Deutsche Nationaltheater über. Die USPD tagte ebenfalls im Volkshaus. Eine Gedenktafel an der Haupttreppe erinnert an die Ereignisse während des Generalstreiks der Arbeiter gegen den Kapp-Putsch 1920. Bis zur Wende 1989/90 diente das Volkshaus als Klubhaus. Heute bietet es Räumlichkeiten für Tagungen, Konferenzen oder Kongresse an.



Vorderseite des Volkshauses.



Gedenktafel für die Opfer des Kapp-Putsches 1920 an der Treppe zum Volkshaus.



*Denkmal für die Märzgefallenen, entworfen von
Walter Gropius 1922.*

Denkmal für die Märzgefallenen [16]

*Hauptfriedhof Berkaer Str. 4
99425 Weimar*

Walter Gropius, der Direktor des Bauhauses, gestaltete das am 1. Mai 1922 eingeweihte Denkmal für die Märzgefallenen, zur Erinnerung an die Menschen, die die Niederwerfung des rechtsradikalen Kapp-Putsches 1920 mit ihrem Leben bezahlten. Als Weimarer Arbeiter sich während des Generalstreiks am 15. März zu einer Kundgebung im Volkshaus versammelten, schossen putschende Soldaten der Reichswehr auf sie.

Zunächst bestattete man einige Opfer auf dem nördlichen Teil des Hauptfriedhofs. Ein Jahr später wurden sie an den Standort des Denkmals umgebettet. Die abstrakte

Form des Denkmals aus Beton stellte nach den Worten von Walter Gropius einen «Blitzstrahl aus dem Grabesboden als Wahrzeichen des lebendigen Geistes» dar. An den Blitz schlossen sich die sieben Grabplatten der Opfer an. 1936 wurde das Denkmal durch die Nationalsozialisten zerstört, da die Erinnerung an die Märzgefallenen unerwünscht war und die moderne Gestaltung des Denkmals als «entartete Kunst» galt. 1946 rekonstruierte man das Denkmal in leicht veränderter Form. Der erste Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald wurde hier begangen.

Flugplatz «Neunzig Äcker» im Webicht [17]

zwischen der B7 Richtung Jena und der Tiefurter Allee

Auf dem kleinen Feld-Flugplatz «Neunzig Äcker» landeten und starteten 1919 die ersten regelmässigen Flüge der Luftpostlinie Berlin-Weimar. Den Kurierdienst übernahm die Fliegerabteilung des «Freiwilligen Landjägerkorps», dessen Aufgabe der Schutz der Nationalversammlung in Weimar war. Neben dem militärischen Kurierdienst verkehrte auch ein ziviler Luftpost- und Zeitungsverkehr sowie Personenverkehr mit Flugzeugen der Deutschen-Luft-Reederei (DLR) von Berlin nach Weimar. In alten Kriegsdoppeldeckern beförderten die Piloten

zweimal täglich in einer Flugzeit von 2 bis 2½ Stunden Briefe, Pakete und die aktuellen Zeitungen zwischen Berlin und Weimar. Der Reichspräsident Friedrich Ebert nutzte ebenfalls die Möglichkeit der Fortbewegung mit dem Flugzeug. 1921 wurde der Verkehr auf der ersten Luftverkehrslinie Deutschlands wieder eingestellt – es lohnte sich nicht mehr. Heute ist von dem Flugplatz nicht mehr viel zu sehen, es empfiehlt sich jedoch ein Spaziergang auf den zahlreichen Wegen durch den Wald im «Webicht».



Entladen der Luftpost auf dem Flugplatz Weimar

FLUGPOST
National-Versammlung
Weimar



Erster Flug von
Weimar nach Berlin
6./2. 1919

FLUGPOST
National-Versammlung
Weimar



Erster Flug von
Weimar nach Berlin
6./2. 1919

Einschreiben

Erste Flugpost Berlin-Weimar vom 6. Februar 1919.



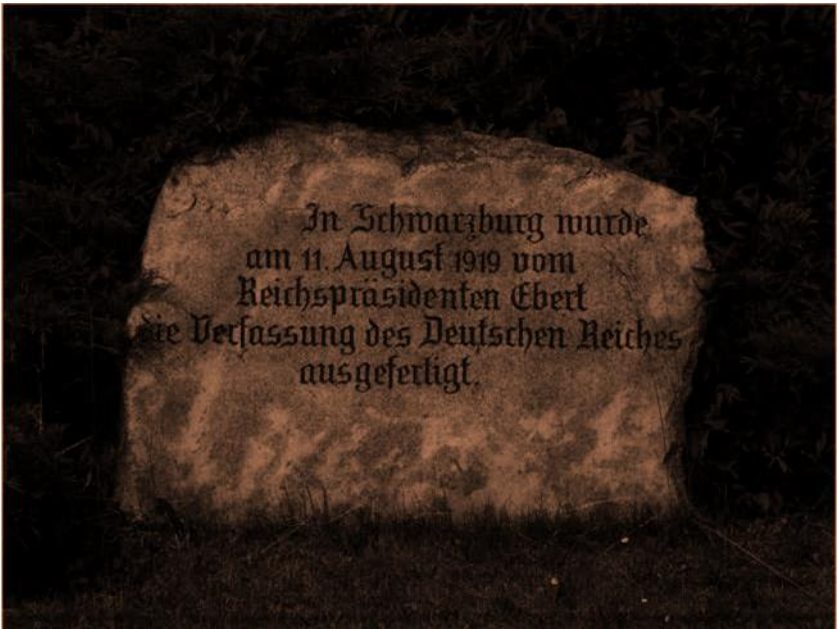
*Gedenktafel der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Erinnerung an die Verfassungs-
Unterzeichnung.*

Hotel «Weisser Hirsch» Schwarzburg [18]

Friedrich-Ebert-Platz 13
07427 Schwarzburg
Tel.: 036730/360
Fax: 036730/36 24
wirtsleute@aol.com
www.hotel-schwarzatal.de

Das Hotel, in dem Friedrich Ebert mit seiner Familie 1919 den Urlaub verbrachte, steht im oberen Ort von Schwarzburg direkt am Waldrand. In unmittelbarer Nähe finden Sie auch das Schloss und den Kaisersaal. In Schwarzburg unterzeichnete Friedrich Ebert die am 11. August

1919 die Reichsverfassung der Weimarer Republik. An dieses Ereignis erinnert ein Gedenkstein sowie eine Gedenktafel auf den Schlossterrassen, die von dem Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung aufgestellt wurde.



Gedenkstein an die Verfassungsunterzeichnung am 11. August 1919 in Schwarzburg.

Bildernachweis

Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung

S. 16, 31, 40, 41, 42, 51, 52, 60, 71, 73, 74, 75, 77, 78, 81, 87, 90, 92, 97, 98, 100, 101, 102, 106, 120, 164, 165, 167,

Bildarchiv des Bundesarchivs

S. 65, 82, 113, 115, 130, 195, 208,209

Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen

S. 10, 12, 117, 152,157,250, 251

Privatarchiv Hans-Jürgen Schneider

S. 28, 59, 43, 133, 193, 248, 249

Stadtarchiv Weimar

S. 23, 26, 29, 30, 32, 44, 45, 55, 59, 72, 84f.

Stadtmuseum Weimar

S. 24, 25, 61, 83, 235 (unten), 239, 240, 241

Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (Heidelberg)

S. 91, 93, 99

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar

S. 176

Verlagsarchiv

S. 19, 20, 21, 22, 27, 33, 46, 49, 55, 54, 56, 57, 62, 64, 66, 89, 95, 108, 109,111,126,128, 132, 135, 159, 140f., 142,143, 145,146, 148, 163, 179, 180, 181, 184, 185, 186, 187, 198, 199, 200, 201, 207, 229, 230, 231, 232, 235, 234, 235 (oben), 236, 237, 238, 242, 245, 244, 245, 246, 247

Trotz intensiver Recherche ist es nicht auszuschliessen, dass in jedem Fall die Urheberrechte ermittelt werden konnten. Sollte ein uns unbekannter Rechteinhaber übergangen worden sein, so bitten wir um umgehende Kontaktaufnahme.

**In der Weimarer Verlagsgesellschaft Ltd. ebenfalls
erschienen sind die Titel:**

Gerhard Heufert; Johannes Daniel Falk – Satiriker, Diplomat und Sozialpädagoge, 240 Seiten / ISBN: 978-3-939964-15-5

Rita Seifert; Johann Carl August Musäus – Schriftsteller und Pädagoge der Aufklärung, 128 Seiten / ISBN: 978-3-939964-06-3

Christiane Weber; Anna Amalia – Mäzenin von Kultur und Wissenschaft, 128 Seiten / ISBN: 978-3-939964-04-9

Sylk Schneider; Goethes Reise nach Brasilien – Gedankenreise eines Genies, 200 Seiten / ISBN: 978-3-937939-69-8

Hannes Bosse; Clemens Wenzeslaus Coudray – Architekt und Stadtplaner des Klassizismus, 144 Seiten / ISBN: 978-3-939964-01-8

Gerhard Kohlweyer; Agnes Stavenhagen – Weimarer Primadonna zwischen Johannes Brahms und Richard Strauss, 288 Seiten
ISBN: 978-3-937939-01-8

Christiane Weber; Lyonei Feininger (genial – verfemt – berühmt), 128 Seiten / ISBN: 978-5-957939-72-8

Irina Kaminiarz; Hermann Abendroth – Ein Musiker im Wechselspiel der Zeitgeschichte, 160 Seiten / ISBN: 978-3-937939-65-0

Rita Seifert; Goethe und Napoleon – Begegnungen und Gespräche, 144 Seiten / ISBN: 978-3-939964-00-1

Rüdiger Stolz/Detlev Jena; Reisewege – Napoleon in Thüringen, 200 Seiten / ISBN: 978-3-937939-19-3

Heinz Stade/Thomas Bickelhaupt; Unterwegs zu Bach, 200 Seiten
ISBN: 978-3-937939-67-4

Irina Kaminiarz/Hans Lucke; Hoffmann von Fallersleben – Alles Schöne lebt in Tönen, 144 Seiten / ISBN: 978-3-937939-68-1

Felix Leibrock (Hg.); Zukunft andenken – Weimarer Reden 2008, 128 Seiten / ISBN: 978-3-939964-16-2

Felix Leibrock (Hg.); Starke Frauen – Weimarer Reden 2007. Selbstbewusst – mutig – engagiert, 176 Seiten / ISBN: 978-3-939964-03-2

Felix Leibrock (Hg.); Rendezvous – Unsere Affäre mit Frankreich
Weimarer Reden 2006, 176 Seiten / ISBN: 978-3-937939-70-4

Felix Leibrock (Hg.); Mein unermesslich Reich ist der Gedanke – Weimarer Reden über Schiller, 136 Seiten / ISBN: 978-3-937939-13-1

Volker Ebersbach/Andreas Siekmann; Anekdoten über Goethe und Schiller, 176 Seiten / ISBN: 978-3-937939-12-4

Bernd Mende; Bach in Weimar – Spurensuche mit Stadtrundgang, 60 Seiten / ISBN: 978-3-939964-11-7

Rüdiger Stolz; Goethe und seine Chemiker – Ratgeber, Helfer und Vertraute, 256 Seiten / ISBN: 978-3-939964-13-1

Hans van Ooyen; Eine Fuhre Liebe – Vierzehn schamlose Geschichten, 192 Seiten / ISBN: 978-3-939964-39-1

Ulrich Völkel (Hg.); Hoffmann von Fallersleben – Gedichte und Lieder, 208 Seiten / ISBN: 978-3-939964-29-2

Holger Elias (Hg.); Treffende Zitate von Goethe und Schiller, 208 Seiten ISBN: 978-3-939964-33-9 (ET 03/09)

Rita Seifert; Maria Pawlowna – Grossherzogin und Förderin des Weimarer Musenhofes / ISBN 978-3-939964-36-0 (ET 03/09)

Albrecht Schultz; Vom Grafensitz zur Kulturhauptstadt – Kleine Geschichte Weimars / ISBN 978-3-939964-17-9 (ET 03/09)

Elke Jacobs; Transfer – Feininger zeichnet [D/E], 120 Seiten ISBN: 978-3-939964-31-5

Mark Escherich, Elke Dallmann, Susanne Knorr, Ulrich Wieler; bauhaus koordinaten – Wege des Bauhauses in Weimar und Thüringen, 80 Seiten / ISBN: 978-3-939964-44-5

Julia Rossberg; Der, geteilte» Schiller. Die Schillerfeier 1955 und 1959 in beiden deutschen Staaten / ISBN 978-3-939964-46-9 (ET 05/09)

Manfred Reissig (Hg.); Nicht verzweifeln, das Leben geht weiter – Sprüche zur Politik von der Antike bis zur Gegenwart mit Karikaturen von NEL, 128 Seiten / ISBN: 978-3-937939-16-2

Ulrich Völkel (Hg.); Kleines Lexikon Weimarer Persönlichkeiten ISBN 978-3-959964-07-0 (ET 03/09)

Christian Tesch; Kleines Lexikon Bauhaus Weimar ISBN 978-3-939964-14-8 (03/09)